



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2005

71. Sitzung

Wiesbaden, den 8. Juni 2005

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	4827	c) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Freiheitsstrafe)	4857
Entgegengenommen	4827	– Drucks. 16/4050 –	4857
Präsident Norbert Kartmann	4827	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
Vizepräsidentin Ruth Wagner	4889	d) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen)	4857
52. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend ein neuer Anfang für Deutschland – Rot-Grün ablösen	4827	– Drucks. 16/4051 –	4857
– Drucks. 16/4080 –	4827	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
Angenommen	4845	e) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Einheitliches Arbeitsrecht, Tarifwesen, Schlichtungswesen, Arbeitskampf)	4857
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)	4827	– Drucks. 16/4052 –	4857
Andrea Ypsilanti	4830, 4844	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
Jörg-Uwe Hahn	4833, 4845	f) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sozialversicherung; Gesundheitswesen)	4857
Gernot Grumbach	4836	– Drucks. 16/4053 –	4857
Tarek Al-Wazir	4837, 4844	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
Ministerpräsident Roland Koch	4839	g) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Wirtschaftsordnung)	4857
Ruth Wagner (Darmstadt)	4843	– Drucks. 16/4054 –	4857
Präsident Norbert Kartmann	4845	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
48. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Verschiebung der Abschaltung des AKW Biblis – für eine verantwortliche Energiepolitik auch in Zukunft	4845	h) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Missbrauch wirtschaftlicher Macht; Sozialisierung)	4857
– Drucks. 16/4076 –	4845	– Drucks. 16/4055 –	4857
Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen	4857	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
100. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sichere und nachhaltige Energievorsorgung zu bezahlbaren Preisen	4845	i) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sozialisierte Unternehmen)	4857
– Drucks. 16/4116 –	4845	– Drucks. 16/4056 –	4857
Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen	4857	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
3. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Ergänzung der Verfassung des Landes Hessen (Präambel)	4857	j) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Bodenreform)	4858
– Drucks. 16/4048 –	4857	– Drucks. 16/4057 –	4857
<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Ehe und Familie)	4857		
– Drucks. 16/4049 –	4857		
<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4868		

Seite	Seite
k) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Denkmal- und Landschaftsschutz) – Drucks. 16/4058 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	14. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Strukturveränderungen im Haushalt jetzt! – Drucks. 16/3747 – 4868 <i>Abgelehnt</i> 4889
l) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sport) – Drucks. 16/4059 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	29. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Hessische Landesregierung gibt rot-grüner Bundesregierung Nachhilfe in Finanzpolitik – Drucks. 16/3937 – 4868 <i>Angenommen</i> 4889
m) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Staatsreform) – Drucks. 16/4060 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	45. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Lage der Finanzen des Landes Hessen und Vorlage eines Nachtragshaushaltes 2005 – Drucks. 16/4072 – 4868 <i>Abgelehnt</i> 4889
n) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Wahl des Ministerpräsidenten; Ernennung der Minister; Ausschluss von Regierungsgätern, Vertrauensbeschluss des Landtags) – Drucks. 16/4061 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	47. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend steuerpolitischen Tumult in der Union beenden – Drucks. 16/4074 – 4868 <i>Abgelehnt</i> 4889 Jürgen Walter 4868, 4887 Dr. Peter Lennert 4872 Frank-Peter Kaufmann 4875 Roland von Hunnius 4879 Minister Karlheinz Weimar 4882 Ministerpräsident Roland Koch 4888 Vizepräsidentin Ruth Wagner 4888
o) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Begnadigung, Straferlasse, Niederschlagung anhängiger Strafsachen) – Drucks. 16/4062 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes – Drucks. 16/4066 – 4890 <i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> 4895 Minister Dr. Alois Rhiel 4890 Frank-Peter Kaufmann 4890, 4893 Michael Denzin 4892 Bernd Riege 4893, 4894 Michael Boddenberg 4894 Vizepräsidentin Ruth Wagner 4894
p) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Verfassungsänderung) – Drucks. 16/4063 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Meldegesetzes – Drucks. 16/4067 – 4895 <i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> 4897 Minister Volker Bouffier 4895 Jürgen Frömmrich 4895 Günter Rudolph 4896 Nicola Beer 4896 Birgit Zeimetz-Lorz 4897 Vizepräsidentin Ruth Wagner 4897
q) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Volksbegehren, Volksentscheid) – Drucks. 16/4064 – 4858 <i>In erster Lesung abgelehnt</i> 4868 Dieter Posch 4858, 4862 Axel Wintermeyer 4860, 4862, 4867 Dr. Andreas Jürgens 4863 Dr. Judith Pauly-Bender 4864 Reinhard Kahl 4868 Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil 4868	84. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/3979 – 4897 <i>Petition 4532/15 dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen; restliche Beschlussempfehlungen angenommen</i> 4897 Reinhard Kahl 4897 Vizepräsidentin Ruth Wagner 4897
41. Antrag der Fraktion der SPD betreffend seriöse Finanz- und Steuerpolitik: Nachtragshaushalt jetzt! Keine neuen Schulden für alte Herrenhäuser; Schluss mit der Blockade im Bundesrat! – Drucks. 16/4068 – 4868 <i>Abgelehnt</i> 4889	
12. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Umsteuern in der Finanzpolitik jetzt! – Drucks. 16/3632 – 4868 <i>Abgelehnt</i> 4889	

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Dr. Walter Arnold
Staatssekretär Harald Lemke
MinDirig Dr. Heinrich Berthold
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Volker Hoff
Christoph René Holler
Lothar Quanz

(Beginn: 9.02 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich eröffne die heutige Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie herzlich willkommen und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen.

Vorab die Nachricht des Tages. Unsere Landtagself hat gestern Abend für einen guten Zweck Fußball in Hünfelden gespielt. Aus dem Spiel wurde letztendlich im Hinblick auf die Leberechtstiftung der „Neuen Presse“ auch ein Gewinn erzielt, sodass mit Einnahmen und einer Spende des Hauses insgesamt 1.000 € an die Leberechtstiftung gegangen sind. Wir danken der Landtagself herzlich, dass sie sich dafür engagiert hat.

(Allgemeiner Beifall)

Die Frage des Ergebnisses ist völlig zweitrangig. Wir haben nämlich nur 4 : 1 verloren. Das ist auch so akzeptabel. Wir hätten zwar gewinnen können – das ist bei jedem Spiel vor dem Anpfiff so –, und wir hätten nach drei Minuten in Führung gehen können. Dann abgepfiffen, hätten wir gewonnen. Es war halt anders. Aber wir haben das letzte Tor geschossen. Das heißt eine gute Prognose für die Zukunft. Herzlichen Dank den Kollegen und denen, die aus den Ministerien mitgespielt haben. Am 21.06.2005 – darauf weise ich hin – findet im Rahmen des Hessentages das nächste Spiel unserer Fußballer statt.

Zur Tagesordnung: Erledigt sind die Punkte 1, 2, 8, 9, 42 und 95. Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sichere und nachhaltige Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen, Drucks. 16/4116. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann ist dieser Dringliche Antrag Drucks. 16/4116 der Tagesordnungspunkt 100.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Energie ist auf hundert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von null auf hundert!)

Dem wird nicht widersprochen, und wir können ihn zusammen mit Tagesordnungspunkt 48 aufrufen. – Sehr richtig, Herr Kollege Wagner.

Wir tagen heute bis 18 Uhr, zwei Stunden Mittagspause. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 52, den ich gleich aufrufe, danach Punkt 48 zusammen mit Punkt 100, wie eben besprochen, dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sichere und nachhaltige Energieversorgung. Auch besprochen: Nach der Mittagspause werden die Tagesordnungspunkte 41, 12, 14, 29, 45 und 47 in einer gemeinsamen Debatte behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe gemäß unserer Tagesordnung den **Tagesordnungspunkt 52** auf:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend ein neuer Anfang für Deutschland – Rot-Grün ablösen – Drucks. 16/4080 –

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Die Fraktionen haben sich über die Reihenfolge der

Redner geeinigt. Wir beginnen mit dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Dr. Franz Josef Jung.

(Frank Gotthardt (CDU): Endlich einmal ein Tag, der vernünftig beginnt!)

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, der 18. September, der nunmehr als Wahltag geplant ist, muss ein Glückstag für Deutschland werden;

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

denn es besteht die Chance, dass die letzte rot-grüne Regierung von der politischen Bildfläche in Deutschland verschwindet.

(Beifall bei der CDU)

Rot-Grün war ein Schaden für Hessen. Aber Rot-Grün war erst recht ein Schaden für Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist die Beendigung von Rot-Grün eine neue Chance für Deutschland und ein Gewinn auch für unser Land, für Hessen. Wie war das am Anfang? „Wir wollen nicht alles anders machen, aber vieles besser.“ – Tatsache ist, es wurde vieles anders gemacht, aber alles schlechter.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist es schon so, dass alles anders gemacht werden muss, damit es in Deutschland endlich wieder besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schauen wir uns die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung an: die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland, die es je gegeben hat. Wie war das, als der Bundeskanzler gesagt hat: „Wenn es mir nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken, habe ich es nicht länger verdient, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sein“?

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, allein das rechtfertigt nicht nur das Misstrauen, sondern eigentlich ist der sofortige Rücktritt des Bundeskanzlers geboten,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

statt jetzt noch Beförderungen der eigenen Klientel durchzuführen.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wir gestern lesen konnten: 140 Beförderungen, Herr Al-Wazir, von A 16 nach B 6, d. h. rund 1.700 € mehr. Eine derartige Politik der Abendsonne für die eigene Klientel ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Deutschland befindet sich seit Rot-Grün in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Tatsache ist, dass selbst nach dem Armutsbericht der Bundesregierung die Menschen in unserem Land, insbesondere die Familien, ärmer geworden sind. Wir haben mittlerweile überall die rote Laterne übernommen. Wir sind das Schlusslicht in Europa, was das Wachstum anbelangt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hessen ist das Schlusslicht bei der Ausbildung!)

Wir sind das Schlusslicht in Europa, was die Frage der Staatsverschuldung anbelangt. Kollegin Fuhrmann, 67 Milliarden € Steuerausfälle werden jetzt von Ihrem Kollegen Eichel bis 2008 prognostiziert. Wenn man sich den Schuldenstand vor Augen führt: 1.400 Milliarden €. Eine Milliarde sind immer noch 1.000 Millionen und nicht 100 Millionen. Wenn wir jeden Monat 1 Milliarde € Schulden zurückführen, brauchten wir 120 Jahre, um das zu gewährleisten. Daran wird deutlich, was Sie an unverantwortlichen Schulden für die nächste Generation angehäuft haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind Letzter, was Konkurse und Existenzgründungen anbelangt. Wir sind der Bremsklotz in Europa. Deshalb sage ich: Rot-Grün steht für Abstieg, und es ist ein neuer Anfang für Deutschland notwendig, damit unser Land wieder nach vorne kommt und auch wir davon in Hessen profitieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine neue Bundesregierung unter unserer Führung ist das beste Konjunkturprogramm für Deutschland und ein positiver Impuls für unser Land Hessen.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir brauchen, wie der Bundespräsident gesagt hat, Vorfahrt für Arbeit, eine Agenda für Arbeit. Arbeit braucht Wachstum, und Wachstum braucht Freiheit. Wir werden am 1. Juli ein Regierungsprogramm vorlegen, das sich in einem sehr geschlossenen Konzept darstellt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf bin ich gespannt!)

– Herr Al-Wazir, wissen Sie, wir brauchen Arbeitsmarkt- und Strukturreformen. Was wir nicht gebraucht haben, waren Versprechungen, die die rot-grüne Bundesregierung den Menschen gemacht hat, von denen das Gegen teil nachher eingetreten ist. Wie war das? „Hartz wird die Arbeitslosigkeit halbieren.“ – Was ist das Ergebnis Ihrer Politik? Wie war das mit den Ich-AGs? Damit könnten wir 1,5 Millionen Arbeitsplätze erzielen?

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben doch bei Hartz mit gestimmt!)

Das Ergebnis sind gerade einmal 26.000 Arbeitsplätze. Wie war das? Der Job-Floater – groß angekündigt – wurde zum Job-Flopper. Das ist doch das Ergebnis Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren, deswegen brauchen wir beispielsweise betriebliche Bündnisse für Arbeit, um flexibel die Dinge vor Ort zu regeln. Wenn jetzt der DGB-Chef Sommer ankündigt, dann werde der Häuserkampf ausgerufen, kann ich nur sagen: Hier geht es nicht um die Sicherung der Macht von Gewerkschaften, hier geht es um die Rechte von Arbeitnehmern und die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben doch die Beispiele in Hessen. Wir müssen nicht nur auf Viessmann verweisen. Jetzt die Firma Braun – geplant ist, 4.500 Arbeitsplätze nach Spanien zu verlagern. Sie haben sich verständigt, dass 520 Stunden in fünf Jah-

ren mehr gearbeitet wird und dann die Arbeitsplätze in Deutschland bleiben. Das ist auch richtig. Wir müssen alles tun, dass hier in Deutschland Arbeitsplätze generiert werden, und nicht Voraussetzungen schaffen, dass Arbeitsplätze abwandern, wie es das Ergebnis Ihrer Politik ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Überregulierung ist ein wesentliches Hindernis für Einstellungen, für Existenzgründungen. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Das gilt im Hinblick auf die Frage von variablen Lohnkomponenten mit Gewinnbeteiligung. Das gilt im Hinblick auf die Frage flexibler Arbeitszeiten. Hier in Wiesbaden musste ein Betrieb aus der Tarifvertragspartei austreten, weil er flexible Arbeitszeiten haben wollte. Er hatte nämlich in der ersten Hälfte des Jahres volle Aufträge und deshalb mit dem Betriebsrat vereinbart, bis zu 60 Stunden zu arbeiten und im zweiten Halbjahr nur 20 Stunden. Damit hat er aber die Arbeitsplätze gesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Beweglichkeit im Rahmen des Arbeitsmarktes. Wir müssen Überreglementierung wegnehmen, und wir müssen Einstellungshindernisse abschaffen, damit es in Deutschland für Arbeit wieder Perspektive gibt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Fuhrmann, es gibt noch viel Arbeit im Dienstleistungssektor. 340 Milliarden € werden zurzeit mit Schwarzarbeit erzielt. Die privaten Haushalte als Arbeitgeber anzuerkennen würde eine zusätzliche Perspektive für mehr Arbeit in Deutschland bieten. Dazu müssen wir den Mut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, wir brauchen eine einfachere und gerechtere Steuerpolitik, die im Ergebnis auch zu niedrigeren Steuern führen wird. Das Steuersystem ist zu vereinfachen. Im Grunde genommen sind die Abschreibungen abzuschaffen und die Bemessungsgrundlagen zu erweitern. Die Hindernisse müssten weggenommen werden. Das würde zu mehr Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit führen. Langfristig hätte der Staat darüber auch mehr Einnahmen. Deshalb wäre eine Steuerreform auf dieser Grundlage notwendig. Das wäre auch die richtige Perspektive für Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Herr Al-Wazir, wir brauchen ebenfalls Entlastung bei den Lohnkosten. Selbstverständlich ist es richtig, dass wir im Rahmen der Gesundheitsreform über die Gesundheitsprämie diskutieren und diesen Weg auch einschlagen wollen. Meine Damen und Herren der Sozialdemokraten, die Bürgerversicherung, die Sie einführen wollen, würde selbst nach einem Gutachten der Bundesregierung zu dem Ergebnis führen, dass es zum Verlust von 1 Million Arbeitsplätzen käme.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU) – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Durch die Gesundheitsprämie hingegen würden 1 Million Arbeitsplätze geschaffen. Darin besteht der Unterschied: Vorfahrt für Arbeit durch Einführung der Gesundheitsprämie und keinen Verlust an Arbeitsplätzen durch die Bürgerversicherung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Norbert Schmitt (SPD):

Was für ein Stuss! Zeigen Sie uns einmal die Studie!)

Ich denke, wir müssen uns schon die Frage stellen, wie wir über eine Arbeitsmarktstrukturreform, aber auch über eine Veränderung der Rahmenbedingungen wieder zu mehr Arbeitsplätzen kommen.

Was war denn das Ergebnis Ihrer Politik? – Wir haben das in Hessen doch schon alles durchgemacht. Das betrifft z. B. die Frage der Nutzung der Kernenergie. Das Einzige, was Ihre Politik dazu in Hessen gebracht hat, ist, dass 5.000 Arbeitsplätze in Hanau und darüber hinaus auch an anderen Orten verloren gegangen sind.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer (FDP) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug!)

Wo hat es denn mehr Sicherheit gegeben? Das Ergebnis Ihrer Politik ist doch, dass die Kernkraftwerke sicherheitstechnisch nicht mehr nachgerüstet werden. Ich glaube, wir brauchen hohe Sicherheitsstandards. Solange wir aber noch keine Alternative haben, brauchen wir weiterhin die friedliche Nutzung der Kernenergie. Auch das müssen wir deutlich sagen. Denn das ist auch für unsere Umwelt der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meiner Ansicht nach sind die GRÜNEN die größten Umweltzerstörer mit ihrer Politik, die durch den Bau von Windkrafträder zu einer Verschandelung der Landschaft führt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch das Ergebnis an. Wir brauchen eine Veränderung.

Wir haben in Hessen doch die entsprechenden Erfahrungen gemacht. Den größten Verlust an Arbeitsplätzen in Hessen im Bereich der Erzeugung von Insulin hat beispielsweise der heutige Bundesaußenminister Fischer zu verantworten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Narrhallamarsch!)

Deshalb müssen auch hinsichtlich der Gentechnik andere Akzente in der Politik gesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich von Entbürokratisierung rede, dann kommt meine Auffassung zum Ausdruck, dass es notwendig ist, nicht noch mehr Vorschriften draufzusatteln oder Vorschriften wie das Antidiskriminierungsgesetz zu erfinden. Wir brauchen kein derartiges Antidiskriminierungsgesetz. Wir brauchen in Deutschland Entbürokratisierung, um für unser Land wieder eine bessere Perspektive zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das gilt auch für die Beschleunigung der Planungen. Meine Damen und Herren der GRÜNEN, Sie tun natürlich alles, um die entsprechenden Planungsverfahren zu behindern und möglichst lange hinauszuzögern.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du ahnst es nicht!)

Auch für die Investitionen in unserem Land brauchen wir eine vernünftige Beschleunigung der Planungsverfahren. Das können wir nicht nur am Ausbau des Frankfurter Flughafens erkennen, sondern auch an den entscheidenden Straßenbaumaßnahmen. Denn die Verkehrsinfrastruktur hat auch etwas damit zu tun, dass sich die Wirtschaft entwickeln kann, dass es Wachstum geben kann und dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wenn wir uns die Ergebnisse für Hessen anschauen, dann können wir doch feststellen, dass es in diesem Jahr wieder zu Steuerausfällen in Höhe von 330 Millionen € kommen wird. Für das nächste Jahr sind Steuerausfälle in Höhe von 720 Millionen € prognostiziert. Ohne unsere „Operation sichere Zukunft“

(Zuruf von der SPD: „Operation düstere Zukunft“!)

würde unser Land im Grunde genommen mit einer halben Milliarde Euro Mehrausgaben belastet. Wir haben doch nicht aus Freude die Haushaltssperre beschlossen.

(Günter Rudolph (SPD): Schloss Erbach!)

Das geschah, um eine vernünftige Perspektive für die Zukunft zu haben.

Investitionen sind von dieser Haushaltssperre ausgenommen. Denn Investitionen haben etwas mit Arbeitsplätzen zu tun. Das halte ich für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, da geht es um den Ruhesitz des Grafen! Seit wann ist das ein Arbeitsplatz?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch einen Blick auf die Entwicklung Europas werfen. Die Europapolitik Gerhard Schröders ist gescheitert. Tatsache ist doch, dass der Entwurf der Europäischen Verfassung nicht nur in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. Eine Abstimmung darüber wird in Großbritannien jetzt gar nicht mehr durchgeführt werden. Dieser Verfassungsentwurf ist also gescheitert.

Wir brauchen in Europa eine Konsolidierung, aber keine Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union einschließlich des Beitritts der Türkei. Denn das ist nicht der richtige Weg für Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aus unserer Sicht kann die Türkei in der Europäischen Union nicht Vollmitglied werden.

Das gilt auch hinsichtlich einer anderen Frage. Es darf sich kein bürokratischer europäischer Superstaat entwickeln, der immer mehr Vorschriften erfindet. Herr Verheugen sagt, es befänden sich noch 900 Vorschriften in der Pipeline. Wir müssen in der Europäischen Union mit einer derartigen Politik aufhören. Die Europäische Union hat nicht die Aufgabe, die Abstände der Sonnenschirme in den Biergärten zu regeln. Die Europäische Union trägt die Verantwortung für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik und für Grundsatzfragen. Aber nicht jede Aufgabe, die es in Europa gibt, ist auch eine Aufgabe der Europäischen Union.

Wir brauchen also eine Konsolidierung der Europäischen Union und keine Diskussion um ihre Erweiterung. Wir

müssen die Europäische Union wieder auf einen vernünftigen Weg führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das will ich noch zu diesem Thema sagen. Der größte Rechtsbrecher in Europa ist die rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist die Wahrheit. Wir haben den Stabilitätspakt damals beschlossen, weil die Bürgerinnen und Bürger einen besonderen Wert auf die Stabilität ihrer Währung gelegt haben. Sie wollten die Sicherheit haben, dass auch der Euro stabil sein wird. Deshalb hat die vorhergehende Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl und mit Theo Waigel entscheidend dazu beigetragen, dass der Stabilitätspakt in Europa vereinbart wurde. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen, dass wir schon misstrauisch waren, ob andere Länder diese Voraussetzungen würden einhalten können. Zu den Ersten, die mit auf der Anklagebank saßen, gehörte die Bundesrepublik Deutschland, in der Rot-Grün die Verantwortung trägt. Wir werden in diesem Jahr das vierte Mal den Stabilitätspakt brechen. Das ist eine Blamage für Deutschland und die deutsche Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Zum vierten Mal gibt es in Hessen einen verfassungswidrigen Haushalt!)

Wie mit solchen Fragestellungen offensichtlich umgegangen wird, kann man auch im Zusammenhang mit der geplanten Neuwahl erkennen. Da gibt es keinen Respekt vor den in der Verfassung vorgesehenen Organen. In der Öffentlichkeit wurde erklärt, der Bundespräsident sei als Erster konsultiert worden. Nachher stellt sich das als Unwahrheit heraus. Was schrieb der „Spiegel“? – Er schrieb: „Schluss mit Schröders Legenden“.

Ich denke, wir sollten einen klaren und sauberen Weg wählen, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass am 18. September 2005 gewählt werden kann. Der beste Weg wäre der sofortige Rücktritt des Bundeskanzlers.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte Weiteres aus dem Katalog aufzählen. Das reicht von der Familienpolitik bis hin zu anderen Fragen.

Ich will aber noch eines anführen, von dem ich glaube, dass ein Stück weit das Grundproblem der Bundesrepublik Deutschland deutlich wird, die von Rot-Grün geführt wird. Ich will dabei über die werteorientierte Politik reden. Wo sind wir eigentlich hingekommen? Ein Minister dieser Bundesregierung hat vorgeschlagen, einen christlichen Feiertag abzuschaffen und dafür einen islamischen Feiertag einzuführen. Dieser Mann gehört noch zu der Führungsgruppe von euch GRÜNEN. Ein solcher Mann darf in Deutschland keine politische Verantwortung mehr tragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage deshalb: Es muss Schluss sein mit der Legendenbildung, den Tricksereien und dem Vertrauensbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Machen Sie für einen neuen Anfang in Deutschland den Weg frei. Deutschland braucht einen neuen Anfang. Unser Land Hessen würde dadurch erheblich gewinnen. – Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, als nächster Rednerin erteile ich Frau Abg. Ypsilanti für die Fraktion der SPD das Wort.

(Zuruf von der CDU: Fordern Sie den Rücktritt des Kanzlers!)

Andrea Ypsilanti (SPD):

Meine Damen und Herren der CDU, Herr Jung, ist die CDU wegen der Rückzahlungen, die sie aufgrund der Schwarzgeldaffäre leisten muss, so klamm,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

dass sie den Wahlkampf schon in den Plenarsaal des Hessischen Landtags verlagern muss?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSE 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor Sie aufrufen, Rot-Grün abzuwählen, sollten Sie ein eigenes Konzept vorlegen. Sie müssen den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf sagen, wofür Sie eigentlich stehen.

(Beifall der SPD und der Abg. Dr. Andreas Jürgens und Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt ist Schluss mit lustig.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Ich freue mich, dass Sie so optimistisch sind. Es wird jetzt aber zum Schwur kommen. Heute meckern Sie einmal hier, morgen blockieren Sie einmal da im Bundesrat. Erst fordern Sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dann wollen Sie das aber doch nicht so richtig haben. Dann diskutieren wir über die Einführung der Kopfpauschale. Durchgerechnet ist das aber auch nicht. Dann soll eine Steuerreform vorgenommen werden, nach deren Durchführung die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passen soll.

Für all das brauchen Sie eine Patchworkdecke. So werden Sie die Wählerinnen und Wähler nicht überzeugen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie dann noch ernsthaft behaupten wollen, die schlechteste Landesregierung Hessens seit Ende des Zweiten Weltkriegs solle Vorbild für diese Republik sein, kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben überhaupt keine Angst vor der Auseinandersetzung im Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Tarek Al-Wazir und Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann reden wir einmal über Steuerpolitik. Roland Koch hat im letzten „Spiegel“ gesagt, er könne sich vorstellen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Es gebe keine Steuergeschenke mehr zu verteilen. – Das ist richtig. In Hessen gibt es überhaupt nichts mehr zu verteilen. In Hessen gibt es nicht einmal mehr etwas zu verkaufen. Der Haushalt ist ruiniert wie noch nie. Aber dass sich Herr Koch im Bundesrat hinstellt und 17 Milliarden € Subventionen verweigert – das sind 400 Millionen € für Hessen –, das muss er auch einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommunen sind auch ziemlich pleite. Aber wer hat denn im Bundesrat verhindert, dass die Bemessungsgrundlagen für die Gewerbesteuer erweitert werden können?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie etwas zur Körperschaftsteuerreform!)

Sie haben verhindert, dass die Kommunen eine bessere Finanzausstattung haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann setzen Sie in Hessen gerade noch eins drauf: Die Hessische Landesregierung greift mit dem Kommunalen Finanzausgleich in die Kassen der Kommunen. Außerdem verweigert sie den Kommunen 300 Millionen € für die Kinderbetreuung. Schließlich werden die Kommunen noch bei der „Operation düstere Zukunft“ als Ausfallbürger für das Land herhalten müssen. So verhindern Sie Investitionen vor Ort genau da, wo sie gebraucht werden. Das ist Politik gegen Arbeitsplätze, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann verweigern Sie weiterhin die Diskussion um die Erbschafts- und Vermögensteuer. Hier sind Sie ganz hartnäckig, aber das sind Steuereinnahmen von mehreren 100 Millionen € für Hessen. Das sind Einnahmen, die Beschäftigungseffekte brächten, wenn sie in Bildung investiert würden. Damit würden Sie etwas für Kinder tun. Sie würden etwas für Eltern tun.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie etwas zur Körperschaftsteuerreform!)

Es wären keine negativen Effekte für die Konjunktur. Im Gegenteil, es wären positive Beschäftigungseffekte.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Von einem durchgerechneten Steuerkonzept auf Bundesebene kann überhaupt nicht die Rede sein. Es gibt dieses „Konzept 21“. Damit soll der Spaltensteuersatz auf 36 % gesenkt werden, der Eingangssteuersatz auf 12 %. Das bedingt einen Ausfall von 10 Milliarden €, und Sie haben noch kein Wort über die Gegenfinanzierung gesprochen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Hinzu kommt die Kopfpauschale. Auch darüber müssen wir reden. Da haben Sie immer noch eine Deckungslücke von 20 Milliarden €. Damit sind es schon 30 Milliarden €. – Das kann man in Berlin alles noch als Oppositionsplänkel durchgehen lassen. Aber Sie müssen mit einem durchgerechneten Steuerkonzept vor die Wählerinnen und Wähler treten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kauder möchte eine ganz schnelle Steuerreform mit Entlastungen. Die CSU sagt, dafür hätten sie keine Spielräume. Dann wollen die einen die Pendlerpauschale senken, was nicht nur die Besserverdienenden trifft, meine Herren von der CDU. Die anderen wollen vielleicht doch die Eigenheimzulage kippen. Herr Stoiber möchte an die Schicht- und Nachtarbeitszulage der Arbeiterinnen und Arbeiter im Schichtdienst. Das sind die, die eine Arbeitszeit mit besonderer Belastung haben.

Sie greifen den Normalverdienern dreimal in die Tasche: mit der Mehrwertsteuer, mit der Pendlerpauschale und mit der Abschaffung der Schichtdienstzulage. Wie Sie das diesen Leuten erklären wollen, das ist Ihre Sache.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir sind sehr gespannt, wie Sie das erklären wollen. Die hessische SPD sagt: Steuern müssen gerecht sein, starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. – Ich stehe nach wie vor dafür, dass auch die Einnahmen des Staates gewährleistet sein müssen. Der Staat muss in die Lage versetzt sein, seine Arbeit zu machen. Deswegen stehe ich dafür: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

(Zurufe von der CDU)

Außerdem bleibt 1 % Vermögensteuer für 100 % Bildung nach wie vor richtig.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie einmal, was Herr Eichel zur Vermögensteuer ausgerechnet hat!)

Dann kommen wir zu dem zweiten Thema, das Sie immer so gerne nennen: Bürokratieabbau. Das ist auch eines Ihrer Lieblingsthemen, bei dem Sie nie wirklich konkret werden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich kann Ihnen aber sagen, wo Sie konkret werden. Wenn es darum geht, kleine und mittlere Betriebe von unsinnigen Statistiken zu befreien, dann sind wir d'accord. Das ist auch im 20-Punkte-Programm der Bundesregierung enthalten. Wenn es darum geht, 360 Gesetze abzuschaffen, die einfach nur Rechtsverordnungen sind, die niemandem wirklich nützen, dann machen wir auch mit. Das ist auch im 20-Punkte-Programm der Bundesregierung enthalten.

(Michael Boddenberg (CDU): Warum gibt es sie immer noch?)

Aber wenn Sie mit dem Bürokratieabbau Sozialabbau meinen, dann sagen Sie das den Wählerinnen und Wählern auch.

(Zurufe von der CDU)

Wer so ein bürokratisches Monster wie die Kopfpauschale auflegt, der hat seine bürokratische Unschuld sowieso schon längst verloren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Bürgerversicherung ist durchgerechnet. Sie ist solidarisch, und sie ist volkswirtschaftlich sinnvoll.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Seit drei Jahren weigert sich Schröder beharrlich, das umzusetzen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir werden ein sehr detailliertes Konzept zur Bürgerversicherung im Wahlkampf vorlegen. Daran werden Sie uns messen können. Wir werden das zur Wahl stellen. Sie dürfen Ihre Kopfpauschale dann auch zur Wahl stellen, und dann werden wir sehen, wie die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Sie verstehen unter Bürokratieabbau den Abbau von Arbeitnehmerrechten und sonst nichts. Sie wollen den Kündigungsschutz aufweichen. Sie wollen die Mitbestimmung beschneiden, und Sie wollen die Tarifvereinbarung unterlaufen. Das ist für Sie Bürokratieabbau.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir wollen Arbeitsplätze!)

Sie haben von sozialem Frieden in Deutschland gesprochen. Aber das sind Beiträge zum sozialen Unfrieden in Deutschland, meine Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Wissen Sie, was der größte Beitrag dazu ist? 5 Millionen Arbeitslose!)

– Wir reden auch noch über Arbeitsplätze. – Sie wollen durch Sozialabbau Arbeitsplätze schaffen. Sie wollen die Arbeitslosenversicherungsbeiträge senken. Was heißt das? Das heißt, der Bundesanstalt für Arbeit Mittel für die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu entziehen. Beim Fördern und Fordern bleibt bei Ihnen nur das Fordern. So werden Sie weniger Menschen in Arbeit bringen und nicht mehr.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Sie haben doch die Förderung gestrichen!)

Wir reden über den Arbeitsmarkt, reden wir einmal über Hartz. Ich gehöre zu denen in der hessischen SPD, die zu Teilen von Hartz Kritik eingewandt haben. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass es bei Hartz Korrekturen gibt, z. B. bei der Bezugsdauer für ältere Arbeitslose. Das werde ich weiter tun.

(Beifall bei der SPD)

Aber im Gegensatz zu Ihnen haben wir gehandelt. Wir haben die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Damit haben wir erreicht, dass den Sozialhilfeempfängern endlich wieder die Förderprogramme für den ersten Arbeitsmarkt zugänglich gemacht worden sind. Sie hatten vorher keinen Anspruch darauf. Wir haben Jugendlichen unter 25 Jahren einen Rechtsanspruch darauf gegeben, dass sie eine Weiterbildung, eine Fortbildung oder ein Jobangebot bekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Nennen Sie irgendein vorzeigbares Ergebnis!)

Auch dazu stehe ich nach wie vor: Ich hätte die Ausbildungsplatzmisere gerne mit einer Ausbildungsplatzumlage beendet. Das hätte ich gerne getan. Es ist nicht so gekommen, aber mit dem Ausbildungspakt auf Bundesebene sind im Ausbildungsjahr 2003/04 60.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden. Hessen ist Schlusslicht bei der Ausbildungsplatzsituation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch hat immer noch keine Antwort darauf, dass wir Schlusslicht sind. Er hat gestern Abend eine probiert: Dienstleister bildeten nicht so sehr aus, wir in Hessen

seien Opfer der Modernisierung. – Das ist eine zu einfache Antwort, die Sie hier gegeben haben, Herr Koch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Am 13. Mai haben Sie im Bundestag gegen die Ausweitung des Entsendegesetzes gestimmt. Meine Herren von der CDU, Sie riskieren damit, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kein ausreichendes Einkommen haben werden. Das ist keine Konjunkturpolitik.

(Frank Gotthardt (CDU): 5 Millionen Menschen sind arbeitslos! Das ist das Problem!)

Sie haben in Ihrem Antrag von Armutsentwicklung gesprochen. Aber Sie wollen einen Beitrag dazu leisten, dass Armut trotz Arbeit besteht.

(Beifall bei der SPD)

Das Trauerspiel ist doch, dass einige Unternehmen wie die Deutsche Bank und Freunde – das kritisieren Sie, und das werde ich weiterhin kritisieren – trotz enormer Gewinne Arbeitsplätze abbauen. Das ist der Skandal.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Diese Unternehmen nehmen ihre Verantwortung in keiner Weise wahr. Deshalb werden wir auch weiterhin fragen: Was ist die soziale und ethische Verantwortung von Unternehmen, die große Gewinne schreiben und Arbeitsplätze abbauen? Eigentum verpflichtet. Das werden wir den Unternehmen auch weiterhin sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): 5 Millionen Arbeitslose, das ist die Messlatte!)

Ich möchte eine Diskussion führen, bei der es darum geht, dass Menschen, die einen Vollerwerbsarbeitsplatz haben, sich und ihre Familie von den Löhnen auch wieder ernähren können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Frank Gotthardt (CDU))

Sie wollen Lohndumping. Lohndumping ist aber dumm. Deutschland wird nie ein Billiglohnland werden. Wir werden nie mit Billiglohnländern konkurrieren können. Unser Job ist es, in Bildung und Forschung zu investieren. Auch da hat die Bundesregierung eine richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Was machen wir mit 5 Millionen Arbeitslosen?)

Die Bundesregierung hat 4 Milliarden € für den Ausbau von Ganztagsschulen eingesetzt. Ich kann auch nichts dafür, wenn das in Hessen nicht umgesetzt wird und nicht ankommt. Aber die Bundesregierung hat 4 Milliarden € bereitgestellt. Sie hat den Job gemacht.

Durch die BAföG-Reform hat sie die Förderung verdoppelt. Sie hat den Studienanfängeranteil von 27,7 % auf 36,5% eines Jahrgangs erweitert. Wenn Sie mit Ihren Studiengebühren so weitermachen, werden Sie genau an dieser Stelle auf die Bremse treten. Das ist das falsche Rezept für Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Seit wann ist der Bund zuständig? – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir investieren in Forschung und Bildung. Der Forschungsetat war noch nie so hoch wie unter der rot-grünen Bundesregierung. Was machen Sie in Hessen? Sie lassen die Hochschulen verhungern und schlagen auch noch Bundesgelder aus.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Thema Wahlkampf. Sie haben diesen Antrag in der vermeintlichen Gewissheit gestellt, dass Sie demnächst die Geschicke dieser Republik leiten werden und leiten wollen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben es erkannt!)

Das ist Ihr gutes Recht. Ich bin nicht so vermesssen, zu behaupten, dass die aktuellen Meinungsumfragen Ihren Optimismus dämpfen oder widerlegen. Einverstanden, aber – das wissen Sie auch – Stimmungen sind noch längst keine realen Stimmen. Wir haben noch 100 Tage, 2.400 Stunden, um den Wählerinnen und Wählern die Lage klarzumachen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Wählerinnen und Wähler über Ihr Konzept noch wundern und empören werden, wenn Sie es auf den Tisch legen. Dann werden wir diskutieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Euphorie ging so weit, dass sich Herr Koch ganz vorne vor das Mikrofon gestellt hat und Frau Merkel als Kanzlerkandidatin ausgerufen hat.

(Zurufe von der SPD)

Es hat gut geklappt. Aber, Herr Koch, Sie waren ungefähr so glaubwürdig wie ich, wenn ich Herrn Ackermann als nächsten DGB-Vorsitzenden vorschlagen würde.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden um unsere Wähler kämpfen. Wir wissen, dass wir es schwer haben.

(Frank Gotthardt (CDU): Sagen Sie noch einmal etwas zu den 5 Millionen Arbeitslosen!)

Aber ich bin fest davon überzeugt, dass Ihr Übermut und Ihre Arroganz uns im Wahlkampf helfen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann komme ich auf den Ausgangspunkt zurück. Meine Damen und Herren, wenn Hessen die Vorlage für die Republik werden soll, gehen wir frohgemut in den Wahlkampf.

(Anhaltender und lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Arbeitsplätze! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Vorsitzende, Herr Kollege Hahn.

(Norbert Schmitt (SPD): Noch ein DGB-Vorsitzender! Bewerbungsrede! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der nächste DGB-Vorsitzende!)

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Deutschland braucht nicht nur einen Regierungswechsel, Deutschland braucht einen Politikwechsel.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eines braucht Deutschland gewiss nicht, und das ist die FDP!)

Stillstand, Reformunfähigkeit, 5 Millionen Arbeitslose – das ist das Ergebnis von sieben Jahren Rot-Grün in Berlin. Die höchste Staatsverschuldung, die rote Laterne in Europa – das ist das Ergebnis von sieben Jahren Arbeit von Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grunde hat der Bundeskanzler vollkommen Recht. Er will raus aus diesem Bundeskanzleramt. Er ist auf der Flucht. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sollten ihn laufen lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

In der Geschichte unserer Republik – das ist die traurige Tatsache – hat es noch niemals einen Bundeskanzler, hat es noch niemals eine Regierungspartei gegeben, die so defensiv in einen Wahlkampf hineingehen, wie das die Sozialdemokraten tun.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was Frau Ypsilanti eben vorgetragen hat,

(Reinhard Kahl und Norbert Schmitt (SPD): War sehr gut!)

waren Fragen für die Zukunft. Frau Ypsilanti hätte hier die Antworten der letzten sieben Jahre vorlegen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man eine vernünftige Regierungsarbeit macht, ist man am Ende der Legislaturperiode stolz darauf. Man stellt die Worte „Versprochen – gehalten“ dem Wähler zur Abstimmung. Frau Ypsilanti, was Sie gemacht haben, ist eine Flucht vor der Arbeit, die in den letzten sieben Jahren mit den Personen Schröder und Fischer verbunden war.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie bitte?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss Neuwahlen geben. Es muss einen Regierungswechsel geben, und es muss einen Politikwechsel in unserem Land geben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es war Mitte der Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts, als Gerhard Schröder am Kanzleramt, damals in Bonn, stand und an den Pfählen rüttelte: „Ich will hier hinein.“ Heute ist das Bild: „Ich will hier raus. Herr Bundespräsident, lassen Sie mich hier heraus.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Das ist die Entwicklung, die Rot-Grün in den letzten Jahren, und zwar verbunden mit Gerhard Schröder und mit Joseph Martin Fischer, erlebt hat. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, unser Land ist viel zu wertvoll, als dass Sie weiterhin derartige Experimente machen könnten, die zum Scheitern verurteilt sind. Deutschland ist ein Land mit großen Potenzialen. Lernen ist unsere unerschöpfliche Ressource.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Höchstleistungsfähigkeit ist unsere größte Chance. Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit Europa und dem atlantischen Bündnis ist unsere Staatsräson. Deutschland kann erfolgreicher sein, als es heute ist, wenn Politik und Gesellschaft es wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Gesellschaft kann darüber im September entscheiden. In den Augen von uns Liberalen ist eine Politik notwendig, die sich auf den Weg macht, Vertrauen zurückzugewinnen. Notwendig ist eine Politik, deren Kennzeichen Solidarität, Solidität und Verlässlichkeit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)): „Solidarität“, sagt die FDP! – Norbert Schmitt (SPD): Doch Bewerbungsrede für den DGB-Vorsitz!)

Notwendig ist eine Politik, die nicht auf eine Legislaturperiode, sondern auf einen längeren Zeitraum und generationenübergreifend angelegt ist. Deutschland braucht ein umfassendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Innovationsprogramm, eine Vorstellung von dem, was getan werden sollte und wie es zu bewerkstelligen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Vorstellung der Liberalen.

Sie, Rot und Grün, haben zwei Mal die Chance gehabt, dieses Land erfolgreich zu regieren. Sie haben im Jahre 1998 die Bundestagswahl gewonnen. Sie sind mit dem Anspruch angetreten, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Kollege Dr. Jung hat darauf hingewiesen: Sie haben vieles anders gemacht, als Sie es vorher gesagt haben. Sie haben aber nichts besser gemacht, sondern unser Land weiter in die Steuer- und die Schuldenfalle getrieben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie hatten 2002 die Chance gehabt, es neu zu machen. Auch diese Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie nicht genutzt. Worüber reden wir eigentlich, Frau Ypsilanti?

(Norbert Schmitt (SPD): Die Steuerquote ist bei 20,5%! Bei Ihnen war sie bei 22,9%!)

Sie sind die Landesvorsitzende einer Partei, deren Regierungschef auf der Flucht ist, nicht bereit ist, dieses Land eine volle Legislaturperiode, für die er gewählt worden ist, zu regieren. Warum ist er auf der Flucht? Weil sich die eigene Partei, von Ihnen mit angeführt, von dem Bundeskanzler und den vernünftigen Politikansätzen, die in der Agenda 2010 notiert sind, abgesetzt hat. In diesem Fall ist

doch Gerhard Schröder genauso verlassen wie damals Helmut Schmidt, weil auch hier wieder die Südhessen gemeint haben, sie müssten Volksbeglückung auf Kosten der Steuerzahler umsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier nicht nur über – Zerfall will ich nicht sagen, denn Gott sei Dank ist unser Land viel zu stark – die riesigen Probleme, die Ihre schlechte Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Menschen in unserem Lande gebracht hat. Wir reden auch über den Zerfall der Sozialdemokratischen Partei. Sie macht nämlich heute mit ihrem Bundeskanzler genau dasselbe, was sie in den Achtzigerjahren mit Helmut Schmidt gemacht hat: ihn im Regen stehen lassen, zur Seite schieben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch die FDP! Das müssen gerade die Wendehälse sagen! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war dessen Koalitionspartner? – Weitere lebhafte Zitate von der SPD)

Sie haben lange gebraucht, um aus diesem Tal wieder herauszukommen. – Diejenigen von den Sozialdemokraten, die jetzt am lautesten brüllen, waren schon damals dabei gewesen, die Sozialdemokraten kaputtzumachen. Herr Generalsekretär der hessischen SPD, machen Sie doch weiter so.

(Norbert Schmitt (SPD): Ausgerechnet die Wendehälse!)

Unser Motto ist: Vorfahrt für Arbeitsplätze. – Unser Motto ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass es wieder Spaß macht, in diesem Land Arbeitsplätze zu schaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nehmen den Bundespräsidenten ernst, der anlässlich seiner großen Rede gesagt hat: Es ist richtig, es muss alles gemacht werden, dass Arbeitsplätze geschaffen werden können, und es muss alles unterlassen werden, was diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen wollen, daran hindert.

Das ist der Oberbegriff einer vernünftigen Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Denn nur dann, wenn genügend Arbeitsplätze da sind, sind auch genügend Menschen in Arbeit, gibt es genügend Steuereinnahmen und können damit auch die Soziallasten im Bereich der Gesundheit, die Sozialhilfe usw. getragen werden. Wenn aber keine Arbeitsplätze da sind, wenn 5 Millionen Arbeitslose von der Gemeinschaft bezahlt werden müssen, ist es doch vollkommen klar, dass es dem Land wirtschaftlich und finanziell schlecht geht. Deshalb sollten wir alles unternehmen, damit in diesem Lande endlich wieder Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie wissen, wir haben als Liberale einen Dreiklang oder vielleicht sogar sechs Punkte, um deutlich zu machen, was kurzfristig geändert werden muss.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind es drei oder sechs? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Früher waren es drei! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder 18? – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Steuerpolitik. Wir wollen ein radikales Umsteuern. Die FDP will Unternehmen in Deutschland nur noch mit

höchstens 25 % Körperschaftsteuer und Einkommensteuer belasten. Hinzu kommt in unserem Konzept ein kommunaler Zuschlag von 2 bis 4 %. Wir wollen die Gewerbesteuer abschaffen. Wir wollen, dass Ausschüttungen unbelastet bleiben, Dividenden und Zinsen jedoch an der Quelle mit 25 % Steuer abgegolten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen an alle anderen Einkünfte einen Drei-Stufen-Tarif von 15, 25 und 35 % anlegen. Wir wollen, dass sämtliche Sonderabschreibungen und Gegenrechnungen abgeschafft werden. Wir wollen an die Eigenheimzulage und an die Pendlerpauschale gehen, aber nicht, wie es die Sozialdemokraten am Wochenende wieder gefordert haben, um Schuldenlöcher zu stopfen, sondern um eine Umorganisation des Steuersystems hin zu mehr Arbeitsplätzen in unserem Lande zu schaffen. Das ist die liberale Antwort auf die Probleme unserer Zeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen eine privatisierte Krankenversicherung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! So viel zu Solidarität!)

Wir können es nicht glauben, dass die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt behauptet hat und fordert, dass die privaten Krankenversicherungen abgeschafft werden sollen. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf von der CDU)

Wir brauchen keine gesetzlichen Krankenversicherungen. Wir brauchen die Pflicht, dass man sich zur Grundsicherung versichert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel zur Solidarität!)

– Herr Kollege Al-Wazir, für uns bedeutet Solidarität nicht,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel zur Solidarität!)

auf Kosten des Staates zu wirtschaften und zu aasen.

Für uns bedeutet Solidarität, Arbeitsplätze zu schaffen, damit sich die Menschen selbst um sich kümmern können, damit sie selbst die Finanzen haben, die sie brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Bürger nicht unmündig machen, so wie es die GRÜNEN unter dem Motto wollen: Wir wissen alles besser; deshalb muss der Staat alles richten. – In unseren Augen ist der Bürger mündig genug, um sich zuallererst um sich selbst zu kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Liberalen, die für die Freiheit sind, und den GRÜNEN, die für die staatliche Gängelung sind.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heike Hofmann (SPD): So einfach ist die Welt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grunde sagen wir auch, dass im Bereich des Arbeitsrechts Änderungen vorgenommen werden müssen. Es kann doch nicht sein, dass ein kleiner oder mittelständischer Unternehmer – Michael Denzin und ich haben gerade

vorgestern mit den drei Präsidenten der hessischen Handwerkskammern zusammengesessen, die uns das wieder gesagt haben – sich daran gehindert fühlt, neue Arbeitskräfte einzustellen, weil ihn das Arbeitsrecht daran hindert. Das Arbeitsrecht ist dafür da, dass ein gerechter Ausgleich zwischen dem Arbeitgeber auf der einen Seite und dem Arbeitnehmer auf der anderen Seite stattfindet, und nicht dazu, dass Gesellschaftsbilder gestellt werden, so wie es die Sozialdemokraten in diesem Lande wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das Arbeitsrecht ist dafür da, zu regeln, dass in den Betrieben ein Betriebsfriede herrscht, dass jeder aus den Einkommen, die aus dem Betrieb erwirtschaftet werden, einen gerechten Anteil bekommt, dass aber zuallererst im Betrieb entschieden wird, wie es denn gemacht wird, und nicht in der Gewerkschaftszentrale des DGB in Düsseldorf im 9. Stock.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD: Unsinn!)

Deshalb ist es eine unsägliche Belastung unserer Wirtschaft, wenn den Betrieben nicht gestattet wird, selbst zu entscheiden, was sie wollen. Sie müssen nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie in Hessen wohnen. Und Sie müssen nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir in Waldeck-Frankenberg ein Unternehmen haben, das Viessmann heißt und weltweit bekannt ist. Dort wollte man zwischen der Unternehmensleitung einerseits und den Arbeitnehmern im Betriebsrat andererseits eine Lösung finden, um Arbeitsplätze in Waldeck-Frankenberg zu erhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es waren die Gewerkschaftsbosse aus der 9. Etage der schmucken Häuser in Frankfurt und Düsseldorf, die meinten, sie wüssten besser, was in Waldeck-Frankenberg bei Viessmann passieren soll. Das ist ein Umkehren von Solidarität und Verlässlichkeit in unserem Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch erreichen, dass nicht immer weiter Zentralen großer Unternehmen aus Deutschland hinausgehen. Das liegt nämlich zu einem großen Teil an unserem Mitbestimmungsrecht. Ich war gerade am Freitag und Samstag wieder einmal in London. Erklären Sie einmal einem angelsächsischen Unternehmer, warum in einem Aufsichtsrat – Klammer auf: der hat eh schon Probleme, unser System von Vorstand und Aufsichtsrat bei Aktiengesellschaften zu verstehen, Klammer zu – Gewerkschaftsfunktionäre per se drinsitzen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Weil das richtig ist, Herr Hahn!)

Das kann ich ihm nicht erklären. Es ist übrigens auch nicht zu erklären, dass z. B. der stellvertretende ver.di-Landesvorsitzende per se im Aufsichtsrat der Fraport AG sitzt.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was machen Sie da?)

– Ich vertrete die Interessen dieses Landes, Herr Kollege Al-Wazir.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD)

Das können wir ganz entspannt diskutieren, Herr Al-Wazir: weil nämlich das Land mit einem Drittelseigner

dieses Unternehmens ist. Ich vertrete also genauso wie Kollege Lothar Klemm, damit das auch jeder hier weiß, und wie früher einmal Rupert von Plötzen die Interessen des Anteilseigners. – Offensichtlich verstehen Sie das Prinzip nicht, Herr Kollege Al-Wazir, sonst würden Sie nicht so dümmlich dazwischenlachen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für mich schreit hier nur einer, und das sind Sie!)

Was vertritt denn eigentlich der DGB-Vize? Oder, um es andersherum zu formulieren: Finden Sie es nicht auch eine unheimliche Belastung des sozialen Friedens bis ins Unternehmen hinein, dass der ver.di-Vizechef, Schaub, auf der einen Seite zum Streik am Flughafen aufruft und andererseits als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender für die Interessen des Unternehmens einzustehen hat? Das können Sie sich selbst schon nicht erklären. Das können Sie anderen Menschen nicht erklären und ausländischen Investoren schon überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind beim Thema Arbeitsplätze aber auch bereit, den Ball aufzunehmen, den Tarek Al-Wazir und andere in einer Pressekonferenz gespielt haben. Die GRÜNEN sind der festen Überzeugung, man helfe dieser Republik, man helfe den Menschen, indem man weitere Arbeitsplätze in Hessen abbauet.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du ahnst es nicht! – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

– Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie dann, wenn Sie einen Kraftwerksstandort schließen, sei es nun Staudinger oder Biblis, direkt mindestens 1.000 Arbeitsplätze pro Standort abbauen. Das ist die logische Konsequenz Ihrer Arbeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Nicht einmal diese Zahl stimmt!)

Sie meinen, wenn Sie mit irgendetwas herumwedeln, sei das schön und helfe den Menschen. Ich kann keinem Menschen erklären, warum wir Atomstrom aus Frankreich oder gar aus den osteuropäischen Ländern importieren sollen,

(Norbert Schmitt (SPD): Wir haben doch im Sommer hingeliefert! Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch wirklich Stuss, was du da erzählst! Wir haben Strom nach Frankreich geliefert! Es ist andersherum!)

wenn wir es sicherer und volkswirtschaftlich sinnvoll in unserem Land machen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann es keinem Menschen erklären, warum die GRÜNEN hier in Hessen mit aller Polemik, die sie haben, gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer wie die GRÜNEN für die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, hat das Recht verloren, über Solidarität in diesem Lande zu reden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund hat insbesondere der Beitrag der Kollegin Ypsilanti deutlich gemacht, dass sich die Sozialdemokraten bereits von der Macht verabschiedet haben. Die Sozialdemokraten stellen Fragen. „Ich will einmal im Wahlkampf die Frage stellen“, haben Sie eben mindestens zehnmal gesagt. Sie sind seit sieben Jahren in der Regierung. Sie müssen mit dem wuchern, was Sie an Erfolgreichem geleistet haben. Sie haben nichts Erfolgreiches geleistet. Rot-Grün in Berlin muss abgewählt werden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abg. Grumbach das Wort. Zwei Minuten, bitte.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Hahn, meine Damen und Herren! Ich habe gelernt, dass man manche Dinge einfach nicht unbeantwortet lässt, weil sonst im Saale steht: Es ist unwidersprochen geblieben. – Sie haben die kluge Idee gehabt, zu sagen, es sei die SPD, die die Bundeskanzler Schmidt und Schröder beschädige. Sie haben dann Debatten erwähnt. Eine Debatte um Nachrüstung habe es gegeben, eine Debatte um die Frage des Einsatzes der Kernenergie. Ich sage Ihnen einmal sehr deutlich: Das Bild, das Sie von Politik haben, ist das Bild der SED.

(Lachen bei der FDP)

In einer demokratischen Partei gibt es klare und offene Diskussionen, und wer diese klaren und offenen Diskussionen für schädlich hält, betreibt eine Politik wie der Staatssozialismus. Dass Sie das als FDP-Fraktionsvorsitzender tun, finde ich geradezu peinlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Herr Grumbach, irgendwann muss man aufhören und zu einem Ergebnis kommen!)

Aber doppelt peinlich wird das Ganze, wenn Sie so tun, als sei die FDP an der Entscheidung über Schmidt nicht beteiligt gewesen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben, statt Streit und Debatte zu suchen, das Wort eines Koalitionsvertrags gebrochen. Die Umfallerpartei FDP hat die Regierung Schmidt gestürzt. Das können Sie in jeder Tageszeitung aus dieser Zeit nachlesen. Insofern sollten Sie sich Ihrer Verantwortung stellen und nicht versuchen, sie zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Wo befinden Sie sich denn geistig? – Michael Boddenberg (CDU): In welchem Jahrhundert sind Sie eigentlich?)

Meine Damen und Herren, dann geht es um den Grund. Wer das Lambsdorff-Papier liest, hat die Redevorlage für Herrn Hahn gefunden. Das ist die Politik, die in Deutsch-

land betrieben wird, nachdem sich die FDP entschieden hat, von der Partei der Bürger und der Freiheitsrechte zur Partei der Wirtschaft zu werden. Dass Sie das Wort Solidarität überhaupt in den Mund nehmen, die Sie die Menschen nur von oben herab betrachten, das allein sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh! Ich verzichte auf eine Antwort, Herr Präsident!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich habe es zur Kenntnis genommen, Herr Kollege Hahn. Nächster Redner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ihr Vorsitzender, Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diese Debatte heute Morgen um 9 Uhr begonnen und haben Redebeiträge der Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und FDP gehört, die ja,

(Michael Boddenberg (CDU): Bis jetzt war es richtig!)

um es einmal so herum auszudrücken, vor Kraft kaum laufen können und davon ausgehen, dass sie auf jeden Fall die vorgezogene Bundestagswahl gewinnen werden. Meine Damen und Herren, Sie wissen selbst, dass zwei Drittel derer, die wünschen, dass Sie diese Wahl gewinnen, auf die Frage: „Glauben Sie denn, dass sie es besser machen?“ antworten: Nein. – Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, warum das so ist, haben wir den in diesen beiden Reden gefunden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden wahrscheinlich am 18. September vorgezogene Wahlen zum nächsten Deutschen Bundestag haben.

(Zuruf von der CDU: Wie schafft ihr das?)

Ich weiß nicht, ob der Antrag und die Debatte, die die CDU hier beantragt hat, diese Republik wirklich voranbringen werden, aber bitte sehr. Es ist Zeit, einmal ein wenig zurückzublicken – das haben Sie ja versucht – und einen Ausblick auf die Wahlauseinandersetzung zu machen.

Kollege Hahn und Kollege Jung, Sie haben hier gerade so getan, als sei alles falsch gewesen, was die letzten sieben Jahre passiert ist.

(Michael Boddenberg und Clemens Reif (CDU): Das ist auch so!)

– Ihr Generalsekretär ruft, dass das auch so sei.

(Michael Boddenberg (CDU): Erzählen Sie doch einmal, was richtig gemacht wurde!)

– Ja, ich erzähle einmal, was die letzten sieben Jahre richtig war, Herr Boddenberg, gerne. Da fange ich einmal an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalition, die 1998 angefangen hat, hat dieses Land gesellschaftlich geöffnet und in das 21. Jahrhundert geführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Dafür könnt ihr aber nichts!)

Ich möchte Ihnen das an drei Punkten deutlich machen.

Erster Punkt: Staatsbürgerschaftsrecht. Ich sage das ausdrücklich, weil wir hier einen auf der Regierungsbank haben, der aus unserer Sicht der höchste Preis für diese Modernisierung war. Aber manche Sachen sind halt sehr teuer. Wir haben, was das Staatsbürgerschaftsrecht angeht, dieses Land zu einem modernen Land gemacht und die Rechtslage von 1913 geändert, indem wir z. B. das Geburtsortsprinzip einführten und deshalb nicht mehr nur das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht haben.

Das ist – genauso wie das Zuwanderungsgesetz, das auch wir gemacht haben und wozu Sie nicht in der Lage waren – die Voraussetzung dafür, erfolgreiche Integrationspolitik betreiben zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben mit der Gleichberechtigung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Ernst gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie hatten dazu nicht die Kraft, und Sie hatten vorher 16 Jahre als CDU und 27 Jahre als FDP regiert.

(Florian Rentsch (FDP): Das sagt der Richtige! – Boris Rhein (CDU): Das sind doch alles Sprüche!)

Meine Damen und Herren, wir haben gegen Ihren erbitterten Widerstand ein Ganztagschulprogramm aufgelegt. Als wir mit einer solchen Diskussion angefangen haben, haben Sie noch behauptet, wir wollten Ihnen Ihre Kinder wegnehmen. Inzwischen folgen Sie uns.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Wir haben gegen Ihren erbitterten Widerstand gesagt: Wir wollen mit dem Ausbau der Kinderbetreuung Ernst machen. Inzwischen merkt selbst die hessische CDU, dass sie hinter uns her muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben mit den Diskriminierungen in diesem Land Schluss gemacht. Diejenigen, die jetzt langsam merken, dass Bürgerrechte vielleicht doch ein nicht zu vernachlässigender Punkt sind – Kolleginnen und Kollegen von der FDP –, sollten sich ein großes Scheibchen von uns abschneiden. Gegen Ihren erbitterten Widerstand haben wir z. B. die eingetragene Partnerschaft eingeführt. Um es einmal hart auszudrücken, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Ohne diese gesellschaftliche Öffnung, für die wir als GRÜNE die letzten 25 Jahre gekämpft und die wir in den letzten sieben Jahren gemeinsam mit der SPD umgesetzt haben, wäre weder die CDU in der Lage gewesen, eine Frau zu ihrer Vorsitzenden zu wählen, noch hätte Guido Westerwelle seinen Freund zu deren Geburtstag mitbringen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU – Florian Rentsch (FDP): Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir haben dieses Land gesellschaftlich ins 21. Jahrhundert geführt. Es gibt keinen Grund, sich dafür zu schämen oder sich zu verstecken. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben eine sehr schmerzhafte Gesundheitsreform gemacht, und zwar alle zusammen hier, nicht dass das irgendwie vergessen wird. Wir haben in der Gesundheitsreform das gemacht, wozu Sie 16 Jahre lang keine Kraft hatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben allerdings das, was noch nötig gewesen wäre, nicht geschafft, nämlich mehr Wettbewerb und Effizienz einzuführen – Stichwort: Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung, Stichwort: Brechung der Macht der Pharmaindustrie –, weil genau diese Landesregierung an der vordersten Front war, genau diese Veränderungen zu blockieren. Diese Auseinandersetzung führe ich sehr selbstbewusst, meine Damen und Herren von der Union.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben bei der Rente das geschafft, wozu Sie vorher nicht die Kraft hatten, nämlich mit der Riester-Rente eine weitere Säule sowohl der privaten als auch der betrieblichen Eigenvorsorge einzuführen. Dazu hatten Sie vorher nicht die Kraft.

Im Übrigen bin ich sehr gespannt darauf, Herr Ministerpräsident, ob Sie das, was Sie vorher versprochen haben – Stichwort: wenn wir an die Macht kommen, schaffen wir die Ökosteuer ab –, umsetzen werden. Davon habe ich nämlich in den letzten Wochen nichts mehr gehört. Ich gehe sehr selbstbewusst mit der Frage um, wer dafür gesorgt hat, den Rentenbeitrag von 20,3 % auf 19,5 % zu senken, wie das geschafft wurde, und gegen wessen Widerstand das eingeführt worden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der staatlichen Arbeitsmarktpolitik – Stichwort: Hartz-Gesetze – haben wir unter großen Schmerzen das gemacht, wozu Sie vorher nicht die Kraft hatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Hartz-Gesetze sind die größte Reform der Organisation und der Instrumente der Agentur für Arbeit seit 1969. Ich sage ganz deutlich: Aus unserer Sicht haben im Zusammenhang mit Hartz IV immer schon drei große Probleme bestanden: erstens die Frage der Anrechnung von Partnereinkommen, zweitens die Frage der Anrechnung von Altersvermögen, drittens die Frage der Anrechnung von Hinzuerdienstmöglichkeiten. Wer hat denn diesen Irrsinn in das Gesetz hineingeschrieben, dass die Hinzuerdienstmöglichkeiten komplett angerechnet werden, was jetzt glücklicherweise reduziert worden ist? Das waren dieser Ministerpräsident und diese Sozialministerin im Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundesrates. Diese Auseinandersetzung führe ich sehr gern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dieses Land in der Energiepolitik in das 21. Jahrhundert geführt. Wenn Sie sich überlegen, Herr Kollege Dr. Jung – Sie haben vorhin die Frage der „Verspargelung“ der Landschaft mit Windrädern in die Debatte eingeführt –, was Ihr famoser Peter Harry Carstensen in seiner Regie-

rungserklärung in Schleswig-Holstein gesagt hat, müssten Sie eigentlich vor Scham in den Boden versinken. Peter Harry Carstensen hat in seiner Regierungserklärung gesagt, Schleswig-Holstein werde der Motor der regenerativen Energien bleiben.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen: Es gibt keinen einzigen Bereich in der Wirtschaft und in der Energiepolitik der letzten Jahre, in dem so viele Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Industrien geschaffen worden sind wie bei den erneuerbaren Energien – gegen Ihren Widerstand, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Wenn Herr Kollege Hahn das Kraftwerk Biblis anspricht und sagt, es seien 1.000 Arbeitsplätze geschaffen worden, dann erwidere ich: Ich werde bis zum 18. September in Nordhessen sehr selbstbewusst in die Auseinandersetzung gehen und darauf hinweisen, dass wir dafür gesorgt haben, dass die Firma SMA – sie stellt Bauteile für Solaranlagen her – letzte Woche Ihren tausendsten Mitarbeiter in Niestetal eingestellt hat, und zwar gegen Ihren Widerstand, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Auseinandersetzung führe ich gern.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Michael Boddenberg (CDU): Wer glaubt Ihnen diesen Unsinn eigentlich, Herr Al-Wazir?)

Ich werde darauf hinweisen, dass diejenigen, die jetzt an die Regierung wollen, sagen, sie wollten das alles wieder abschaffen. Diese Auseinandersetzung werde ich führen. Ich führe im Rhein-Main-Gebiet gern die Auseinandersetzung darüber, dass es hier im Landtag eine Mehrheit gibt, die auch Mehrheit im Bundestag werden will und die will, dass der Schrottreaktor Biblis A im Jahre 2008 nicht abgeschaltet wird. Diese Auseinandersetzung führen wir in Hessen. Wir sind bezüglich der Antwort der Bürgerinnen und Bürger sehr zuversichtlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiterer Punkt. Sie haben gerade so getan, als sei es ein Irrtum der Geschichte gewesen, dass wir 1998 und 2002 die Bundestagswahl gewonnen haben. Ich führe hier die Auseinandersetzung auch im Rückblick und sage Ihnen: Wenn Sie die Wahl im Jahre 2002 gewonnen hätten, würde die Bundeswehr jetzt im Irak stehen, und Kanzler Stoiber würde jetzt die Särge empfangen. Diese Auseinandersetzung führe ich.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich komme nun auf die Steuerpolitik und die Arbeitsmarktpolitik zu sprechen.

(Unruhe)

In der Steuerpolitik regieren CDU, CSU und FDP seit April 1999, nämlich seit der hessischen Landtagswahl mit. Ich sage Ihnen: Wir sind schon sehr belustigt gewesen, bezogen auf die Steuerpolitik festzustellen, dass in dem Moment, in dem Neuwahlen angekündigt worden sind – ich drücke es einmal vorsichtig aus –, ein Hühnerhaufen im Vergleich zu denjenigen, die behauptet haben, jederzeit auf die Übernahme der Regierung vorbereitet zu sein, eine geordnete Formation gewesen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Leute, die seit vier Jahren verhindern, dass die Eigenheimzulage abgeschafft wird, erklären auf einmal, sie müsse sofort weg. Die Leute, die seit Jahren verhindern, dass Veränderungen bei der Pendlerpauschale kommen, erklären auf einmal, sie müsse sofort weg. Diejenigen, die fordern, die Steuern müssten gesenkt werden, sagen als Erstes, die Mehrwertsteuer müsse erhöht werden. Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung in den nächsten Wochen und Monaten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wer die Verantwortung dafür trägt, Herr Ministerpräsident – ich spreche Sie jetzt direkt an –, dass wir Mehreinnahmen in Höhe von 20 Milliarden € hätten haben können, wenn Sie nicht jeden Versuch des Subventionsabbaus blockiert hätten, darf nicht mehr über die Verschuldung des Staates jammern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben die Staatsverschuldung angesprochen. Die Frage der Staatsverschuldung treibt mich um, solange ich Politik mache. Schauen wir uns das aber einmal genauer an. Die Verschuldung des Bundes ist seit der Regierungsübernahme 1998 von 743 Milliarden € auf 860 Milliarden € am Ende des Jahres 2004 gestiegen.

(Zuruf von der CDU: Warum wollt ihr dann Neuwahlen?)

Das ist eine Steigerung von 15,7 %. Wenn Sie sich einmal anschauen, was in Hessen los ist, stellen wir fest, dass in demselben Zeitraum die Verschuldung nicht um 15,7 % gestiegen ist, sondern um 32,7 %.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Zurufe von der CDU)

Wer so etwas zu verantworten hat, soll sich über die Staatsverschuldung nicht mehr aufregen, sehr verehrter Herr Kollege Dr. Jung.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie ist wegen der Vermögensveräußerung so gesunken!)

Wer sagt, die Staatsverschuldung auf Bundesebene sei wegen der Wiedervereinigung so hoch, berücksichtige bitte, dass in der Ära Kohl von 1983 bis 1989 die Verschuldung um 58,5 % gestiegen ist. Betrachtet man die gesamte Ära Kohl, stellt man fest, dass Sie die Verschuldung des Bundes in den 16 Jahren um 360 % nach oben getrieben haben.

Das ist doch jenseits des Parteienstreits. Es ist doch völlig egal, wer regiert, es ist doch völlig egal, wer am 18. September gewinnt; wir alle wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Dann darf man aber nicht alles dafür tun, dass der Staat keine zusätzlichen Einnahmen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Es fällt auf, dass gerade diejenigen, die sich immer als die größten Kanzlerkandidaten aller Zeiten betrachtet haben und der Meinung sind, sie haben die beste, die intergalaktisch führende Landesregierung, in der jetzigen Diskussion innerhalb der CDU keine Rolle mehr spielen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Roland Koch hat alle Türen der Staatskanzlei aufgemacht und horcht und horcht, aber es ruft keiner, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Al-Wazir, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Tatsache, dass von den Leuten, die hier auf der Regierungsbank sitzen, keiner redet, wenn es um das so genannte Kompetenzteam, um das Schattenkabinett geht, ist sehr bemerkenswert. Deshalb sage ich: Wir gehen selbstbewusst in die Auseinandersetzung. Herr Kollege Hahn, dann wird die Frage entschieden, ob die Leute eine Bürgerversicherung haben wollen, in die alle einzahlen, oder ob sie amerikanische Verhältnisse wollen, wenn die FDP die gesetzliche Krankenversicherung abschafft. Diese Auseinandersetzung führen wir selbstbewusst.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben gesagt, dass Rot-Grün Deutschland in das 21. Jahrhundert geführt hat. Dann muss man aber feststellen, dass Sie sich im 21. Jahrhundert nicht sehr wohl fühlen – so schnell, wie Sie aus der Regierung heraus wollen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich finde, Sie vertreten eine gefährliche These. Die Bürgerinnen und Bürgern haben heute mehr Angst um ihren Arbeitsplatz, mehr Angst um ihre Altersversorgung, mehr Angst um die Ausbildungsplätze ihrer Kinder, mehr Angst um die Finanzierbarkeit sozialer Investitionen als jemals zuvor, weil alle Parteien, wo sie Verantwortung tragen – in Landesregierungen oder in der Bundesregierung –, im Augenblick an all diesen Stellen eine Perspektive verwalten, die eher beängstigend als hoffnungsvoll ist. Wenn Sie sagen, das sei der Weg ins 21. Jahrhundert, dann sage ich Ihnen, das ist eine grobe Täuschung. Man kann im 21. Jahrhundert auch gut leben. Es muss nicht so sein, wie es in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Für unser Bundesland, das an allen Wachstumschancen in besonderer Weise teilnehmen kann, ist diese Frage von besonders großer Wichtigkeit. Wir können schneller wachsen als andere, wenn Deutschland insgesamt wächst. Wir können aber keine Wachstumsinsel bilden, wenn die Bedingungen so sind, dass Deutschland bei einem Vergleich der Wachstumsraten von 25 Staaten der Europäischen Union inzwischen auf Platz 25 liegt. Das liegt nicht an unserer geographischen Lage, das liegt nicht an der Leistungsfähigkeit unserer Menschen, das liegt nicht einmal an fehlenden Ideen, sondern daran, dass wir über Jahre so schlecht organisiert waren, dass wir aus unseren Stärken nichts mehr machen. Das wird ein Teil der Auseinandersetzung sein, die wir führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Dabei will ich aus der Perspektive der Landesregierung durchaus sagen: Ich bin ein wenig verwundert, wie der Bundeskanzler auf dem Weg seines Abschieds die Begründungen wählt. In der Tat, es gibt inzwischen eine außerordentlich eindrucksvolle – was die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland angeht – politische Dominanz unionsgeführter Landesregierungen im Bundesrat. Ohne die zweite Kammer ist in diesem Lande vieles nicht zu beschließen. So ist die verfassungsmäßige Ordnung. Ich hätte gerne noch daran mitgewirkt, einige gesetzliche Vorhaben, z. B. das von Ihnen als so wichtig empfundene Zuwanderungsrecht, in klarerer Verantwortung beim Bund zu regeln. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass Herr Müntefering das seiner Partei vor dem Auszug aus der Regierung nicht mehr zumutet will.

Es gelten aber die Mitwirkungsrechte des Bundesrates. Deshalb frage ich die sozialdemokratischen Kollegen: Wie gedenken Sie, in Zukunft ein Regierungsprogramm zu gestalten?

(Zurufe von der SPD)

Glauben Sie allen Ernstes, dass es nach der Bundestagswahl eine andere Mehrheit im Bundesrat geben wird? Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben sehr genau gewusst, warum sie keine rot-grüne Regierung mehr haben wollten. Die werden ihre Meinung nach der Bundestagswahl nicht ändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gilt der Satz: Wer will, dass in Deutschland schnell und mit konsistenten Modellen regiert wird, und wer respektiert – was in einem Landesparlament noch Konsens sein sollte, unabhängig davon, wie man politisch denkt –, dass der Einfluss der deutschen Länder erhalten bleibt, der muss wissen, nur eine CDU/CSU/FDP-Regierung ist in den nächsten Jahren in der Lage, klare Prinzipien für die Weiterentwicklung in Deutschland zu verfolgen. Das gilt nicht deshalb, weil wir das so entschieden haben, sondern deshalb, weil die Wählerinnen und Wähler in inzwischen elf deutschen Ländern entschieden haben, dass sie unter der Führung der Union bessere Bedingungen erwarten als unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist auch die nächste Frage spannend. Man hört, was Frau Ypsilanti und ihre Kollegen im Bundesvorstand

der SPD und an anderer Stelle sagen. Ob man die „Linke“ nennt oder anders, ist egal, aber das ist offensichtlich eine neue Gruppierung, wenn man Herrn Müller glauben darf. Sie diskutieren, ob es nicht klüger wäre, den Bundeskanzler, den man ohnehin nicht mag, doch zurücktreten zu lassen, um möglicherweise mit Herrn Müntefering weiter zu regieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Quatsch!)

Meine Damen und Herren, Ihr Problem ist doch ein anderes.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie billig!)

Mit welchem Programm wollen Sie denn regieren? Sie haben doch gerade beschlossen, die Agenda 2010 nicht mehr weiterverfolgen zu wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es ist doch die Landesvorsitzende der Sozialdemokraten – interessanterweise spricht nicht der Fraktionsvorsitzende, der würde vielleicht eine andere Rede halten –, die diesem Bundeskanzler und seinem Programm nicht mehr folgt.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit welchem Programm wollen Sie regieren? Sagen Sie es den Leuten! Sind Sie für oder gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer?)

Die will eine andere Bundesregierung. Wir wollen aber nicht die Regierung, die Frau Ypsilanti will.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Was haben Sie für ein Programm?)

– Herr Kollege Schmitt, seien Sie doch nicht so aufgeregt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich bin überhaupt nicht aufgeregt! Ich will nur wissen, mit welchem Programm Sie regieren wollen!)

Sie sind Generalsekretär der SPD in Hessen. Sie stehen irgendwo zwischen der Parteivorsitzenden und dem Fraktionsvorsitzenden. Keiner weiß mehr, wo es langgeht. Aber durch dauerndes lautes Sprechen ist Ihre Position bis zum 18. September nicht zu halten. Sparen Sie Ihre Kräfte für andere Aktivitäten. Nervosität hilft Ihnen nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Die Leute wissen nicht, wo es langgeht mit der CDU!)

Wenn die Bundesregierung sagt: „Wir haben sieben Jahre lang regiert, wir wissen nicht mehr weiter und bitten den Wähler um einen neuen Auftrag“, die Sozialdemokratische Partei gleichzeitig sagt: „Eigentlich können wir weiter regieren, aber mit einem anderen Programm“, und das Ergebnis der Analyse durch die Sozialdemokratischen Partei ist, dass die Tatsache, dass Sie keine Unterstützung mehr haben, an dem liegt, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, dann gibt es doch eine sehr vernünftige Begründung für die Frage: Warum haben Sie eigentlich in den letzten Jahren das gemacht, was Sie gemacht haben, und warum soll Ihnen irgendjemand vertrauen, dass Sie in den nächsten Jahren etwas besser machen und sich nicht nach vier Jahren wieder dafür entschuldigen, dass Sie das Falsche gemacht haben und wir wieder vier Jahre im Rückstand sind?

Demokratie funktioniert doch sehr einfach. Sie hatten eine Chance, Sie haben sie miserabel genutzt, also ver-

geigt. Die Menschen leiden darunter. Jetzt werden Sie weggeschickt, und eine andere Regierung bekommt eine Chance. Dann sind Sie in der Opposition, und die anderen müssen beweisen, dass sie es besser machen. Die Bürger werden diese Chance nutzen, die ihnen die Demokratie bietet. Davon bin ich überzeugt. Ich gebe zu: Ich hoffe für Hessen darauf, dass wir unter solchen Rahmenbedingungen unsere Stärken in Zukunft wieder einsetzen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin an jeder Stelle hochgradig daran interessiert, dass wir eine Debatte über die Gesundheitsreform und über viele andere Fragen führen. Ich prognostiziere Ihnen aber: Sie werden sich nicht der Tatsache entziehen können, dass die Menschen im Wesentlichen über die Arbeitsplätze reden, über die Frage, wie sie eine bessere Perspektive für Beschäftigung haben. Eine bessere Perspektive für Beschäftigung muss man schaffen, indem man die Rahmenbedingungen ändert. Ich glaube in der Tat – deshalb rede ich darüber, hier und auch an anderer Stelle –, es ist notwendig, dass wir das in Offenheit und Klarheit sagen und Sie dabei gelegentlich in Erregungswallungen bringen.

In der Tat gibt es zwischen uns Unterschiede. Herr Kollege Al-Wazir, ich nenne ein Beispiel. Was haben Sie bezüglich der Kernenergie gemacht? Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern vor fünf oder sechs Jahren gesagt, das sei eine Dinosaurietechnologie, niemand auf der Welt werde die in Zukunft verwenden, es lohne sich nicht, dort noch in Arbeitsplätze zu investieren. Raus damit, dann seien wir in Deutschland die Vorreiter. Dann sind Sie durch ein paar Länder gereist und haben für Ihre Auffassung geworben. Sie sind aber von niemandem verstanden worden. Wie ist die Situation heute? Derzeit werden auf der Welt zeitgleich mehr Kernkraftwerke errichtet als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht allerdings ein Unterschied: 80.000 Menschen, die vor zehn Jahren in Deutschland einen Arbeitsplatz in dieser Branche hatten, haben keinen Job mehr, weil wir aus dieser Technologie – und auch aus der Produktion – ausgestiegen sind.

Der zweite Unterschied ist: Die Deutschen, die in der Sicherheitstechnologie auf der ganzen Welt führten waren, verlieren ihre Autorität, verlieren die Chance, dieses Wissen zu vermarkten, und werden um sich herum unsicherere Kernkraftwerke haben, als wenn wir sie gebaut hätten. Eine tolle moralische Bilanz, die Sie in dieser Frage aufmachen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Weltbeglückung auf einer Insel der Seligen führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen, führt nicht zu mehr Wachstum, führt eher zu ungläubigem Staunen unserer Wettbewerber, warum wir denn unsere Chancen nicht mehr wahrnehmen.

Wir könnten auch die Geschichte der ersten Jahre der Biotechnologie erzählen. Wir können natürlich auch darüber sprechen, was Sie in den letzten Jahren in der Energiepolitik, in der Frage der Preistreiberei gemacht haben. Ich bin ausdrücklich für regenerative Energien. Das sage ich, damit es darüber keinen Streit gibt. Wir werden uns bei dem Kasseler Unternehmen auch nicht entschuldigen, sondern wir werden uns freuen, weil wir glauben, dass dieses Unternehmen mithilft, dass man aus der Photovoltaik

mittelfristig eine wettbewerbsfähige Form der Energieerzeugung machen kann.

(Zurufe von der SPD)

Herr Al-Wazir, heute steht ganz klar fest, dass man mit der Windenergie in der Bundesrepublik Deutschland keinen Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren kann. Auch das ist wahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Windräder sind die Symbole Ihrer Ideologie. Sie wussten vom ersten Tag an, dass Sie diese Technik nicht ohne dramatische Subventionen aus den Einnahmen, die Sie über andere Technologien zur Stromerzeugung erzielen, einführen können. Mit diesen Windrädern haben Sie die ganze Republik ein Stück weit verschandelt. Das muss man einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich lade Sie herzlich dazu ein, an jedem einzelnen Ort in Deutschland mit den Menschen darüber zu diskutieren, ob sie wollen, dass in ihrer Umgebung noch mehr dieser Windräder aufgestellt werden. Lassen Sie uns das im Vogelsberg und in der Rhön besprechen. Lassen Sie uns darüber diskutieren.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einzelne Menschen sagen: Der Staat bebuttert mich links und rechts mit Gold, wenn ich eine Windkraftanlage errichte. Warum soll ich dagegen sein? Das ist eine legalisierte Gelddruckmaschine. – Aber die anderen Menschen in der Region fragen sich: Warum müssen wir die Landschaft so verschandeln lassen, wenn es der Energiepolitik der Republik eigentlich nichts bringt? – Darüber kann man klar und offen diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie deshalb bloß nicht, wir machten uns Sorgen darüber, wie wir den Wahlkampf an diesem Punkt führen müssen – obwohl Sie doch meinen, bei der Behandlung dieser Themen sozusagen der moralische Meister zu sein.

Aber Agenda für Arbeit heißt auch, dass wir uns um die Menschen mit niedrigem Einkommen und darum, wie wir in diesem Bereich Arbeit schaffen können, wieder kümmern. Frau Ypsilanti und Herr Al-Wazir, ich muss zugeben, dass ich immer unmittelbar dabei war. Dazu bekenne ich mich auch. Ich habe das Hartz-IV-Gesetz, das ein Kompromiss ist, nie kritisiert. Vieles hätte man meiner Meinung nach besser machen können. Aber wir haben uns zusammengerauft. Im Gegensatz zu anderen habe ich zu diesem Kompromiss immer gestanden.

Nur, wenn wir darüber diskutieren, wo die Schwächen liegen und wo die Punkte sind, bei denen wir nachgeben mussten, haben wir eine ganz aburde Situation. Überall dort, wo es um das Fordern und eine eher harte Haltung gegenüber den Arbeitnehmern ging, die sich dem möglicherweise entziehen wollen, haben wir mit den Sozialdemokraten nicht nur keine Minute lang diskutieren müssen, sondern es bestand sogar vom ersten Tag an ein Konsens darüber. Ohne Details nennen zu wollen, sage ich Ihnen, dass wir im Gegenteil ein paar Punkte sogar etwas gemildert haben.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Fuhrmann, das passt nicht zu Ihrem Weltbild und Ihrem roten Schal. Bedauerlicherweise ist das aber die Wahrheit. Die Menschen leiden darunter.

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn Herr Koch von der Wahrheit spricht! Das ist gut!)

Als es um das Fördern ging und darum, wie wir die im Niedriglohnbereich tätigen Menschen unterstützen, sind die Sozialdemokraten aber auf einmal in Deckung gegangen. Sie können mit Frau Düker lange darüber diskutieren. Möglicherweise hat auch sie darunter gelitten; das will ich einräumen.

Frau Ypsilanti, so einfach, wie Sie es dargestellt haben, geht es im richtigen Leben eben nicht zu. Sie sagen, Sie erwarten, dass der Lohn an jeder Stelle angemessen ist. Das erwarte ich auch. Ich erwarte, dass niemand arbeitet, ohne einen angemessenen Lohn zu erhalten. Das bedeutet aber, dass wir in einer Hochlohnsgesellschaft akzeptieren müssen, dass wir, wenn die wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze ganz im Land bleiben sollen, bei den Tätigkeiten, die nur geringe Qualifikationen erfordern, wahrscheinlich nicht ohne Zusätze auskommen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wir haben jetzt schon einen riesigen Niedriglohnsektor!)

Das ist einfach nicht möglich. Ihre Ideologie, die darin besteht, dass Sie alle zu Akademikern machen wollen, ist schon vor Jahrzehnten gescheitert. In jeder Gesellschaft gibt es für jede Form von Arbeit Angebot und Nachfrage. Da wir Gott sei Dank einen solch hohen Wohlstand haben, gibt es in unserer Gesellschaft einen Bereich von Arbeit, in dem sich folgende Entwicklung abzeichnet: Entweder werden die Tätigkeiten nicht mehr in diesem Land ausgeübt, weil der Lohn, wenn man voll davon leben will, zu hoch ist, oder die Menschen dürfen, wenn die Tätigkeiten in unserem Land verbleiben, nicht nur zum Wettbewerbspreis bezahlt werden; denn davon können sie nicht leben.

Man kann zweierlei machen. Man kann, wie wir das seit 20 Jahren tun – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Dänemark –, sagen: Das ist Schicksal, die müssen Sozialhilfe bekommen. – Man kann aber auch sagen: Kümmern wir uns gründlich um diese Menschen, und führen wir ein Modell ein, wonach es nicht mehr Lohnersatz als Sozialhilfe gibt. Der Betroffene soll dort arbeiten, er soll nur den marktgerechten Lohn bekommen, den es auch in anderen Ländern Europas gibt; aber wir sind in der Lage, etwas draufzulegen. Dann zahlen wir weniger Sozialhilfe, und der Betroffene hat einen Erwerbsarbeitsplatz, kann sich qualifizieren und zusätzliche Einkünfte erzielen. Es gibt keine Schwarzarbeit und keine frustrierten Menschen mehr. – Das alles könnte man seit Jahren machen. Von Hessen aus ist das mit dem Entwurf für ein Existenzgrundlagengesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht worden.

Meine Damen und Herren Sozialdemokraten, wenn Sie heute mit Menschen sprechen, die keine Jobs haben, müssen Sie wissen, dass Sie diejenigen sind, die verhindert haben – Herr Clement in Person war das –, dass es heute in Deutschland ein solches Gesetz gibt. Wir werden dafür kämpfen, dass in Zukunft ein solches Gesetz in Kraft treten kann.

(Beifall bei der CDU)

Es wird viele durchaus ideologisch geprägte Auseinandersetzungen geben. Im Wahlkampf ist das in Ordnung. Wenn der Wahlkampf kürzer ist als sonst, spitzt sich das alles

noch etwas zu. Dann herrscht das Klima, das wir im Hessischen Landtag haben, vielleicht in der ganzen Republik. Wenn ich Herrn Al-Wazir mit seinem Engagement sehe, kommt es mir so vor, als ob wir das in Hessen manchmal etwas verbissener betrieben als andere. Ich glaube, dass man Oppositionspolitik auch mit einem etwas freieren Gefühl machen kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das müssen gerade Sie sagen!)

– Ja, Frau Fuhrmann, das sage ich. Als wir Oppositionspolitik gemacht haben, hat sich in unseren Gesichtern mehr Freude widergespiegelt als in Ihren. Mit solch schmerzverzerrten Gesichtern und so verkrampft haben wir nie Oppositionspolitik betrieben. Das kann ich Ihnen sagen; ich war lange genug Oppositionsführer in diesem Haus.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Aber wir werden bei all diesen Diskussionen – das als Schlussbemerkung – nicht um die Frage nach einer staatlichen Finanzierung herumkommen. Das ist eine sehr komplizierte Frage. Um das zu erkennen, muss man sich das ansehen, was alle Parteien – ich mache keine Unterschiede – im Jahre 2001 für das Jahr 2002 formuliert haben, und es damit vergleichen, wie die Realität heute aussieht. Die Nichterfüllung der damals von der Bundesregierung selbst geschrüten Erwartungen bereitet uns heute all diese Probleme.

Nehmen wir die Steuerschätzung vom November 2001 als Grundlage.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Ich sage Ihnen, woran das liegt. Kommen Sie doch nicht immer mit solch einem Quatsch.

Wir haben bei den Steuerschätzungen an dieser Stelle immer eine Vorgabe für das Wachstum. Diese Vorgabe entscheidet alles.

(Norbert Schmitt (SPD): Seit Mitte der Neunzigerjahre ging das immer nach unten!)

Diese Steuerschätzung ging davon aus, dass Sie in den ersten Jahren Ihrer Regierung ganz moderate Wachstumsraten haben wollten: erst 1,5 %, dann 2 % und im Jahr 2005 2,5 %. Das ist wahrlich nichts, wofür man sich loben müsste. Das ist an der unteren Grenze des normalen Standards, wenn man dafür sorgen will, dass unser Land einigermaßen erfolgreich ist.

Mit diesen Zahlen haben wir alle gerechnet. Darin unterscheiden wir uns nicht. Wäre diese Entwicklung so eingetreten, hätten wir also ein ganz normales wirtschaftliches Wachstum, wie in Großbritannien, Dänemark, Österreich und Spanien – also nichts, was einen vom Himmel stürzen muss –, dann hätten wir heute in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam, 50 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Das bezieht die Steuerreformen, die durchgeführt worden sind, ein – ohne irgendwelche Steuererhöhungen. Wenn wir nur diese 50 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung hätten, wäre das Einhalten der Maastricht-Kriterien kein Problem mehr, auch nicht für den Bund. Für ein Land wie Hessen gilt das sowieso. Wir liegen weit darunter; das wissen Sie. Das liegt an unserer Wirtschaftskraft.

Frau Ypsilanti, die Frage, was man in der Politik gestalten kann, hängt eng mit Folgendem zusammen: Was ist die Konsequenz? Was lernen wir daraus? Lernen wir daraus, dass wir das Steueraufkommen in diesem Land erhöhen,

weil wir so wenig Geld haben und mehr brauchen, oder lernen wir daraus, dass wir die Wirtschaftskraft dieses Landes stärken müssen, sodass der Staat ohne Steuererhöhungen mehr Einnahmen zur Verfügung hat, um damit seine Aufgaben zu erfüllen?

Das ist eine wichtige Frage. Sie rufen nach der Erbschaftsteuer und nach der Vermögensteuer. In Klammern darf ich sagen: Die Sozialdemokraten waren doch einmal für eine Erbschaftsteuer und für eine Vermögensteuer. Herr Gabriel, der jetzt nach Berlin will, hat Plakate drucken lassen – 3,45 m mal 2,48 m –, auf denen stand: Ich führe die Vermögensteuer ein. – Als die Plakate von der Druckerei an die Firmen geliefert wurden, die sie kleben sollten, hat der Bundeskanzler erklärt: Mit mir gibt es keine Vermögensteuer.

Führen Sie doch bitte nicht dauernd Streit mit uns. Wir haben das immer für Blödsinn gehalten. Im Bundesrat wird es in den nächsten Jahren keine Mehrheit dafür geben. Ihr Bundeskanzler hat der Öffentlichkeit, wie ich finde, zu Recht erklärt, dass man nicht wettbewerbsfähig wird, wenn man diesen Unsinn einführt. Hören Sie auf damit, das jetzt wieder daherzuplappern. Glauben Sie nicht, Sie könnten mit Klassenkampfparolen einen Wahlkampf führen.

(Beifall bei der CDU)

Die Kernfrage hat nichts mit der Mehrwertsteuer, den Sozialabgaben und damit, wie man das miteinander verrechnet, zu tun. Bei der Steuerreform ist vieles möglich. Die Steuerreform hat übrigens viel mit dem Subventionsabbau zu tun. Dort haben wir den gleichen Unterschied.

Ich glaube, ich bin an diesem Punkt ziemlich unverdächtig. Herr Steinbrück und ich sind die Einzigsten – übrigens wurde das in sechs Wochen durch Bundestag und Bundesrat gebracht, sodass es leider viele nicht bemerkt haben –, die eine Subventionskürzung realisiert haben: in drei Jahren 15 Milliarden € und ab dem Jahr 2006 jährlich 10 Milliarden € weniger als ohne diese Regelung. Ich bin sofort in der Lage, Ihnen zu sagen, wie wir mithilfe des Werkzeugkastens, den wir gebaut haben, weitere 20 Milliarden € pro Jahr herausnehmen. Auf meinen Vorschlag hin ist die Eigenheimzulage gekürzt worden. Auch bei der Pendlerpauschale und bei vielem anderen hat es Kürzungen gegeben. Gehen wir also vorsichtig mit der Ideologie um.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wenn man bei den Subventionen weitere 20 Milliarden € spart, geschieht das im Wesentlichen, indem man Steuererleichterungen herausnimmt. Der überwiegende Teil des Subventionsgeldes wird dadurch finanziert. Das geht aber nur, wenn man die Steuern senkt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür steht der Subventionsabbau zur Verfügung. Deshalb geht es hier wieder um die Grundsatzfrage: Sie wollen bei den Subventionen kürzen, um den Staatsanteil zu erhöhen. Wir dagegen wollen die Wirtschaft fördern, um mit dem gleichen Staatsanteil mehr in den Staatshaushalten bewegen zu können. Das ist eine sehr entscheidende Frage, die am 18. September beantwortet wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben kein Problem damit, diese Diskussion zu führen. Wir sind fest davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, wenn wir versuchen, den Menschen die Freiheit zu geben, mit ihrem Geld das zu machen, was sie für rich-

tig halten, und ihnen gleichzeitig die Perspektive eröffnen, dass sie mehr Geld verdienen können als in der Vergangenheit. Das gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit allen möglichen Formen von Qualifikationen und für alle Unternehmen, ob deutsche oder internationale, wenn sie ihre Arbeitsplätze in diesem Land haben. Das ist unser Angebot.

Herr Al-Wazir, das ist ein schönes 21. Jahrhundert. Es hat in der Tat eine andere Agenda. Frau Bruns, eine der bedeutenden Berliner Kommentatorinnen, schreibt: „Die gesellschaftlichen Projekte von Rot-Grün waren Staatsbürgerschaft, gleichgeschlechtliche Ehe und Atomausstieg.“

Es mag sein, dass Sie daran Spaß hatten. Das sind Projekte, über die man in einer Gesellschaft diskutieren muss. Aber es sind nicht die Leitprojekte, mit denen man das 21. Jahrhundert gestaltet, wenn die Menschen zunehmend unter Armut und Perspektivlosigkeit leiden und den Eindruck gewinnen, die guten Jahre seien vorbei. Nein, Ihre Jahre sind vorbei; aber die guten kommen noch. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Ruth Wagner.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil – ich sage in diesem Fall – der Kollege Koch, nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch der Parteivorsitzende der hessischen Union, das nach ihm und Herrn Steinbrück benannte Modell einer steuerlichen Veränderung genannt hat.

Meine Damen und Herren, das ist ein gewisser Werkzeugkasten, der Abhilfe schaffen kann, wie Sie das hier vorgetragen haben. Aber das reicht nicht aus.

Möglicherweise mag das das Modell einer absoluten Unionsmehrheit sein oder einer Mehrheit von SPD und CDU in einer Koalition – um das klar für die FDP und für Hessen zu sagen.

In einer Koalition mit der FDP geht es bei der Einkommensteuer darum, dass wir einen klaren, niedrigen, transparenten Steuersatz haben, der darauf hinausläuft, dass der Bürger selbst entscheiden kann, was er mit dem ihm verbliebenen Geld macht. Unser Ziel ist es, von einer Abgabenquote von 53 % für Steuer- und Versicherungsleistungen, die wir heute haben, herunterzukommen. Wir müssen ein System der Einkommensteuer mit Sätzen von 15, 25 und 35 % haben, zumindest näherungsweise. Wir brauchen eine andere Körperschaftssteuer. Wir brauchen eine Entlastung der Gemeinden bei der Gewerbesteuer. Wir brauchen aber keine Diskussion über die Mehrwertsteuer.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Freunde, deshalb sage ich als Koalitionspartner ganz klar: Es muss auch vor der Wahl den Bürgerinnen und Bürgern klar sein –

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Präsident, ich bin sofort zu Ende –, welche Steuerpolitik sie erwarten können, wenn sie sich bei dieser Wahl für eine Koalition entscheiden. Es wird ein System der Einkommensteuer geben müssen, das auf eine solche Reduktion hinausgeht, bei der der Bürger mehr Freiheit hat, mehr Transparenz.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, bitte.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Am Ende müssen die Steuerberater die Verlierer sein, nicht die Bürger.

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, in der Aussprache hat Herr Abg. Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nochmals auf zwei Aspekte eingehen, die der Ministerpräsident hier angesprochen hat.

Das Erste ist eine Prophezeiung zu den Windrädern. Herr Ministerpräsident, wissen Sie, ich bin schon ein paar Tage lang Mitglied der GRÜNEN, und manchmal macht man eben Fehler. Ich weiß noch, als Daniel Cohn-Bendit 1989 in Frankfurt einmal erklärt hat, er finde Hochhäuser gar nicht so schlimm, da wollten ihn die Leute raußschmeißen – heute sind die Hochhäuser Teil des Logos der Frankfurter GRÜNEN.

Wenn Sie das, was Sie als „Verschandelung durch die Windkraft“ bezeichnen haben, ernst meinen, dann müssen Sie den armen Dr. Lübecke aus der CDU-Fraktion ausschließen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Insofern: Sie werden auch hier noch merken, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind, und irgendwann werden Sie sich für die Rede, die Sie hier heute gehalten haben, schämen und diese Dinge auch nicht mehr so schlimm finden.

Wichtiger ist aber das Zweite. Herr Ministerpräsident, ich finde es sehr spannend, auf welche Punkte Sie nicht eingegangen sind. Es ist noch nicht einmal einen Monat her – da konnten weder Sie noch ich wissen, dass wir heute über eine vorgezogene Bundestagswahl reden –, es war der 9. Mai, da stand im „Focus“: Hessens Ministerpräsident Roland Koch will die Union auf das Regieren vorbereiten. Dann wörtlich: „Es gibt nicht zu viele, sondern bislang zu wenige festgeschriebene Konzepte, um eine reibungslose Regierungsübernahme zu gewährleisten.“

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber warum wollt ihr Neuwahlen?)

Herr Ministerpräsident, ich finde es spannend, zu wie vielen Punkten Sie heute nichts gesagt haben.

Herr Ministerpräsident, sind Sie jetzt für oder gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dazu hätten wir gerne ein Wort gehört. Sind Sie jetzt für oder gegen eine weitere Senkung des Spaltensteuersatzes? Dazu hätten wir gerne ein Wort gehört.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sind Sie jetzt endlich bereit, den Widerstand gegen die Streichung der Eigenheimzulage aufzugeben – ja oder nein, Herr Ministerpräsident?

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sind Sie jetzt auch für die Halbierung der Pendlerpauschale – ja oder nein, Herr Ministerpräsident? Wenn die FDP die gesetzliche Krankenversicherung komplett abschaffen will, sind Sie dann dafür – ja oder nein, Herr Ministerpräsident?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was wollen Sie eigentlich?)

„Im Schlafwagen an die Macht“ ist ein Zitat von einem berühmten Sozialdemokraten. Herr Ministerpräsident, aber völlig ohne Programm an die Regierung – das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Warum wollt ihr eigentlich Neuwahlen?)

Sie sagen, man soll den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen. Wir gehen in diese Auseinandersetzung und werden sie über die Frage führen, ob eine Koalition, die – unter allen Schmerzen, die das bedeutet – weiterhin den Umbau des Sozialstaates betreibt, um ihn zu erhalten, an die Regierung kommen soll, oder ob diejenigen die Mehrheit gewinnen sollen, die den Sozialstaat abschaffen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Auseinandersetzung, um die es geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Je näher der Wahltag rückt, desto weniger wird es Ihnen gelingen, zu diesen Fragen – z. B. Mehrwertsteuer, Krankenversicherung – einfach zu schweigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Warum wollt ihr Neuwahlen? – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Ypsilanti für die Fraktion der SPD.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auch zweiter Versuch!)

Andrea Ypsilanti (SPD):

Herr Ministerpräsident!

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein! „Herr Präsident!“ – Frank Gotthardt (CDU): „Herr Präsident, meine Damen und Herren!“)

Eine Diskussion innerhalb der eigenen Partei ist nichts Ehrenrühriges. Sie sind genau der Falsche, um diese Diskussion anzuprangern, die wir manchmal in der SPD führen. Von Ihrer CDU hätte ich mir einmal gewünscht, in der Schwarzgaffäre einen Widerspruch zu hören.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da haben alle den Mund gehalten. Da gab es keinen Widerstand, nicht einmal auf Ihrem Parteitag. Da hätte ich mir von Ihnen und auch von der FDP einmal gewünscht, dass Sie damals etwas dazu gesagt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Ministerpräsident, im Unterschied zu Ihnen sagt die hessische SPD – auch wenn es manchmal Unfrieden stiftet – immer, was sie will,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

face to face. Wir sind nicht solche Heckenschützen wie Sie gegenüber Ihrer Vorsitzenden.

(Beifall bei der SPD)

Eine Bemerkung. Sie haben gesagt, man kann auch im 21. Jahrhundert gut leben. Das kann man. Aber im Unterschied zu Ihnen wollen wir, dass im 21. Jahrhundert alle gut leben können – nicht nur einige wenige, andere aber weniger gut.

(Beifall bei der SPD – Zurufe des Ministerpräsidenten Roland Koch und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie wissen genau, dass die Managergehälter explodieren, dass wir aber auch einen explodierenden Niedriglohnsektor haben. Das hat etwas mit der Frage der Gerechtigkeit zu tun.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, im 21. Jahrhundert können eben nicht alle gut leben.

Woran lag das? Auch dazu können wir ein paar Worte sagen. Wie hoch war denn 1999 die Abgabenquote? 40,8 %. – Wie hoch ist sie heute? 37 %.

Wie hoch war 1999 die Steuerquote? Damals betrug sie 22,9 %. Heute beträgt sie 20 %.

Woran lag das? Doch daran, dass die deutsche Einheit aus den Sozialkassen finanziert wurde. Meine Damen und Herren, das war das Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wen haben Sie denn entlastet?)

Die Wirtschaftswissenschaftler sagen, die Einheit und die durch die Aufwertung der D-Mark ausgelöste Wachstumsschwäche haben zu steigender Arbeitslosigkeit und zu hohen Sozialabgaben geführt. Jetzt wird der Sozialstaat zum Schuldigen dieser Entwicklung erklärt. Meine Damen und Herren, das dürfen wir nicht zulassen. Die Beitragszahler haben die deutsche Einheit finanziert – und jetzt sollen sie nochmals bluten. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): „Frenetischer Beifall“ vermerkt das Protokoll!)

Herr Tarek Al-Wazir hat es gesagt: Auch diesmal haben Sie sich wieder um konkrete Aussagen herumgemogelt.

Was ist denn Ihr Steuerkonzept? Was machen Sie mit der Mehrwertsteuer? Was machen Sie mit der Eigenheimzulage? Herr Koch, wir reden mit Ihnen dann wieder, wenn Sie Ihre Ideologie mit Konzepten unterlegt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Damit ist diese Aussprache beendet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Dr. Jung und ich, wir brauchen keine zweite Runde!)

Damit rufe ich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucks. 16/4080 auf.

(Wortmeldung des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Kollege.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Wir möchten gerne, dass über den vorletzten Absatz getrennt abgestimmt wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn, ich komme darauf zurück. Machen wir es nacheinander.

Ich rufe zur Abstimmung über die ersten vier Absätze dieses Entschließungsantrags auf. Wer ihnen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit sind die ersten vier Absätze mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe den fünften Absatz auf. Wer ihm zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Absatz mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen worden.

Wer stimmt dem letzten Absatz zu? – Wer ist dagegen? – Stimmennthalungen? – Damit ist diesem Absatz mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 48** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Verschiebung der Abschaltung des AKW Biblis – für eine verantwortliche Energiepolitik auch in Zukunft – Drucks. 16/4076 –

Wir rufen ihn zusammen mit dem heute Morgen aufgenommenen **Tagesordnungspunkt 100** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sichere und nachhaltige Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen – Drucks. 16/4116 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Erste Wortmeldung, Frau Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben eben einen wortstarken, aber substanzlosen und unwahren Beitrag zur Energiepolitik in Deutschland geleistet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Damit zeigen Sie sich als nicht profunder Kenner der Energiepolitik

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber Sie!)

und disqualifizieren sich für ein Amt in irgendeiner Funktion auf Bundesebene, Herr Ministerpräsident Koch,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn ich muss darstellen, dass der deutsche Weg kein Sonderweg ist. Sie wissen genau, dass Schweden gerade letzte Woche den letzten Meiler von Barsebäck abgeschaltet hat. Spanien und Belgien gehören ebenfalls zu den Ländern, die den Atomausstieg begehen werden. Wir wissen, dass das die richtige Entscheidung ist. Es werden weitere folgen. Wenn Sie sagen: „In der Welt werden weitere Atomkraftwerke gebaut“, dann schauen Sie doch bitte einmal näher hin. Das geschieht in Ländern, die einer Staatsdoktrin unterliegen. Wir wissen genau, dass dort Atomkraftwerke schon seit Jahrzehnten im Bau sind. Es gibt keine Renaissance der Atompolitik im Ausland. Geraade mal in China, wo Staatsgelder hineingebuttet werden, lohnt sich vielleicht die Atomkraft für Kraftwerkstreiber. Aber es ist absolut der falsche Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns Finnland anschauen: Das Atomkraftwerk ist ein Geschenk von Framatome und Siemens. Wenn es über normale Gelder bezahlt worden wäre und nicht über Siemens und Framatome, wäre dieses Atomkraftwerk niemals in Bau gegangen. – So viel zur Energiepolitik, Herr Ministerpräsident Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Energiewende hat in Deutschland in den letzten Monaten ein ganz großes Stück zugelegt. Wir haben es immerhin geschafft, dass Obrigheim, Mülheim-Kärlich und Stade dauerhaft abgeschaltet wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es geschafft, dass endlich der Kalkar-Kern mit 1,7 t Plutonium aus Hanau entfernt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, an Ihre Adresse. Das heißt, es gibt ein Fortkommen in Hanau-Wolfgang, aber mit sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in dem florierenden Industriepark Hanau-Wolfgang. Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es weiterhin geschafft, die gefährlichen Atomlieferungen für die Aufbereitungsanlagen in Sellafield und La Hague ab dem 1. Juli 2005 endgültig zu untersagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Risikopotenziale werden nicht mehr vorhanden sein. Meine Damen und Herren, wir wollen aus dieser stark belastenden und vor allem extrem risikoreichen

Technologie aussteigen, aber die wegfällenden Strommengen vor allem durch einen effizienteren Umgang mit Energie und durch die verstärkte Nutzung von regenerativer Energie ersetzen. Damit lösen wir uns von Energieimporten und schaffen gerade in Deutschland auch zukunftsfähige Arbeitsplätze.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hingegen, wie die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel oder der Hessische Ministerpräsident Koch, eine unbegrenzte Weiternutzung oder gar Ausweitung der Nutzung der Atomenergie beabsichtigt, handelt unverantwortlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das Atomkraftwerk Biblis muss endlich stillgelegt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Atomausstiegskonsens bietet hierfür die Grundlage. Wir wollen und erwarten, dass Block A im Jahre 2008 abgeschaltet wird und Block B im Jahre 2010 folgt. Wir wollen, dass es endlich ein atomfreies Hessen gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen in Hessen dafür sorgen, dass eine zukunftsfähige, sichere und effizientere Energie umgesetzt wird. Unsere Politik steht der Politik der CDU diametral gegenüber. Wie eine schwarze Energiepolitik in Deutschland aussehen könnte, ist aufgrund der Rückentwicklungen in Hessen leider deutlich belegbar. In Hessen findet unter der CDU ein betreiberfreundliches Verhalten nach dem Motto „Samthandschuhe“ statt. Ein eigens gegründetes Gremium zur Bejubelung der Atomkraft, die Internationale Länderkommission, kostet die hessischen Steuerzahler die Jahre über Millionen Euro.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ojo!)

Meine Damen und Herren, dieses Verhalten der CDU ist geprägt von einer unglaublichen Technologiegläubigkeit, gepaart mit Verschweigen und Verharmlosen. Allein die Wortwahl der CDU zur Atomkraft macht das deutlich. Für die CDU ist die Atomkraft eine Hochsicherheitstechnologie, und wir sagen: Es ist eine Hochrisikotechnologie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die CDU verschweigt und verdrängt die Probleme, die mit der Nutzung der Atomkraft in Verbindung stehen. Dazu – das sage ich ganz deutlich – gehört die Verseuchung ganzer Landstriche durch die Uranerzgewinnung, z.B. auch in den Ländern Südafrika und Russland. Ebenso verdrängt die CDU die Rohstoffknappheit von Uran. Weltweit gibt es nur 3,2 Millionen t Uran. Das heißt laut Berechnung der Internationalen Atomenergiebehörde – IAEA –, diese Uranreserven reichen nur noch 60 bis 65 Jahre. Die Preise des Urans sind bereits erkennbar steigend. Wie dann die Preisentwicklung auf dem Strommarkt aussehen wird, wenn wir auf Uran setzen, das können Sie sich an den fünf Fingern abzählen.

Verschwiegen werden von der CDU auch die mit dem Transport und der Lagerung von radioaktiven Materialien einhergehenden unvertretbaren Risiken. Vergessen sind die über lange Jahre und weit über dem Grenzwert liegenden strahlenden Atomtransporte, die so genannten weinenden Castoren. Offensichtlich hat Frau Merkel alles

vergessen, was damals in ihrer Amtszeit mit diesen Transporten passiert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vergessen sind für die CDU die Störfälle und die hohen radioaktiven Belastungen der Umwelt, durch die die Wiederaufbereitung in La Hague und Sellafield seit Jahrzehnten geprägt ist. Der jüngste, ein vor über drei Wochen verheimlichter Störfall in Sellafield, bei dem 83.000 l Salpetersäure und damit 220 kg Plutonium ausgelaufen sind, zeigt deutlich das große Gefährdungspotenzial.

Vergessen hat die CDU, dass weltweit eine ungesicherte Entsorgungssituation für strahlenden Atommüll besteht. Wer den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Deutschland will, muss offen zugeben, dass sich damit die gefährlichen Hinterlassenschaften weiterhin vergrößern werden, und muss erklären, wie mit diesen Hinterlassenschaften umgegangen werden soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach 40 Jahren Atomnutzung wurden allein in Deutschland über 100.000 m³ radioaktive Abfälle erzeugt. Darunter sind Nuklide mit einer Halbwertszeit von mehreren Hunderttausend Jahren. Das bedeutet, dass ein Endlager sicherstellen muss, dass diese Stoffe für einen nicht vorstellbaren Zeitraum aus der Biosphäre gehalten werden müssen. Ob dies überhaupt möglich sein wird, bezweifle ich sehr. Immerhin ist der Homo sapiens ca. 200.000 Jahre alt. Das bedeutet also einen kurzfristigen Nutzerfolg zu lasten nachfolgender Generationen.

Meine Damen und Herren, dies ist eine unverantwortliche, ja gefährliche Hinterlassenschaft nicht nur für eine Generation, sondern für Tausende von Generationen mit wirtschaftlich absolut unkalkulierbaren Folgen. Ein geplantes Endlager wird allein Milliarden von Euro verschlingen.

Verdrängt, verschleiert und vergessen wird von der CDU auch Tschernobyl, was man an dieser Stelle ganz deutlich betonen muss. Wir haben in Tschernobyl am 26. April 1986 den großen atomaren Unfall erleben müssen. Dort kam es zu einer Kettenreaktion und einer anschließenden Explosion. Meine Damen und Herren, 200 Gemeinden existieren nicht mehr. Zehntausende von Menschen sind an den Folgen gestorben. Noch heute erkranken Kinder. Dort besteht ein 100-fach erhöhtes Schilddrüsenkrebsrisiko. Heute sterben und erkranken noch weitere Menschen an den Spätfolgen dieses damaligen – immerhin ist es 19 Jahre her – Reaktorunfalls.

Dies bewegt uns, weil wir wissen, dass eine atomare Katastrophe niemals ausgeschlossen werden kann. Ich stelle mir das einmal in unserer Rhein-Main-Region vor. Wer einmal an einer Katastrophenschutzübung des AKW Biblis teilgenommen hat, weiß, dass das nur ein Spiel ist. Aber was wäre, wenn? Wenn es wirklich dazu kommen würde, dann hätte das ganz andere Auswirkungen als in dem dünn besiedelten Tschernobyl. Dann würde der Ballungsraum Rhein-Main unbewohnbar werden. Es würden mehr Todesfälle zu verzeichnen sein als das, was wir heute in Tschernobyl feststellen müssen. Das kann nicht der Weg sein. Deshalb wollen wir aus dieser gefährlichen Atomkraft heraus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die CDU verschweigt und vergisst auch die vielen Störfälle und Vertuschungen, die damit einhergehen. Auch in Deutschland gab es zahlreiche Vorkommnisse. So gelangte z. B. aus dem AKW Philippsburg radioaktives Material in den Rhein und aus dem AKW Neckarwestheim im Jahre 2003 radioaktives Material in den Neckar – und das im laufenden Betrieb.

Lassen Sie mich aber zu Biblis noch etwas sagen. Wir haben mittlerweile in Biblis über 700 Betriebsstörungen. An drei Fälle will ich es einmal festhalten. Wir hatten im Jahre 2003 im Rahmen des Sumpfsiebskandals feststellen müssen, dass schon beim Bau des Blocks A die notwendige Größe der Sicherungsvorrichtung nicht beachtet wurde. Statt die Anlage von sich aus auszuschalten, versuchte RWE, einen Weiterbetrieb zu ermöglichen und alles auf die kommende Wartung zu verschieben. Dem wurde Gott sei Dank ein Riegel vorgeschnitten – auch von der Bundesatomaufsicht.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr führte die jüngste Pannenserien bei der Revision in Biblis sogar dazu, dass RWE einen Schichtleiter von seinen Aufgaben entbinden musste und gegen ihn ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurde. Wie so oft wurde wieder einmal gegen das Betriebshandbuch verstoßen. Man hat auch versucht, über einen längeren Zeitraum diesen Fall unter der Decke zu halten.

Das mit dem Unter-der-Decke-Halten kennen wir alles. Deshalb spreche ich den Fall, der schon viele Jahre zurückliegt, aber nichtsdestotrotz besonders wichtig ist, an. Es ist der Fall aus dem Jahr 1987, wo über ein Jahr später durch die Fachpresse herauskam, dass wir hautnah an einem GAU im Atomkraftwerk Biblis vorbeigeschlittert sind. Es war damals nur glücklichen Umständen zu verdanken, dass es nicht zu einem größten anzunehmenden Unfall gekommen ist. Was war wieder die Ursache? – Ein Verstoß gegen das Betriebshandbuch, Manipulationen an einer Vorrichtung.

Die Atomkraft birgt diese Risiken. Denn Sie können den Faktor Mensch niemals ausschließen.

Wir wissen um diese Bedrohung, die von der Nutzung der Atomenergie ausgeht. Auf die Gefahren, die sich durch Anschläge von Terroristen ergeben können, will ich erst gar nicht eingehen. Das wissen wir seit dem 11. September 2001. Ich will auch gar nicht auf einen militärischen Missbrauch eingehen, der durch Proliferation entstehen könnte.

Es ist ein Irrglaube, zu denken, Wahrscheinlichkeitsberechnungen könnten uns vor einem Super-GAU des Kernkraftwerks Biblis schützen. Deshalb hat auch die Enquetekommission im Jahr 2002 dazu folgendes Fazit gezogen:

Die Enquetekommission zieht aus ihren Überlegungen folgendes Fazit:

Die Fortführung der Kernenergienutzung ist wegen ihrer strukturkonservierenden Wirkungen, ihrer erkennbaren großen Entsorgungskosten sowie der hohen Sicherheits- und Systemrisiken (Restrisiko, Terroranfälligkeit, fehlendes Entsorgungskonzept) nicht nachhaltig. Die Szenarien zeigen, dass zur Realisierung anspruchsvoller CO₂-Minderungsziele ein Rückgriff auf die Kernenergie nicht erforderlich ist.

Das Ziel, den CO₂-Ausstoß zu verringern, bringen Sie immer wieder mit der Nutzung der Kernkraft in Verbindung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Weiterhin wird in dem Bericht der Enquetekommission ausgeführt:

Unter Einbezug externer Kosten übertreffen die gesamtwirtschaftlichen Kosten des Kernenergieszenarios die der anderen um ein Mehrfaches.

Warum wollen diese Regierung und die CDU die Atomkraft weiter fördern? Ich sage Ihnen: Sie unterstützen mit diesem Handeln die großen Stromproduzenten, also die großen Wirtschaftsunternehmen wie beispielsweise E.ON oder RWE. Wir brauchen uns bloß das „Handelsblatt“ vom 6. Juni 2005 anzuschauen. Dort konnte man die Überschrift lesen:

Merkels Atompolitik erspart Firmen Milliardeninvestitionen

Demnach könnte E.ON mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden € rechnen. RWE könnte mit 3,4 Milliarden € rechnen. Wenn eine Regierungsübernahme durch die CDU erfolgen würde, würde also nicht Zukunftsfähige Technologien investiert werden. Es würde nicht in die Erneuerung des Kraftwerksparks investiert werden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Man würde sich auf dem Bestand der Methusalem-Atomkraftwerke ausruhen. E.ON, RWE und andere würden weiter daraus Kohle beziehen,

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

und zwar so lange, bis es nicht mehr geht, also bis die letzten Reaktoren der Atomkraftwerke auseinander fallen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das würde aber zu einer Welle der Vernichtung von Arbeitsplätzen führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir brauchen uns doch nur den Ökobereich anzuschauen. Die Branche der Ökoenergie fürchtet um ihre Zukunft. Dort entstehen aber die Arbeitsplätze und nicht bei der Nutzung der Atomenergie.

Die Branche der Ökoenergie fürchtet um ihre Zukunft. Dort sollten Investitionen bis zum Jahre 2020 mit einem Volumen von 200 Milliarden € angestoßen werden. Sie glauben doch nicht, dass die Firmen der Atomenergie Investitionen anstoßen werden, wenn sie die Erlaubnis erhalten, ihre alten Atomkraftwerke weiterhin laufen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sehen aber, dass es Arbeitsplatzpotenziale bei den erneuerbaren Energien gibt. Zum Beispiel wissen wir, dass im Bereich der erneuerbaren Energien 130.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Hammann, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wie viele Arbeitsplätze bieten denn die Atomenergie nutzende Industrie und die Kohleindustrie? Dort gibt es 50.000 Arbeitsplätze. Bei den erneuerbaren Energien gibt es also einen Markt. Da muss investiert werden.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Betrieb der Atomkraftwerke ist, volkswirtschaftlich gesehen, Idiotie. Der weitere Betrieb der Atomkraftwerke bedeutet, mit unserem Leben und unserer Zukunft russisches Roulette zu spielen. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Kollege Lenhart hat für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich dachte, er wäre der jagdpolitische Sprecher!)

Roger Lenhart (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kaum hat der Bundeskanzler verkündet, dass die Bundestagswahl vorgezogen werden soll, konnte man in der Presse lesen: Wir, die hessischen GRÜNEN, werden diesen Bundestagswahlkampf mit dem Thema Atompolitik führen. – Prompt liegt uns heute erwartungsgemäß ein Antrag vor, mit dem der Einstieg in den Wahlkampf protokollarisch manifestiert werden soll.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, auf uns kann man sich verlassen!)

Herr Kaufmann, an dieser Stelle muss ich schon sagen: Es ist sehr unredlich, dass Sie in diesem Wahlkampf mit den Ängsten der Menschen spielen wollen. Aber Ihnen scheint auf dem Weg in den politischen Tod, der wahrscheinlich am 18. September dieses Jahres erfolgen wird, alles egal zu sein. Der Überlebenskampf scheint darin zu bestehen, dass man es noch einmal mit dem Mythos versucht, der zur Gründung der GRÜNEN geführt hat.

Was wir heute besprechen, ist nichts Neues. Das haben wir im Juni letzten Jahres auch im Rahmen einer Aktuellen Stunde behandelt. Was hat sich hinsichtlich dieses Themas seitdem geändert? – Nichts hat sich geändert.

Man kann auch nicht sagen, dass, international gesehen, die Nutzung der Atomenergie zurückgehen würde. Frau Hammann, es steht immer noch die mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Resolution des European Economic and Social Committee im Raum. Es handelt sich dabei um ein Gremium der Staaten der Europäischen Union. In ihm sitzen 317 Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft. Dort wurde gesagt, die Nutzung der Kernenergie trage zur Versorgungssicherheit, zum Klimaschutz und zur Preisstabilität bei, und das Ziel „Nachhaltigkeit“ verbiete eine Politik des Ausstiegs. Auf europäischer Ebene gibt es also keine Chance zur Umsetzung der bisher von Berlin verfolgten Positionen. Das eröffnet auch keine Chance für die Position der hessischen GRÜNEN.

Wie sah es im letzten Jahr aus? Auf der Internationalen Konferenz der Internationalen Atomenergiebehörde wurden die deutschen Vertreter mitleidig belächelt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das geht Ihnen auch so!)

Dort teilte Moskau mit, man wolle die nukleare Stromproduktion binnen fünf Jahren annähernd verdreifachen. Das heißt, zu den bestehenden 30 Reaktoren müssten noch etliche hinzukommen.

Aufsehen erregten die Chinesen, die ankündigten, mit dem Aufschwung der Nutzung der Kernenergie Geld verdienen zu wollen. Zurzeit verfügt das Land über neun Meiler. Binnen 15 Jahren soll sich die Kapazität der Atomkraftwerksparks etwa verfünffachen. Dann will China einen selbst entwickelten standardisierten Typ eines 1.000-MW-Reaktors auf den Weltmarkt bringen.

Ebenso wie China will sich auch Südkorea verhalten. Dort sollen elf neue Atomkraftwerke bis zum Jahre 2015 errichtet werden, die ebenfalls Marke Eigenbau sein sollen. Diesem Beispiel will ebenfalls Indonesien folgen.

Die Kernenergie ist interessant, weil man mit ihr den Anstieg des Strombedarfs günstig abdecken kann. Das muss man einfach sehen. Diese Länder wollen in die Nutzung der Kernenergie verstärkt einsteigen, weil sie nicht wollen, dass ihnen fremde Mächte die Energiezufuhr abdrehen können.

Leider ist es so, dass in diesen Ländern ein anderes Verständnis hinsichtlich der Sicherheit und der Abfassung der Betriebsprotokolle als bei uns herrscht. Deswegen ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass sich Deutschland, das die höchsten Standards hat, aus der Nutzung dieser Technik zurückzieht, statt in Zusammenarbeit mit Frankreich, das die modernsten Druckwasserreaktoren gebaut hat, auf die Festlegung der Standards einzuwirken.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, in Europa gebe es einen Abschied von der Atomenergie. Frankreich zieht weiterhin die Option der Nutzung der Atomenergie. In Finnland wird der erste EPR gebaut. In Großbritannien wird die Diskussion über die Weiterführung der Kernenergietechnik geführt.

Man sollte bei der energiepolitischen Diskussion doch den politisch-pragmatischen Ansatz wählen und die rein ideologische Ausrichtung verlassen. Wir müssen uns vor Augen halten: Der Atomausstieg Deutschlands spielt international überhaupt keine Rolle.

Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung, des wachsenden Nachholbedarfs und der Notwendigkeit, Klimaschutz zu betreiben – Frau Hammann, das haben Sie in Ihrer Rede vollkommen außen vor gelassen –,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht wahr!)

gelangt die Internationale Atomenergiebehörde zu der Auffassung, dass nach mittlerer Schätzung die Kapazitäten zur Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2030 um das Zweieinhalfache und bis zum Jahr 2050 auf das Vierfache anwachsen werden. Die Schlussfolgerung daraus muss sein: Die Reaktorsicherheit, der Umgang mit den nuklearen Abfällen und die Sicherung des Brennstoffzyklus gegen Missbrauch gehören weltweit auf die Tagesordnung. – Wenn Deutschland aber aus der Nutzung dieser Energieart aussteigt, wird Deutschland da kein Gesprächspartner sein. Ich denke, angesichts der Standards, die wir haben, gehört Deutschland mit an den Tisch, damit diese Standards internationalen Niederschlag finden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Position, die man in der „Zeit“ vom 22. Juli 2004 nachlesen konnte. Ich zitiere:

„Viele Kritiker der Kernenergie, vor allem aus meiner eigenen Partei, versichern mir im Gespräch unter vier Augen, ich möge doch an meiner prunkleeren Haltung festhalten“, eröffnete z. B. der sozialdemokratische EU-Parlamentarier Rolf Linkohr vor einigen Monaten einem staunenden Fachpublikum, „denn früher oder später müssten wir doch wieder in die Kerntechnik rein.“

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, ja, der liebe Rolf!)

Der gleiche SPD-Mann hat in einem Artikel, der im August 2004 in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen ist – das ist nicht gerade das Kampfblatt der hessischen CDU –, sechs Gründe für die Nutzung der Nukleartechnik beschrieben, die uns alle bekannt sind. Dies sind unter anderem der wachsende Energiebedarf, die steigenden Öl- und Gaspreise und die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft vom Import der Energieträger.

(Norbert Schmitt (SPD): Wollen Sie demnächst die Autos mit Atomkraft fahren lassen?)

Der gleiche Mann der SPD führt im Weiteren sehr nachvollziehbar aus, dass es eine technische Entwicklung gegeben hat, die zu den Reaktoren der dritten Generation geführt haben, die gar nichts mehr mit den in der Diskussion angeführten Reaktoren von Tschernobyl oder Philippsburg zu tun haben. Er weist sehr zutreffend darauf hin, dass es kein Zufall ist, dass sich die CO₂-Emissionen in Deutschland pro Jahr und Kopf auf 10 t addieren, während sie in Frankreich pro Jahr und Kopf bei rund 6 t liegen. Frankreichs Strom stammt zu 77 % aus Atomkraftwerken.

Jetzt will ich noch eine ganz interessante Variante nennen, die zeigt, wohin grüne Energiepolitik führen kann. Als Beispiel möchte ich das Kernkraftwerk Obrigheim anführen. Ich zitiere aus der Presse:

Das Aus für Obrigheim ist ein Zeichen für einen Neuanfang. In Deutschland hat ein neues Energiezeitalter begonnen. Wir treiben die ökologische Modernisierung der Energieversorgung voran.

So feierte sich Herr Trittin am 10. Mai 2005 in einer Pressemitteilung. Wie sieht denn aber diese Modernisierung à la Trittin aus? Um die Folgen der wegfallenden Stromproduktion auszugleichen, will EnBW zum mittelfristigen Ersatz in erster Linie alte, eigentlich unrentable und bereits abgeschaltete Anlagen wieder in Betrieb nehmen. So ist beispielsweise vorgesehen, einen seit 1988 stillgelegten, mit Heizöl befeuerten Block im Kraftwerk Marbach wieder auszumottern. Der Block wurde 1974 gebaut.

(Norbert Schmitt (SPD): Glauben Sie das?)

Außerdem soll der seit über fünf Jahren stillgelegte Block im Kraftwerk Walheim wieder in Betrieb gehen. Er ist Baujahr 1964.

(Norbert Schmitt (SPD): Glauben Sie das alles?)

Es ist nicht nur so, dass diese Maßnahmen im Verhältnis zu den laufenden Reaktoren viel Geld kosten. Vielmehr rückt auch die Einhaltung des Kyoto-Abkommens in weite Ferne. Die Bundesregierung versprach, es einzuhalten. Denn hier wird die CO₂-freie Stromproduktion durch die Produktion von Strom mithilfe fossiler Kraftwerke ersetzt.

Die GRÜNEN meinen nun, dies sei ein Erfolg, den die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßen solle. Das können Sie doch nicht ernsthaft glauben. Das ist

doch, ökologisch gesehen, Unfug. Solchen ökologischen Unfug werden wir niemals zustimmen.

(Beifall der Abg. Reinhard Otto (CDU) und Heinrich Heidel (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, das machen Sie doch ständig!)

Wir sind offen für den technologieoffenen Energiemix, der alle Energieformen ideologiefrei einschließt und die Versorgungssicherheit wie auch Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit in sich vereint. Ganz klar ist: Wenn das AKW Biblis in diesen Energiemix einbezogen wird, dann wird es in puncto Sicherheit weiterhin keinen Rabatt geben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Wenn man jetzt den grünen Antrag liest, ist auffällig, dass das Wort Wirtschaftlichkeit überhaupt nicht vorkommt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch nicht auffällig! Das ist typisch für sie!)

Hessen ist einer der leistungsfähigsten Wirtschaftsstandorte, der international in Konkurrenz steht.

(Reinhard Kahl (SPD): Trotz dieser Landesregierung!)

Insofern ist dieser Antrag inakzeptabel. Er unterstreicht aber ganz deutlich, dass Sie nicht an einem pragmatischen Lösungsansatz interessiert sind, sondern dass Sie die hessische Wirtschaft rein ideologisch motiviert an die Wand fahren und Arbeitsplätze gefährden und vernichten wollen.

Ich beschreibe es Ihnen an einem Beispiel, wie wirtschaftlich relevant kostengünstige Energie ist. Herr Schmitt, Ihnen ist sicherlich noch die Standortfrage in Rüsselsheim in Erinnerung. Ich wohne da zufälligerweise. In der Presse ging es im Wesentlichen um hohes Lohnniveau und kostengünstige Produktion. In der lokalen Presse gab es einen Artikel, in dem die Energiekosten ausführlich beleuchtet wurden. Da sah die Geschichte so aus, dass Trollhättan gegenüber Rüsselsheim einen Energiekostenvorteil von 40 % hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn wir die Wasserkraftmöglichkeiten hätten wie Schweden, dann wäre das kein Problem!)

Wenn man hier die rein ideologische Diskussion sieht und man diejenigen, die die Diskussion führen, nicht vor den Werkstoren in Rüsselsheim gesehen hat,

(Norbert Schmitt (SPD): Die Schweden sind auch aus der Atomkraft ausgestiegen!)

dann muss man sagen: Sie ignorieren ganz einfach die Sorgen und Nöte der Menschen, die sich um ihren Arbeitsplatz Sorgen gemacht haben, und verlieren sich hier in rein ideologischer Diskussion. Aber da werden wir nicht mitgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Was für ein Unsinn!)

40 % Energiekostenvorteil können Sie nicht einfach wegdrücken. Das „Handelsblatt“ unterstreicht das vorgestern noch durch das Argument, dass die Abschaltung der Kernkraftwerke die Vernichtung von 10 Milliarden € Kapital wäre.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Kostenseite ist das eine. Für den Standort Hessen, der im internationalen Wettbewerb steht, ist auch die Versorgungssicherheit von grundsätzlicher Bedeutung. Sie verschweigen: Wenn Biblis abgeschaltet wird, die Blöcke A und B in der Folge, dann fehlen 60 % der Stromversorgung hier im Lande. Wie Sie die ersetzen wollen, das haben Sie noch nicht dargelegt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Deutschland gibt es Überkapazitäten!)

Es besteht die gesetzliche Verpflichtung, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Mit den Mühlen – das ist nichts anderes als eine hoch subventionierte Landschaftszerstörung – wird sich diese Versorgungssicherheit nicht herstellen lassen. Sie verschweigen, dass durch die Volatilität bei der Einspeisung 80 % oder 85 % – andere sagen 90 % – des konventionellen Energiebedarfs vorgehalten werden müssen. Denn die theoretische Kapazität, die installiert wird, steht mit der Realität überhaupt nicht in Einklang. Daher muss selbst Biblis, um dies zu gewährleisten, von seiner Leistungskapazität 15 % vorhalten. Insoweit entstehen durch diese Schattenkraftwerke zusätzliche Kosten von 100 Milliarden € im Jahr, die wiederum auf die Kunden abgewälzt werden müssen. Auch das verschweigen Sie.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Heinrich Heidel (FDP) – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann kommt noch der Punkt, dass rentable Windplätze immer weniger werden und man in den Offshore-Bereich gehen will.

(Heinrich Heidel (FDP): Offshore am Edersee!)

Jetzt lassen wir das mit der technischen Machbarkeit dahingestellt. Die hat sich seit dem letzten Jahr, wo wir das diskutiert haben, noch nicht geklärt. Sehr bemerkenswert finde ich aber, dass genau diejenigen, die für den Naturpark Wattenmeer gekämpft haben, die dann auch noch ein Befahrerverbot für Sportschiffe erlassen wollen, weil durch das Ankern ein ökologischer Schaden im Meer entstehen könnte, jetzt überhaupt keine Skrupel haben, Hunderte, wenn nicht gar Tausende Stahlrohre bei 30 m Tiefe in das Meer zu hauen und 70 km Kabel zu verlegen, wo vorher überhaupt kein Mensch mehr hinein sollte. Das ist eine abstruse ökonomische Politik, der wir nicht folgen können. Ich denke, am 18. September wird diese Politik abgeschafft werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht verstanden, Herr Kollege! Schweigen Sie lieber!)

– Herr Kaufmann, vielleicht etwas für Feinschmecker wie Sie. Es geht hier doch um nichts anderes als Wahlkampf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie machen ihn schlecht! Sie sollten etwas dazulernen, dann macht es mehr Spaß!)

Wenn man Ihren Antrag anschaut – jetzt nicht Ihren persönlichen –, dann stellt man fest, dass in Abs. 4 Satz 1 steht, dass im Jahr 2008 Block A des AKW Biblis abgeschaltet wird. – Das Jahr 2008 kommt im Atomgesetz aber nicht vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können aber rechnen, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege!)

In Anlage 3 des Atomgesetzes steht etwas von Reststrommengen ab dem 01.01.2000. Ich denke, wenn man einen Antrag stellt, dann sollte er gesetzeskonform formuliert werden und sich nicht in Widerspruch zum Gesetz stellen. Das zeigt einmal deutlich, wie Sie Gesetze umdrehen und dass es Ihnen hier nur um Wahlkampf geht und nicht um den Standort Hessen und Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können nicht rechnen, Herr Kollege! Das ist das Problem!)

Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung am 18. September wechselt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Protokoll steht: schwacher Beifall bei der CDU!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Lenhart. – Das Wort hat Herr Kollege Schmitt, SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deutschland steht nicht nur sozialpolitisch vor einer Richtungentscheidung, sondern Deutschland steht auch energiepolitisch vor einer Richtungsentscheidung, nämlich ob wir zurück wollen in die Siebzigerjahre oder ob wir weitere Schritte in die Zukunft machen, in eine Zukunft, die auf erneuerbare Energien setzt, die das Risiko der Atomnutzung beendet und die den kommenden Generationen – davon hat Herr Kollege Lenhart mit keinem Wort gesprochen – keine strahlenden Erblasten hinterlässt. Das wird die Richtungsentscheidung sein, die jetzt bei der Bundestagswahl getroffen werden wird.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und deshalb tritt Schröder zurück? Deshalb wollt ihr vorgezogene Neuwahlen?)

Die Atomenergie als Zukunftsoption zu verkaufen, wie mein Vorredner das eben gemacht hat, ist wie das Anpreisen eines alten, klapprigen, rostigen LKW als Fortbewegungsmittel der Zukunft. Dazu kann ich nur sagen: zu schwer, zu unbeweglich, zu gefährlich, da die Bremsleitungen auch schon verhältnismäßig alt sind, wie wir gesehen haben. Manche Teile – wenn man das auf Biblis überträgt – hat der TÜV auch gar nicht gesehen, wie wir bei den Sieben feststellen konnten, bei denen der Bau von der Betriebserlaubnis stark abwich. Und dauernd diese Reparaturen.

Was Sie uns da anpreisen, ist also nicht gut. Das ist sicherlich kein Zukunftsmodell. Aber dass die hessische CDU auf die Argumentation der Eigentümer hereinfällt, die ihr das Ding als topfit und hoch modern vorgaukelt, das finde ich schon bemerkenswert.

Meine Damen und Herren, die Atomkraft ist mit Risiken verbunden. Das ist der alte Streit, und das Restrisiko kann nicht wegdiskutiert werden, so sehr Sie sich auch bemühen. Deswegen sagen wir: Der Konsens, der mit der Industrie zum Ausstieg getroffen worden ist, ist richtig.

Frau Merkel ruft: Vorwärts, wir wollen zurück. – Die Hessen-CDU ruft: Wir sind dabei, aber wir wollen noch schneller zurück.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Allen voran der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Dr. Michael Meister. Er hat vor einiger Zeit sogar einen dritten Block gefordert. Mich würde interessieren, wie mein Vorredner dazu steht, wie die Hessen-CDU dazu steht. Wie steht der Ministerpräsident dazu? Herr Dr. Jung, wie stehen Sie dazu?

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wollen Sie nicht nur Biblis bis zum bitteren Ende betreiben, sondern noch einen dritten Block dazusetzen? Ich meine, Dr. Michael Meister ist nicht irgendjemand. Er ist der Vertreter von Frau Merkel in der Fraktion. Als Entschuldigung lasse ich möglicherweise zu, dass er sich steuerpolitisch auch verhältnismäßig verwirrt geäußert hat, mal für die Eigenheimzulage, mal gegen die Eigenheimzulage, mal für die Mehrwertsteuer, mal gegen die Mehrwertsteuer, mal gegen Steuersenkung, jetzt einmal wieder für Steuersenkung. Wenn man so verwirrt ist, kann man sich vermutlich auch energiepolitisch so verwirrt äußern. Aber heute haben Sie die Möglichkeit, zu sagen, ob Sie in Biblis neue Blöcke haben wollen. Stehen Sie zu dieser Forderung oder nicht?

Ich will noch auf eines eingehen. Herr Ministerpräsident Koch hat es gesagt, und mein Vorredner auch. Es geht um die Frage, ob Atomenergie eine Zukunftsenergie ist und ob wir in Deutschland einen Sonderweg vornehmen.

Gucken wir uns einmal die alten EU-Staaten an. Fünf sind überhaupt nicht eingestiegen. Griechenland nicht, Irland nicht, Dänemark nicht, Portugal nicht und Luxemburg nicht. Dann bleiben acht übrig. Von den acht haben fünf erklärt, sie wollen keine AKWs weiter betreiben. Das ist Deutschland, das ist klar. Die übrigen sind Belgien, Schweden, Spanien und die Niederlande.

Es bleiben drei übrig, nämlich Finnland, Großbritannien – das haben Sie auch genannt – und Frankreich, die weitermachen wollen, drei von dreizehn. Mit Verlaub, Herr Kollege, Sie sind jagdpolitischer Sprecher, aber mit diesen Vergleichen haben Sie sich eben argumentativ selbst ins Knie geschossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der aktuellen Diskussion müssen Sie auch einmal zufriedenstellende Antworten geben. Die Frage ist, wie gefährlich Atomenergie im Betrieb ist, aber auch wie gefährdet Atomenergie durch Angriffe von außen ist. Das ist in Biblis eine hoch zentrale Frage, über die wir reden müssen.

Wir haben festgestellt, dass das, so hirnrissig es klingt, keine Vorstellung ist, die außerhalb dieser Welt liegt. Die amerikanische Behörde, die die Anschläge vom 11. September untersucht hat, hat festgestellt, dass es in der Tat Überlegungen der 11.-September-Terroristen gab, in den USA ein Atomkraftwerk anzugreifen. Diese Überlegungen gab es.

Deshalb ist die Frage, wie wir Atomkraftwerke sicher machen können vor terroristischen Anschlägen, sicher eine hoch relevante Frage. Ich muss sagen: An dieser Stelle bin ich sogar unzufrieden mit den Antworten, die aus Berlin kommen. Ich bin aber auch völlig unzufrieden mit den Antworten, die aus Hessen kommen. Ich glaube nicht,

dass man an dieser Stelle mit einer Vernebelungstaktik weiterkommt. Auch keine Lösung ist, dort Windspargel hinzustellen, wie Herr Hahn das vorgeschlagen hat. Damit wird er als einer, der sich für Windenergie ausspricht, von der CDU als größter Umweltschädiger der Bundesrepublik bezeichnet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Witz!)

Die Frage muss ernsthaft erörtert werden: Wie sichern wir die Nutzung der Atomenergie vor Terroranschlägen, und wie machen wir das so, dass es auch vertretbar ist? Wir haben gesagt, es sei alles nur für eine Übergangszeit vertretbar. Deswegen halten wir den Ausstieg aus der Atomenergie für richtig und glauben, dass wir den richtigen Weg gehen, wenn wir Biblis in überschaubarer Zeit abstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU will in der Tat – das Stichwort Dinosaurier ist gefallen – auf einen energiepolitischen Dinosaurier setzen. Wir wollen energiepolitische Innovationen. Wir wollen die Ausbeutung unserer Energievorräte beenden. Denn jeder weiß – die Kostenfrage ist angesprochen worden –, dass unter Zugrundelegung einigermaßen vertretbarer und akzeptabler Kosten und hinsichtlich der Frage, was technisch möglich sein wird, die Energievorräte auf der ganzen Erde wahrscheinlich bis etwa Mitte dieses Jahrhunderts – nicht des nächsten Jahrhunderts – auslaufen werden. Deswegen brauchen wir Alternativen. Diese müssen wir jetzt entwickeln. Wir müssen auf Solarenergie setzen. Wir werden möglichst viele andere regenerative Energien entwickeln und einsetzen müssen, wie Erdwärme, also Geothermie, wie Windkraft, wie Biomasse. Das ist die Zukunft, und nicht die Weiterentwicklung der Atomenergie. Würde die CDU diesen Prozess der Weiterentwicklung von erneuerbaren Energien stoppen, der durch den Atomausstieg eingeleitet wurde, würde man in der Tat die Zukunft verschlafen und würde sich Exportchancen vergeben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Hammann hat darauf hingewiesen, dass unsere Kraftwerkslandschaft eigentlich ein Exportmodell sein sollte. Wenn Sie aber die alten Atomkraftwerke laufen lassen – das ist zu Recht dargestellt worden –, wird das faktisch dazu führen, dass das, was an Erneuerung und an Ersatzleistungen notwendig ist, um neue Kraftwerke auf den Weg zu bringen, nicht erbracht wird. Ich gehe davon aus, dass vor allem Kraft-Wärme-Kopplung dabei eine wichtige Rolle spielen würde. Gerade in den letzten Tagen haben wir auch über die virtuellen Kraftwerke gesprochen, wo kleine Kraftwerke zu einer Einheit zusammengeschlossen werden. Herr Lenhart hat eben das Problem der Windkraft angesprochen, zu welchen Zeiten Windkraft anfällt. Damit könnte man es wunderschön kombinieren.

Solche Entwicklungen setzen Ingenieurleistungen und Grips voraus, das entsprechend zu handeln. Das ist der richtige Einstieg, um die Probleme, in die wir Mitte dieses Jahrhunderts sehenden Auges hineinlaufen, zu handeln. Die Bundesrepublik könnte dort eine Vorreiterrolle spielen und Antworten geben. Das sind Exportchancen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Sie würden diesen Prozess beenden. Deswegen sage ich Ihnen: Wir haben in diesem Bereich mittlerweile fast 100.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das wird die Ausein-

andersetzung auch bei der Bundestagswahl sein. Sie werden sich nämlich als Jobkiller für Firmen betätigen wollen, die im Solarenergiebereich bzw. in der Windenergie tätig sind – ich habe einige auch in meinem Wahlkreis –, und für Firmen, die auf Energiesparen durch eine Verbesserung der Energieeffizienz setzen. Das ist die zentrale Auseinandersetzung. Wir werden wissen, wer in dieser Gesellschaft Jobs killen will.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir einmal zurück, was in Ihrer Regierungszeit auf Bundesebene zwischen 1983 und 1999 passiert ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wollt ihr Neuwahlen, oder wir?)

Wer hat denn den schnellen Brüter eingestellt? Wer hat den Hochtemperaturreaktor eingestellt? Warum wurde die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf eingestellt?

(Zurufe der Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Frank Gotthardt (CDU))

Warum wurde in der Zeit von Herrn Kohl nicht ein einziges neues Atomkraftwerk auf den Weg gebracht? Faktisch hat es in Deutschland 20 Jahre, auch was die Frage Endlager betrifft, einen Stillstand in der Energiepolitik gegeben. Erst Rot-Grün hat diesen Stillstand durchbrochen. Die Regierung Schröder hat einen Konsens erzielt. Sie stellen immer in Abrede, ob man sich darauf zubewegen soll. Ich habe einen Brief vom 15. Juni 2000 von Klaus Distler, der damals Kraftwerksleiter in Biblis war. In der zentralen Passage schreibt er: „Wir hoffen, dass diese Vereinbarung von allen mitgetragen wird und damit eine Befriedigung für den Betrieb der Kernkraftwerke und aller damit verbundenen Aktivitäten für die Restlaufdauer erreicht wird.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein schönes Zitat,

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

denn es zeigt, dass auch die Unternehmen der Atomenergie wissen, dass für den Fall, wenn der Konsens gebrochen wird, was Sie vorhaben, ein neuer gesellschaftlicher Streit ausbrechen wird und es wiederum harte Auseinandersetzungen geben wird, die längst überwunden waren, indem man zu einem Konsens gefunden hat. Ja, der Kraftwerkspakt wird erneuert. Aber wir müssen auch in die Entwicklung neuer regenerativer Energien einsteigen. Erst unter der Regierung Schröder, Trittin und Fischer wurde dies eingeleitet. Erst diese Regierung hat doch mit dem Einsatz erneuerbarer Energien Ernst gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein ganz zentrales Gesetz war das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das EEG. Die Landesregierung hat im Bundesrat auch bei der Änderung dagegen gestimmt. Das ist Fakt. Gleichzeitig hat sie großes Lob insbesondere von den Landwirtschaftsvertretern im Umweltausschuss gehört, das mit der Biomasse sei Klasse. Die können doch überhaupt nur überleben – das sagen alle –, weil es das EEG gibt. Die Landesregierung hat dagegen gestimmt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Unter den Stichworten Exportmodell und Vorbildfunktion ist das EEG ein Gesetz, dessen Regelungen in die Überlegungen anderer Länder einfließt, weil man sieht, dass das ein erfolgreiches Gesetz ist und dass es sinnvoll

ist. Wir wollen – das ist doch auch klar – an dem ambitionierten Ziel festhalten, bis 2050, Mitte dieses Jahrhunderts, wenn die Erdöl- und Erdgasvorräte weitgehend erschöpft sein werden, Energien zu haben, die technisch und wirtschaftlich zuverlässig und vor allem umweltverträglich sind. Meine Damen und Herren, wer diesen Pfad, der von Rot-Grün eingeleitet worden ist, abbricht, versündigt sich an der Zukunft.

Bei der Atomkraft stellt sich doch auch die Frage nach dem Stromsektor. Sagen Sie mir doch einmal: Wie wollen Sie die Hauptumweltbelastungen im Verkehr damit regeln? Da brauchen wir doch andere Lösungen. Wie wollen Sie den Wärmebedarf, den es in der Industrie und in den privaten Haushalten gibt, auf Strombasis decken? Mit der Atomtechnologie? Darauf haben Sie keine Antwort.

(Frank Gotthardt (CDU): Am besten geht es mit Windkraft!)

– Dann stellt sich auch die Frage nach der Windkraft. – Sie müssen wissen, dass ein Drittel der Weltbevölkerung überhaupt keinen Zugang zu Stromnetzen hat. Es wäre ungeheuer teuer und völlig unrentabel, diese Netze aufzubauen.

(Frank Gotthardt (CDU): Dann gehen Sie doch in die Länder! Aber lassen Sie uns in Ruhe!)

Deswegen ist der Einsatz in Deutschland für die dezentrale Energieversorgung ein ganz, ganz wichtiger Punkt, der zu einer großen Exportchance werden wird, weil ein Drittel der Menschheit gar nicht anders als über dezentrale und regenerative Energien versorgt werden kann. Leute, die sich so verhalten wie die CDU und solche Zwischenrufe machen, verschlafen in der Tat die Zukunft der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Herr Schmitt, man hört das seit 20 Jahren, und es tut sich nichts!)

Die hessische CDU verschwendet viele, viele Worte zu erneuerbaren Energien. Umso sparsamer ist sie mit den Taten. Vorletzte Woche haben wir im Umweltausschuss über das Vorhaben im Süd'hessischen Ried, eine Geothermie-Anlage, gesprochen. Da ist gefragt worden, ob das Land bereit sei, eine Anschubfinanzierung zu geben. Denn ein Vertreter aus dem Wirtschaftsministerium hat gesagt, dass die laufenden Betriebskosten wahrscheinlich über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gedeckt werden können. Die Landesregierung ist aber nicht bereit, eine Anschubfinanzierung zu leisten. Sie sagen immer, erneuerbare Energien seien so wichtig, z. B. Erdwärme. Hier können Sie beweisen, ob Sie Ihren Worten Taten folgen lassen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Bisher wurden die Mittel der Landesregierung für Energieeinsparmaßnahmen jedes Jahr gekürzt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen zum Ende kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich komme zum Schluss.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er ist am Ende!)

– Noch lange nicht so wie Sie, Herr Hahn.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Endlich reagiert er einmal!)

Wer Sie heute Morgen gehört hat, weiß: Bei Ihnen ist wirklich alles verloren.

Die Bundestagswahl wird also darüber entscheiden, ob die gefährliche Atomenergie weiterbetrieben wird oder nicht. Ein Weiterbetrieb von Biblis Block A über 2008 und von Biblis Block B über 2010/2011 hinaus wäre aus unserer Sicht nicht verantwortbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werden wir den Menschen sagen: Nicht nur sozialpolitisch steht viel auf dem Spiel, sondern die CDU will sich energiepolitisch auf ein sehr gefährliches Spiel mit alten, ausgelaugten Atomkraftwerken einlassen. Das werden wir nicht zulassen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Heinrich Heidel für die FDP-Fraktion.

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch nach den Ausführungen, die bisher von den GRÜNEN hier getätigten worden sind, muss ich sagen: Hätten die GRÜNEN ihren Antrag ernst genommen, wollten sie tatsächlich einen Beitrag zu einer verantwortlichen Energiepolitik leisten, dann hätten sie diesen Antrag am besten gar nicht gestellt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie wünschen, dass der Landtag die Ergebnisse des Atomkonsenses begrüßt. Das ist aus unserer Sicht aber wahrlich nicht begrüßenswert. Der Ausstiegsbeschluss ist und bleibt ein Irrweg, und er bedarf einer Korrektur.

Ich mache das an einem Beispiel deutlich. Durch die Abschaltung des Kernkraftwerkes Obrigheim wurde nach unserer Auffassung durch staatliche Willkür ein technisch sowie betriebswirtschaftlich einwandfreies Kraftwerk zur Stromerzeugung vom Netz genommen. Wenn man bösartig wäre, könnte man das auch als staatliche Kapitalvernichtung bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Dr. Jürgens, dieser Vorgang ist einmalig, und er steht für die ideologische Verblendung von Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP)

Dies lässt sich nicht nur bei der Energiepolitik deutlich machen.

Die GRÜNEN wollen, egal zu welchem Preis, eine Front gegen die Atomenergie aufmachen. Sie sind darüber hinaus in diesem Zusammenhang bereit, jeden Preis zu bezahlen, sei dieser Preis auch noch so hoch subventioniert. Sie sind bereit, jeden Preis für eine Energieform zu zahlen, in der auch nur im Ansatz das Wort „alternativ“ erscheint. Da sind Sie immer bereit, mitzumachen.

(Beifall bei der FDP – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Unfug! So ein Quatsch!)

Was ist das Ergebnis Ihrer Energiepolitik, der Energiepolitik der Bundesregierung? Die Energiepolitik dieser Bundesregierung ist zu einer der größten Belastungen von Unternehmen und Verbrauchern in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon heute Morgen darüber debattiert, dass dies alles auch noch vor dem Hintergrund vieler anderer existierender, von der Bundesregierung hausgemachter Standortnachteile geschieht. Ich nenne nur Steuer- und Abgabenbelastung, Bürokratiekosten sowie Überregulierung des Arbeitsmarkts. All dies kommt hier zusammen mit einem Strom- und Energiepreis, der zu 40 % politisch verursacht wird.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört! – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt auch nicht, Herr Heidel!)

Das würde auch so weitergehen, Frau Kollegin Hammann, da bin ich sicher, wenn nicht eine Bundestagswahl vor der Tür stünde. Ökosteuer, Kraft-Wärme-Kopplung, EEG, all das sind Belastungen, die auf die Unternehmer und Verbraucher zukommen. Dies alles, meine Damen und Herren, schlägt sich letztendlich in hohen Strom- und Energiekosten nieder.

(Norbert Schmitt (SPD): Nehmen Sie die Ökosteuer zurück, wenn Sie an die Regierung kommen?)

Es verunsichert doch auch die Menschen, die sich darüber Gedanken machen, wie man tatsächlich mit dem Schutz der Umwelt umgehen kann.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Heidel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmitt?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist bestimmt eine Lernfrage!)

Norbert Schmitt (SPD):

Nein, ich glaube, das interessiert die Öffentlichkeit. – Kollege Heidel, Sie haben die Ökosteuer angesprochen. Sie bereiten sich ja innerlich auf die Übernahme der Regierung auf Bundesebene vor. Wird denn dann die Ökosteuer zurückgenommen werden?

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Kollege Schmitt, wenn wir uns schon insoweit einig sind, dass auch Sie zugeben, dass die Ökosteuer zu einer großen Belastung für diese Volkswirtschaft geworden ist,

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komisch, keiner will sie abschaffen!)

dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter. Dann werden wir, denke ich, dies nach einer Bundestagswahl diskutieren.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, wenn wir dies heute diskutieren, vor welchem Hintergrund wir diskutieren, nämlich dass die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks älter als 25 Jahre ist und dass wir, wenn wir von einer durchschnittlichen Lebensdauer von 40 Jahren ausgehen, auch sehen müssen, welcher Ersatzinvestitionsbedarf hier in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zu kommt. Dann müssen Sie doch auch eingestehen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dass Sie es wirklich nicht geschafft haben, ein stimmiges energiepolitisches Programm für Deutschland aufzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Sie geben weder eine vernünftige Antwort darauf, wie man mit den steigenden Preisen bei den fossilen Energieträgern umgehen will, noch geben Sie eine Antwort darauf, wie Sie die Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland erreichen wollen, die für eine Versorgungssicherheit notwendig sind, wenn Sie, sage ich einmal, auf fast ein Drittel der Stromerzeugung durch den Ausstieg aus der Atomenergie verzichten wollen. Dann müssen Sie doch auch bei all Ihrem Wohlwollen für diesen Ausstieg anerkennen, dass die Subventionierung der unstuften Energieträger – ich nenne nur einmal die beiden herausragenden Beispiele Sonne und Wind, Windenergie – nicht dazu führen wird, hier eine dauerhafte und kontinuierliche Versorgungssicherheit herzustellen.

Was bleibt denn dann als Alternative, wenn Sie Kernenergie als den bisher einzigen emissionsfreien Energieträger nicht wollen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Windkraft! – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt auch nicht, Herr Heidel!)

Es bleibt dann nur noch, dass Sie rückwärts gewandt wieder in fossile Energien investieren, in Kohle, in Öl, in Gas. Das ist doch Ihre einzige Chance, die Versorgungssicherheit herzustellen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Raps können wir noch nehmen!)

– Herr Kollege Hahn, Raps können wir dann auch noch mit einbauen. Das wäre ja noch umweltfreundlich.

Ich will dies aber noch einmal vor einem anderen Hintergrund beleuchten. Die auch von der FDP absolut mitgetragenen nationalen Klimaschutzziele laufen eher kontraproduktiv gegenüber dem, was Sie verkünden, nämlich dem Ausstieg aus der Kernenergie. Das ist nun einmal der verkehrte Weg. Sie haben bis heute noch nicht deutlich gemacht, wie Sie es denn auch in Zukunft damit halten wollen, diese Klimaschutzziele zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will noch einmal auf das Thema Wirtschaftlichkeit eingehen. Sie haben jetzt im Atomkonsens beim Ausstieg eine Betriebszeit von 32 Jahren festgelegt. Danach brauchen wir Alternativen. Aber wenn ich diese Alternativen derzeit nicht habe und nicht sehe, lassen Sie mich doch ganz einfach einmal rechnen. Würden wir diese Kraftwerke 40 Jahre betreiben, ließen sich bis zum Jahr 2020 zusätzlich über 500 Millionen t CO₂ vermeiden. 500 Millionen t CO₂ sind vermeidbar, wenn die Kraftwerke acht Jahre länger laufen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Es würde im gleichen Zeitraum auch zu einer Entlastung des Verbrauchers in Milliardenhöhe führen. Deshalb sage ich für die FDP: Die weitere Nutzung der Kernenergie kann nicht losgelöst von den Fragen der Entsorgung, der Reaktorsicherheit,

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

der Klimaproblematik und der langfristigen Versorgungssicherheit gesehen werden. Daher bleibt es nach unserer Auffassung derzeit nötig, die Option zur künftigen Nutzung der Kernenergie offen zu halten und insbesondere auch, was bisher vernachlässigt wurde, Forschung und Entwicklung, vor allen Dingen in den sicherheitsrelevanten Bereichen, weiterzuführen.

Generell sage ich ganz deutlich, dass Laufzeiten von Kraftwerken nicht politisch-ideologisch zu entscheiden sind, sondern grundsätzlich nach den Erfordernissen der Sicherheitstechnik,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen Sie sie gleich abschalten!)

des Klimaschutzes und der Betriebswirtschaftlichkeit, genau in dieser Reihenfolge, Frau Kollegin Hammann: Sicherheitstechnik, Klimaschutz, Betriebswirtschaftlichkeit. Das sind die drei Punkte.

Wenn ich dann Ihren Ausführungen folgen darf, frage ich: Wer war es denn, der die weitere Herstellung des Endlagers, die weitere Planung und den Bau, eingestellt hat? Das war die rot-grüne Bundesregierung. Das war Herr Trittin.

(Beifall bei der FDP)

Anders wird er ja neuerdings als Feinstaub-Jürgen zitiert. Der war es, der es eingestellt hat. Wer war es denn, der ein Zwischenlager für Brennelemente am Kernkraftwerk Biblis eingerichtet hat? Das war Herr Trittin. Man könnte ihn in dem Sinne auch als Dosenkönig bezeichnen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

Meine Damen und Herren, ich habe weder von Herrn Schmitt noch von Ihnen, Frau Hammann, in Ihrem Redebitrag gehört, wie Sie denn damit umgehen wollen, wenn einmal das Kraftwerk abgeschaltet ist und ausläuft.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die wollen neuerdings selbst wissen, warum!)

Bei den Beratungen, die wir in den vergangenen Jahren im Umweltausschuss zum Thema Biblis geführt haben, ist doch eines deutlich geworden – das will ich noch einmal für die FDP ganz klar von diesem Pult aus sagen –: Es wird mit uns keinen Sicherheitsrabatt in Biblis geben.

(Beifall bei der FDP – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind doch nur leere Worte!)

Den hat es mit uns nicht gegeben, und den wird es mit uns nicht geben. Darauf können Sie sich verlassen.

Herr Kollege Schmitt, da bin ich bei Ihnen: Wir werden uns überlegen müssen, inwieweit Kombimodelle der Bioenergie und regenerativer Energien gekoppelt werden können, um eine größere Schlagkraft, eine größere Sicherheit für die Zukunft herzustellen. Das alles braucht Zeit und ist nicht von oben herab zu verordnen. Ich

glaube, die Zeit der „Spargel“ in der Landschaft zur Nutzung der Windenergie ist vorbei. Die Bevölkerung wehrt sich zunehmend dagegen. Auch das werden Sie nicht durch Reden ändern können: Die Sicherheit ist damit nicht zu gewährleisten.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Wir sollten bei dieser Diskussion die Kirche im Dorf lassen und darüber hinaus bedenken, dass die GRÜNEN das heute hier schon ein bisschen als Wahlkampfaufgabe eingebracht haben. Wir werden uns in den kommenden Wochen und Monaten darauf einzustellen haben, diese Anträge in ähnlicher oder anderer Form hier im Plenum zu diskutieren. Wir als FDP sind darauf vorbereitet. Wir wollen einen voraussichtigen Energiemix. Da sage ich auch ganz deutlich: Zu diesem Energiemix zählt auch die Kernenergie. Über den Entschließungsantrag der GRÜNEN könnten wir meines Erachtens zur Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeit auch in diesem Parlament heute gleich abstimmen. Wir als FDP sind jedenfalls heute gewillt, diesen Antrag der GRÜNEN abzulehnen. – Danke.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Ihr seid immer bereit!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Umweltminister, Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns über Energiepolitik unterhalten, vor allem über Energiepolitik in Hessen, denke ich einmal, dass wir in den letzten Jahren gezeigt haben, dass wir vom Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausgehen. Wenn man von diesem Leitbild ausgeht, müssen wir natürlich auch drei Ziele anstreben: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

Wenn wir diese Ziele anstreben, muss für die Kernkraft auf höchstem Sicherheitsniveau Platz sein. Vor dem Hintergrund, dass etwa ein Drittel der Stromversorgung in Deutschland aus Kernkraftwerken kommt und in Hessen über 60 % der Versorgung aus Kernkraftwerken stammt, ist dies ein wichtiger Anteil an der Grundlast unserer Versorgung.

Die Bundesregierung hat ehrgeizige Pläne. Bis zum Jahre 2015 sollen 20 % der Energie aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. So weit, so gut. Diesen Ansatz könnten wir durchaus mittragen. Die andere Frage, die sich stellt, lautet: Woher soll die Energie kommen? Es sollen allein 36.000 MW Windleistung installiert werden. Meine Damen und Herren, ich bin durchaus kein Windkraftgegner, aber es muss nicht auf jedem Berg ein Windrad stehen.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir werden mit den Menschen in unserem Lande die Diskussion darüber führen, welches Ausmaß diese als alternativ angepriesene Energie haben kann. Heinrich Heidel sagte vorhin, die Windkraftanlagen seien unsterblich. Richtig ist, dass eine Windkraftanlage 40 bis 50 Stunden pro Jahr Volllast läuft. Eine Volllastnutzung dieser 36.000 MW entspricht 2.200 MW. Das muss man einmal ins Verhältnis setzen. Durch das Ausstiegsgesetz werden 20.000 MW im Kernkraftbereich vernichtet. Wenn man diese Zahlen miteinander vergleicht, kann man nicht einfach sagen: Wir

bauen noch ein paar Windmühlen, und dann können wir die Kernkraft abstellen.

Meine Damen und Herren, so einfach ist die Welt nicht. Wenn man dies insgesamt sieht, kann man das eigentlich nur als eine irrationale Energiepolitik der Bundesregierung bezeichnen, denn es ist kein abgestimmtes Maßnahmenpaket, sondern ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, in dem durchaus gegensätzliche Effekte erzielt werden. Ich will einige davon anmerken: Sehr anspruchsvoll sind auf der einen Seite die CO₂-Minderungsziele, auf der anderen Seite gibt es aber weiterhin die Steinkohlesubvention. Gezielte Energieverteuerung durch Öko-steuer, dann aber klagen Sie über zu hohe Strompreise. Fördergelder für erneuerbare Energien, aber Sie erheben Ökosteuer auf Ökostrom. Ehrgeizige Visionen zum kompletten Umbau der deutschen Energieversorgung bis weit in das 21. Jahrhundert hinein, aber kein Konzept für die nächsten Jahre, wie Ökologie und Ökonomie in Einklang gebracht werden können.

Es stellen sich zwei zentrale Fragen. Die erste Frage lautet: Kann sich ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, in dem offiziell fünf Millionen Menschen arbeitslos sind, eine Energiepolitik leisten, die unnötig Kosten produziert und die mehr Arbeitsplätze vernichtet, als sie durch Subventionen neu schafft? Die zweite Frage lautet: Kann sich ein Land, das sich zu einem verstärkten Abbau von CO₂-Emissionen verpflichtet hat, eine Energie leisten, die im Ergebnis nicht zu einem CO₂-Abbau beiträgt, sondern die Emissionen noch erhöht?

Herr Kollege Lenhart hat vorhin ein Beispiel genannt. Sie haben das Abschalten von Obrigheim gefeiert. Auch wenn es Herr Schmitt nicht glaubt, ich habe in der Zeitung gelesen, EnBW überlege sich, Kraftwerke, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren gebaut und die vor fünf bis sieben Jahren stillgelegt worden sind, heute wieder ans Netz zu nehmen, nämlich jene, die in Marbach mit Heizöl und in Walheim mit Kohle betrieben wurden. Das passt nicht zusammen. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist mit der CDU – meine Meinung ist sicherlich nicht ganz neu – aus politischen Gründen nicht zu haben.

Deswegen der dritte Punkt als Ziel einer nachhaltigen Energiepolitik, nämlich die Umweltverträglichkeit und die Sicherheit der Kernkraftwerke. Wir haben uns in den letzten Jahren oft gerade auch über das Thema Biblis unterhalten. Im Jahr 1999 hatte Karlheinz Weimar 49 Auflagen erlassen, von denen in den darauf folgenden acht Jahren nur acht umgesetzt wurden. Wenn ich es richtig sehe, haben wir in den letzten Jahren 57 sicherheitserhöhende Maßnahmen in Biblis umgesetzt. Ich merke an, dass davon 32 Genehmigungen aus dem Jahre 1991 stammen, plus zusätzliche Genehmigungen. In Bezug auf mögliche Flugzeugangriffe haben sich Bund und Land darauf verständigt, sicherheitserhöhende Maßnahmen durchzuführen. Weiter ist anzumerken, dass sich die Größenordnung auf mehrere 100 Millionen € beläuft. Allein in Biblis A wurden 260 Millionen € in sicherheitserhöhende Maßnahmen investiert.

Wir stehen immer noch zu dem Grundsatz, mit dem wir 1991 angetreten sind: Wir stehen zur Kernkraft, aber wir werden bei der Sicherheit keinen Rabatt geben. Wenn wir uns über die Verlängerung von Laufzeiten von Kernkraftwerken unterhalten, wird sich an unserem Ansatz, keinen Rabatt zu geben, nichts ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, vor allem möchte ich noch eines anfügen: Mit Sicherheit wird es bei den Laufzeitverlängerungen keinen Nulltarif und keinen Freifahrtschein geben. Wenn Kernkraftwerke länger betrieben werden, müssen in Zukunft sicherheitserhöhende Maßnahmen nachgerüstet werden. Wir haben hier in Hessen schon einmal gezeigt, dass wir konsequent an diesem Thema arbeiten. Ich bin ausdrücklich anderer Meinung als der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Paziorek, der hier einen Freifahrtschein ausgeben will. Meine Damen und Herren, mit mir wird das nicht gehen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Der letzte Punkt, den ich hier anmerken möchte, betrifft die Frage der Endlagerung. Ich bin der Meinung, dass diese Frage von unserer Generation gelöst werden muss, denn wir nutzen die Kernenergie. Wir sollen meiner Überzeugung nach die radioaktiven Abfälle nicht unseren Nachkommen – unseren Enkeln und unseren Urenkeln – überlassen. Die Politik, die die Bundesregierung in diesem Bereich macht, die Endlagerpunkte Konrad und Gorleben zugunsten eines einzigen Endlagers aufzugeben, ist falsch, weil sie diese Endlagerkonzeption in erheblichem Maße zerschiebt, vor allen Dingen aber auch weil ich im Moment kein stimmiges Konzept sehen kann; denn die Standortsuche wird verzögert. Das habe ich in diesem Hause mehrfach kritisiert.

Die Vorgehensweise ist in zeitlicher Hinsicht nicht zu akzeptieren. Wenn ich die Dinge betrachte, die die Bundesregierung im Augenblick vorhat, wird es sich bis auf die Zeit nach 2050 verzögern. Das ist meiner Meinung nach nicht zu verantworten. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass es bei einem zügigen Verfahrensablauf möglich ist, Gorleben bis 2020 und Konrad in fünf Jahren in Betrieb gehen zu lassen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht über die einzelnen Jahre streiten, aber möglich ist das. Die Verzögerung durch die Bundesregierung ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hessen und der größte Teil der Bundesländer vertreten in der Frage der Entsorgung eine andere Auffassung als die Bundesregierung. Die Frage der Endlagerung fällt in die Verantwortung der Generation, welche die Kernenergie nutzt.

Nächster Punkt. Das Konzept, zwei Endlager zu haben, ist vorteilhaft und sachgerecht. Das Endlager Konrad ist zügig in Betrieb zu nehmen. Gorleben ist weiter zu erkunden. Die Bereitstellung von Endlagern ist staatliche Aufgabe. Die Endlagerstandortregion muss gefördert werden. Deswegen ist die Politik, die wir hier in den letzten sechs Jahren betrieben haben, ein Energiemix aus Kernenergie, aus fossilen Energien und aus erneuerbaren Energien. Ich möchte Knüll hervorheben, wo wir die Bio-Regio Holz ausgerufen haben, an der die Bevölkerung wie auch die Kommunen bis zur Kreisebene in hervorragender Weise mitmachen. Das ist ein Erfolgserlebnis.

Ich nähre mich dem Schluss: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit – die Kernenergie hat hierbei ihren Stellenwert, aber nur auf höchstem Sicherheitsniveau. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Das Wort zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Dietzel, man kann die Mär von der Reaktivierung alter Kohlekraftwerke in Baden-Württemberg schnell ausräumen, wenn man eine Meldung der „dpa“, die vor einigen Tagen erschienen ist, liest. Darin steht, dass der Vorstand der EnBW AG die konkrete Vorplanung für zwei Kraftwerksneubauten eingeleitet hat und dafür Planungsmittel bereitstellt. Diese Kraftwerke sollen künftig auslaufende Kernkraftwerke ersetzen. Ob dies allerdings beendet wird, wenn Sie weiterhin auf Atomenergie setzen und wenn die alten Meiler in Deutschland am Netz gehalten werden sollen, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas darstellen. Wir haben in Deutschland Überkapazitäten im Strombereich. Wir sind in keiner Notsituation. Ich sage: Rot-Grün hat Ihre Versäumnisse von 18 Jahren Regierungsverantwortung übernehmen müssen. 18 Jahre lang wurde unter Ihrer Regierung die Kernkraft genutzt, und es wurden Abfallmengen produziert. Sie haben es nicht geschafft, ein sicheres Endlager auf den Weg zu bringen.

Sie sind in der Verpflichtung, uns zu sagen, wohin der abgebrannte Atommüll kommen soll, denn die jetzigen Zwischenlagerkapazitäten, die erst unter Rot-Grün geschaffen worden sind, sind nur auf eine Stromproduktion von 32 Jahren ausgelegt. Sie geben uns keine Antworten auf die Fragen, die wir Ihnen stellen. Sie betreiben in meinen Augen eine verantwortungslose Atompolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hammann, mir ist völlig klar, dass es eine Entscheidung der EnBW ist, ob die alten Kraftwerke wieder ans Netz gehen sollen. Es ist aber eine Option, Obrigheim durch diese alten Anlagen zu ersetzen. Es macht keinen Sinn, einerseits die Stilllegung von Obrigheim zu feiern und andererseits Kraftwerke aus den Sechziger- und Siebzigerjahren wieder ans Netz gehen zu lassen, vor allem, wenn wir CO₂ einsparen wollen.

(Beifall bei der CDU– Zuruf von der SPD: Dann muss man damit nicht drohen!)

Sie haben natürlich Recht, dass wir in Deutschland im Bereich der elektrischen Energie keine Notsituation haben. Ich sage Ihnen aber eindeutig: Wenn dieses Atomausstiegsgesetz durch ist, werden wir 20.000 MW nicht mehr zur Verfügung haben, die meiner Meinung nach durch erneuerbare Energien nicht vollständig zu ersetzen sind. Was werden wir dann tun? Wir werden Kernkraftwerks-

strom aus Frankreich importieren, und dann werden uns die Franzosen irgendwann einmal den Preis diktieren.

Es wird preisgünstige Energie – z. B. aus Russland, aus Reaktoren des Tschernobyl-Typs – zu 1 Cent pro Kilowattstunde angeboten. Dann werden aus Stromproduzenten, die sie jetzt noch sind, Stromhändler. Auf diese Weise wird die Sicherheit der Bevölkerung aber nicht verbessert.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich will noch eines sagen: Wir haben an den Endlagern zu gegebenermaßen sehr lange gearbeitet. Die Bundesregierung hat die Arbeit an den beiden Endlagern aber eingestellt. Das war meiner Meinung nach unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist beendet.

Vom Kollegen Kaufmann ist mitgeteilt worden, dass beide Anträge an den Ausschuss überwiesen werden sollen. Der Antrag Drucks. 16/4076 und der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/4116, sollen an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Ergänzung der Verfassung des Landes Hessen (Präambel) – Drucks. 16/4048 –

b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Ehe und Familie) – Drucks. 16/4049 –

c) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Freiheitsstrafe) – Drucks. 16/4050 –

d) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) – Drucks. 16/4051 –

e) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Einheitliches Arbeitsrecht, Tarifwesen, Schlichtungswesen, Arbeitskampf) – Drucks. 16/4052 –

f) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sozialversicherung; Gesundheitswesen) – Drucks. 16/4053 –

g) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Wirtschaftsordnung) – Drucks. 16/4054 –

h) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Missbrauch wirtschaftlicher Macht; Sozialisierung) – Drucks. 16/4055 –

i) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sozialisierte Unternehmen) – Drucks. 16/4056 –

j) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Bodenreform) – Drucks. 16/4057 –

k) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Denkmal- und Landschaftsschutz) – Drucks. 16/4058 –

l) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Sport) – Drucks. 16/4059 –

m) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Staatsreform) – Drucks. 16/4060 –

n) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Wahl des Ministerpräsidenten; Ernennung der Minister; Ausschluss von Regierungämtern, Vertrauensbeschluss des Landtags) – Drucks. 16/4061 –

o) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Begnadigung, Straferlasse, Niederschlagung anhängiger Strafsachen) – Drucks. 16/4062 –

p) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Verfassungsänderung) – Drucks. 16/4063 –

q) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Volksbegehren, Volksentscheid) – Drucks. 16/4064 –

Das Wort zur Begründung der Gesetzentwürfe hat der Kollege Posch für die Fraktion der FDP.

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute in Gesetzesform die Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission vor. Wir verbinden die Einbringung dieser Gesetzentwürfe mit dem Appell, die Diskussion, die wir über einen Zeitraum von zwei Jahren in der Enquetekommission geführt haben, nicht zu beenden, sondern fortzusetzen. Das ist ein Appell an die anderen Fraktionen, das Ergebnis der Diskussion nicht im Sand verlaufen zu lassen, sondern die Diskussion fortzusetzen und am Schluss der hessischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zu den gefundenen Kompromissen ein Votum abzugeben. Ich glaube, die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns noch einmal Revue passieren, was sich in dieser Enquetekommission abgespielt hat. Diejenigen, die die Arbeit verfolgt haben, werden sich daran erinnern, dass im Sommer 2004 schon einmal die Entscheidung anstand, ob wir die Arbeit beenden. Wir sind damals in der Enquetekommission zu der Erkenntnis gekommen, dass wir die Frage beantworten müssen, ob wir eine Totalrevision der Verfassung brauchen oder ob wir uns auf einige Essentials beschränken können.

Herr Kollege Dr. Jung, ich wende mich insbesondere deshalb an die Union, weil es die CDU war, die im Sommer vergangenen Jahres ein Kompromisspapier in die Diskussion eingebracht hat. Dieses Kompromisspapier war die

Grundlage dafür, dass wir in dem folgenden halben Jahr sehr effiziente Gespräche mit Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN geführt haben. Ich sage Ihnen ganz offen, ich war damals eigentlich derjenige, der gesagt hat, es scheint so zu sein, als ob es keinen Konsens gäbe. Damals war es die Union, die sich in einer unglaublichen Weise bewegt hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann das beurteilen. In der Zeit der Koalition von 1987 bis 1991 haben wir versucht, als hessische Liberale eine Reform der Hessischen Verfassung in die Koalitionsvereinbarung hineinzuschreiben. Damals hat die Union Nein gesagt. Obwohl sie inzwischen die absolute Mehrheit hat, war sie diesmal bereit, zu sagen: Wir wollen die Verfassung ändern. – Die Union hat sich also in einer Weise bewegt, die schon unglaublich ist.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Das wird irgendwann relativiert, oder die Union relativiert das selber durch ihr Stimmverhalten. Das ist ja meistens das Ergebnis.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Die CDU-Fraktion hat sich in einer Weise bewegt, die unglaublich ist, beispielsweise bei der Frage der Erweiterung und Einführung plebisizitärer Elemente. Wir haben eine Senkung des Quorums für die Einleitung eines Volksbegehrens vereinbart. Wir haben die Einführung einer Volksinitiative diskutiert und beschlossen. Wir haben in den Vorschlag die Einführung eines Volksbegehrens zur Änderung der Verfassung eingefügt. Meine Damen und Herren, lieber Franz Josef Jung, angesichts der Position der Union in den Jahren von 1987 bis 2004 ist das, was sich in der Union abgespielt hat, geradezu revolutionär. Auf einmal wollen Sie davon nichts mehr wissen. Das ist ein für mich völlig unverständlicher Vorgang.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage an dieser Stelle: Es gibt eine Gestaltungsmehrheit im Hessischen Landtag, die Beschlüsse zu den Gesetzentwürfen dem hessischen Volk zur Abstimmung vorzulegen. Insofern verstehe ich dieses Verhalten nicht.

Meine Damen und Herren, ich habe am Montag in der Pressekonferenz etwas gesagt, was ich an dieser Stelle wiederholen möchte. Den hessischen Liberalen geht es nicht darum, jemanden vorzuführen oder zu sagen: Schaut einmal her, wir haben da etwas beschlossen, und nun machen wir die Nagelprobe. – Nein, Herr Jürgens, das ist nicht so, auch wenn Sie das behaupten. Sie sind noch nicht so lange hier im Hause und kennen die verfassungspolitische Diskussion nicht.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das wieder? – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Es steht mir schon zu, das so zu kommentieren, wie ich es mache, Herr Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahrlich nicht!)

– Das geht Sie gar nichts an. Wenn ich hier feststelle, dass jemand die verfassungspolitische Diskussion nicht ausreichend verfolgt hat, dann ist es das Recht des Abg. Posch im Hessischen Landtag, das zu sagen.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es aber auch das Recht eines Kollegen, Ihre Aussagen zu kritisieren!)

Die Liberalen haben die Hessische Verfassung, von der man wissen muss, dass sie von CDU, KPD und SPD gemeinsam beschlossen worden ist, damals nicht mitgetragen, weil wir wichtige Essentials, was die Freiheitsrechte anbelangt, in ihr nicht verwirklicht gesehen haben.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Kollege Posch, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dieter Posch (FDP):

Es waren die Liberalen, die in der Vergangenheit immer wieder Initiativen aufgegriffen und ergriffen haben, um eine Reform der Hessischen Verfassung zu ermöglichen. Ich habe darauf hingewiesen, dass es in den Siebzigerjahren eine Initiative der Liberalen gab, die auf eine solche Reform zielte. Deswegen leiten wir die Legitimation, dies heute noch einmal zu versuchen, daraus ab, dass die Liberalen im Hessischen Landtag immer konsequent eine Reform der Hessischen Verfassung gefordert haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist also keine Taktik, sondern schlicht und ergreifend eine konsequente Fortsetzung dessen, was die Liberalen bei der Verfassungsdiskussion hier immer gesagt haben. Meine Damen und Herren, das mögen Sie mir abnehmen oder nicht.

Lassen Sie mich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der auch im Einsetzungsbeschluss eine Rolle gespielt hat. Im Einsetzungsbeschluss und in der Enquetekommission hat die Frage eine Rolle gespielt, dass eine Verfassung ein Wertesystem impliziert und darstellt. Wir waren uns darüber einig, dass die Diskussion über die Hessische Verfassung gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, mit der Öffentlichkeit über die Grundwerte unserer Hessischen Verfassung zu diskutieren.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle ein Erlebnis schildern, das Ruth Wagner, Jörg-Uwe Hahn und ich vor einigen Tagen hatten. Ich habe von den Siebzigerjahren gesprochen. Damals war Heinz Herbert Karry einer der führenden Liberalen in Hessen. Wir haben vor wenigen Tagen den Heinz-Herbert-Karry-Preis an Joachim Gauck überreicht. In einer Diskussion hat Herr Gauck – Sie alle kennen ihn – vor dem Hintergrund seiner persönlichen politischen Entwicklung in Deutschland dargestellt, worin er im Moment die Probleme unserer Gesellschaft begründet sieht. Er sagte etwas, was für uns sehr nachdenkenswert ist. Er kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass die Gefährdung der Demokratie in Deutschland nicht von den Rändern ausgeht, sondern dass die Gefährdung unserer Demokratie, unserer Staatsform daher röhrt, dass die Gesellschaft in ihrer Mitte ohnmächtig ist und die wahren Gegner des demokratischen Systems diejenigen sind, die sich um dieses System nicht kümmern.

(Beifall bei der FDP)

Diejenigen, die sich um dieses System nicht kümmern, wollen wir über die Diskussion über die Grundwerte ansprechen. Ich sage an dieser Stelle sehr offen, Herr Dr. Jürgens: Sie haben in der Enquetekommission das Thema

Beteiligung der Öffentlichkeit immer wieder sehr offen und intensiv angesprochen. Auch wenn die Verfassung nur die formale Hülle, die äußere Form der verfassungsrechtlichen Darstellung unserer Grundwerte sind, so bietet die Diskussion über eine Verfassungsreform die Möglichkeit, die allenthalben angemahnte Wertediskussion zu führen.

Wir haben in unserer Fraktion lange darüber diskutiert, ob wir diese Gesetzentwürfe einbringen sollen oder nicht. Das zuletzt genannte Argument war für mich und für meine Freunde in der FDP-Fraktion das entscheidende, diese Wertediskussion vor dem Hintergrund einer Reform der Hessischen Verfassung zu führen.

Ich will ein Beispiel für die Notwendigkeit dieser Diskussion nennen. Im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl in Darmstadt hat eine Untersuchung unter 5.000 Wahlberechtigten stattgefunden. Es hat sich herausgestellt, dass 25 % der 18- bis 25-Jährigen überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Umgekehrt!)

Das ist ein Beleg dafür, dass eine Identifikation mit diesem Gesellschaftssystem nicht in ausreichender Weise stattfindet.

(Beifall bei der FDP)

Sie können natürlich sagen, die Diskussion könnten wir gleichwohl führen. Machen Sie sich keine Sorgen: Wir führen diese Diskussion. Es ist aber nicht ausreichend, diese Diskussion als Partei zu führen. Es ist auch nicht ausreichend, diese Diskussion als Fraktion zu führen, sondern wir müssen sie auf die Frage ausdehnen, ob die gelebte Verfassungswirklichkeit mit dem Verfassungstext übereinstimmt.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist es angemessen, die Reformansätze, die wir in der Enquetekommission erarbeitet haben, mit der Bevölkerung zu diskutieren und anschließend zur Abstimmung zu stellen.

Die Sozialdemokraten haben völlig zu Unrecht die Diskussion aufgemacht, es handle sich hier um ein Weniger an Demokratie. Sie haben das an der Behauptung festgemacht, wir wollten über eine Zweidrittelmehrheit im Hessischen Landtag eine Verfassungsänderung erreichen. Ich behaupte, dass wir den Reformstau, den wir heute beklagen, nicht hätten, wenn uns in der Vergangenheit eine solche Möglichkeit zur Verfügung gestanden hätte. Wenn wir dann noch die Möglichkeit eröffnen, Volksbegehren durchzuführen, damit das Volk selbst die Initiative zu einer Verfassungsänderung ergreifen kann, und die Quoren für die Einleitung von Volksbegehren senken, bedeutet das nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Deswegen meine ich, dass wir in einer breit angelegten Diskussion über diese Fragen sprechen sollten.

(Beifall bei der FDP)

Ich will an dieser Stelle nicht die gleiche Diskussion zum Thema Wirtschaftsverfassung führen wie in der letzten Plenarsitzung. Damals habe ich das ganz bewusst getan. Es ist bekannt, dass wir ganz bestimmte Vorstellungen hierzu haben, die sich im jetzigen Verfassungstext nicht wieder finden.

Ein Argument lautete – insofern wende ich mich an die Sozialdemokraten –, dass man eine Gefahr darin sieht, wenn die Debatte über eine Verfassungsreform parallel zum Bundestagswahlkampf stattfindet. Natürlich ist die

Diskussion dann belastet. Ich will das nicht bewerten. Ich nenne nur die Begriffe. Sie reichen von „Heuschrecken“ bis zu „Neoliberalismus“. Das ist eine sehr plakative Diskussion.

Ich kann mir vorstellen, dass man sagt, es mache keinen Sinn, die Debatte über eine Verfassungsreform vor dem Hintergrund eines solch plakativ geführten Bundestagswahlkampfs zu eröffnen. Diese Situation ist jetzt aller Voraussicht nach nicht mehr gegeben. Es besteht nicht mehr die Möglichkeit, die Verfassungsänderungen mit der Bundestagswahl am 18. September zu verbinden. Deswegen appelliere ich an Sie: Wir könnten das auch zu einem anderen Zeitpunkt, beispielsweise während der Kommunalwahlen, machen.

Zurück zu dem, worüber wir zu einem Konsens gefunden haben. Ich betone das Wort „Konsens“; denn die Sozialdemokraten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, und deswegen ist das, was verabschiedet worden ist, im Konsens verabschiedet worden. Aber es besteht die Möglichkeit, die Diskussion wieder aufzunehmen.

Wenn diese Vorschläge Regelungen zur Ausweitung der Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung durch die Bürgerinnen und Bürger enthalten, die Diskussion um die Staatsziele – Stichwort: Tierschutz – umfassen und auch eine Reform der Wirtschaftsverfassung einbeziehen, so handelt es sich um drei Punkte, bei denen es meines Erachtens besonders wichtig ist, dass noch einmal eine Diskussion geführt wird. Ich bin in dieser Frage nicht vom Saulus zum Paulus geworden, keine Angst. Ich habe lange daran gezweifelt, ob wir diese Diskussion weiterführen sollten. Aber nachdem wir zu diesem Ergebnis gekommen sind und sich die zeitlichen Rahmenbedingungen geändert haben, bin ich zu der Auffassung gelangt, dass wir noch einmal einen Versuch wagen sollten.

Herr Dr. Jung, es erstaunt mich sehr, dass Sie sagen, man möge von der einvernehmlichen Regelung nicht abweichen. Lieber Herr Dr. Jung, im Einsetzungsbeschluss steht nichts von einer einvernehmlichen Regelung. Dort steht, dass wir „möglichst einvernehmliche Vorschläge“ machen sollten. Aber das brauche ich nicht näher zu interpretieren und zu erklären; Sie wissen, dass das nicht zwangsläufig einvernehmlich erfolgen muss.

Noch einmal: Wir verlangen das nicht, sondern wir nehmen diese Gesetzentwürfe zum Anlass, um erneut darüber nachzudenken und an Sie zu appellieren, die Diskussion wieder aufzunehmen.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Kollege Posch, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dieter Posch (FDP):

Ich möchte einen letzten Aspekt ansprechen, der, formal und inhaltlich gesehen, auf den ersten Blick nicht in einem Zusammenhang damit zu stehen scheint. Wir haben vor kurzem erlebt, dass der Entwurf für eine europäische Verfassung in zwei großen europäischen Ländern – zwei Gründungsstaaten der Union – keine Mehrheit gefunden hat. Ich glaube, eine Ursache dafür liegt darin – das wäre in Deutschland nicht anders, wenn es eine Abstimmung durch das Volk gäbe –, dass über die Inhalte dieser Verfassung nicht ausreichend diskutiert worden ist. Eine Diskussion über die Verfassung eröffnet die Möglichkeit, dass sich die Menschen mit ihrer geschriebenen Verfassung

identifizieren. Das wollen die Liberalen in diesem Land erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Abg. Wintermeyer für die CDU-Fraktion das Wort.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Posch, Sie haben mit Ihren Anträgen erreicht, dass wir uns wegen der Hessischen Verfassung heute hier anschreien. Zumindest hat sich das am Anfang Ihrer Rede so dargestellt. Das finde ich nicht gut, und das ist der Hessischen Verfassung sicherlich auch nicht zuträglich. Ich will versuchen, etwas mehr Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen, und einen kurzen Exkurs in die Vergangenheit unternehmen.

Am 08.07.2003 haben wir die Enquetekommission „Reform der Hessischen Verfassung“ eingesetzt. Wichtig war und ist es, unsere Verfassung im Konsens – ich betone das Wort „Konsens“, es kommt in meiner Rede häufiger vor – mit allen politischen Parteien zu reformieren. Herr Posch, im Einsetzungsantrag heißt es:

Die Enquetekommission erhält den Auftrag, die Hessische Verfassung auf Veränderungs- und Ergänzungsbedarf zu überprüfen und möglichst einvernehmliche Vorschläge ... zu ihrer Änderung zu unterbreiten.

Die Enquetekommission wird beauftragt, geeignete Vorschläge ... dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beratung und Beschlussfassung – das haben wir getan. Nach der Konstituierung der Enquetekommission im Oktober 2003 haben insgesamt zwölf Sitzungen stattgefunden. Wie Sie erwähnt haben, gab es daneben diverse Obleutegespräche. Wir haben in dieser Kommission, wissenschaftlich auf hohem Niveau unterstützt, fast zwei Jahre lang intensiv gearbeitet. Wir haben öffentliche Anhörungen durchgeführt und die Öffentlichkeit auch durch diverse Podiumsdiskussionen, Pressekonferenzen und Pressemitteilungen unterrichtet. Wie Sie dem umfangreichen Bericht der Enquetekommission entnehmen können – es ist ihm sogar eine CD beigelegt, die die Protokolle aller zwölf Sitzungen enthält –, ist noch nie in der Geschichte Hessens so grundlegend und intensiv über den Ergänzungs- und Reformbedarf der Hessischen Verfassung gesprochen und gerungen worden wie in dieser Kommission.

(Beifall bei der CDU)

Alle Fraktionen haben sich kompromissbereit gezeigt. Wie es bei einem Kompromiss nicht anders zu erwarten ist, hat keine Fraktion ihre Vorstellungen zu 100 % durchsetzen können. Daher kommt es auch, dass sich die Union bewegt hat. Das ist eine Tatsache, die man nicht hoch genug einschätzen kann. Wir haben das getan, weil wir – alle vier im Hessischen Landtag vertretenen Parteien – von dem Gedanken beseelt waren, einen Kompromiss zu finden. Für mich ist es sehr bemerkenswert, dass schließlich die Mitglieder der CDU, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gezeigt haben, dass sie durchaus in der Lage sind, über die Partiegrenzen hinweg einen belastbaren Kompromiss zu finden.

Ich möchte die wichtigsten Neuerungen, die die Enquetekommission zur behutsamen Modernisierung der Hessischen Verfassung vorschlägt, hier noch einmal erwähnen, da sie in der Rede des Antragstellers leider nicht vorgekommen sind: die Aufwertung der Präambel, die Streichung der Todesstrafe, die Aufnahme des Tierschutzes, die Förderung am Gemeinwohl orientierter Initiativen unserer Bürger, die Stärkung der Stellung von Familien und Kindern, eine auf dem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft beruhende moderne Wirtschaftsordnung – über die wir heute Morgen schon einmal diskutiert haben –, eine Staatsorganisation, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert, die Erweiterung der direkten demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang eines Gesamtkompromisses. Zu all diesen Neuerungen sagt die CDU nach wie vor Ja.

Die Neuregelungen, die ich eben vorgetragen habe, hat die FDP in Form von Gesetzentwürfen eingebracht. Zu deren Inhalt – ich betone das Wort „Inhalt“ – sagt die CDU nach wie vor Ja. Aber sie sagt nur zu dem Inhalt Ja. Wir sagen Ja zu einer zeitgemäßen Modernisierung der Hessischen Verfassung dort, wo sie den Werten der Bevölkerungsmehrheit erkennbar nicht mehr entspricht und auf zentrale Fragen von Staat und Gesellschaft heute keine Antwort mehr gibt. Die Union ist der Überzeugung, dass der gefundene Kompromissvorschlag vor allem mit der Aktivierung der eigenverantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürger im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich für eine freiheitliche Landesverfassung im 21. Jahrhundert Maßstab setzend ist.

Ich denke, dass wir uns auch mit der von Ihnen angesprochenen Wertediskussion in diesem Haus intensiv auseinander gesetzt haben. Das hat die Diskussion, in der es um den Abschlussbericht der Enquetekommission ging, eindeutig gezeigt.

In unseren Augen hat die Enquetekommission hervorragende Arbeit geleistet. Im demokratischen Miteinander haben die Parteien bewiesen, dass sie bereit sind, einen Konsens zu finden. Deswegen glauben wir auch, dass wir in Zukunft einen Kompromiss finden können. Herr Posch, weil wir daran glauben, sagen wir Nein zu einem Alleingang.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach du lieber Gott! Sie haben doch die Mehrheit! Sie haben Angst vor den Bürgern!)

– Frau Wagner, Sie hätten besser daran getan, heute hier keine Gesetzentwürfe einzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Wagner, ehrlicher wäre es gewesen, wenn Sie den Antrag, der hier schon einmal eingebracht worden ist und den auch Sie unterschrieben haben, vor Anhörungen gestellt hätten. Das haben Sie nicht getan. Sie haben die Gesetzentwürfe in der Form eingebracht, wie sie von der Enquetekommission erarbeitet worden sind.

Jedem in diesem Haus ist klar – sicherlich auch Ihnen –, dass meine Fraktion, die CDU, bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Hessischen Landtag einen Alleingang hätte machen können. Wir hätten damit Erfolg haben können. Aber meine Fraktion hat das nicht einmal in Erwägung gezogen, und zwar aus Respekt vor dem politischen Gegner, aus Demut und aus Achtung vor unserer Verfassung sowie vor den Müttern und Vätern unserer Verfassung.

(Beifall bei der CDU – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach du lieber Gott!)

– Liebe Frau Wagner, das ist die tiefe Überzeugung der CDU: Die Verfassung eignet sich nicht als Thema bei einem Parteienstreit; denn die Verfassung ist die Basis unserer aller rechtlichen und gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit. Deswegen eignet sich die Verfassung nicht, wenn man politische Alleingänge unternehmen will.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie haben Angst vor dem Wähler!)

Das ist unsere – jedenfalls die der Union – tiefste demokratische Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich wende mich jetzt an die SPD-Fraktion: Darin liegt auch eine Verpflichtung der einzigen Fraktion dieses Hauses, die den Kompromiss in letzter Minute zum Scheitern gebracht hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Nicht in letzter Minute!)

Nach wie vor habe ich die Hoffnung, dass Sie – die SPD-Fraktion – sich nach erfolgter innerparteilicher Klärung noch bewegen werden. Weil dies Zeit braucht, sollten wir heute keine unüberlegten Schnellschüsse machen. Wir haben Zeit. Wenn es zu der – verfassungsrechtlich noch umstrittenen – Auflösung des Deutschen Bundestages kommen sollte, ist unser ursprünglich angedachtes Ziel der Verfassungsänderung zur Bundestagswahl 2006 sowieso hinfällig.

Herr Posch, zur Verbindung mit der Kommunalwahl fehlt eine geeignete Verordnung. Das wissen auch Sie. Außerdem wäre es unzumutbar, neben Ortsbeiräten, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und möglichen Bürgermeisterurwahlen auch noch über elf einzelne Gesetze abstimmen zu lassen.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 17! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Im Jahr 2006 wird es also nichts werden.

Der FDP-Vorstoß ist zwar parteipolitisch verständlich, kommt aber zur Unzeit, und er war – das bedauere ich auch ausdrücklich von dieser Stelle aus – offensichtlich mit keiner anderen Fraktion abgestimmt, obwohl der Konsens immer im Raum stand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Verbitterung, die jetzt die FDP über das durchsichtige Ausscheren der SPD aus dem Konsens über die Reform an den Tag legt, kann ich aus Kenntnis der langen Debatten, die wir in der Enquetekommission geführt haben, sehr wohl verstehen. Allein Teile der SPD haben es zu verantworten, dass der Konsens der Verfassungsreform in Frage gestellt wurde.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Die Gründe hierfür haben wir bereits ausführlich anlässlich der letzten Plenardebatte über den Abschlussbericht erörtert. Ich will dies nicht wiederholen. Sie sind jedem bekannt.

Weil dies so ist, erwarten wir von der SPD-Fraktion Bewegung. Wann dies aber sein wird, das können wir als

Christdemokraten nicht beeinflussen. Die SPD hat heute die Chance, von diesem Pult aus zu sagen, wann sie sich bewegen will. Sie sollte sich eindeutig äußern. Die Gelegenheit besteht heute hier dazu.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Ich sagte bereits: Aus Respekt vor dem politischen Gegner und aus Demut und Achtung gegenüber der Hessischen Verfassung sieht die CDU ihre Verpflichtung darin, weiterhin einen Konsens anzustreben. Daher werden wir heute diesen Gesetzentwürfen nicht zustimmen können.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es gilt das Mehrheitsprinzip! Wovor haben Sie Demut?)

Das jetzt veranstaltete Politspiel ist weder der Hessischen Verfassung gebührend, noch hilft es den Bemühungen einer Reform der Hessischen Verfassung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Schon der alte Reichskanzler Bismarck sagte: Keine Verfassung kann ohne Kompromiss existieren.

Daher, liebe Kollegen der FDP-Fraktion, zerstören Sie nicht den Kompromiss der Verfassungenenquetekommision

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist eine Unverschämtheit!)

mit Ihrem jetzigen Vorstoß. Machen Sie die Verfassungsreform nicht zu einem eindeutigen politischen Spiel. Wir, die CDU-Fraktion, wollen und werden die hessischen Sozialdemokraten nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Wir wollen das Signal eines parteiübergreifenden Kompromisses.

Liebe Kollegen der FDP, deshalb rate ich Ihnen und bitte Sie auch: Ziehen Sie Ihre Gesetzentwürfe zurück.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Frau Wagner, ich verspreche Ihnen: Wir setzen Ihre – richtigerweise muss ich sagen: unsere – Vorschläge wieder auf die Tagesordnung,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach nee! – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

zum richtigen Zeitpunkt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Und den bestimmen Sie mit absoluter Mehrheit?)

Ich appelliere an Sie: Zwingen Sie uns nicht, Gesetzentwürfe, die wir voll inhaltlich tragen, aus demokratischer Verantwortung heraus abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abg. Posch, FDP-Fraktion, das Wort.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dieter Posch (FDP):

Herr Kollege Wintermeyer, ich habe gedacht, Sie hätten zugehört. Denn dann hätten Sie angesichts der Motive, die ich genannt habe und die dazu geführt haben, dass wir diese Gesetzentwürfe eingebracht haben, diese Worte – nämlich dass wir ein politisches Spiel machen – nicht gebraucht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Als zweiten Punkt will ich feststellen: Für mich gilt in der Demokratie immer noch das Mehrheitsprinzip. Mit Interesse stelle ich fest, dass sich die mit absoluter Mehrheit regierende Union in die Abhängigkeit der Sozialdemokraten begibt,

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Ach du lieber Himmel!)

die nicht willens sind, beispielsweise bei der Wirtschaftsverfassung einen anderen Weg einzuschlagen.

Es gibt in diesem Hessischen Landtag nahezu eine Vier-fünftelmehrheit,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Zweidrittel!)

die bereit ist, in der Sache diese Vorschläge dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Ich bedauere außerordentlich, dass Sie – nicht ich – diese Schärfe in die Diskussion gebracht haben. Das war nicht nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben immer gesagt – und das ist auch jetzt noch möglich –, dass diese Gesetzentwürfe selbstverständlich einer öffentlichen Anhörung zugänglich gemacht werden können. Selbstverständlich können wir uns auch auf Voranhörungen verständigen, wie wir das ursprünglich im Antrag hatten. Das können wir noch realisieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Zur Erwiderung, Herr Abg. Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Posch, ich habe Ihrem Vortrag sehr genau zugehört. Herr Posch, Sie müssen doch eines verstehen – und dann sage ich, es ist ein politisches Spiel –: Sie wissen alle, dass wir im Hessischen Landtag miteinander gerungen und diskutiert haben. Wir haben mitbekommen, dass die SPD diesem Konsens, der zwischen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gefunden worden ist, so noch nicht – ich betone: noch nicht – zustimmen kann. Der Fraktionsvorsitzende Walter hat hier im Plenum angekündigt oder angedeutet – ich weiß natürlich nicht, wie das mit seiner Parteiführung abgestimmt ist –, dass dort noch Bewegungsmöglichkeiten bestehen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich meine, dann ist es doch gut, dass wir versuchen – wenn wir über die Verfassung reden –, diesen Konsens noch zu finden. Denn ich betone es nochmals: Die Verfassung eignet sich nicht dazu, dass wir ein parteipolitisches Spiel machen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das hat er doch vorgetragen!)

Wir sollten versuchen, diesen Konsens anzustreben. Wir sollten auch versuchen, die Sozialdemokraten im Hessischen Landtag nicht aus der Verantwortung zu entlassen, zu erklären, wie sie in Zukunft zu einer modernen Wirtschaftsordnung stehen. Eine Partei, die heute in der Opposition ist

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

und die wahrscheinlich auch noch viele Jahre lang in der Opposition sein wird, irgendwann aber vielleicht auch wieder einmal in Hessen Regierungsverantwortung mittragen muss, muss diese Frage beantworten.

Ich meine, da ist es richtig, dass wir diese Antwort der Sozialdemokraten erzwingen. Deswegen sagen wir hier zu diesen Anträgen, die Sie gestellt haben, Nein.

Wie gesagt, inhaltlich sind wir absolut nicht auseinander – nur im Verfahren, wie man miteinander umgeht. Wenn es um die Hessische Verfassung geht, können wir diese Vorschläge von Ihnen nicht mittragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Dr. Jürgens, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Posch, Sie haben mich angesprochen und gesagt, ich sei erst relativ kurz im Landtag – das räume ich ein –, und deswegen könnte ich keine Ahnung von der Verfassungsdiskussion haben.

Ich weise schon einmal darauf hin: Man muss nicht zwingend Mitglied des Hessischen Landtags sein, um sich mit Fragen der Hessischen Verfassung zu beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt durchaus Menschen, die dem Hessischen Landtag nicht angehören und die Diskussion um die Hessische Verfassung auch außerhalb des Landtags wahrnehmen. Das ist gut und richtig so. Sie können sicher sein, dass ich mich mit der Hessischen Verfassung intensiv beschäftigt habe. Aber das ist heute nicht das Thema.

In der vorigen Plenarwoche haben wir über den Bericht der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung diskutiert. Bei dieser wie auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten habe ich mit Blick auf diejenigen, die immer wieder sagen, der historische Gehalt der Hessischen Verfassung ist uns so wichtig, dass wir daran nichts ändern wollen, immer wieder gesagt: Die größte Missachtung einer Verfassung besteht darin, dass man sie ins Museum stellen will. – Deswegen haben wir uns für eine Aktualisierung eingesetzt.

Aber es gibt noch andere Möglichkeiten der Missachtung einer Verfassung. Eine besteht darin, sie zu parteipolitischen Profilierungen in Wahlkampfzeiten zu missbrauchen.

(Nicola Beer (FDP): Herr Kollege, das wird durch dauernde Wiederholung auch nicht wahr!)

Herr Posch, wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, dass es genau darum geht: Die Parteitagsrede, die Sie vorhin von diesem Pult aus gehalten haben, hat den Beleg dafür erbracht, dass es Ihnen um parteipolitische Profilierung geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Genau das ist der Sinn der 17 Gesetzentwürfe, die Sie uns vorgelegt haben. Aus gutem Grund haben wir in der Enquetekommission immer wieder dafür gestritten, dass die Diskussion um die Hessische Verfassung und ihre künftige Gestaltung möglichst weitgehend aus den Fragen der Tagespolitik herausgehalten wird, dass gerade keine partpolitischen Themen zum Gegenstand der Verfassungsänderung gemacht werden usw. Darüber haben wir uns intensiv unterhalten.

Aus gutem Grund haben wir deswegen beschlossen, eine größere Verfassungsänderung – Herr Wintermeyer hat es schon gesagt: in der Tat möglichst einvernehmlich – mit allen Kräften in diesem Land, nicht nur in diesem Parlament, sondern in diesem Lande, vorzunehmen.

Herr Posch, gerade weil die Verfassung nicht kurzatmig sein, sondern tragende Werte vermitteln soll, geht es darum, dass genau diese Werte von einer möglichst großen Mehrheit tatsächlich getragen werden: als das, was in diesem Hessenlande gelten soll.

Aus dieser Arbeit, die wir sehr intensiv geführt haben – einen Konsens über die Änderung der Hessischen Verfassung zu finden –, ist leider, darüber haben wir beim letzten Mal intensiv gesprochen, die SPD-Fraktion zunächst ausgeschert. Jetzt folgt ihr die FDP-Fraktion. Auch Sie scheinen aus der gemeinsamen Arbeit an der Hessischen Verfassung aus, aus dem Bestreben um einen Konsens, wenn Sie jetzt einen Alleingang starten.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wenn es Ihr Anliegen war, Änderungen an der Hessischen Verfassung möglichst zu verhindern, dann war es richtig, was Sie getan haben. Wenn es aber Ihr Anliegen ist, tatsächlich Änderungen an der Hessischen Verfassung durchzuführen, dann haben Sie ihm einen Bärenherd erwiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich doch einfach nur die Gesetzentwürfe anschauen, die Sie dem Hessischen Landtag vorgelegt haben. Die sind aus einer Reihe von Textbausteinen zusammengeschustert sowie aus dem, was Sie aus dem Bericht der Enquetekommission hineinkopiert haben. Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, zu den einzelnen Vorschlägen – von denen Sie behaupten, es seien diejenigen, die nachher dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden sollen, um ihm die Möglichkeit zu geben, über die Hessische Verfassung zu bestimmen – eine Begründung zu schreiben.

Schaut man sich die Begründungen in Ihren Gesetzentwürfen an, dann erschöpfen die sich darin, dass Sie den Arbeitsprozess der Enquetekommission darstellen.

Dann folgt ein Satz, z. B. in dem ersten Gesetzentwurf. Die Ergänzung der Präambel war einer dieser Vorschläge. Dem Volk als Begründung allein anzugeben, dass eine Kommission des Hessischen Landtags zu einem Ergebnis gekommen ist, und dem Volk zu sagen: „Du kannst stimmen oder ablehnen“, ihm aber keinerlei Begründung zu liefern, weshalb man eigentlich inhaltlich zu diesem Er-

gebnis gekommen ist, das ist nicht Respekt vor dem Souverän, sondern das ist eine Missachtung des Souveräns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir hatten uns in der Enquetekommission sehr intensiv darüber unterhalten, wie wir weiter verfahren wollen. Es war von Anfang an klar, dass das, was in dem Bericht der Enquetekommission steht, nicht sozusagen der Weisheit letzter Schluss sein könne. Wir hatten uns darauf verständigt, in den so genannten Voranhörungen – das ist ein Begriff, weil es einem Gesetzgebungsverfahren vorgelagert sein sollte; es ist völlig gleichgültig, ob man es so oder anders nennt – jedenfalls erst einmal einen öffentlichen Prozess der Diskussion darüber zu organisieren, um die Diskussion über die Werte, die dem zugrunde liegen, zu führen. Jetzt kommt die FDP, nimmt das vorläufige Ergebnis, gibt es als endgültige Wahrheit heraus und sagt: Darüber sollen wir jetzt abstimmen. – Das ist in diesem Prozess kein vernünftiges Vorgehen. Das wird der Hessischen Verfassung nicht gerecht, und das wird auch dem Souverän – dem Volk – nicht gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte jetzt versucht sein, nachzuholen, was Sie in Ihren 17 Gesetzentwürfen leider unterlassen haben, nämlich eine Begründung für das eine oder andere nachzuliefern. Ich könnte zu jedem einzelnen Punkt sagen, was ich richtig finde. Ich könnte zu jedem einzelnen Punkt sagen, wo ich es anders sehe. Ich könnte zu jedem einzelnen Punkt sagen, womit ich Probleme habe. Wir haben darüber in der letzten Diskussion sehr umfassend debattiert. Aber ich will das nicht tun. Ich will das deswegen nicht tun, weil ich immer gesagt habe: Es geht nicht an, dass wir in dem Prozess der gemeinsamen Arbeit an der Hessischen Verfassung einzelne Ergebnisse herausgreifen und zerreden.

Genau das will ich auch nicht tun. Deswegen enthalte ich mich einer Stellungnahme zu den einzelnen Vorschlägen, die Sie hier gemacht haben. Wir lehnen das Vorgehen der FDP ab. Wir halten daran fest, dass möglichst im Konsens eine Verfassungsänderung durchgeführt werden soll. Ich bin guten Mutes, dass wir, wenn wir erst einmal die Wahlkampfzeiten hinter uns haben – also jenseits der Kommunalwahl im nächsten Jahr –, uns noch einmal in Ruhe zusammensetzen und schauen sollten, was man auf der Grundlage des Ergebnisses der Enquetekommission machen und wo man möglicherweise noch zu tragfähigen konsensgetragenen Verfassungsänderungen kommen kann. Das braucht Zeit.

Die Hessische Verfassung wird demnächst 60 Jahre alt. Wir sollten nicht die nächsten 60 Jahre zuwarten. Wir sollten auch nichts überstürzen, und schon gar nicht in der Weise, wie das die FDP hier vorgegeben hat. Der Vorstoß der FDP ist nicht hilfreich. Er wäre eher geeignet, die gemeinsame Arbeit an der Verfassung zu behindern. Deswegen müssen wir auch aus nicht inhaltlichen, sondern formalen Gründen diese Anträge ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächste Rednerin spricht Frau Abg. Pauly-Bender, SPD-Fraktion.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Einbringung der Gesetzentwürfe zur Reform der Hessischen Verfassung kündigt – das haben die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen schon gesagt – die FDP-Fraktion die interfraktionelle Vereinbarung zum Kompromissprinzip in Verfassungsfragen auf. Die Verfassungenenquetekommission hat sich auf keinen einvernehmlichen Vorschlag verständigen können. – Herr Wintermeyer hat vorgetragen: bisher. Damit ist die gemeinsame Geschäftsgrundlage für die Verfassungsänderung entfallen. Das Verhalten der FDP finden wir sehr bedauerlich. Immerhin wurde die Vereinbarung für den Fall getroffen, der gerade eingetreten ist und über den wir heute aus Anlass der eingebrachten Gesetzentwürfe diskutieren.

Meine Damen und Herren, gewisse Episoden in der öffentlichen Debatte der letzten Wochen haben sich mit angeblichen Zerwürfnissen in der SPD-Führung beschäftigt. Herr Wintermeyer hat es hier erneut zitiert und hierin einen Grund für die Kontroverse um die Hessische Landesverfassung erkennen wollen. Die hessische SPD hält dies einer Kommentierung nicht für wert.

(Beifall der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Von meiner Seite hierzu nur so viel: Im Sinne der Sache und im Sinne der Öffentlichkeit wäre es gewesen – dann hätte man vielleicht einen Kompromiss gefunden –, wenn man sich, statt Hinterzimmergemurmel breiten Raum zu geben, verstärkt mit der inhaltlichen Substanz der hessischen Verfassungsdebatte beschäftigt hätte.

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

Die Themen Volksbeteiligung, Arbeitnehmerrechte und Sozialstaat und ganz besonders die Funktion dieser Institutionen wären es jedenfalls wert gewesen. Es waren ausschließlich inhaltliche Gründe, die die hessische SPD in all ihren Gremien mit großem Einvernehmen veranlasst haben, das Beschlusspaket der Mehrheitsgruppierung in der Enquetekommission für sich abzulehnen –

(Beifall bei der SPD)

und dies nicht zu einer Stunde null, wie Herr Wintermeyer häufig suggerieren möchte, sondern von Anfang an. Ich finde es nicht besonders kollegial, dass Sie Frau Faeser und mich als Mitglieder der Enquetekommission nicht mitzählen, denn wir haben von Anfang an dieselbe SPD-Position vertreten, Herr Wintermeyer.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU):
Davon weiß ich aber nichts!)

Rückblickend kann spekuliert werden, ein Konsens mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten könnte eigentlich nicht wirklich gewollt gewesen sein, oder eine Verfassungsreform dieses Ausmaßes war nicht gewollt. Aber wir wollen nicht nachkarten. Ich finde, das gehört auch dazu. Herr Posch, man muss auch ertragen können, wenn ein Konsens nicht zustande gekommen ist.

(Beifall der Abg. Andrea Ypsilanti und Jürgen Walter (SPD))

Heute ist es wichtig, zu betonen, dass wir anerkennen, dass sich CDU und GRÜNE zum verabredeten Konsensprinzip in Verfassungsfragen bekennen. Was in der kommenden Legislaturperiode oder, Herr Wintermeyer, wann auch immer, vielleicht doch noch möglich gemacht werden kann, wenn eine neue Enquetekommission einen

glücklicheren Ansatz findet, wird auf diese Weise nicht gänzlich zerschlagen; jedenfalls werden dann auch wieder Spielregeln vereinbart werden. Die hessische SPD steht prinzipiell nach wie vor als konstruktiver Partner für eine konsensuale sinnvolle Modernisierung der Hessischen Verfassung zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt allerdings so, wie es im interfraktionellen Einsetzungsbeschluss unmissverständlich ausformuliert ist – darüber gibt es keine Interpretationsdivergenzen –: Entschieden wird nur dann, wenn die soziale und demokratische Substanz der Hessischen Verfassung erhalten bleiben und es um die Vitalisierung der Hessischen Verfassung gehen soll.

Meine Damen und Herren, der nächste Bundestagswahlkampf naht. Für die FDP war das geschnürte Kompromisspaket, das so schön auf dem Tisch lag, offenbar allzu verführerisch, hofft doch gerade sie, sich mit seinen Inhalten – Herr Posch, daraus sollten Sie keinen Hehl machen, es geht Ihnen um die Art. 29, 35 und 38 – als Motor des Wirtschaftsliberalismus gegen alle anderen zu profilieren. Darin gebe ich Herrn Dr. Jürgens Recht.

(Beifall bei der SPD)

Die FDP ist nicht wirklich überrascht, dass die SPD hierzu ihre Hand nicht reicht. Immerhin haben wir noch im Ohr, dass Herr Posch der SPD-Fraktion in der letzten Plenardebattie ausdrücklich konzediert hat, dass er die Position der Sozialdemokraten zu dem geschnürten so genannten Kompromisspaket auch als FDP-Politiker persönlich versteht. Auf diese sozialdemokratische Position legen wir Wert.

Die SPD-Fraktion hat sich in diesem Haus monatelang gegen den Versuch gewendet, den Sozialverfassungsteil der Hessischen Verfassung zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften verschlechternd umzugestalten. Umso weniger dürfen Sie alle heute und auch später erwarten, dass wir durch den jetzigen Wiederholungsversuch, den alleinigen Wiederholungsvorstoß der FDP, uns eines Besseren besinnen – Herr Wintermeyer, in diesen Punkten auch nicht durch Zuraten.

Die einzelnen kritischen Punkte zu den heute von der FDP vorgelegten Gesetzentwürfen zur Reform der Hessischen Verfassung sind in unserem Sondervotum im Einzelnen ausgeführt. Hier sollte aber nochmals unterstrichen werden: Die beabsichtigten Rechtsänderungen sind in politischer Hinsicht besonders verfehlt, weil sie im Arbeitnehmerlager Verunsicherung und Misstrauen säen, Herr Wintermeyer, und dies ohne triftigen oder gar dringenden Grund.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist in einer Zeit, in der Reformen des Sozialstaates und seiner sozialpolitischen Regelungsinhalte anstehen, in hohem Maße verfehlt. Vertrauensbildung ist das Gebot der Stunde, nicht aber das von der Mehrheitsgruppierung veranstaltete Gegenteil einer neoliberalen Verunsicherung. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso wenig wie die hessische SPD ihre Hand dafür reicht, den Charakter der hessischen Landesverfassung als Volksverfassung aufzuweichen, ebenso wenig wollen wir an der sozialen Grundsubstanz der Hessischen Verfassung rütteln lassen. Das haben wir oft genug ausge-

führt. Ich brauche nicht weiter auszuholen. In Kürze möchte ich nur zu den ganz umstrittenen einzelnen Punkten, die Herr Wintermeyer zum Teil auch ausgeführt hat und zum Teil die SPD in Anspruch nehmen kann – die Punkte Kinder- und Familienrechte, Abschaffung der Todesstrafe, Tierschutz und Aufnahme der Kultur usw. –, zumindest so viel sagen: Dass diese Punkte in der Verständigung gescheitert sind, lag sicher nicht an der SPD-Fraktion. Da war nämlich überhaupt nichts zu machen. Ich hoffe, das wurde in der CDU-Fraktion auch entsprechend kommuniziert. Wir können zu gegebener Zeit wieder daran anknüpfen. Der Obmann der CDU-Fraktion hat es für die CDU abgelehnt, das mit Demokratie- und Sozialabbau negativ gekennzeichnete Paket aufzuschnüren.

Meine Damen und Herren, Herr Walter hat in der letzten Sitzung völlig zutreffend bemerkt, diese Alles-oder-nichts-Politik war umso weniger nachvollziehbar, als das Änderungspaket, heute hier als FDP-Gesetzentwürfe vorgelegt, doch eigentlich mehr – da gebe ich ihm völlig Recht, darin stimmen wir 200-prozentig überein – nach Sammelsurium aus verschiedenen parteitaktischen Wunschzetteln als nach einem schwergewichtigen Wurf einer zeitgerechten Verfassungsreform aussieht.

(Beifall bei der SPD)

Weil die SPD eine Verfassungsänderung im Konsens wollte, bedauert sie es bis heute so sehr, dass die Enquetekommission weitgehend hinter verschlossenen Türen und ohne breite Beteiligung der hessischen Öffentlichkeit gearbeitet hat.

(Nicola Beer (FDP): Sie hatten doch die Möglichkeit, das zu machen!)

Wir sind der vollen Überzeugung, die Ereignisse wären sonst andere gewesen. Die sozialstaatliche Werteordnung ist in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland tief verankert. Sie eignet sich nicht für ein symbolisches Streichkonzert hinter verschlossenen Türen, und zwar in keiner Weise und in keiner Form.

Dies gilt allemal für die sozialstaatliche Ordnung der Arbeit. Ich will das am Beispiel der hessischen CDU begründen, der die Wählerinnen und Wähler zu unserem Bedauern – aber nun ist es halt einmal so – immerhin zu fast 50 % ihre Stimme gegeben haben. Herr Wintermeyer, ich denke dabei auch an Ihren Wahlkreis, der von Chemiearbeitern geprägt ist.

Eine Partei dieser Größe kann keine Partei der Großbourgeoisie sein. Die Wahlkreisabgeordneten der CDU-Fraktion werden mir das bestätigen können, was gerade auch die basisnahen SPD-Abgeordneten uns bestätigen und täglich erzählen. Starke Sätze wie der, die deutschen Unternehmen könnten und würden mehr Arbeitsplätze schaffen, wenn es die Gewerkschaften nicht immer so übertreiben würden, erheischen am Biertisch in aller Regel kurzfristig Aufmerksamkeit. Teilweise erhalten sie im ersten Anlauf sogar hitzige Zustimmung.

Sobald die Diskussion aber tiefer geht, beispielsweise um die Fragen: „Wer sorgt sich um das Weihnachtsgeld, wer sichert die 30 Tage Urlaub, wer verteidigt die Feiertage, oder wer verteidigt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall?“, auf die die Damen und Herren Abgeordneten für sich auch Wert legen, will man dann doch gerne darüber nachdenken, welche Funktionen die Gewerkschaften und die Tarifautonomie in unserem Land haben. Dann wird die Gewerkschaft wieder interessant. So viel Wirtschafts-

liberalismus soll es dann bitte doch nicht in Deutschland geben.

Ich kann das jedenfalls für meine Person sagen. Ich gehe fest davon aus, dass es auch zentrales und vernünftiges Motiv der hessischen CDU war und ist, in Verfassungsfragen das Konsensprinzip nicht zu verlassen. Das sollte auch angesichts dieses geschnürten Bündels gelten.

Die FDP will sich hiermit als Motor des Wirtschaftsliberalismus in Deutschland profilieren. Das gilt auch, obwohl Herr Posch in seiner Begründung historisch weit ausgeholt hat.

Wir sollten das als Profilierungsversuch gelten lassen. Wie gesagt: Die Bundestagswahl naht, und wir alle haben die Umfragewerte für die FDP gelesen.

(Nicola Beer (FDP): Die sind besser als die der SPD!)

Verehrte Kollegen der FDP, mit welchen Aussichten auf Erfolg können Sie rechnen, dass diese wirtschaftsliberalen Positionen tatsächlich zum Zuge kommen? Das wissen die deutschen Gazetten spätestens seit der von Herrn Müntefering vom Zaun gebrochenen Debatte über den Kapitalismus ganz genau. Dazu haben wir aktuelle Umfragedaten. In Deutschland gibt es keine breite Mehrheit für einen Wirtschaftsliberalismus à la Westerwelle. Übrigens erfährt das auch keine Zustimmung von den deutschen Arbeitsgerichten. Das gilt unabhängig von deren Zusammensetzung und dem Vorsitzenden.

Institutionen unseres gewachsenen Sozialstaats haben es auch aufgrund ihres Alters an sich, recht gut verankert zu sein, und zwar nicht nur im Normendickicht des Rechts, sondern auch im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, in Deutschland wird es nie eine Bad-Luck-Kultur geben, wie es sie in den USA gibt. Deshalb appellieren wir an alle Fraktionen dieses Hauses, sich intern zu überlegen, ob die SPD-Fraktion nicht allen einen großen Dienst erwiesen hat, indem sie darauf hingewiesen hat, dass der demokratische und soziale Geist und der Gehalt der Hessischen Verfassung ein großes Pfund sind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, auch für Mitglieder von Parteien, die von ihrem Wertehaushalt her nicht mit der kollektiven Vertretung der Arbeitnehmerinteressen verbunden sind, sollte dies nachvollziehbar sein.

Es geht also um die Tarifautonomie und die Gewerkschaften. Wir als Sozialdemokraten verteidigen das. Offenbar hat das auch in der CDU-Fraktion einigen Anlass zum Nachdenken gegeben. – Leider ist Frau Wagner jetzt hinausgegangen. – Es geht dabei nicht um politischen Opportunismus, also in Umfragen möglichst gut dazustehen, oder um Angst vor der Wählerin oder dem Wähler.

Aus wohl erwogenen Gründen der Zweckmäßigkeit sollte man sich überlegen, ob man sich gerade in der gegenwärtigen Situation, in der großer Bedarf an Reformen besteht, mit den Trägern dieser Institution, den Gewerkschaften, überwirft. Attacken auf die Institutionen der kollektiven Arbeitnehmervertreter führen nicht weiter. Gerade dieser Tage hat der Vorsitzende des DGB davor gewarnt, den Gewerkschaften einen so genannten Häuserkampf aufzuzwingen. In Deutschland kann nicht von ungefähr seit 100 Jahren von einer konsolidierten Tarifautonomie die Rede sein.

Die SPD-Fraktion dieses Hauses will nicht so weit gehen, wie es Herr Stoiber tat. Anlässlich solcher Forderungen der FDP auf Bundesebene bezeichnete er Herrn Wester-

welle als Leichtmatrosen. Aber das von Ihnen für die Hessische Verfassung vorgesehene so genannte Nebeneinander der Betriebsvereinbarungen und des Tarifvertrags würde letztlich doch eine erhebliche Schwächung der Tarifautonomie bedeuten. Das lehnen wir in dieser Form in voller Überzeugung und zutiefst ab und werden wir auch weiterhin zutiefst ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen davon, Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung seien gleichwertige Arenen für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo steht das?)

Sie sprechen von einem gleichberechtigten Nebeneinander von Betriebsräten und Gewerkschaften. – Herr Kollege, da müssen Sie die Protokolle lesen. – Das ist treuherzig formuliert, legt aber aufgrund der Auswirkung, die das vermutlich haben wird, die Axt an die Tarifautonomie.

Herr Posch, Sie sollten offen bekennen: Sie müssen das treuherzig formulieren. Denn ansonsten hätten Sie überhaupt keine Chance auf ein Durchbringen dieser Formulierungen in Karlsruhe.

Dies ist im Übrigen auch der Hintergrund, warum sich viele Wirtschaftsliberale über Herrn Westerwelle ärgern. Herr Posch, wir diskutieren hier nicht im luftleeren Raum. Im Vorfeld einer sich anbahnenden Bundestagswahl haben Sie nicht ohne Grund diese Vorschläge als Ihre eigenen Gesetzentwürfe eingebracht.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Mit ebenso grundsätzlichen Begründungen lehnen wir die anderen symbolischen Attacken auf die Substanz der sozialen Werte in der Hessischen Verfassung ab.

Wir, die Mitglieder der SPD-Fraktion dieses Hauses, sind nicht dafür, derartige Signale an die hessische Bevölkerung zu senden. Wir sind der Auffassung, dass wir gegenwärtig in einer Situation leben, in der stattdessen gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Vertrauensbildung auf der Tagesordnung stehen sollte. Wir möchten nicht dazu beitragen, den Eindruck zu erwecken, den Arbeitnehmern würde freie Fahrt gegeben, und die Arbeitnehmer würden nichts mehr zählen, sie würden stattdessen gedeckelt.

Herr Wintermeyer, Sie können mit uns gerne wieder die Diskussion aufnehmen. Aber in den von mir genannten Punkten wird sich die SPD nicht bewegen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Wintermeyer von CDU-Fraktion hat sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Pauly-Bender, auch Sie haben diese Diskussion natürlich dazu genutzt, Politik zu machen. Das muss man feststellen.

Aber eines will ich Ihnen sagen, nachdem ich Ihre Rede gehört habe. In dieser haben Sie mich erwähnt. Sie haben gesagt, wir hätten es abgelehnt, das Konsenspaket aufzuschnüren, bei dem es auch um Demokratie- und Sozialabbau gehe. Frau Kollegin Pauly-Bender, Sie und Teile der Mitglieder der Ypsilanti-SPD leben in einer anderen Welt. Angesichts dessen, was momentan abläuft, muss ich sagen: Sie haben einen Realitätsverlust erlitten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben meinen Wahlkreis als von Chemiearbeitern geprägt bezeichnet. Sie sind im letzten Jahrhundert, vielleicht sogar im vorletzten Jahrhundert stehen geblieben. Das ist kein von Chemiearbeitern geprägter Wahlkreis mehr. Die Hoechst AG existiert nicht mehr. Sie ist kaputtgegangen. Von den Opelianern, die es bei mir im Wahlkreis gibt, gibt es immer weniger. Bei Opel gibt es einen Abbau an Arbeitsplätzen. Frau Kollegin Faeser, die gerade eben dazwischengerufen hat, weiß doch genau, worum es geht.

(Norbert Schmitt (SPD): Wollen Sie uns sagen, dass es in Ihrem Wahlkreis nur noch Rechtsanwälte gibt?)

Der Abbau fand nicht wegen Neoliberalismus statt. Das haben Sie hier vorgebracht. Der Abbau fand statt, weil unser Wirtschaftssystem absolut unflexibel ist.

Ich hoffe, dass etwas geschehen wird. Bei Frau Pauly-Bender bin ich mir allerdings sicher, dass das nicht klappt. Denn Sie vertreten die alte SPD, die der Marx-Zeit.

(Lachen bei der SPD)

Frau Ypsilanti, auch Sie vertreten diese SPD. Das wissen Sie. Sie haben hier jetzt das Wort Marx gehört und angefangen, zu lachen. Ich sage Ihnen: Sie sollten einmal lesen, was in den Protokollen steht. Dort ist in bestimmten Äußerungen Marx pur enthalten.

Wir brauchen mehr Flexibilität in der Wirtschaftspolitik. Ich bin mir sicher: Spätestens wenn Sie die Bundestagswahl verloren haben, wird sich das auch bei Ihnen in der SPD durchsetzen. Dann wird nämlich auch in der SPD ein neuer Geist wehen. Falls das nicht der Fall sein sollte, wird die SPD aufhören zu existieren. Die ersten Anfänge in diese Richtung wurden heute schon gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Zur Erwiderung hat Frau Abg. Pauly-Bender von der SPD-Fraktion das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war nach Kohl, aber nicht während Marx!)

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Wintermeyer, ich bin über das Niveau Ihrer Einladungen etwas enttäuscht. Ansonsten erlebe ich bei Ihnen etwas anderes. Ich habe niemanden aufgefordert, ins

letzte Jahrhundert zurückzukehren. Vielmehr habe ich die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, sich zu vergewissern, welche Funktion das hat, was in unserem Sozialstaat gewachsen ist.

Es gibt drei sozialstaatlich orientierte Länder, bei denen das ähnlich wie in Deutschland ist. Dazu gehören Frankreich und Italien. Von diesen Staaten können wir lernen, dass, wenn die Sozialpartnerschaft in der Form beschritten wird, wie Sie es vorhaben, die Menschen auf die Straße gehen und sich mit ihren Forderungen an den Staat wenden.

(Beifall bei der SPD)

Eines möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen. Ich habe an Sie appelliert, weil ich weiß, dass schon mancher als Wirtschaftsliberaler gesprungen und als Etatist gelandet ist. Deshalb steht die SPD mit den Anforderungen der Zukunft besser im Einklang als Sie. Wir haben das begriffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben begriffen, welche Funktionen die Institutionen des Sozialstaats haben. Darüber sollten Sie nachdenken.

Herr Wintermeyer, ich weiß, dass es Wirtschaftsliberale in allen Parteien gibt.

(Zuruf: Es gibt keine in der SPD!)

Ich weiß, dass es auch in Ihrer Fraktion sehr viele gibt, die begriffen haben, worum es im Moment beim deutschen Sozialstaat geht. Mit diesen Menschen und mit denen der anderen Fraktionen, die das verstanden haben, sind die Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit bereit, um die Funktionstüchtigkeit des deutschen Sozialstaats im Interesse der Menschen zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Es ist vorgesehen, die Gesetzentwürfe unter den Tagesordnungspunkten 3 a bis q – ich erspare mir, Ihnen das alles vorzulesen – dem Hauptausschuss zu überweisen.

(Frank Gotthardt (CDU): Abstimmen! – Reinhard Kahl (SPD): Abstimmung in erster Lesung!)

– Entschuldigung. Es ist beantragt, direkt abzustimmen. Dann stimmen wir ab. Wir fangen dann jetzt damit an.

Zu Punkt 3 a: Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Ergänzung der Verfassung des Landes Hessen (Präambel), Drucks. 16/4048.

(Reinhard Kahl (SPD): Halt!)

– Entschuldigung, ich habe gefragt, ob sich dagegen Widerspruch erhebt.

(Jürgen Walter (SPD): Es erhebt sich Widerspruch!)

– Ich bitte, das so kenntlich zu machen, dass ich es auch sehen kann. – Bitte, Herr Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Es war nicht klar, über was Sie abstimmen. Wir beantragen, dass diese Gesetzentwürfe in erster Lesung abgelehnt werden.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Deswegen rufe ich trotzdem die Gesetzentwürfe der Reihe nach auf und frage, wer dem zustimmt und wer das ablehnt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das kann man doch in einer Abstimmung machen!)

– In einer Abstimmung, kann man das machen? – In Ordnung.

Es ist beantragt, die Tagesordnungspunkte 3 a bis 3 q, die Gesetzentwürfe der Fraktion der FDP zur Änderung der Hessischen Verfassung in erster Lesung abzulehnen. Wer dem zustimmen möchte, also wer die Gesetzentwürfe ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte den Gesetzentwürfen zustimmen? – Dann stelle ich fest, dass die Antragsteller, die Fraktion der FDP, den Gesetzen zugestimmt haben. Abgelehnt haben die SPD, die GRÜNEN und die CDU-Fraktion. Damit sind die Gesetzentwürfe in der vorliegenden Fassung abgelehnt.

Jetzt haben wir 13 Uhr. Das heißt, wir haben Mittagspause. Ich schließe die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung von 13.01 bis 15.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagssitzung und schaue, dass noch ein paar Kollegen kommen. Es wurde mir empfohlen, darüber zu reden, wer die erste Mannschaft ist, die sich für die WM in Deutschland qualifiziert hat. Das sei Japan, sagte mir Herr Metz. – Das aber nur, damit wir ein bisschen Zeit bekommen. Eine Mannschaft ist schon da, die deutsche auch, das Endspiel ist gesichert.

Meine Damen und Herren, Spaß beiseite, wir kommen zum Ernst der Tagesordnung zurück. Ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend seriöse Finanz- und Steuerpolitik: Nachtragshaushalt jetzt! Keine neuen Schulden für alte Herrenhäuser; Schluss mit der Blockade im Bundesrat! – Drucks. 16/4068 –

Wir rufen diesen Antrag gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Umsteuern in der Finanzpolitik jetzt! – Drucks. 16/3632 –**Tagesordnungspunkt 14:****Antrag der Fraktion der FDP betreffend Strukturveränderungen im Haushalt jetzt – Drucks. 16/3747 –****Tagesordnungspunkt 29:****Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Hessische Landesregierung gibt rot-grüner Bundesregierung Nachhilfe in Finanzpolitik – Drucks. 16/3937 –****Tagesordnungspunkt 45:****Antrag der Fraktion der FDP betreffend Lage der Finanzen des Landes Hessen und Vorlage eines Nachtragshaushaltes 2005 – Drucks. 16/4072 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 47:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend steuerpolitischen Tumult in der Union beenden – Drucks. 16/4074 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion. – Ich erteile zunächst dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Walter, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben wir auch über Finanzpolitik diskutiert. Diejenigen, die nicht in der Regierung in Berlin sind, haben darin zum Ausdruck gebracht, dass es besser wäre, wenn sie in der Regierung wären. Das ist nicht überraschend. Jetzt reden wir allerdings über einen Antrag der Oppositionsfaktion SPD, mit dem wir von der Landesregierung, ganz konkret in unserem Bundesland Hessen, einfordern – Herr Finanzminister, das richtet sich in allererster Linie an Sie –, zu sagen, wie wir mit der Situation nach der neuen Steuerschätzung in unserem Bundesland Hessen umgehen. Unsere Bitte ist, an dieser Stelle nicht so wolfig zu reden, wie es der Herr Ministerpräsident heute Morgen gemacht hat. Vielmehr erwarten wir konkrete Antworten auf diese konkrete Herausforderung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir hier tun, ist nichts anderes, als dass wir die Rechte des Parlaments wahrnehmen. Angesichts der katastrophalen Haushaltsslage hier im Lande Hessen und, damit wir uns nicht darüber streiten, auch im Bund, verlangen wir von dem Finanzminister Auskunft darüber, wie es weitergehen soll. Ich glaube, dass es nicht nur Aufgabe, Recht und möglicherweise Pflicht der Opposition, sondern eigentlich jedes Abgeordneten ist, und zwar unabhängig davon, ob er der Regierungsfraktion oder den Oppositionsfaktionen angehört, von der Landesregierung, die wir zu kontrollieren haben, in einer solchen Situation Auskunft zu verlangen, wie denn die Landesregierung mit dieser neuen Situation nach den Steuerschätzungen umgeht.

Herr Finanzminister, für die SPD-Fraktion kann ich jedenfalls sagen, dass wir uns nicht als verlängerter Arm der Regierung verstehen. Die CDU-Fraktion sieht das gelegentlich anders. Wir haben das bei Schloss Erbach wieder festgestellt. Nein, wir nehmen die eigenen Rechte wahr, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich heute in dieser Debatte vor den Landtag stellen, und zwar nicht in Ihrer üblichen schnoddrigen Art, und uns berichten, wie es in diesem Land finanzpolitisch weitergehen soll.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ganz konkret: Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns hier berichten, wo wir heute nach den prognostizierten Steuermindereinnahmen in Höhe von 330 Millionen € stehen, was uns im laufenden Jahr erwartet, wobei wir fordern, einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Wir erwarten von Ihnen auch eine Aussage darüber, wie es denn mit dem Haushalt für das Jahr 2006 aussieht; denn wir sind jetzt schon in der Phase, in der der Haus-

haltsentwurf vorbereitet wird und in den einzelnen Häusern diskutiert wird.

Herr Finanzminister, wir haben in unserem Antrag auch sehr deutlich gesagt: Wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie sich an die Verfassung hält, wir erwarten von Ihnen, dass Sie einen verfassungsgemäßen Haushalt für das Jahr 2006 vorbereiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich erwarten wir, von Ihnen zu hören – damit schließt sich der Bogen zur Debatte von heute Morgen –, welche finanzpolitischen Konzepte Ihre Landesregierung vertritt, insbesondere wie die Landesregierung in Zukunft im Bundesrat zu diesen das Land Hessen, die Finanzsituation des Landes Hessen betreffenden Fragen Stellung zu nehmen gedenkt.

Allein die Ankündigung von Neuwahlen – das muss man sagen – hat alle Parteien ein bisschen in Unruhe versetzt. Ich gebe zu, auch in meiner Partei ist im Moment große Unruhe, was die Neuwahlen angeht, insbesondere wer dem Kanzler am meisten vertraut. Aber der Wettstreit verdeckt in der medialen Öffentlichkeit leider ein wenig die Diskussion, die momentan innerhalb der Union, ein Stück weit auch innerhalb der FDP, läuft.

Mein Eindruck ist, dass die Union im Vorfeld der zu erwartenden Bundestagswahl etwas Abstand nimmt von ihrer bisherigen Strategie des Blockierens und Beschimpfens der rot-grünen Bundesregierung. Mittlerweile steht all das, was in den vergangenen Jahren des Teufels war, all das, womit die Hessische Landesregierung, auch Sie, Herr Ministerpräsident, in Person, Wahlkampf in Hessen betrieben haben, sehr wohl zur Diskussion. Da wären: Eigenheimzulage abschaffen, Pendlerpauschale runter, AfA beschweren, Steuerreform ohne Nettoentlastung, Steueraufschlagnisse für Schicht- und Wochenendarbeit weg, Mehrwertsteuer auf 17, 18, 19, 20 % raus. Wer bietet mehr? Das sind doch die Debatten, die momentan in der Union laufen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus dem Off ruft der arme Herr Böhr aus Rheinland-Pfalz: Das ist doch Wahnsinn, was ihr hier diskutiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Union, ich glaube, diese Ankündigung der Neuwahlen hat bei Ihnen einen Prozess in Gang gesetzt, der relativ interessant ist. Aber wir als Parlament erwarten, dass Sie nicht nur in den verschiedenen Medien verschiedene Dinge erklären, sondern – Herr Ministerpräsident, das richtet sich jetzt an Sie – dass Sie dem Hessischen Landtag Rede und Antwort darüber stehen,

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

was wir denn zukünftig von einer steuer- und finanzpolitischen Konzeption dieser Landesregierung zu erwarten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt höre ich von rechts, das sei alles ganz klar.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Manchmal ist es hilfreich, dass wir gewisse Überhänge in diesem Landtag haben. Einer der Anträge, die heute mit

aufgerufen sind, stammt von der CDU und ist vom Stand Ende März. Er betrifft das famose „Steuerkonzept 21“. Die Zahl 21 steht wahrscheinlich für das 21. Jahrhundert, in das uns dieses Steuerkonzept hinbewegen soll oder wo wir angekommen sind, also ein Konzept für unsere Zeit.

Aber es ist unbestritten: Herr Koch, Sie selbst und Ihre Partei gehen davon aus, dass dieses „Steuerkonzept 21“ etwas über 20 Milliarden € kosten wird, mit einer Gegenfinanzierung durch Streichung von Steuersubventionstatbeständen in Höhe von knapp 10 Milliarden €, ungerade gerechnet.

Nach Ihrem eigenen Antrag, den Sie in den Bundestag eingebracht haben und der am 02.06. diskutiert wurde, gehen Sie also davon aus, dass das „Steuerkonzept 21“ zu Steuermindereinnahmen von 10,6 Milliarden € führt. Gestern habe ich relativ erstaunt die Aussage des Hessischen Ministerpräsidenten gelesen – die Meldung war aus Spiegel-online, es war aber wohl ursprünglich eine Zeitung –, dass der Herr Ministerpräsident ausgesprochen skeptisch sei, was die Nettoentlastung angehe.

(Ministerpräsident Roland Koch: Wenn ich die Subventionen dagegen streiche!)

„Roland Koch stimmt die Bevölkerung schon einmal auf härtere Zeiten ein. Zwar werde es eine Steuerreform geben, aber keine Steuerentlastung.“ Herr Ministerpräsident, beides geht nicht. Entweder 10,6 Milliarden € Steuermindereinnahmen oder keine Steuerentlastung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Roland Koch: Die Subventionen dagegen streichen!)

Die Subventionen sind in Ihrem Konzept bereits gestrichen. Das „Steuerkonzept 21“ sieht die Streichung aller Steuersubventionstatbestände vor. Ohne die Streichung beträgt die Nettoentlastung 21 Milliarden €. Es lohnt sich, gelegentlich die eigenen Papiere zu lesen und nicht nur darüber zu reden. Sie sehen vor, dass die Steuereinnahmen um 10,6 Milliarden € geringer ausfallen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb werden wir, etwas ungewöhnlich in dieser Debatte, heute diesen Punkt des CDU-Antrages, dass dieses schlüssige „Steuerkonzept 21“ das Richtige sei, zur Abstimmung stellen. Dann haben Sie, Herr Ministerpräsident, zwei Möglichkeiten. Entweder nehmen Sie das, was Sie gestern gesagt haben, zurück und sagen: „Wir versprechen den Leuten, dass wir auch zu einer Nettoentlastung kommen“. Oder Sie müssen im Hessischen Landtag gegen diese Steuerkonzeption 21 stimmen. Aber beides nicht geht – entweder Nettoentlastung Ja oder Nettoentlastung Nein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine politische, das ist eine logische Frage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, dann interessiert uns auch, wie Sie mit den Fragen der Steuersubventionen umgehen. Ich habe die Reden herausgesucht, die Sie insbesondere zur Eigenheimzulage gehalten haben: dass die Abschaffung der Eigenheimzulage den sofortigen Bankrott aller hessischen Baufirmen bedeuten würde. Es wären am Anfang doch relativ geringe Minderausgaben des Staates, die sich erst nach sieben, acht Jahren kumulieren – was richtig ist.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

All das, was Sie jetzt erklären, korrespondiert aber nicht mit dem, was Sie uns hier erklärt haben, womit Sie uns im Wahlkampf auch getrieben haben, Herr Ministerpräsident, beispielsweise mit der Pendlerpauschale. Deswegen denke ich: Jetzt ist es an der Zeit, dass Sie einmal nicht in die Luft reden, sondern dass Sie uns vor dem Hessischen Landtag Rede und Antwort stehen. – Man kann es so oder so machen. Aber so, wie Sie es bislang machen, geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ich komme zu Hessen. Ich habe vorhin gesagt: „katastrophale Situation“. Ich glaube, das ist unbestritten. Das gilt auch für andere Länder, das gilt auch für den Bund.

Ich möchte noch einmal die Eckwerte nennen, wo wir in unserem Land momentan stehen. Die Schulden betragen Pi mal Daumen – das wird immer mehr; jede Stunde steigen die Schulden um ungefähr 200.000 € – 31 Milliarden €. Herr Finanzminister, im Jahre 2005 haben Sie den vierten verfassungswidrigen Haushalt in Folge vorgelegt. Allein für das Jahr 2005 betragen die neuen Schulden 1,2 Milliarden €. Rechnet man die 850 Millionen € aus Ihrem Sale-and-rent-back hinzu – das muss mit hinegerechnet werden –, dann sind wir bei dem uns schon seit Jahren begleitenden strukturellen Haushaltsdefizit in unserem Land von Pi mal Daumen 2 Milliarden €. Das hat sich die letzten drei, vier Jahre nicht wesentlich verändert. Wenn ich jetzt noch die 330 Millionen €, die in diesem Jahr an Steuermindereinnahmen prognostiziert sind, hinzurechne, komme ich auf 2,4 Milliarden €. Für das nächste Jahr sind sogar 720 Millionen € geringere Einnahmen vorgesehen, sodass wir im nächsten Jahr mit einem strukturellen Defizit – wenn wir nicht gegensteuern – von knapp 3 Milliarden € rechnen.

Das sind alles keine politischen Aussagen. Das ergibt ein Blick in den Haushalt. Herr Finanzminister, an dieser Stelle sage ich eines sehr deutlich: 31 Milliarden € Schulden, an die 3 Milliarden € strukturelles Defizit – in einer solchen Situation hat das Land keine 13,3 Millionen € für den Kauf des Odenwälder Schlosses.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Ich hätte das jetzt auch anders machen können und hätte über verarmte Grafen und über Zusagen des Herrn Ministerpräsidenten reden können. Das will ich gar nicht tun. Ich will an der Stelle gar nicht polemisch sein. Es gibt Dinge, über die man in finanzpolitisch normalen Zeiten nachdenken kann. Ich und die gesamte SPD-Landtagsfraktion haben Verständnis für die Position unseres Landrates im Odenwaldkreis. Wenn ich Landrat wäre, würde ich mir das auch wünschen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ja, wenn ich 13 Millionen € kriegen kann, nehme ich die doch!)

Nur, Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, wir leben eben nicht in normalen Zeiten. Wir leben in einer Zeit, in der das Land abzusaufen droht.

(Beifall bei der SPD)

In einer Zeit, in der Sie anfangen, bei den Hochschulen und bei der Bildung zu sparen, ist das schlicht das falsche Zeichen. In solchen Zeiten ist nicht alles, was man sich irgendwie wünscht, möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesen schwierigen Zeiten ist es schwer genug, in die Köpfe unserer Kinder zu investieren. Wir können dann aber nicht in Hirschgewehe statt in die Köpfe der Kinder investieren. Herr Finanzminister, das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme noch einmal zu der Forderung nach einem Nachtragshaushalt. Nach den aktuellen Steuerschätzungen werden die Haushalte der meisten Bundesländer verfassungswidrig sein. Dieses Problem haben wir in Hessen nicht, weil der Haushalt im Jahre 2005 in Hessen bereits im Entwurf verfassungswidrig war. Die CDU-Mehrheitsfraktion hat diesen verfassungswidrigen Haushalt bereits beschlossen. Das heißt, der Finanzminister hat offensichtlich die Einstellung: Na ja, in den anderen Ländern diskutieren sie jetzt darüber, ob sie es noch schaffen, die Verfassung einzuhalten. Ich muss das nicht. Ich habe bereits gegen die Verfassung verstoßen, und ob noch 330 Millionen € mehr an Schulden draufkommen oder nicht, mein Gott, Verfassungsverstoß ist Verfassungsverstoß. – Herr Finanzminister, das geht so nicht. So kann man in einem Land keine seriöse und ordentliche Finanzpolitik machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gestehe Ihnen zu, es kostet Anstrengung, Fleiß und Mehrarbeit – all diese Dinge, die wir als Politiker fordern –, einen solchen Nachtragshaushalt aufzustellen. Aber es ist notwendig. Es ist richtig im Sinne der Haushaltssicherheit und der Haushaltswahrheit.

Ich glaube, die FDP fordert den Nachtragshaushalt zum gleichen Zeitpunkt. Wir sagen: vor der Sommerpause. Es muss in Ihrem Hause doch möglich sein, diesem Landtag vor der Sommerpause die Wahrheit über den finanziellen Zustand in unserem Land zu sagen, weil wir nur so unsere Aufgabe, unsere Pflicht als Parlament wahrnehmen und in diesem Land die Kontrolle der Regierung ausüben können, Herr Finanzminister. Nicht nur die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die GRÜNEN in diesem Hause fordern einen Nachtrag. Sie würden in Ihrer schnodderigen Art sagen: Das ist ein Spiel, das momentan alle Oppositionsfaktionen machen. Das macht sogar die CDU-Oppositionsfaktion im Bundestag. In Berlin – das Spiel können wir auch – wird wieder ein Nachtrag gefordert, in Hessen nicht. In Berlin ist es übrigens ein Hesse, der den Nachtrag fordert: Herr Meister, der neue finanzpolitische Sprecher.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Ich habe die Rede hier. Der Herr Ministerpräsident lacht an dieser Stelle ein bisschen zynisch.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Aber eigentlich stimmt es. Er fängt mit den Schulden an und sagt: „Nach 2002, 2003, 2004 und 2005 werden wir auch im kommenden Jahr wieder keinen verfassungsgemäßen Haushalt haben“. Er beschimpft die Bundesregierung und sagt, sie stehe nicht mehr auf dem Boden des Rechts. All dies trifft auf Ihre Landesregierung zu.

(Zuruf von der CDU: Lesen Sie vor! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist immer das Problem bei Ihnen. Was ich hier mache, ist doch eher ungewöhnlich. Ich will an der Stelle deutlich machen, dass die in Berlin die finanzpolitischen Probleme haben und dass wir sie hier haben und dass die Forderung nach einem Nachtragshaushalt, den Ihr Kollege Dr. Meister stellt, möglicherweise aus Sicht eines Parlamentariers vertretbar ist, der sich um seinen Job kümmert und der nicht nur sagt: Was von der SPD kommt, ist schlecht, und was von der CDU kommt, ist gut.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das Ganze müntzt darin – ich könnte das hier durchgehen –:

Wir fordern Sie auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt 2005 in den Deutschen Bundestag einzubringen, der die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben für das laufende Jahr und auch die Neuverschuldung wahrheitsgemäß und realistisch abbildet. Denn nur auf dieser Grundlage können wir Maßnahmen ergreifen, um dagegen anzugehen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): So ist es! Lesen Sie weiter!)

Auch wenn es von Herrn Dr. Meister gesagt ist: Das ist so. Ein Parlamentarier kann nur dann Maßnahmen ergreifen, um gegen eine Situation anzusteuern, wenn ein solcher Nachtragshaushalt vorgelegt und diskutiert wird. Herr Finanzminister, deshalb fordern wir bis zur Sommerpause die Vorlage eines Nachtragshaushalts. Wenn Sie das nicht machen, nicht machen können, haben Sie wenigstens die Größe und rechtfertigen Sie vor diesem Hause, warum Sie es nicht hinbekommen, bis zur Sommerpause einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

(Beifall bei der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Schwer erschüttert!)

– Ja, schwer erschüttert. – Herr Finanzminister, ich gebe Ihnen und auch dem Herrn Ministerpräsidenten zu: Mit landespolitischen Maßnahmen allein wird sich diese finanzpolitische Misere nicht lösen lassen. Das ist eine Aussage, die, glaube ich, weniger politisch, sondern eher etwas realistisch ist. Sie und wir alle wissen doch, auch wenn Sie jetzt mit Ihren Steuerkonzepten arbeiten – Frage: rauf und runter –, dass dies nicht die zentrale Frage in diesem Lande ist. Es ist wahrscheinlich wirklich so, dass sich die Haushaltsmisere – wie geht es in diesem Land weiter? – an einer Frage festmacht. Das ist die Frage: Wie geht es weiter mit unserer Wirtschaft? Um aus diesen Problemen herauszukommen, müssen wir nicht ausschließlich darüber reden, welche Steuersätze und welche Steuerarten abgeschafft, angehoben oder vermindert werden müssen, sondern wir brauchen mehr Jobs. Jobs, Jobs, Jobs.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann höre ich an dieser Stelle immer die Antwort: Politik kann nichts tun zur Schaffung von Jobs, sondern Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen. – Das mag ja im Wesentlichen stimmen. Ich bin aber immer ein bisschen zum Hinterfragen geneigt. Wenn wir wirklich über Jobs, Jobs, Jobs reden und dann sagen, Politik könne nur Rahmenbedingungen setzen, sodass wir gar nicht viel anderes machen könnten, bestreite ich das. Sie haben hier als Landesregierung die Möglichkeit, mit einem ordentlichen Genehmigungsverfahren am Frankfurter Flughafen, wenn die Genehmigung erfolgt, relativ schnell 40.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Frage sind Sie bisher gescheitert. Deshalb denke ich schon, dass Landespolitik auch in diesem Bereich etwas tun kann.

Lassen Sie uns aber bei der Finanzpolitik als solcher bleiben. Es müsste auch unstrittig sein, dass die Frage, wie stark ein Haushalt verschuldet ist, einen nicht ganz unwesentlichen Einfluss auf die Wirtschaft hat. Lieber Herr Boddenberg, bei all den Dingen, die ich vorhin genannt habe – Eigenheimzulage, AfA, Pendlerpauschale – und die im Deutschen Bundestag in der Diskussion waren, müsste doch unstrittig sein, dass diese Landesregierung im Wesentlichen alles abgelehnt hat. Jetzt kommt wieder das Steinbrück-Koch-Papier, zu dem Herr Dr. Meister auch etwas gesagt hat. Das finde ich so schön, dass ich das zitieren will, weil es auch ein bisschen die Brillanz des Ansatzes zeigt, den Herr Koch zusammen mit Herrn Steinbrück vorgelegt hat. Es heißt:

Außerdem haben wir bei den haushaltswirksamen Subventionstatbeständen Kürzungen in Höhe von jeweils 4 % über drei Jahre vorgenommen. Das ist mit unserer Mitwirkung und Zustimmung geschehen. Ich glaube, es gab in der deutschen Geschichte noch nie einen Subventionsabbau mit ähnlichem Volumen.

4 %, drei Jahre. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir dies als ein historisches Ereignis ansehen, werden wir in diesem Land nicht weiterkommen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dann setzen Sie doch das um, was Sie wollen!)

Wir brauchen einen viel drastischeren Abbau von Subventionen, gegen den Sie immer gestimmt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jürgen Walter (SPD):

Schauen Sie sich einmal diese Grafiken an: Auf der rechten Seite der blaue Balken, das sind die Steuermindereinnahmen. Der dunkle Balken ist das, was wir Blockadebudget nennen. Wenn Sie Ihre Blockade im Bundesrat aufgegeben hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren, wären diese Steuermindereinnahmen im Wesentlichen durch die abgebauten Subventionen ausgeglichen. Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Ministerpräsident: Ich halte es für eine abenteuerliche politische Strategie, hier in Wiesbaden in Richtung Berlin zu fordern: „Baut Subventionen ab“, um dann in Berlin gegen jeden Subventionsabbau zu stimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade aus Sicht eines hessischen Sozialdemokraten, der erlebt hat, wie Ihre Leute im Wahlkampf durch die Lande gezogen sind und den Gärtner erzählt haben, dass die Welt untergehe, wenn die Steuerprivilegierung für Schnittblumen durch Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 16 % beseitigt würde, muss ich sagen: Herr Ministerpräsident, mit dieser Art von Rhetorik ist es nun vorbei. Jetzt ist es Zeit, dass Sie einmal Farbe bekennen

und diesen Zickzackkurs, den Sie gefahren haben, der in Wahlkampfzeiten durchaus erfolgreich war, beenden; denn mit diesem Zickzackkurs kommen Sie nicht einmal mehr in Ihrer eigenen Partei weiter, und die Tatsache, dass niemand fragt, für welches Kabinettsamt denn Roland Koch geeignet sei, spricht Bände, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abg. Dr. Lennert das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Die schärfste Waffe!)

Dr. Peter Lennert (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Walter, Sie haben sehr laut gesprochen.

(Reinhard Kahl (SPD): Eine gute Rede gehalten!)

– Gut, das ist Ansichtssache.

(Heiterkeit)

Ich denke, Sie haben sich bei Ihrer Rede gar nicht so recht wohl gefühlt,

(Lachen bei der SPD)

weil Sie so geredet haben, wie Sie normalerweise nicht reden. Ich glaube, Sie haben ein bisschen gespürt, dass Sie im Glashaus sitzen und dass es geklirrt hat. Ich empfinde Ihre Rede, gelinde gesagt, als eine ausgemachte Unverschämtheit, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Sie stellen sich hier vorne hin und reden über Ihren Antrag, über dem steht: „Antrag der Fraktion der SPD betreffend seriöse Finanz- und Steuerpolitik“.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, das brauchen wir!)

Was ist denn mit Ihrer seriösen Finanz- und Steuerpolitik? Glauben Sie wirklich, dass Sie draußen im Land noch jemand ernst nimmt?

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, Sie nimmt niemand ernst! Da haben Sie Recht!)

Woher kommt denn das Elend, dass alle öffentlichen Haushalte notleidend sind? Weshalb brechen uns denn die Einnahmen weg? Weshalb sind wir denn bei den Steuereinnahmen auf den Stand von 1998 zurückgefallen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie so eine Scheiß-Opposition in Berlin machen!)

Weshalb haben wir denn 5 Millionen registrierte Arbeitslose in Deutschland und noch einmal dieselbe Größenordnung von nicht registrierten? Darunter leiden wir doch nicht deswegen, weil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Genossen eine seriöse Finanz- und Wirtschaftspolitik machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ihr Genosse bin ich noch lange nicht!)

Doch nicht, weil Investoren Vertrauen zu Gerhard Schröder und Hans Eichel hätten. Nein, meine Damen und Herren, die rot-grüne Bundesregierung ist für die größte Ka-

pitalabwanderung, seit es diese Bundesrepublik gibt, verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie ist dafür verantwortlich, dass nicht mehr genügend investiert wird. Sie ist dafür verantwortlich, dass die Binnenwirtschaft lahmt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Der Ministerpräsident hat gestern gesagt, wir sollten nicht eine schlechte Stimmung machen! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Dann muss er noch ein bisschen üben!)

Und wer gestern Nachrichten im Fernsehen geschaut hat, hat das ganz aktuelle Resultat gesehen: AEG steht vor dem Aus. Siemens verramscht eines seiner einstigen Flaggenschiffe und verkauft die Produktion der Mobiltelefone an BenQ. Die Menschen im Land sind verunsichert. Die Leute schränken ihren Konsum ein. Sie sparen vor Angst. Sie vergrößern ihren Notgroschen, weil sie noch schlechtere Zeiten erwarten. Sie glauben nicht mehr an die Zahlen von Hans Eichel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Gegensatz zur Landesregierung!)

Sie haben durchschaut, dass er anders redet, als er handelt. Ich zitiere:

Unserer Kinder wegen, der sozialen Gerechtigkeit wegen und der Handlungsfähigkeit des Staates heute und in Zukunft wegen müssen wir heraus aus der Schuldenfalle.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

So Hans Eichel.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rot-Grün ist auch für die Schafskälte verantwortlich!)

Hehere Worte, meine Damen und Herren. Die Realität sieht dagegen verheerend aus. Nach der Zeitung des Bundes der Steuerzahler ist der Bundesfinanzminister der größte Schuldenmacher aller Zeiten.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist offensichtlich falsch!)

Zum Beispiel sollte eigentlich im Jahr 2002 die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 21,1 Milliarden € betragen.

(Norbert Schmitt (SPD): Waigel ist immer noch Rekordhalter!)

Meine Damen und Herren, es wurden 32 Milliarden €. 2003 sollten die neuen Schulden 15,5 Milliarden € betragen. Die wurden erst auf 18,9 Milliarden € und dann auf das Doppelte, also 37,8 Milliarden €, und schließlich auf 42 Milliarden € nach oben korrigiert.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

2004 sollte die Neuverschuldung ursprünglich 10,2 Milliarden € betragen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sollten nach einer so genialen Rede Dr. Meister im Bundestag ablösen!)

Gelandet ist sie bei 43,7 Milliarden €, und 2005 werden auch rund 40 Milliarden € erwartet.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt einmal die hessischen Zahlen! – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt müssen Sie Dr. Meister im Bundestag ablösen!)

Rot-Grün lähmst das Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Alle Jahre wieder sieht sich die Bundesregierung gezwungen, ihre ursprünglich ohnehin zu niedrigen Wachstumsprognosen nach unten zu korrigieren. Auch die leichte Aufwärtsbewegung im ersten Quartal vermag nicht über die Stagnation der Binnenwirtschaft hinwegzutäuschen. Sie wird für Deutschland zum Dauerzustand.

(Zuruf von der SPD: Sagenhaft!)

Zum fünften Mal in Folge sehen sich die Steuerschätzer gezwungen, die Vorausschätzungen von Finanzminister Eichel drastisch zurückzunehmen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie war das bei Waigel? – Norbert Schmitt (SPD): Wer hat geschätzt? War da der hessische Landesreferent dabei?)

Stets wird die rot-grüne Schönfärberei durch die harte Realität widerlegt. Deutschland gerät immer tiefer in die Schuldenfalle. Nach der jüngsten Steuerschätzung wird 2005 zum vierten Mal hintereinander der Europäische Stabilitäts- und Haushaltspakt im Bundeshaushalt verletzt.

(Zuruf von der SPD: Weimar legt zum vierten Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vor!)

Und was schlimm ist, meine Damen und Herren:

(Norbert Schmitt (SPD): Dass in Hessen die Verfassung mit Ihrer Stimme gebrochen wird! Der hessische Haushalt ist zum vierten Mal verfassungswidrig!)

Die internationale Glaubwürdigkeit der deutschen Finanzpolitik ist dahin.

Meine Damen und Herren, es wäre doch geradezu aberrwitzig, wenn diese Finanz- und Wirtschaftspolitik an den Ländern und Kommunen spurlos vorüberginge. Hessen ist doch keine Insel. Nein, Hessen liegt mitten in Deutschland. Wir leiden unter dieser Bundesregierung und deren miserabler Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie alle öffentlichen Haushalte stehen auch wir seit Jahren vor fast unüberwindlichen Finanzproblemen. Aber aufgrund seiner Wirtschaftskraft steht Hessen in seinem Elend noch vergleichsweise gut da.

(Zuruf von der SPD: Das war früher so!)

Das haben wir zu einem guten Teil unserem Finanzminister Karlheinz Weimar zu verdanken. Das muss hier einmal lobend gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, dass Sie das nicht ertragen können. Lachen Sie weiter, aber es ist das Lachen des Unvermögens. Herr Al-Wazir, es ist schlicht eine Unverschämtheit, wie Sie das in diesem Hause behandeln.

Von den Flächenländern hat Hessen die höchsten Steuereinnahmen pro Einwohner. Ich stelle fest: Wo die CDU regiert, geht es den Leuten eben besser.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber leider zahlen wir auch den höchsten Beitrag in den Länderfinanzausgleich. Das wirft uns auf den zehnten Platz zurück. Das haben wir Hessen nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Der Länderfinanzausgleich hat sich mehr und mehr zu einem leistungsfeindlichen System entwickelt, das die Transferempfänger besser als die Leistungsträger stellt.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie das nicht mitbekommen?)

Mit Start der CDU/FDP-Regierung in Hessen haben wir bis zum Jahr 2004 13,4 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. In derselben Zeitspanne betrug die Nettokreditaufnahme 8 Milliarden €. Ging es im Länderfinanzausgleich einigermaßen gerecht zu, hätten wir diese Schulden nicht machen müssen. Da aber die Transferempfänger in der Mehrheit sind, d. h. diejenigen, die abzocken, ist das nicht zu ändern. Der Ministerpräsident hat es versucht.

(Norbert Schmitt (SPD): „Abzocker“ hat er gesagt!)

So aber haben wir in diesem Haushaltsjahr nach Länderfinanzausgleich Steuermindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich 330 Millionen €. Das errechnet sich aus dem Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzungen mit prognostizierten Steuermindereinnahmen von 5 Milliarden €, übrigens eine neuerliche Bankrotterklärung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Mit der aktuellen Haushaltssperre hat Herr Finanzminister Karlheinz Weimar die Notbremse gezogen. Dies war richtig, um noch vorhandene Einsparpotenziale im Haushaltsvollzug des Landes zu sichern.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war noch nicht einmal eine Stotterbremse!)

Allerdings kann man von der Haushaltssperre keine Wunder mehr erwarten, schließlich wurde mit der „Operation sichere Zukunft“ bereits im vergangenen Jahr das größte Sparprogramm aller Bundesländer auf den Weg gebracht.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch das ist falsch!)

Wir konnten den Haushalt 2004 um mehr als 1 Milliarde € entlasten. Die auf Dauer angelegte Entlastung durch diese „Operation sichere Zukunft“ – ich weiß, das mögen Sie nicht hören –

(Norbert Schmitt (SPD): Es waren Verkäufe!)

beträgt für zukünftige Haushalte über 500 Millionen €, Jahr für Jahr. Hätte die Landesregierung die „Operation sichere Zukunft“ nicht so konsequent gegen den Widerstand übrigens der Opposition durchgesetzt, wäre Hessen in einer weitaus schlimmeren Lage. Das ist seriöse Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Weiter muss festgestellt werden, dass mit der „Operation sichere Zukunft“ die Spar- und Konsolidierungsmöglichkeiten eines Bundeslandes erschöpft sind. Einerseits sind Sparbemühungen richtig und wichtig, andererseits muss man darauf achten, dass Chancen, die sich nur heute bieten, nicht verpasst werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt kommt es aber!)

Unser Ziel ist daher, die möglichen Einsparpotenziale im Landeshaushalt auszuschöpfen, ohne gleichzeitig die Zukunftschancen des Landes Hessen und seiner Bürger nachhaltig zu beeinträchtigen. Dazu gehört auch, dass die Strukturen in Hessen modernisiert werden. Behörden und Ämter sind bereits neu strukturiert und konzentriert. Diese Landesregierung ist dabei, die größte strukturelle Modernisierung umzusetzen, die je ein Bundesland in Angriff genommen hat.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie ist jetzt schon so erfolgreich, dass viele andere Bundesländer dem hessischen Beispiel folgen und unseren Weg ebenfalls beschreiten wollen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Um Gottes willen!)

Es muss also da investiert werden, wo es für unsere Zukunft nötig ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Schloss Erbach! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hirschgeweih!)

Es muss da gespart werden, wo immer es möglich ist. Was daher nicht geht, ist die von der Opposition geforderte umfassende und lückenlose Haushaltssperre. Nein, Hessen muss so aufgestellt werden, dass wir unsere Spitzenpositionen ausbauen können, wenn Schröder und Eichel weg sind und die Menschen und die Wirtschaft wieder Vertrauen in eine Bundesregierung setzen können.

(Beifall bei der CDU)

Der von Finanzminister Weimar angekündigte Nachtragshaushalt 2005 wird dies berücksichtigen. Es ist doch Quatsch, diesen Nachtragshaushalt vor der Sommerpause einzufordern.

(Norbert Schmitt (SPD): Wann kommt er? – Gegenruf von der SPD: Anfang Dezember!)

– Wenn es notwendig ist. Das hängt doch von den Steuerschätzungen ab. Das hat der Finanzminister ganz deutlich gemacht. Einen Nachtragshaushalt braucht man, wenn hier wiederum eine Bankrotterklärung aus Berlin ankommt, die Steuerschätzungen wieder aus dem Ruder laufen und dann natürlich korrigiert werden muss. Dann brauchen wir einen Nachtragshaushalt.

(Unruhe – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre eigenen Leute lachen Sie aus!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Lennert, einen Augenblick bitte. Ich möchte die Abgeordneten nur darauf hinweisen, dass es einen Unterschied gibt zwischen einem sachlichen, auch lauten Zwischenruf und Feixen. Ich bitte Sie, sich etwas zusammenzureißen. – Danke schön.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

– Herr Kollege Klein, das gilt auch für Sie.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Dr. Peter Lennert (CDU):

Vor der Sommerpause haben wir vermutlich nicht einmal die Zahlen für das zweite Quartal. Die Anträge der Opposition, eine Haushaltssperre auszusprechen und einen

Nachtragshaushalt vorzulegen, waren und sind daher überflüssig – glauben Sie es mir – und kamen ohnehin nach dem Beschluss des Ministers.

Nachdem also die Bundesregierung einen erneuten Offenbarungseid leisten musste, hat Staatsminister Weimar rechtzeitig und umfassend die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Darüber hinaus müssen Maßnahmen zügig vorangetrieben werden, die durch Vereinfachung der Erhebung und weniger Bürokratie zu Mehreinnahmen führen. Vorbildlich ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag des hessischen Finanzministers zur Gründung einer so genannten Taskforce auf Bundesebene. Dies ist eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Länder. Ihre besondere Aufgabe wird es sein, Steuerschlupflöcher und überbürokratische Steuererregelungen ausfindig zu machen und zu beseitigen. Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit werden damit für alle Bürger gefördert. Als erfolgreiches Beispiel in Hessen führe ich die Sonderkontrolle bei der Zuteilung der Eigenheimzulage an.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, Sie wollten sie jetzt abschaffen!)

Diverse unrechtmäßige Zahlungen konnten aufgedeckt werden. Das Land konnte 2,5 Millionen € zurückfordern. Auch das ist seriöse Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren, Hessen wird gut regiert und ist in einer vergleichsweise guten Verfassung – trotz der Wirtschaftsmisere.

(Zuruf von der CDU: Jawohl! – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Misere muss in Berlin beendet werden. Was Deutschland fehlt, ist eine ordnungspolitische Linie. Die Reformen des Bundeskanzlers sind überwiegend zur Flickschusterei geworden. Die einzelnen Steuerarten können nicht isoliert betrachtet werden. Diesen handwerklichen Fehler macht die Regierung Schröder bis heute. Heute Morgen habe ich gelernt, auch Frau Ypsilanti neigt zu diesem Fehler.

Absenkung des Spitzensteuersatzes, Gesundheitskosten, Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer, Anhebung der Mehrwertsteuer, Ausgleich und Gegenfinanzierung müssen in einem Gesamtkonzept mit weiteren Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung stimmig sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erhöhen Sie die Mehrwertsteuer?)

Der Bürger muss wissen, woran er ist, und er darf nicht mehr belastet werden. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit und Entlastung bei den Lohnnebenkosten. Die CDU hat im Gegensatz zur Bundesregierung mit ihrem „Steuerkonzept 21“ ein schlüssiges Konzept für ein einfacheres, gerechtes und leistungsfreundliches Steuerkonzept vorgelegt.

(Zuruf von der SPD: Wie bitte?)

Aber die festgefahrenen Karren der Staatsfinanzen einerseits und der Binnengewirtschaft andererseits sind fest miteinander vertäut. Es braucht Behutsamkeit und Zeit, sie gemeinsam aus dem Jammertal zu ziehen. Vernachlässigt man einen, bricht die Geschichte insgesamt zusammen. Wichtig ist dabei, den Menschen wieder Vertrauen zu geben, sie nicht zentralistisch zu dirigieren, sondern ihnen

Spielräume zu lassen, damit sie in diesem Land – ich betone: in Deutschland und in Hessen – ihre Kräfte wieder entfalten können. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder Vertrauen in die Zukunft haben können. Aber, meine Damen und Herren, die Verunsicherung hat einen Namen.

(Zuruf: Herr Dr. Lennert!)

Es sind dies Gerhard Schröder, Joseph Fischer, Hans Eichel.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sind jetzt mehrere Namen!)

Ihre Abwahl ist der erste Schritt in eine bessere Zukunft für Deutschland.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wissen Sie, je mehr Gegenwind man aus den Reihen spürt, in denen die Opposition sitzt, desto mehr hat man den Eindruck, ordentlich getroffen zu haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Ins eigene Knie! – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vorhin immer kräftig auf dem Schlosskauf herumgehackt.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja! – Jetzt kommt es!)

Ich habe es mindestens fünfmal gehört. Ich gehe davon aus, dass dieses Thema morgen in aller Länge und Deutlichkeit behandelt wird. Es gibt noch eine Beschlussempfehlung, die hier diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, dass Sie sich nicht schämen, die Leute draußen in der Öffentlichkeit glauben machen zu wollen, dass wir 13,3 Millionen € für Hirschgeweih – so absonderlich sie auch sein mögen – ausgeben,

(Zuruf von der SPD: Das trauen wir Ihnen zu!)

daran sieht man, wie tönernd und billig Ihre Argumentation ist.

Hirschgeweih, wie sie in jedem Forsthaus und in jeder besseren Wirtschaft im Odenwald hängen, hängen natürlich auch im Schloss. Wir zahlen dafür keinen Cent.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wofür es sich aber lohnt, sich hier zu engagieren,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den verarmten Grafen!)

ist z. B. der Schöllenbacher Altar, ein einzigartiger Schnitzaltar.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist so einzigartig, dass ihn der Minister „Schöfferhofer Altar“ genannt hat! – Gegenruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Es ist wichtig, sich für die Einhardskapelle mit seltenen Grabplatten zu engagieren, denn Einhard war der Chronist Karls des Großen.

Die Sammlung umfasst auch seltene antike Marmorbüsten antiker Herrscher, z. B. die Porträtabüste Alexanders des Großen. Jeder Schüler lernt bei uns in der Schule, wer Alexander der Große war, dass er ein großer Feldherr und Staatsmann der Antike war. Diese Büste ist nur noch zweimal in der Welt vorhanden – in Athen und in London.

Wir setzen das Geld für eine Rüstung Gustav Adolfs II. und für die Altenberger Scheiben – 13 Glasgemälde aus dem 12. Jahrhundert – ein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind beim falschen Thema!)

Was wollen Sie Ihren Kindern einmal sagen, wenn sie fragen, worauf unsere Kultur und unsere Werte basieren?

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kultur ist Landschaft, Literatur, Musik und auch Dinge, die man anfassen und greifen kann. Die meisten Menschen – insbesondere Jugendliche und Kinder – erleben Kultur durch Anfassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie kürzen die Mittel für die Hochschulen und halten hier eine solche Rede! Das ist wirklich der Hammer!)

Das wollen Sie ihnen vorenthalten. Sie wollen die Gefahr riskieren, dass diese wertvollen Stücke in die gesamte Welt versteigert werden und aus dem hessischen Kulturgut verschwinden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir das UNESCO-Weltkulturerbe Limes haben und wesentliche Teile dieser Sammlung Fundstücke sind, die zu dem Weltkulturerbe Limes gehören. Das sind einzigartige Dinge.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Peter Lennert (CDU):

Meine Damen und Herren, Kultur ist ein weicher Wirtschaftsfaktor, aber sie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Es ist wichtig, dass dieses Kulturgut in Hessen bleibt, dass es hier eine Zukunft bekommt, dass die Leute sehen, wo wir herkommen, was unsere Vorfahren gemacht haben, was sie zusammengetragen haben, was ihnen wichtig war, worauf unsere Kultur basiert. Nur dann, wenn man weiß, wo man herkommt, weiß man auch, wo man hingehen muss. Das bleibt Ihnen aber verschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir in der dritten Lesung des Haushaltspans für dieses Jahr vom Kollegen Caspar lichtvolle Äußerungen über Botswana hörten, konnten wir heute den Finanzexperten Dr. Lennert vernehmen, der weiß, wo er herkommt – nämlich vom Pult –, und wo er hingehen muss, nämlich zurück auf seinen Platz.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ist das ein Niveau!)

Da drängt sich noch stärker als je zuvor die Frage auf, woher das nahezu unausrottbare Vorurteil kommt, dass die

Schwarzen eine Ahnung hätten, wie man mit Geld, insbesondere mit öffentlichem Geld, richtig umgeht.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gerade eben haben wir wieder einen Beweis dafür erlebt, dass das in der Tat ein Vorurteil ist, das durch nichts begründet ist. Wir haben einen zweiten permanenten Nachweis dafür, der durch den immer noch amtierenden Finanzminister personifiziert wird. Er beweist tagtäglich, dass niemand so nonchalant Schulden machen und gleichzeitig die Verantwortung so dreist auf andere abschieben kann wie der schwarze Kassenwart Karlheinz Weimar. Seit Jahren verantwortet er verfassungswidrige Haushalte, die schon bei der Aufstellung verfassungswidrig sind oder, wenn nicht, allerspätestens durch einen Nachtrag verfassungswidrig werden, der kurz vor Kassenschluss im Dezember deutlich höhere Schulden begründen soll – deutlich höhere, als Investitionen vorgesehen sind.

Wenn man wieder einmal die Hoffnung hatte, dass der Finanzminister irgendwann einmal aus dem von ihm angerichteten Desaster wenigstens irgendeine Kleinigkeit lernen und seinen finanzwirtschaftlichen Schlingerkurs zumindest ein klein bisschen begradigen würde, sieht man sich aufs Neue enttäuscht. Wieder werden vollmundige Begründungen für die vorgelegte Haushaltsplanung gegeben, und mit Selbstlob, das wissen wir alle, wird keineswegs gespart, um kurz darauf die eigene Verantwortung zu verleugnen und gebetsmühlenartig die Schuld auf andere zu schieben. Es ist genauso offenkundig wie peinlich, wie die Argumente wahllos zusammengewürfelt werden. Nur eines steht immer fest: Die eigene Verantwortung wird geflissentlich übersehen.

Ich will nur ein Beispiel dafür bringen. Wir diskutieren heute nicht zum ersten Mal über die Finanzlage des Landes. Mehrere Jahre hintereinander hat Weimar die Annahmen der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung, die der Haushaltsplanung zugrunde liegen, nach eigenem Gusto für seine Haushaltsbegründung verändert. Insbesondere als die „Operation düstere Zukunft“ vor zwei Jahren begründet werden sollte, wurde die Wachstumserwartung deutlich reduziert. Im Haushalt für dieses Jahr, vorgestellt im vergangenen Herbst, wurde zur Erläuterung folgende etwas überraschende Aussage getroffen:

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem die Hessische Landesregierung aufgrund der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit vorsorglich bei der Haushaltshaufstellung 2004 für die Jahre 2003 und 2004 ein Wirtschaftswachstum unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Projektion unterstellte, erscheinen in diesem Jahr die Annahmen der Bundesregierung vertretbar.

So heißt es wörtlich in der Begründung zum Haushalt, verantwortet von Herrn Weimar. Warum das, was kurz zuvor noch pures Teufelszeug war nach dem Motto „Die Bundesregierung hat immer Unrecht“, jetzt plötzlich vertretbar ist, dafür gab es keine Begründung. Für den Haushalt 2005 ging es allerdings entscheidend darum, die Einnahmeberechnung möglichst schön zu gestalten, weil eine neuerliche „Operation düstere Zukunft“ allzu deutlich gemacht hätte, wie sinnlos dieser Ansatz überhaupt ist.

Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen, und Weimar verkündet zur Abwechslung wieder einmal eine Haushaltssperre – ein Mittel, das er in den Vorjahren mehrfach verschmähte. Da war von „kollegialen Vereinbarungen im

Kabinett“ die Rede. Man kann nicht umhin, festzustellen, Herr Finanzminister: Im Vergleich zum finanzpolitischen Kurs der Regierung Koch ist ein Panoptikum ein höchst geordnetes System, und jeder Slalom wirkt im Vergleich dazu absolut geradlinig.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da kann man nur wieder einmal auf die schon klassisch gewordene Definition des weimarschen Unvermögens verweisen. Ich hätte wirklich nie gedacht, dass diese so oft so treffend ist, aber sie stammt eben aus einem Blatt, das tatsächlich für kluge Köpfe ist. Sie kennen sie, Sie hören sie jetzt wieder, ich zitiere:

Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

Wer – wie Weimar – nicht einmal als seriös gelten kann, der freut sich natürlich über Zuspruch, insbesondere wenn er vom Kollegen Milde kommt. Herr Kollege Milde, es ist zwar unerträglicher Unsinn, was von Ihnen im Namen der CDU im Zusammenhang mit der Finanzpolitik verbreitet wird, aber es ist wenigstens gut gemeint.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Pressemitteilung des Kollegen Milde zur Haushaltssperre lesen wir – ich zitiere –:

Die beschlossene Haushaltssperre ist ein wichtiger und sinnvoller Weg, um die Zukunftschancen Hessens zu bewahren.

Einen Atemzug später erklärt Milde in derselben Erklärung, dass diese Haushaltssperre einzig und allein von der rot-grünen Bundesregierung verursacht sei. Meine Damen und Herren, wenn man das richtig zusammensetzt und versteht, veranlasst also nach Auffassung des Kollegen Milde einzig und allein die Bundesregierung die Hessen, einen richtigen und sinnvollen Weg zur Bewahrung der Zukunftschancen einzuschlagen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das haben Sie in dieser Presseerklärung ausgeführt. Verehrter Herr Kollege Milde, so dick wie Sie hätte ich es gar nicht aufgetragen, aber wenn Sie das so formulieren und der Bundesregierung eine solche Bedeutung geben: Wir GRÜNEN wollen dem nicht widersprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Berliner Finanzpolitik ist jedenfalls immer noch um Klassen besser als das, was hier in Wiesbaden verzapft wird. Genau dies hat dankenswerterweise auch der Kollege Milde festgestellt und per Presseerklärung verbreitet. Meine Damen und Herren von der CDU, um diesen sinnvollen Weg der Bewahrung der Zukunftschancen jetzt auch zu sichern, warten wir alle auf einen Nachtragshaushalt – vor der Sommerpause, nicht erst im Advent, Herr Kollege Lennert. Die gesamte Opposition will damit der Regierung die Gelegenheit geben, die Chancen Hessens zu nutzen. Diese Gelegenheit, Herr Finanzminister, sollten Sie nicht ausschlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Heute Morgen haben die Protagonisten des so genannten Neuanfangs für Deutschland – das sind die, die eine durch und durch schwarze Republik als Evangelium verkünden – in ihrem realsatirischen Entschließungsantrag von 3,9 Millionen Informatikstudenten und von 22.333 neu zu bauenden Schulen geschwärmt. Ich frage mich: Wer braucht so etwas eigentlich? So einen Unsinn schreibt doch nur jemand, der von seiner absoluten Mehrheit besoffen ist und der die Realitäten in diesem Land nicht sehen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wem sollen denn 3,9 Millionen Informatikstudenten oder 22.333 neue Schulen tatsächlich nützen? Meine Damen und Herren von der CDU, beantworten Sie diese Frage doch einmal. Sie haben diese strahlende Perspektive in Ihren Antrag hineingeschrieben.

Die Frage werden Sie nicht beantworten können. Überhaupt sind Fragen offensichtlich nicht Ihr Ding. Es geht hier ja in der Hauptsache um einen Propagandaantrag. Sie sollten an diesen oder an anderen Punkten mehr kritische Fragen stellen, auch an Ihre Landesregierung. Dann würden keine Schlösser gekauft, die das Land überhaupt nicht braucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen das Schloss Erbach nicht zu kaufen. Es steht bereits in Hessen, und niemand wird es wegtragen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will hier aber nicht ablenken. Über den Schlosskauf sprechen wir morgen in einer gesonderten Debatte. Das Thema ist jetzt die Finanzpolitik der Union in Hessen und im Bund.

Wenn man sich die Anträge anschaut, die wir zu diesem Tagesordnungspunkt zusammengefasst haben, stellt man erneut fest, es ist ziemlich anödend, dass die Landesregierung und mit ihr die CDU-Mehrheitsfraktion auf alle Anläufe der Opposition, endlich eine vernünftige Finanzpolitik zu betreiben, regelmäßig mit völliger Verständnislosigkeit reagiert. Der vorgeschobene Redner hat das überdeutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich Folgendes an: Am 15. Februar stellt die SPD einen Antrag, der begründet ein Umsteuern in der Finanzpolitik fordert. Vom 8. März stammt die Forderung der FDP: „Strukturveränderungen im Haushalt jetzt“.

Was ist seitdem geschehen? Finanzminister Weimar erlässt am letzten Maitag eine Haushaltssperre, weil er sich weder an strukturelle Änderungen noch an eine Kursänderung im Haushalt getraut hat. Man muss es immer wiederholen: Sie haben 1999 einen Konsolidierungskurs in der Haushaltswirtschaft von Rot-Grün geerbt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das Ausgabevolumen wurde jährlich um ca. 0,5 % gesenkt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist richtig!)

Das klingt nicht nach viel. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie – zunächst gemeinsam mit der FDP, später allein – diesen Kurs nicht verlassen hätten, gäbe es heute weder verfassungswidrige Haushalte noch solche Lücken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber Sie haben jahrelang alle Mahnungen ignoriert, und jetzt machen Sie für den Sturz in das Schuldenloch natürlich die anderen verantwortlich.

Damit sind wir an einem entscheidenden Punkt. Das, was wir hier erleben, ist nichts anderes als das widerwärtige Verhalten des Brandstifters, der noch mit der Lunte in der Hand nach der Feuerwehr ruft. Ebenso ist das Verhalten der CDU in den von ihr regierten Ländern und im Bundesrat zu beschreiben – regelmäßig von Roland Koch aufgehetzt, alles zu blockieren und dann vor Ort die Löcher bei den Einnahmen zu beklagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sich im eigenen Land hinzustellen und für alles die Bundesregierung und Rot-Grün verantwortlich zu machen, obwohl in Wahrheit einzig und allein das eigene Verhalten das Desaster verursacht hat, ist der Trick, mit dem Sie es immer wieder versuchen. Das werden wir immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Von den vom Deutschen Bundestag mit rot-grüner Mehrheit von 2003 bis Ende 2004 verabschiedeten Maßnahmen zum Subventionsabbau in Höhe von insgesamt 33,9 Milliarden € jährlich – auf volle Wirksamkeit hochgerechnet – ist gerade einmal ein Drittel realisiert worden. Aber Finanzentlastungsmaßnahmen in Höhe von jährlich fast 23 Milliarden € sind an der schwarzen Blockade gescheitert. Hessen – viele andere Bundesländer auch nicht – hätte keine Haushaltskrise, wenn nicht das Njet der CDU, insbesondere das von Roland Koch, immer wieder einen Subventionsabbau verhindert hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, da nützt es auch nichts, sich der Koch-Steinbrück-Aktion zu rühmen. Der Ministerpräsident hat das heute Morgen auch wieder versucht. Das war wahrlich kein durchgreifender Subventionsabbau. Vielmehr war das ein Gießkännchen im Sandkasten. Noch nicht einmal eine solch skurrile Subvention – das ist mein Lieblingsthema – wie die Befreiung des Haustrunks von der Biersteuer konnte abgeschafft werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das nicht oft genug sagen. Man müsste vielmehr in allen Sälen und auf allen Plätzen laut rufen: Die Finanzkrise der öffentlichen Hände ist von der CDU und der CSU mit Bedacht ins Werk gesetzt worden. Die Parteipolitik kommt ganz klar und deutlich vor den staatspolitischen Notwendigkeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Plastischer kann man das nicht mehr vorführen. Stets und ständig die Bundestagsmehrheit durch eine Sabotage im Bundesrat zu blockieren, aber selbst keine konstruktiven Vorschläge machen zu können oder zu wollen ist eine vorsätzliche Schädigung des Ansehens und der Funktionsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen auf allen Ebenen. Davon kommen Sie nicht weg, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieses Verhaltens sind die von Rot-Grün bisher erreichten Fortschritte in der Steuerpolitik durchaus beachtlich. Das Erbe von Schwarz-Gelb – die Gelben nennen sich immer gern „Steuersenkungspartei“ – lautete wie folgt. Einkommensteuer: Eingangssatz 23,9 %, Spitzensatz: 53 %. Heute liegt der Eingangssatz bei 15 %, der Spitzensatz bei 42 %. Das heißt, der Eingangssatz ist um mehr als ein Drittel abgesenkt worden. Der Spitzensatz liegt noch um mehr als 20 % niedriger. Sie können sich das auf dieser Grafik anschauen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Einen solchen Tarifsnitt hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Vor allem hat es das nicht gegeben, solange die so genannte Steuersenkungspartei FDP mit in der Verantwortung war. Schwarz-Gelb steht vielmehr – das ist keine politische Polemik, sondern die historische Wahrheit – für regelmäßige Steuererhöhungen, sei es die Mehrwert- oder die Mineralölsteuer – um nur zwei Beispiele zu nennen. Auch anhand der Grafiken können Sie erkennen, dass sowohl der Eingangs- als auch der Spitzensatz zu schwarz-gelben Zeiten immer deutlich höher lagen. In diese Zeit fiel sogar der absolute Spitzenvwert.

Mit Blick auf die avisierte Bundestagswahl erscheint die steuerliche Situation, wie sie uns die Bundestagsopposition derzeit präsentiert, geradezu makaber. Tumultartig quillt aus den Ritzen hervor, was in der Tiefe der schwarzen Seele so alles angehäuft ist. Plötzlich soll die Eigenheimzulage nicht mehr tabu sein. Herr Stoiber kündigt Einschnitte an. Auch die Kilometerpauschale soll dran glauben. Diese Forderung kommt ausgerechnet vom Finanzminister des Musterländes der Autobauer. Da reibt man sich verwundert die Augen. Was gestern noch Teufelszeug war, ist heute – nachdem der Teufel weg ist – salofähig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was heute noch blockiert wird, soll morgen gemacht werden – wenn man nur an die Macht kommt. Dreister kann man es kaum treiben. Das ist politische Erpressung in ihrer reinsten Form.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es geht nicht darum, Lösungen für Probleme zu finden, sondern darum, das Gemeinwesen so lange zu blockieren und die Staatsfinanzen so lange zu ruinieren, bis man sich an die Macht gebracht hat, und dann lauthals über die Erblast zu klagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der Union, was wollen Sie denn über den Wunsch hinaus, sich endlich in Berlin auf die Ministersessel zu setzen? Aus Hessen wird keiner kommen. Deshalb können Sie eigentlich ganz entspannt sein. Darüber haben wir heute Morgen schon diskutiert.

(Ministerpräsident Roland Koch: Was soll dann der Vorwurf?)

– Herr Ministerpräsident, wenn es aus Hessen keiner wird, dann braucht Ihr auch nicht zu taktieren, sondern könnt endlich einmal die Wahrheit sagen und zur Klarheit beitragen. Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie heute Morgen versucht haben, nämlich Verwirrung zu stiften.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der „Zeit“ vom 2. Juni sagt Herr Stoiber, es gelte das Konzept Merz-Faltthauser mit Einkommensteuersätzen von 12 bis 39 %. Das bedeutet eine deutliche Nettosteuerentlastung. Drei Tage später sagt Koch im Deutschlandfunk, dass er den Menschen keine Steuerentlastung versprechen wolle. Zum Thema Steuererhöhung gibt er den Kaiser Franz: Schauen wir mal.

Andere in der CDU haben längst eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert, während Westerwelle wiederum zum Kaventsmann wird und alles Sozialdemokratische aus der Union wegspülen will. Als kleine Kompensation für die jetzt so viel schwieriger gewordene Steuerhinterziehung fordert er eine niedrige Abgeltungsteuer für Kapitalerträge.

Ja, es ist Wahlkampf. Jeder versucht zunächst, sich der Unterstützung seiner Klientel zu versichern.

(Frank Gotthardt (CDU): Gut, das ihr es anders macht!)

Gern wird dann das eine oder andere vergessen, was man jahrelang gefordert hat, nicht wahr, Herr Kollege Gotthardt? Herr Kollege Al-Wazir hat heute Morgen bereits davon gesprochen. Das klassische Beispiel ist die Öko-steuer. Bisher gilt sie als Ausbund des grünen Horrors schlechthin. Laut Edmund Stoiber soll sie nun doch nicht abgeschafft werden. Dafür soll aber die Steuerfreiheit von Schichtzulagen, wie Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen, abgeschafft werden.

Kommen wir zu den Steuersenkungen nach der „Merz-Faltthauser-Tapete“. Übrigens nenne ich in Zukunft all das „Tapete“, was ein Konzept der Union sein soll.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das haben wir vom Wissenschaftsminister gelernt, und das ist auch ein passender Name: Vorne ist sie blumig oder rau, je nachdem, auf jeden Fall ist sie hinten klebrig, denn sonst fällt sie gleich hinunter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Merz-Faltthauser-Tapete wird wegen des Wegfalls der Steuerfreiheit der Zuschläge zu einer stärkeren Belastung der Bezieher kleiner Einkommen und zu einer Entlastung der Bezieher höherer Einkommen führen, wenn das Konzept insgesamt so umgesetzt wird.

All das sollten die Wählerinnen und Wähler in der Tat wissen. Auch wir sollten das im Rahmen einer Diskussion wissen, wenn wir die schwarze Kakophonie richtig einschätzen wollen.

Was die Schwarzen und die Gelben wirklich wollen, bleibt im Nebel und ist, überdeckt von den Schlachtgesängen, kaum vernehmbar. In Wirklichkeit wollen Sie – ich sagte es bereits – auf die Ministersessel kommen. Man rangelt um die Plätze, und man verteilt bereits Bärenfelle, deren Besitzer noch munter brummen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Merz meldet sich und fordert Stoiber auf, zu erklären, was er denn nun werden wolle. Stoiber hält sich zurück, denn er möchte erst wissen, ob Merkel wirklich gewinnt oder ob es ihr so geht, wie es ihm selbst ergangen ist. Doch

Merz scharrt mit den Füßen; er will nun endlich die Bierdeckel-Steuererklärung einführen und freut sich bereits auf die Umsatzsteigerung bei den heimischen Bierfilzmanufakturen. Er hat aber wiederum Angst davor, was der Meister jetzt macht. Weimar ist noch nicht einmal als Schattenhalldri in der Diskussion.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir alle freuen uns auf den Wahlkampf. Aber worauf freut sich Roland Koch? Er freut sich weder auf einen Sieg von Merkel noch auf die Perspektive, in dem von ihm heruntergewirtschafteten Hessen bleiben zu müssen, während andere bei George W. Bush am Kamin sitzen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An Main und Fulda findet Roland nicht die Herausforderung, die er sucht. Hier versauert er. Man sieht es ihm deutlich an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Noch manch interessanter Auftritt ist vor und nach dem magischen Datum 11. Juli zu erwarten, wenn die vereinte Union der Wahlkämpfer die Hosen herunterlassen will und ihr Programm enthüllt. Dann können wir sehen, wie nackt und bloß Sie dastehen, erschöpft von der Blockade und ratlos mit Blick auf die Zukunft.

(Michael Denzin (FDP): Tata, tata!)

Dann gehen die Tumulte erst richtig los. Die Wahl im September ist noch lange nicht entschieden. Bis dahin werden wir alle noch viel Freude haben.

Ich komme zum Schluss und stelle fest: Der Sommer lässt noch auf sich warten, aber das schwarze Sommertheater ist schon in vollem Gang. Mal sehen, ob es nach dem letzten Akt nicht doch die Tragödie der Union mit der tragischen Helden im Untergang geben wird. – Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. von Hunnius für die Fraktion der FDP das Wort.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Überrascht konnte eigentlich niemand sein: Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hatte – wie schon achtmal zuvor – eine zu optimistische Steuerprognose vorgelegt. Überrascht konnte eigentlich niemand sein: Das von der Bundesregierung angegebene Wachstumsziel für das laufende Jahr wird wieder einmal verfehlt, wie schon in so vielen Jahren zuvor.

Schuld an der Steuerschätzung ist nicht der Arbeitskreis, schuld an der Steuerschätzung ist die von der Bundesregierung bewusst überzogene Wachstumsvorgabe, die logischerweise zur Schätzung überhöhter Einnahmen führt.

(Norbert Schmitt (SPD): Schuld ist die Konjunktur! Das haben auch alle Institute gesagt!)

– Herr Kollege Schmitt, schuld an der miserablen Wirtschaftspolitik – die Deutschland die rote Laterne im Reigen aller EU-Mitgliedstaaten eingebracht hat – ist nicht der französische Staatspräsident Chirac, auch nicht Guido Westerwelle, um das gleich zu sagen. Schuld sind nicht irgendwelche überirdischen Mächte, die sich gegen Deutschland verschworen haben. Schuld sind nicht ausländische Heuschrecken, die unser Land überfallen haben. Schuld ist einzig und allein die Politik der Bundesregierung und damit die Bundesregierung selbst.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer diese Politik ändern will, erreicht dies sicherlich nicht, indem er Chirac beschimpft, sich über Westerwelle beschwert, düsteren Mächten nachspürt oder sich eine große Heuschreckenklatsche anschafft, sondern er erreicht es, indem er eine schlechte Bundesregierung gegen eine bessere austauscht.

(Beifall bei der FDP)

Die Chance dazu besteht voraussichtlich noch in diesem Herbst. So ganz genau weiß man nicht, wer noch vor- oder zurücktritt, wer noch reingehievt wird. Da gibt es noch lebhafte Diskussionen in der SPD. Warten wir es einmal ab.

Aber, Herr Ministerpräsident Koch und Herr Finanzminister Weimar, damit darf das Bemühen um eine gute Finanzpolitik im Lande Hessen nicht enden.

Bei der Aufstellung des Landshaushaltes für das Jahr 2004 haben Sie die Wachstumsprognose der Bundesregierung richtigerweise halbiert. Sie haben nicht geglaubt, was Eichel gesagt hat. Das war voll und ganz zutreffend, denn wir haben gemerkt, dass trotzdem die Steuern nicht eingegangen sind, die damals geschätzt wurden. Das war also eine überaus weise Vorsichtsmaßnahme und wurde von uns gelobt.

Im Jahr 2005 haben Sie beschlossen, dass Eichel und Clement Ehrenmänner sind, und deren Zahlen übernommen. Meine Damen und Herren, das war vorsätzlich falsch.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Aufstellung des Landshaushalts 2004 haben Sie die schon häufig zitierte „Operation sichere Zukunft“ verkündet. Deren Auswirkungen waren zwar weit bescheidener als vorausgesagt, aber es lagen ihr zwei wichtige und richtige Erkenntnisse zugrunde. Die erste lautete: Um den Haushaltssausgleich zu schaffen, müssen die Ausgaben den Einnahmen – und nicht die Einnahmen den Ausgaben – angepasst werden.

(Beifall bei der FDP)

Die zweite Erkenntnis war: Die Personalausgaben lassen sich strukturell nur senken, wenn der Personalbestand sinkt.

Im Jahr 2005 haben wir zwar eine Folgewirkung der „Operation sichere Zukunft“, aber ein neues Einsparprogramm ist mit nichts verkündet worden. Im Gegenteil, eine Reihe von Positionen, die damals gekürzt wurden, sind erneut aufgestockt worden. Damit wurde der Spareffekt zunichte gemacht.

Das war kurzsichtig. Denn schon im Haushaltssplan 2005 hat das zu einer Neuverschuldung von 1,1 Milliarden € geführt – eine Neuverschuldung weit über der Verfassungsgrenze. Es war kurzsichtig, weil es sich jetzt angehts zurückbleibender Steuereinnahmen bitter rächt.

Dies macht eines deutlich: Diese Landesregierung verfügt über kein konsistentes glaubhaftes und langfristig angelegtes Konzept zur strukturellen Haushaltskonsolidierung. Sie kuriert an Symptomen, zugegeben, hat aber nicht den Mut, an die Ursachen heranzugehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Auch ein Vergleich mit den Leistungen anderer ist wenig tröstlich. Zunächst einmal der Vergleich mit der Bundesregierung, die nur noch überlegt, in welchen Worten sie ihren Insolvenzantrag am besten formuliert. Diesen Vergleich wird man wirklich nicht wählen dürfen, das wäre unfair für die Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Widmen wir uns dem Vergleich mit anderen Bundesländern, wie der Kollege Boddenberg das in einer Presseinformation getan hat. Legen wir dabei als entscheidende Größe den Finanzierungssaldo zugrunde, dann liegt Hessen beim Saldo pro Kopf der Bevölkerung auf Platz 8 von 13 Flächenbundesländern. Das kann so richtig beruhigend nicht sein.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Es stimmt zwar, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen liegen hinter Hessen, aber das kann uns sicherlich nicht zufrieden stellen.

Das Ziel, das langfristige Ausgabenniveau den langfristigen Einnahmen anzupassen, ist erreichbar. Davon sind wir voll und ganz überzeugt.

Sehen wir uns die Steuereinnahmen des Landes Hessen in den letzten Jahren doch einmal an. Da wird immer über Steuerlöcher diskutiert. Man weiß nie: Wie entsteht das Loch? Worauf ist das Loch bezogen? Wird es auf eine ältere Prognose bezogen, auf eine Wunschvorstellung oder auf das Ist?

Nehmen wir einfach einmal die Iststeuereinnahmen der Jahre 2004, 2005 und 2006 – für 2005 und 2006 jeweils die letzte Prognose. Im Jahr 2004 hatte Hessen Steuereinnahmen in Höhe von 11,2 Milliarden €. Nach der letzten Prognose werden es im Jahre 2005 11,5 Milliarden € sein, im Jahre 2006 11,7 Milliarden €. Auch wenn wir sicherheitsshalber weitere Abschläge bei der letzten Steuerschätzung vornehmen – es ist sicherlich weise, das zu tun –, dann sehen wir: Die Steuereinnahmen sind im Wesentlichen konstant.

(Minister Karlheinz Weimar: Was? 1998er-Niveau!)

– Ich habe es gerade vorgelesen. Herr Minister, ich habe Ihnen die Zahlen von 2004 bis 2006 vorgelesen. Diese sind konstant, unbestritten; sie steigen sogar geringfügig.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): In der Prognose!)

– Ja, natürlich.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Aber wenn man die 300 Millionen € abzieht?)

– Nein, das ist die Prognose nach Abzug der 300 Millionen € für 2005 und der 720 Millionen € für 2006. Leute, ich nehme die Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung en, letzter Stand vom Mai 2005; diese Zahlen habe ich Ihnen eben vorgelesen. Diese Zahlen hat die Regierung selbst veröffentlicht, das ist unbestritten. Darüber müssen wir nicht streiten. Sie müssten, könnten und sollten steigen, keine Frage. Sie tun es nicht. Sie sind viel zu

gering. Herr Minister, das Niveau ist viel zu gering, aber seit 2004 sind sie konstant, sie steigen sogar geringfügig. Und das gilt nach der Abführung an den LFA – zur Klarstellung.

Eine strukturelle Sanierung des Landshaushalts setzt zweierlei voraus: Klarheit in den Zielen und Klarheit in der Strategie.

Was heißt für uns Liberale Klarheit in den Zielen? Das heißt zunächst einmal: runter mit der Neuverschuldung, unter die Verfassungsgrenze; dann eine Nullneuverschuldung; dann Nettotilgung. Stattdessen sieht die Landesregierung bis zum Jahr 2008 lediglich eine Verminderung der Neuverschuldung auf 700 Millionen € vor. Nach den letzten Zahlen scheint mir auch das nicht mehr realistisch zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Zweites klares Ziel, wie wir es sehen: konsequenter Abbau der Personalausgaben – als absoluter Betrag wie als Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben. Stattdessen sieht die Landesregierung bis zum Jahr 2008 nach ihrer eigenen Finanzplanung eine Steigerung der Personalausgaben und eine unverändert hohe Personalausgabenquote vor.

Drittens. Für uns ist klar: Ein klares Ziel muss der Vorrang für die Prioritätsbereiche Bildung und Hochschulen sein. Stattdessen hat die Landesregierung den Hochschulpakt aufgekündigt und spricht über Senkungen oder Nichtsenkungen – jedenfalls hat sie den Prioritätscharakter dieser beiden Bereiche nicht weiter durchhalten können.

Strukturelle Sanierung setzt aber auch Klarheit in der Strategie voraus. Strategie heißt für uns zum einen: konsequente Aufgabenkritik in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Landesverwaltung. Stattdessen werden Personalkürzungsvorgaben – deren Zustandekommen zumindest niemand von der Landesregierung erklären konnte, die vom Himmel fallen oder willkürlich sind – gemacht, und die betroffenen Bereiche müssen sich nach der Decke strecken. Das heißt, die Aufgaben definieren sich daraus, welches Personal aufgrund dieser Vorgaben zur Verfügung steht.

Zweite Strategie: Konzentration der Landesverwaltung auf den Kernbereich staatlicher Tätigkeit. Der müsste zunächst einmal definiert werden. Dazu aber sehen wir bei der Landesregierung keinen Ansatz.

Drittens. Klarheit in der Strategie verlangen wir in Bezug auf das Landesvermögen. Wir möchten gern das Landesvermögen durch gezielte Privatisierung, Verkauf von Beteiligungen sowie die Veräußerung von Grundvermögen aktivieren. Eine Beteiligungspolitik, die diesen Namen verdiente – wir haben dazu Berichtsanträge gestellt –, konnte leider nicht identifiziert werden.

Mit der Veräußerung wichtiger Landesbeteiligungen könnte – das hat Jörg-Uwe Hahn durch eigene Gespräche eruiert – innerhalb kürzester Zeit ein zehnstelliger Betrag aktiviert werden, der die Zinsausgaben bereits im kommenden Jahr sinken ließe und den Handlungsspielraum des Landes vergrößern würde. Es wäre nicht verkehrt, dem einmal nachzugehen.

Letztlich fordern wir Klarheit der Strategie in einer Reduzierung, Befristung und Neuausrichtung der Subventionen. Hier warten wir interessiert auf Vorschläge.

Statt langfristig ausgerichteter finanzpolitischer Aktion erfolgt kurzfristige, taktisch bestimmte und zudem noch verspätete Reaktion: Am 17. Mai gibt der Finanzminister

bekannt, dass für das Jahr 2005 mit Steuermindereinnahmen in Höhe von 330 Millionen € nach LFA zu rechnen ist, im Jahr 2006 mit 720 Millionen € nach LFA. Statt sofort eine totale Ausgabensperre zu verhängen, um die weiteren Maßnahmen in Ruhe planen zu können, wartet er bis zum 31. Mai, bis irgendetwas geschieht. Aber was geschieht dann? Die haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 LHO ist in Wahrheit ein Haushaltssperrchen, denn bezogen auf ein Gesamtvolume der bereinigten Ausgaben von ca. 18 Milliarden € werden – man höre und staune – die sächlichen Verwaltungsausgaben um 2 % reduziert.

Das sind 20 Millionen €. Es sind steigende Einnahmen durch Gebühren vorgesehen. Es werden weniger Zinseinnahmen vorgesehen. Bei vorfinanzierten Maßnahmen kommt es zu Kürzungen, die nach Angaben des Finanzministers zwischen 1 Million und 9 Millionen € liegen. Die Zuwendung aus Lottomitteln wird um 230.000 € reduziert. Dies alles macht nach Schätzung des Ministers zusammen 100 bis 120 Millionen € im Jahr 2005 aus. Von diesem Betrag bezieht sich ein großer Teil nicht auf Kürzungen, sondern er wäre im Haushaltsvollzug ohnehin entstanden. Insofern kann man nicht von einer Haushaltssperre sprechen, sondern hier sind ein paar Dinge zusammengekehrt worden, von denen man erwarten kann, dass man sie ohnehin erwirtschaftet. Das alles zusammengestellt und daraus eine Sperre gemacht, und das wars – Herr Minister Weimar, so sieht eine konsequente und entschlossene Einsparpolitik, wie wir meinen, nicht aus.

(Beifall bei der FDP)

Wenn nichts Drastisches geschieht, haben die Steuermindereinnahmen im Jahr 2005 im Wesentlichen keine andere Auswirkung als noch weiter steigende Schulden. Die Nettoneuverschuldung würde von 1,1 Milliarden auf mindestens 1,3 Milliarden € steigen und sich damit noch weiter von der Verfassungsgrenze entfernen.

Machen wir uns nichts vor, eine neue Bundesregierung mit neuer Wirtschafts- und Finanzpolitik – dazu muss ich den Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: ich habe mir gestern Abend im Fernsehen ein Gespräch mit Herrn Dr. Meister angesehen;

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, bei Ihnen ist er!)

wenn das die Finanzpolitik der CDU wird, dann sind wir uns in Steuerfragen an der Stelle einig, das kann ich Ihnen wirklich versprechen, da liegen wir weitgehend auf ähnlicher Linie –

(Beifall bei der FDP)

wird einen neuen Kurs in der Steuerpolitik bringen. Das alles leistet einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Konsumenten und Investoren wieder Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Landes haben. Aber sie allein wird das hessische Finanzproblem nicht lösen können. Das ist auch unbestritten. Deshalb fordert die FDP-Fraktion in ihrem Antrag vom 31. Mai – der ist dankenswerterweise schon von den Kollegen zitiert worden – erstens einen Kassensturz, zweitens eine sofortige, umfassende und lückenlose Haushaltssperre, um Zeit für die Planung weiterer Maßnahmen zu gewinnen

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Minister, mit Ausnahme gesetzlicher Tatbestände, das ist klar, sonst wäre es ein Haushaltssicherungsgesetz –,

drittens die Einbringung eines Nachtragshaushaltes noch vor der Sommerpause 2005,

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

und zwar eines Nachtragshaushalts mit Einsparmaßnahmen in allen Bereichen. Lediglich zwei Schwerpunktbereiche – Schule und Hochschule – sind nach unserer Überzeugung von Kürzungen völlig auszunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zu einem Thema, das morgen noch ausführlicher Diskussionsgegenstand sein wird. Aber ich will es, weil das bei den sechs Anträgen, über die wir heute sprechen, in einem Antrag mit vermerkt worden ist, zumindest erwähnen. Dieser Vorgang ist mit der schönen Stadt Erbach im Odenwald verbunden, die den meisten Hessinnen und Hessen erst durch den Hessentag bekannt und lieb geworden ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da gibt es Geweihe!)

Wer keinen Kassensturz macht, wer mit einer Verschuldung oberhalb der Verfassungsgrenze lebt und eine weitere Erhöhung der Verschuldung um mehrere hundert Millionen Euro zu erwarten hat, wer für Zinsen mehr Geld ausgeben muss, als er mit neuen Schulden im gleichen Jahr hereinbekommt, der kann nach fester Überzeugung der FDP-Fraktion in diesem Hause gar nicht ernsthaft erwägen, den Erbach-Deal – nehmen wir das Wort vom letzten Jahr – mit einer unmittelbaren Belastung von 13,3 Millionen € und weiteren Belastungen von mindestens 120.000 € pro Jahr ohne jegliche zeitliche Begrenzung abschließen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Auf das Begehr der Landesregierung gibt es aus unserer Sicht nur drei Antworten: das nicht, so nicht und jetzt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich will auf die Fragen der Steuerpolitik nicht mehr ausgiebig eingehen. Der Kollege Hahn hat heute Morgen aus einem anderen Anlass das Steuerkonzept der FDP kurz dargelegt. Für alle, die bei diesem Punkt vielleicht nicht ganz zugehört haben: Die FDP ist die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die ein eigenes Konzept als Gesetzentwurf eingebracht hat,

(Beifall bei der FDP)

ein einfaches Konzept der Einkommensbesteuerung mit hohen Freibeträgen, 7.700 € pro Person, Kind, Kegel oder Erwachsener, mit drei Grenzsteuersätzen, 15 %, 25 %, 35 %, mit weitestgehender Abschaffung von Sondertatbeständen. Dieses haben wir inzwischen um ein Unternehmenssteuerkonzept ergänzt, das mit 25 % in der Spur endet, das rechtsformneutral ist, also Unternehmensgewinne einheitlich besteuert, egal, ob sie von einer GmbH oder einem Einzelunternehmen kommen, und dies alles bei Fortfall der Gewerbesteuer und der Einräumung eines Hebesatzes auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das ist mit kurzen Worten unser Konzept.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir dieses Konzept umsetzen, dann wird es auch bedeuten, dass vieles gestrichen wird, was im Augenblick für die Menschen bequem ist. Wir bekennen uns dazu, dass das gestrichen werden muss, aber nicht, um temporär hier

zu streichen und dort etwas gegenzufinanzieren, sondern um das ganze Konzept in sich schlüssig zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir dieses Konzept realisieren, dann gibt es überhaupt keinen Anlass, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Wer die Mehrwertsteuer erhöht, nimmt bewusst in Kauf, dass die Inflationsrate in diesem Lande steigt,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren Sie auch dabei!)

nimmt in Kauf, dass Kaufkraft entzogen wird, und – Herr Kollege Kaufmann – er nimmt in Kauf, dass dem Einzelhandel, der ohnehin um seine Existenz kämpft, das Leben noch viel schwerer gemacht wird.

(Beifall bei der FDP)

Schon die Diskussion darüber ist weiteres Gift für die Konjunktur. Ich habe wenig Verständnis, dass darüber gesprochen wird, ob wir 16 %, 18 %, 20 % machen. Das ist alles schädlich, weil es den Glauben der Menschen in die Zukunft einfach beseitigt und an der falschen Stelle einsetzt.

Für den Haushalt wie für die Steuerpolitik gilt: Erfolg hat auf Dauer nur, wer über die Situation ehrlich informiert, wirkliche Lösungen statt leerer Parolen anbietet und konsequent handelt. – Mehr Ehrlichkeit, bessere Lösungen und mehr Konsequenz – das haben die Bürgerinnen und Bürger hier in Hessen, aber auch in ganz Deutschland verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, in welcher Art Rot-Grün hier auftritt, wenn man einmal sieht, was sieben Jahre Rot-Grün in Deutschland angerichtet haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer sachbezogen!)

Wir haben in Deutschland vollständig den internationalen Anschluss verloren. Wir hatten voriges Jahr in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 1,6 %. Wir hatten vier Arbeitstage mehr, was das Wirtschaftswachstum natürlich entscheidend mitgeprägt hat. Damit liegen wir beim Wirtschaftswachstum, nachdem wir in diesem Jahr in der Weltwirtschaft das stärkste Wirtschaftswachstum nach 30 Jahren hatten, mit Moldawien ganz am Ende. Ich wollte eigentlich nicht, dass sich Deutschland irgendwann einmal im Wirtschaftswachstum mit Moldawien vergleichen lässt, aber Rot-Grün hat es geschafft. Es ist nicht das erste Jahr, in dem das passiert ist.

Der zweite Punkt ist, in der OECD-Liste des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung sind wir mittlerweile von einem ganz vorderen Platz auf irgendwo um Platz 30 herum abgesunken. Das heißt also, in Europa haben uns praktisch alle Länder beim Pro-Kopf-Einkommen überholt. Das bedeutet unmittelbar, dass dieses Land ärmer wird und die Menschen in diesem Lande ärmer werden.

Meine Damen und Herren, wer jetzt sagt, wenn die These aufgestellt wird, in Deutschland müssen sich verschiedene Dinge ändern, das sei alles nicht so, dem muss ich sagen: Erstens sieht es die Bevölkerung nicht so. Herr Kaufmann, es kommt nicht von ungefähr, dass die GRÜNEN in Deutschland in keiner Landesregierung mehr sind und möglicherweise nach dem 18. September auch nicht mehr in der Bundesregierung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Relativ wahrscheinlich! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Große Hoffnung!)

Es zeigt sich doch, dass die Menschen begreifen, was hier passiert, und die entsprechenden Quittungen ausstellen. Dann ein Selbstbewusstsein an den Tag zu legen, man mache alles richtig, ist nur noch merkwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Das alles hat doch mit der Realität nichts mehr zu tun. Ich meine, deswegen muss man darüber reden, wie sich diese Dinge insgesamt verbessern. Damit das auch klar wird: Wir haben jetzt die neunte Steuerschätzung hintereinander, wo jeweils gegenüber den vorigen Steuerschätzungen Steuerrückgänge geschätzt werden. Wir sind im Jahr 2004 in Hessen unter den Steuereinnahmen des Jahres 1998 gewesen, und zwar nicht ein paar Euro, sondern 240, 250 Millionen €.

Meine Damen und Herren, das zeigt in einem Maße, dass dieses Land im Niedergehen begriffen ist, dass es dringend notwendig ist, dass strukturelle Dinge geändert werden. 65 Milliarden € geringere Steuereinnahmen sind im Mai von dem Arbeitskreis Steuerschätzungen geschätzt worden. Das bedeutet heruntergebrochen auf uns 330 Millionen in diesem Jahr – das ist schon angesprochen worden – und 720 Millionen € im nächsten Jahr. Herr Walter, an dieser Stelle hat man gespürt, dass Sie durchaus manches wüssten, was notwendig und dringlich ist. Ich weiß, es gibt auch intern in der Frage Probleme, aber eines will ich dennoch einmal festhalten: Das Land kann nicht alleine solche Größenordnungen lösen.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist richtig!)

– Das kann doch schon die Basis für eine sehr ruhige und vernünftige Diskussion sein, wenn nicht diese Null-Eins-Diskussion an der Stelle stattfindet. Das sind Größenordnungen, die wirklich dramatisch sind. Alle diejenigen, die sich intensiv mit dem Landshaushalt befassen, wissen es. Herr von Hunnius hat gesagt, wir hätten 17 Milliarden € frei verfügbare Masse. Sie haben die Basis der Haushalts sperre auf die 17 Milliarden € hochgerechnet. Das stimmt bei weitem nicht. Das, was übrig bleibt und verfügbar ist, ist ein kleiner Milliardenbetrag; und nach der „Operation sichere Zukunft“, auch wenn ich nicht die Diktion der Opposition aufnehme, sondern objektivere Daten zugrunde lege, ist dieser Korridor noch sehr viel kleiner geworden.

Das Ärgerliche an der Sache ist: Wenn das Defizit im Gesamtstaat 3,6 % beträgt – wahrscheinlich zum Jahresende noch deutlich höher wird –, dann muss man einmal sehen, wie sich das zusammensetzt.

Beim Bund war es so: Im Jahr 2001 wies er noch 2,1 % gesamtstaatliches Defizit auf. Das ist über 4,4 % und 4,8 % auf 5,2 % im Jahr 2004 gestiegen. Bei den Ländern ist es umgekehrt. Dort ist es von 2,9 % auf 2,3 % gesunken. Das heißt also, die Überschreitung der Kriterien des Maastricht-Vertrages ist in dramatischem – –

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt aber nicht!)

– Die Zahlen entstammen einer Vorlage, die das Statistische Bundesamt gefertigt hat. – Die Überschreitung der Kriterien des Maastricht-Vertrages wird also in dramatischer Weise vom Bund verantwortet, und das zieht uns in besonderer Weise mit herunter.

Ich werde gleich auch noch einmal inhaltlich etwas dazu sagen. Meine Damen und Herren, tun Sie aber bitte doch nicht so, als ob die Sache völlig losgelöst von dieser Erde wäre. Herr Eichel hat noch vor wenigen Tagen gesagt, er werde in diesem Jahr 10 bis 12 Milliarden € Steuern weniger einnehmen. Er sprach von 10 bis 12 Milliarden €, wohl wissend, dass das nicht die ganze Wahrheit ist. Denn da kommt noch aufgrund von Hartz IV und anderen Dingen etwas auf den Haushalt zu. Er legt keinen Entwurf für einen Nachtragshaushalt vor. Er erlässt keine Haushalts sperre. Er macht überhaupt nichts. Er lässt es laufen. Er hat aufgegeben.

Dann wäre es doch sicherlich vernünftiger – das würde uns allen helfen –, dass Sie Ihre Appelle an die eigene Partei in Berlin richten und Herrn Eichel auffordern würden, dort Entsprechendes zu tun. Sie sollten hier nicht nachkarten und fordern, dass wir etwas tun, was wir schon getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Land Hessen und, ich glaube, vier andere Länder – legen Sie mich da aber bitte nicht fest – haben eine Haushaltssperre erlassen. Alle anderen haben keine Haushaltssperre erlassen. Kein einziges Land hat bisher auch nur angekündigt, dass es einen Nachtragshaushaltsentwurf vorlegen will.

Ich werde Ihnen gleich begründen, warum das so ist. Man muss doch bei solchen Diskussionen die Kirche im Dorf lassen. Man kann doch nicht einfach den Splitter im Auge des anderen sehen und den Balken im eigenen Auge übersehen.

Zweiter Punkt. Ich setze mich gerne ganz ruhig mit dem Vorwurf auseinander, wir würden auf Bundesebene blockieren. Gerade das Land Hessen ist das Land, das in den letzten Jahren am meisten dazu beigetragen hat, dass die Dinge wenigstens noch einigermaßen vorangekommen sind. Die Koch-Steinbrück-Liste wurde in Berlin doch bekämpft. Fragen Sie doch einmal Mitglieder der GRÜNEN, was die von den Streichungen gehalten haben. Die GRÜNEN haben gesagt: Die Koch-Steinbrück-Liste ist okay, aber es darf keine Streichung in all den Bereichen geben, die uns GRÜNEN wichtig sind. – Das war die Realität.

(Zuruf)

– Herr Kaufmann, Sie sollten da nicht „Quatsch“ sagen. Ich bin bei diesem Thema Zeuge. Ich bin jederzeit bereit, das an jeder Stelle zu sagen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, nicht jeder Zeuge sagt die Wahrheit!)

12 % haben wir vorgeschlagen. Wir schlugen nicht dreimal 4 %, sondern gleich 12 % vor. Bei der Eigenheimzulage sollten es 33 1/3 % sein. Das war das Ergebnis. Wie wurden wir dafür angefeindet. Warum hat die Bundesregierung nicht selbst Vorschläge gemacht?

Wir haben zweierlei gemacht. Zum einen haben wir alle Subventionstatbestände vollständig aufgelistet, soweit sie zum damaligen Zeitpunkt feststanden. Zweitens haben wir das gesamte Instrumentarium aufgearbeitet. Denn

man kann nicht an alles herangehen. Da muss man mit unterschiedlichen Instrumenten herangehen, um das Kürzungsvolumen erreichen zu können.

Wir haben also das gesamte Instrumentarium dazu geliefert. Das Koch-Steinbrück-Papier kann also jederzeit zu einem größeren Prozentsatz 1 : 1 umgesetzt werden. Ich habe von der Bundesregierung in den letzten Monaten oder Jahren keinen Vorschlag gehört, der in die Richtung ging, dass über das Koch-Steinbrück-Papier hinausgegangen werden soll. Es ist doch nicht wahr, dass die Bundesregierung da die Initiative ergriffen hat. Es war doch unsere Initiative, die wir zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen unternommen haben. In Berlin war das eine ungeliebte Initiative. Wir haben das durchgesetzt. Wie reden Sie hier über den Subventionsabbau? Wir haben dazu unseren Beitrag geleistet.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat 100 Millionen € für Hessen gebracht, mehr nicht!)

Ich komme zur Stabilisierung des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer. Ich ganz persönlich habe, als es um die Frage ging, wie die Steuerpolitik neu ausgerichtet werden soll, dafür gesorgt, dass die größten Sachen bei der Neuregelung der Körperschaftsteuer wenigstens herauskamen.

Hinsichtlich der Beseitigung der Steuerschlupflöcher ist der einzige Gesetzentwurf, der im Moment noch ernsthaft beraten wird und über den die Länder 16 : 0 gestimmt haben, der von uns eingebrachte Vorschlag zur Bekämpfung der Steuermisbräuche. Das ist der einzige. Das ist ein von uns vorgelegter Vorschlag. Er wurde 16 : 0 angenommen. Hätte die Bundesregierung nicht selbst auf diese Idee kommen können?

Kommen Sie jetzt bitte nicht mit der Behauptung, wir würden irgendetwas blockieren. Wir sind diejenigen, die all das voranbringen.

Ich möchte jetzt auf die Taskforce zu sprechen kommen. Herr von Hunnius hat natürlich mit einem Recht. Er sagte: Wenn wir ein vernünftiges Steuersystem hätten, bräuchten wir keine Taskforce. Herr von Hunnius, dazu sage ich ausdrücklich: Das ist richtig. – Aber solange wir das Steuersystem haben, das wir haben, ist dieser Vorschlag vernünftig und richtig. Die sollen auch ruhig arbeiten. Denn dort werden Modelle zur täglichen Berechnung entwickelt, für die wir bisher nicht das notwendige Instrumentarium hatten. Bisher konnten wir auf Veränderungen nicht schnell reagieren. Mit diesem Instrumentarium werden wir wesentlich schneller reagieren können. Unser Vorschlag – ich will nicht sagen, dass es mein Vorschlag war – wurde 16 : 0 angenommen.

Kaum jemand anderes hat so viele erfolgreiche Initiativen auf Bundesebene eingebracht wie wir. Deswegen möchte ich mich gegen diese Vorwürfe verwahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Worin besteht eigentlich unser Problem? Herr von Hunnius hat gesagt, man hätte die Prognose für das Wirtschaftswachstum verringern und dann entsprechend weniger Steuereinnahmen einsetzen dürfen. Herr von Hunnius, wir haben uns über diese Frage schon öfter unterhalten. Die Dramatik besteht darin, dass sich das Steueraufkommen fast vollständig von der Entwicklung des Wirtschaftswachstums abgekoppelt hat. Das gilt insbesondere für die Körperschaftsteuer. Hessen ist das steuerstärkste Land. Nach fünf Monaten haben wir bei der Körper-

schaftsteuer ein Minus von einigen 100 Millionen € zu verzeichnen. Wir haben dort weniger.

(Zuruf von der SPD: Ja, und?)

– Sie sollten da nicht einfach „Ja, und?“ sagen. – Bei der Reform der Körperschaftsteuer, die Rot-Grün im Jahr 2000 durchgeführt hat, tat sich ein Grundproblem auf. Den Systemwechsel haben wir mitgetragen. Nach dem entsprechenden Urteil bin ich heilfroh, dass wir diesen Systemwechsel haben. Sonst hätten wir noch ganz andere Probleme bei den Rückzahlungen.

Das jetzt bestehende System der Körperschaftsteuer ist aber völlig falsch angelegt. Seitdem ist das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer dramatisch zurückgegangen. Trotz des Wirtschaftswachstums, das es im Jahr 2004 gab, sind wir Lichtjahre von dem Aufkommen entfernt, das wir in der Vergangenheit hatten.

Wir müssen uns darüber unterhalten, worin das Problem besteht. Das Problem besteht in dem Steuergefälle zu dem benachbarten Ausland. In Europa gibt es einen Wettbewerb hinsichtlich der Besteuerung. Das kann man gut oder schlecht finden. Parallel dazu müssen wir uns mit der Tatsache auseinander setzen, dass vom Europäischen Gerichtshof und der Europäischen Kommission alle nationalen Abwehrmechanismen zerschlagen wurden.

Als Nächstes kommt das mit Marks & Spencer auf uns zu. Wir haben in der letzten Finanzministerkonferenz eine Liste mit, ich glaube, 70 Urteilen vorgelegt bekommen, die für Steuerrückzahlungen in Deutschland relevant sind. Das befand sich in der Größenordnung von 70. Dabei haben wir einen Betrag von zumindest 50 Milliarden € an Rückzahlungen im Feuer.

Die Tatsache, dass wir in Deutschland immer weniger Körperschaftssteuer einnehmen, hat doch nichts damit zu tun, dass die Firmen in Deutschland nichts verdienen würden. Man braucht sich dazu doch nur im Einzelnen anzusehen, was in den Hauptversammlungen besprochen wird. Vielmehr liegt das daran, dass systematisch legal Gewinne ins Ausland transferiert werden und die Verluste nach Deutschland geschoben werden.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

– Ja, das ist so. – Wir haben aber keine Abwehrmechanismen mehr. Denn die wurden uns aus der Hand geschlagen. Es ist ausdrücklich gewollt, dass es in Europa auch einen Wettbewerb über die Steuern gibt. Dann müssen wir in diesen Wettbewerb eintreten. Wir haben 38,5 % Gewerbesteuer plus Körperschaftsteuer. Ich bin dabei der festen Überzeugung: Wenn man das um 6 Prozentpunkte absenken würde, käme man auf einen Satz von 32,5 %. Dann liegt man immer noch weiter über dem, mit dem man den Mechanismus auslöst, aus Deutschland Gewinne herauszutransferieren und sie hier nicht mehr zu versteuern.

Das ist also eines der großen Probleme, über die wir gemeinsam reden müssen. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der verehrten Opposition können doch kein Interesse daran haben, dass dieser Zustand bestehen bleibt. Wir müssen also über die Instrumente reden.

Wenn man aber sagt, die Steuern dürfen nicht gesenkt werden, gelangt man sofort dahin, dass man dann kaum noch Steuern einnimmt. Darüber sollten wir reden. Entweder gibt es in Deutschland einen attraktiven Steuersatz. Dann wird in Deutschland versteuert. Oder aber, wenn der Steuersatz aber sehr weit von dem des benach-

barten Auslands abweicht, dann werden wir keine Steuereinnahmen mehr erzielen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Am Ende werden dann nur noch die kleinen mittelständischen Betriebe Steuern in Deutschland zahlen. Die werden dann aber im Wettbewerb die Leidtragenden sein.

Sie wollten wissen, was wir zu dieser Fragestellung denken. In Deutschland werden Sie --

(Norbert Schmitt (SPD): Wie lautet Ihr Vorschlag?)

– Hören Sie doch einfach einmal zu.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich höre doch zu!)

Ich versuche doch, das gar nicht aggressiv vorzutragen. Vielmehr versuche ich, das zu erklären. Sie können ganz anderer Meinung sein.

Nach meiner festen Überzeugung werden Sie in Deutschland einige Prozentpunkte mehr an Steuern fordern können, als es das benachbarte Ausland kann. Denn Deutschland hat eine außergewöhnlich hohe Qualität des Standortes.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! Jawohl, das ist so!)

Das würde akzeptiert werden. Das kann man auch vertreten.

Die Kosten für die legale Transaktion der Gewinne sind natürlich enorm hoch. Außerdem ist das risikobehaftet. Denn um das zu bewerkstelligen, braucht man Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer und Personal im In- und Ausland. Außerdem gibt es dabei immer noch steuerliche Risiken, die entstehen, wenn man etwas falsch macht. Ein solches Gefälle würde also akzeptiert werden.

Machen wir uns doch gar nichts vor. Wir haben durch die Bank weg der Bevölkerung erklärt, Steuersenkungen seien per se ungerecht gegenüber den kleinen Leuten und ein Geschenk für die Großen. – Aber wenn die Großen hier völlig legal nichts mehr versteuern, dann muss ich mir doch Gedanken darüber machen, wie ich diese Steuermasse wieder nach Deutschland bekomme, damit ich den kleinen Leuten mit diesen Steuereingängen wieder helfen kann.

Der Transfer von Gewinnen setzt sich anschließend mit der Frage fort, warum es eine Verlagerung von Arbeitsplätzen gibt. Das ist sozusagen die umgedrehte Version.

Da besteht also Handlungsbedarf.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, das ist so! Aber wie sieht der aus?)

Dritter Punkt. Auch dabei gucke ich in die Richtung des Herrn von Hunnius. Natürlich ist es Unsinn, damit anzufangen, die Konten der Bürger zu überprüfen. Nach Auskunft der Bundesbank sind im ersten Quartal dieses Jahres 150 Milliarden € aus Deutschland abgeflossen. 150 Milliarden € sind aus Deutschland abgeflossen. Das habe nicht ich mir ausgedacht. Das steht in einem Bericht der Deutschen Bundesbank. Der volkswirtschaftliche Schaden, der dadurch entstanden ist, dass dieses Geld legal aus Deutschland herausgeschafft wurde, ist doch immens.

Warum wurde das gemacht? Das wurde gemacht, weil das System nicht in Ordnung ist. Deswegen brauchen wir dringend eine anonyme Abgeltungssteuer. An dem Tag, an dem wir eine anonyme Abgeltungssteuer haben wer-

den, können wir uns die ganze Kontenüberprüfung und anderes mehr ersparen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Michael Denzin und Roland von Hunnius (FDP))

Das ist doch ganz einfach. Meine Damen und Herren, fahren Sie doch einmal nach Österreich in den Skiturz. Wenn Sie da in einem kleinen Seitental auf eine örtliche Sparkasse stoßen, die nur einen größeren Geschäftsraum hat, werden Sie sehen, dass sich diese als Eldorado für die Verwaltung des Vermögens der Deutschen anbietet. Warum ist das so? Das ist so, weil die Österreicher eine Abgeltungssteuer von 19 % haben.

Können wir das einfach so hinnehmen? – Wir müssen gemeinsam daran arbeiten – ich rate dazu, weil das am Ende alle trifft, die Verantwortung tragen –, auszuloten, wo die Schnittstelle ist, an der wir im internationalen Wettbewerb attraktives Steuerland sind, und dürfen uns nicht gegenseitig vorwerfen, dass wir zugunsten der „Reichen“ die Armen irgendwie knechten.

Meine Damen und Herren, das wird so nicht funktionieren, wie das in Zeiten möglich war, als wir Abwehrmechanismen hatten. Dies ist ein offenes Land. Dies ist ein Land, in dem jeder Einzelne innerhalb der EU und in der ganzen Welt alle Möglichkeiten hat. Ich warne in diesem Zusammenhang übrigens vor einem: Ich habe von „Millionärssteuer“ und Sonstigem gelesen. Diejenigen, die das fordern, sollen sich bitte schön damit auseinander setzen, dass nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs jeder dieses Land ohne Auflösung stiller Reserven mit seinem gesamten Vermögen verlassen kann.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Malen Sie nicht so einen Teufel an die Wand!)

– Frau Ypsilanti, das ist europäische Rechtsprechung. Das gilt seit einem Jahr. Sie können Deutschland jederzeit ohne Auflösung stiller Reserven unter Mitnahme Ihres Vermögens verlassen und haben dann noch nicht einmal etwas zu versteuern. – Jetzt sind wir mühsam dabei, Diskussionen zu führen, dass dann, wenn dieses Vermögen später in dem Land, in dem der Betreffende ist, aufgelöst wird, eine Nachzahlungsverpflichtung im Heimatland besteht. Aber wir können heute schon sagen, wie das ausgeht: Das wird nicht funktionieren. Das ist völlig klar. Das Geld ist weg. Deswegen rate ich dringend dazu, dies anders zu kommunizieren. Denn sonst werden wir am Ende kein Geld mehr zur Verfügung haben, egal wer regiert und mit welchen Koalitionen er regiert.

Meine Damen und Herren, wir haben mit der „Operation sichere Zukunft“ – ich sage das mit großem Stolz, weil wir uns nicht nur die Mühe gemacht haben, sehr intensiv einzusteigen, sondern auch einiges politisch ausgehalten haben – strukturell den Haushalt um 600 Millionen € entlastet. Wer sagt, das war alles zwecklos usw., dem kann ich nicht mehr helfen. Denn die 600 Millionen € kämen Jahr für Jahr on top. Erinnern Sie sich bitte alle, wie schwierig diese Sache war und wie die Opposition zu der „Operation sichere Zukunft“ stand. In den allermeisten Bereichen kam jeden Tag, an dem wir hier Plenarsitzung hatten, die Bemerkung: Da müsste mehr Personal sein, da müsste es mehr Geld geben, dies und jenes. – Gut, es ist nicht die Aufgabe der Opposition, unangenehme Dinge mit zu entscheiden. Das gebe ich zu. Aber es ist, glaube ich, auch nicht richtig, wenn die Opposition hier sagt: Die machen nichts, die gehen oben drüber. – Wir sind so tief hineingegangen, wie noch nie jemand in Hessen hineingegangen ist und wahrscheinlich auch nicht in den meisten anderen

Bundesländern. Darauf sind wir stolz, weil das ein Teil der Medizin ist, die dieses Land braucht, um für die Zukunft tauglich zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr von Hunnius, wir brauchen auch keinen Kassensturz. Auf der Ausgabenseite sind wir sehr gut.

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen!)

Das hat sich wieder gezeigt, als ich das verkündet habe, was wir im Haushaltsvollzug 2004 geschafft haben. Wir haben noch einmal über 100 Millionen € eingespart, ein ganzes Stück über 100 Millionen €.

(Norbert Schmitt (SPD): Vor allem bei den Investitionen!)

– Nein, eben nicht bei Investitionen, Herr Schmitt. Wir haben fast punktgenau die Investitionssumme erreicht. Das hat es bisher noch nie gegeben.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein!)

– Hören Sie auf mit „Nein“. Sie können sich gleich zu Wort melden. Ich habe die „Operation sichere Zukunft“ öffentlich vorgestellt. Gerade dieser Bereich ist höchst zufriedenstellend abgewickelt worden. Insofern taugen die Zwischenrufe an der Stelle überhaupt nichts.

(Norbert Schmitt (SPD): 121 Millionen € weniger, das stand in Ihrer eigenen Pressemitteilung!)

Herr von Hunnius hat gesagt, wir sollten erst einmal eine Aufgabenkritik machen. – Wenn Sie es richtig gesehen haben, dann haben Sie festgestellt, dass die Meldungen für die PVS auch aufgabenkritische Elemente in jedem einzelnen Bereich enthalten. Dort sind nicht irgendwo sinnlos Leute gemeldet worden, weil es einem einfällt, sondern sie sind erst auf der Basis einer Aufgabenkritik gemeldet worden.

Ein zweiter Punkt an dieser Stelle: Wir haben die Fluktuation abgeschöpft, und zwar mit einem sehr geringen Einstellungskorridor, weil Sie über die Jahre hinweg in einer Verwaltung auch Spezialisten brauchen, die Sie einstellen können müssen. Aber es ist ein ganz geringer Einstellungskorridor. Wer also sagt, wir müssten noch mehr Personal einsparen, dem sage ich, wo die Verfügungsmasse ist: bei den Lehrern. Natürlich werden wir in diesem Jahr ungefähr 1.800 Lehrer wieder einstellen, um den natürlichen Abgang abzudecken. Aber wer so etwas sagt, muss auch sagen, dass er auch die Lehrer meint, weil das unsere Masse ist, die zur Verfügung steht. Den Rest schöpfen wir ab.

Ich wehre mich dagegen, wenn so nebulös getan wird, da könnte man noch sehr viel machen. Übrigens nutzen die Ressorts den Einstellungskorridor von 20 % derzeit fast nicht aus, sondern es wird über die PVS abgewickelt.

Meine Damen und Herren, ich habe von denselben Leuten, die das kritisieren, auch schon gehört, dass wir mehr junge Leute einstellen müssten, damit diese eine Möglichkeit haben, in Arbeit zu kommen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie können es sich aussuchen, wie Sie wollen. Jedenfalls glaube ich, sagen zu können, dass wir in dieser Frage auf Zukunft setzen. Im Übrigen gibt es – Herr Walter oder Herr Schmitt, wahrscheinlich haben Sie die Pressekonferenz nicht mitbekommen – keine Kürzungen beim Hoch-

schulpakt für 2006. Wir haben uns mit allen Beteiligten geeinigt.

(Nicola Beer (FDP): Das hat er auch erklärt!)

Insofern ist das FDP-Petitum erledigt. Ich bin froh darüber, das ist ganz hervorragend in dieser Sache.

(Nicola Beer (FDP): Nicht ganz!)

Meine Damen und Herren, ich habe eine Haushaltssperre erlassen. Ich habe Ihnen eben schon gesagt, dass das nach meiner Kenntnis noch vier Länder gemacht haben. Das kann sich natürlich jeden Tag ändern. Noch nicht einmal das Gros der Länder hat dies gemacht, obwohl das Problem dort ganz unstreitig ist und in den meisten Länderraumhaushalten noch schlimmer als in Hessen. Dafür braucht man sich nicht zu entschuldigen. Wir werden durch die Haushaltssperre über 100 Millionen € bis zum Jahresende einsparen. Dabei ist das gesperrt worden, was realistisch zu sperren ist, ohne Zukunftschancen des Landes zu zerstören.

Ich bleibe aber dabei: Die FDP beantragt, die Hochschulen sollen nicht weniger haben. Über Schule und Hochschule sind wir uns einig. Das haben wir jetzt gemacht. Darüber hinaus haben wir Soziales davon ausgenommen. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Denn der Sozialbereich hat in der „Operation sichere Zukunft“ durchaus harte Schnitte hinnehmen müssen. Es kann nicht sein, dass insbesondere in dem Bereich, in dem um ein Drittel gekürzt worden ist, die Einrichtungen, weil bisher noch kein Bescheid herausgegangen ist, plötzlich keinen Bescheid mehr bekommen. Deswegen ist es ausgenommen worden. Wer etwas anderes will, muss es deutlich sagen, aber er muss es in der Sache und als Person sagen und nicht irgendwie nebulös, was wir dann machen könnten.

Zurück zur Frage nach einem Nachtragshaushalt. Ja, ich schließe einen Nachtragshaushalt ausdrücklich nicht aus. Aber ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen, nur damit Sie die Größenordnung sehen: Wir haben im März 516 Millionen € mehr Steuern als im Vorjahr eingenommen. Wir haben im April 609 Millionen € weniger Steuern eingenommen als im Vorjahr.

Meine Damen und Herren, die erratischen Ausschläge, die monatlich bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, liegen zumeist in der Größenordnung von 300, 600 oder 800 Millionen € gegenüber dem, was vorher war. Dann ist es doch barer Unsinn, wenn jetzt jemand sagen würde, er wisse auch nur annähernd, wie viel Steuern wir am Jahresende einnehmen, und jetzt einen Haushaltsentwurf vorlegt. Deswegen macht es doch keiner in Deutschland. Fragen Sie doch Ihre SPD-geführten Landesregierungen. Fragen Sie die, warum sie keinen Nachtragshaushalt machen.

(Zurufe von der CDU: Es sind keine mehr da!)

Denn kein Finanzminister dieser Welt kann angesichts von Hunderten von Millionen Euro Differenzen nur annähernd seriös sagen, wie er das Steuerwachstum bis zum Jahresende sieht. Wir haben einen Arbeitskreis Steuerschätzung. Die November-Steuerschätzung kommt bestimmt. Dazwischen haben wir Monate, wo 600 Millionen minus, 200 Millionen plus, 500 Millionen minus vorkommen. Das können Sie sich Monat für Monat aussuchen. Deswegen wäre es hinreichend unseriös, jetzt einen Nachtragshaushalt zu machen. Das Einzige, was Sie machen können, ist, dass Sie das sparen, was tatsächlich noch gespart werden kann. Das habe ich getan. Deswegen geht dem Land nichts verloren.

Wir werden uns angucken, wie die Steuerentwicklung in den nächsten zwei oder drei Monaten ist. Deswegen sage ich Ihnen ausdrücklich: Ja, es ist nicht auszuschließen, dass wir einen Nachtragshaushalt machen müssen. Dann werden wir uns auch über die Ergebnisse in den einzelnen Bereichen zu unterhalten haben. Aber ich habe überall dort gesperrt, wo sich jetzt schon abzeichnet, dass Verbesserungen im Haushalt sind, und darüber hinaus mit der allgemeinen Sperre, die ausgebracht worden ist.

Ich glaube, bei allen Schlagworten, die hier üblich sind, a) dass wir anders als die allermeisten reagiert haben – vom Bund will ich gar nicht reden –, b) dass wir das gesperrt haben, was zu sperren ist, und c) dass wir natürlich dem Hessischen Landtag vortragen werden, wenn wir einen Überblick haben, wie die Steuereinnahmen voraussichtlich in diesem Jahr sind, ob wir einen Nachtragshaushalt machen müssen oder nicht. Alles andere ist wirklich jenseits von allem.

Ich sage es noch einmal: Wenn jetzt zehn Bundesländer noch vor der Sommerpause einen Nachtragshaushalt machen wollten, dann würde ich sagen, es spräche eine gewisse Plausibilität dafür, dass man sich das sehr ernsthaft überlegen muss. Aber niemand macht das. Deswegen sollte sich die Opposition in dieser Frage nicht so alleine stellen,

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass außer den GRÜNEN auch die anderen Parteien an Regierungen beteiligt sind. Da wird es ganz anders gesehen. Die Länder haben natürlich auch Riesensteuerausfälle zu verkraften. Da wird es so gesehen, dass man keinen Nachtragshaushalt macht. Entschuldigen Sie, die Begründungen, die unter Ihrer Beteiligung in Landesregierungen getroffen werden, sind doch klug. Warum sollen sie nicht auch für Hessen gelten?

(Jürgen Walter (SPD): Gilt das auch für den Bund?
Ich könnte Herrn Dr. Meister zitieren!)

– In Berlin wäre es dringend notwendig.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gilt das für den dortigen Nachtragshaushalt genauso. Auch auf Bundesebene wissen sie es nicht. Man kann aber nicht erklären, es seien jedenfalls jetzt 10 bis 12 Milliarden €, die auf jeden Fall weniger sein würden, und anschließend sagen: Es kann mit Hartz IV aber noch mehr werden. – Natürlich wäre es da besonders notwendig, dass eine Haushaltssperre erlassen wird.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wie wäre es mit einer Beförderungssperre?)

– Ich lasse solche Arabesken weg. Das müssen die Beteiligten selbst entscheiden. Sie schaden sich damit selbst genug. Da wird noch nicht einmal eine Haushaltssperre gemacht. Ich muss ehrlich sagen: Ich hielte das für dramatisch wichtig.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Sprungbeförderungen in Hessen sind auch ganz interessant!)

Meine Damen und Herren, 2006 wird sehr schwer, wenn sich nichts ändert. Aber ich muss ehrlich sagen: Ich setze meine großen Hoffnungen darauf, dass nach dem 18. September eine neue Bundesregierung kommt, die vieles – nicht alles am ersten Tag und ganz schnell – auch kurzfristig ins Lot bringen wird, was uns als Länder sehr bedrückt.

Meine Damen und Herren, bis dahin müssen wir sparen, sparen, sparen. Das machen wir. Aber wir sparen nicht sinnlos an den Stellen, wo die Zukunft von Hessen und vor allem die Chancen des Landes, in Zukunft Geld zu verdienen, sein werden.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind wir wieder beim Schloss!)

Deswegen ist es ein differenziertes Sparen unter dem Gesichtspunkt „Zukunftschanzen nutzen“ auf der einen Seite, und auf der anderen Seite kein Geld an den Stellen auszugeben, wo es nicht notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr optimistisch, ohne es zu wissen, dass am 18. September in Berlin eine neue Bundesregierung kommen wird, bei der wir unsere Vorstellungen einbringen können und weithin Gehör finden. Darüber hinaus werden wir nach meiner festen Überzeugung Voraussetzungen schaffen, dass es den Ländern wieder besser geht. Wenn es so weiterginge wie bisher, wären unsere Chancen für solide Haushalte in der Tat sehr schlecht. Wie gesagt, ich hoffe darauf, dass diese Rahmenbedingungen besser werden. Bis dahin machen wir wie bisher alles, was notwendig ist, um dieses Land für die Zukunft fit zu machen und gleichzeitig so sparsam wie irgend möglich zu wirtschaften. Das ist uns bisher gelungen, und das wird uns auch in Zukunft gelingen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, vielen Dank. – Zur zweiten Runde hat Herr Walter für die SPD-Fraktion für fünf Minuten das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur einige Dinge kurz zurechtrücken, die der Herr Finanzminister eben dargestellt hat. Ich mache das mit der gleichen Ruhe, auch mit Rücksicht auf meine Stimme.

Herr Finanzminister, was ich sehr spannend fand, waren Ihre Aussagen, die Sie zu den – ich sage einmal – Unternehmenssteuern gemacht haben. Es geht nicht nur um die Körperschaftsteuer. Ich glaube, dass Sie an der Stelle Recht haben, dass das Volumen, auch von der Bundesregierung so geschätzt, mindestens 50 Milliarden € beträgt. Das ist Geld, das in diesem Lande verdient wird, aber in anderen, nur europäischen Ländern versteuert wird. An dieser Stelle würde ich mir wünschen, dass die gleiche Ehrlichkeit in der Debatte auch in dem Parlament besteht, in dem diese Frage entschieden wird. Sie wissen, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag Herrn Eichel an dieser Stelle zu Kompensationsregelungen bis auf einzelne Euros drängen. Herr Eichel hat im Bundestag geantwortet, hier gehe es mehr um sozialpolitisches Verhalten als um die tatsächliche finanzpolitische Kompensation. Da ist ein bisschen was dran, nach dem Motto, wir müssen das so ändern, dass es wieder attraktiv wird, dass Geld in Deutschland versteuert wird. Wir wissen auch, dass, wenn wir die Körperschaftsteuer so weit senken, damit es innerhalb des jetzigen Gebietes der EU wieder attraktiv ist, in Deutschland zu versteuern, damit die Steuersenkungsspirale nicht beendet ist, sondern die

Gefahr besteht, dass die anderen EU-Länder immer weiter nach unten gehen.

Deswegen wäre an dieser Stelle mein Appell, wo wir, wie ich glaube, relativ nah beisammen sind, weil das Szenario realistisch ist und es sich eher um eine mathematische als um eine politische Frage handelt: Das ist ein Punkt, wo wir gemeinsam in der EU deutlich machen müssen, dass wir als Nettozahler der EU auf der anderen Seite verlangen können – ich sage: verlangen müssen –, dass wir bei einer Steuerharmonisierung über einen Steuerkorridor reden müssen. Wir müssen nicht über den gleichen Prozentsatz reden, aber über einen Korridor. Denn die neuen Beitrittsländer haben es deutlich schwerer als wir. Ich glaube, dass, wenn wir eine solche Forderung gemeinsam als die großen Parteien in Deutschland auf der Brüsseler Ebene vertreten würden, damit relativ viel geholfen wäre.

Zweiter Punkt. Sie haben die Subventionen angesprochen. Es ist richtig, dass die Subventionen im Koch-Steinbrück-Papier um 12 % reduziert werden, aber es ist doch nicht so, wie Sie es hier darstellen, dass die Hessische Landesregierung sozusagen der Spitzenreiter beim Subventionsabbau war. Auch im Bundestag ist unbestritten, dass für das Jahr 2008, wenn wir den Zuwachs bei der Eigenheimzulage haben, weitere Steuersubventionen in Höhe von insgesamt 17 Milliarden € im Bundesrat momentan blockiert – oder sagen wir: im Bundesrat nicht genehmigt werden.

Natürlich war die Hessische Landesregierung bei diesen 17 Milliarden € immer beteiligt. Ich weiß nicht, wie oft, aber wahrscheinlich haben Ihre Leute im Bundesrat, hat der Hessische Ministerpräsident schon mehrfach gegen die komplette Abschaffung der Eigenheimzulage gestimmt. Das heißt, es ist eben nicht richtig, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen: „Wir sind die Motoren des Subventionsabbaus.“ Richtig ist vielmehr, dass Sie zu denjenigen gehören, die bei einem Subventionsabbau immer in der wesentlichen Frage Nein gesagt haben, und dass Sie umgekehrt die Bundesregierung dafür verantwortlich machen, dass der Subventionsabbau nicht zu den großen Ergebnissen führt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend. Herr Ministerpräsident, Sie haben das vorhin nachgefragt. Herr von Hunnius, Sie haben vorhin gesagt, Sie wären die einzige Partei, die ein neues Steuerkonzept vorgelegt hat. Nein, auch die Union hat dieses Konzept 21 in den Bundestag eingebracht.

(Roland von Hunnius (FDP): Das ist kein Gesetzentwurf!)

– Ja, es ist als Antrag, nicht als Gesetzentwurf eingebracht worden. Herr Ministerpräsident, in diesem Antrag skizziert und berechnet die Union Einnahmeausfälle. Die Einnahmeausfälle durch die gesenkten Steuersätze werden von Ihren eigenen Leuten auf 22 Milliarden € berechnet. Die Gegenfinanzierung mit dem Wegfall der Steuersubventionstatbestände wird auf ungefähr 11 Milliarden € taxiert, sodass die Nettoentlastung nach Ihrem eigenen Konzept auf 11 Milliarden € berechnet wird, um genau zu sein, auf 10,65 Milliarden €.

Da haben wir nun einen kleinen Unterschied in Ihrer Darstellung. Ich glaube, dass das, was Sie momentan öffentlich verkünden, die realistischere Variante ist, nämlich dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mit einer Nettoentlastung rechnen können.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Walter, Sie müssen zum Ende kommen.

Jürgen Walter (SPD):

Noch einen Satz. – Das ist doch das, was die Bundesregierung wegen der Schwierigkeiten der Haushalte als Position vertritt. Dann geht aber nicht beides. Deshalb werden wir diesen Einzelpunkt in ihrem Antrag, der Punkt 2 in Ihrem Antrag ist, speziell zur Abstimmung stellen, weil dieses Konzept eine Nettoentlastung von knapp 11 Milliarden € vorsieht. Sie sind der Auffassung – ich bin auch dieser Auffassung –, zu diesem Zeitpunkt sei eine Nettoentlastung eben nicht möglich. Wenn Sie das aber ernst meinen, müssen Sie jetzt gegen diesen Punkt 2 in Ihrem eigenen Antrag stimmen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Fraktionsvorsitzender, wenn wir so ruhig miteinander diskutieren, können wir über die Sache reden. Das ist für diese Räumlichkeit eine ganz neue Atmosphäre. Ich hätte das fast nicht mehr für möglich gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Frage hat zwei Dimensionen. Die eine ist: Das Steuerkonzept ist vor zwei Jahren unter dem Gesichtspunkt einer anderen Haushaltslage beschlossen worden, was die kurzfristige Handlungsfähigkeit angeht. Das haben Sie jetzt mehrfach von allen von uns in der Öffentlichkeit gelesen. Dennoch ist richtig, was auch die Kollegen von der FDP sagen: Man kann ein Steuersystem nicht durch eine Vereinfachung verändern, egal was man macht, ohne dass es erhebliche Verlierer gibt. Das klassische Beispiel ist die Krankenschwester, die Auto fährt. Also muss man die Steuersätze senken, wenn man eine Steuerreform zur Vereinfachung macht.

Jetzt muss man schauen, wie man das Problem lösen kann. Unsere und meine Einschätzung ist, dass wir mittelfristig dabei bleiben müssen, dass die Steuersätze real gesenkt werden, d. h. dass es Nettoentlastungen für Bürger gibt. Ich glaube, dass man das auch im gleichen Steuergesetz machen kann. Auch das können Sie mehrfach von mir lesen. Aber ich denke, dass wir dieses Steuergesetz, wie es auch in dem Antrag steht, in Stufen werden beschließen müssen. Ich habe drei Stufen vorgeschlagen. Wir werden bis zum 11. Juni sehen, wie wir einen gemeinsamen Vorschlag in der Union hinbekommen.

Die erste Stufe wird die schwierigste, weil sie sozusagen Wachstum anregen muss, aber kaum Spielraum für Nettoentlastungen hat. Deshalb habe ich in den letzten Tagen mehrfach öffentlich gesagt: Wir haben seit dieser Zeit einen Vorteil. Wir haben seit dieser Zeit den Nachteil, dass die Kassenlage schlechter geworden ist. Wir haben seit dieser Zeit aber auch einen Vorteil: Erfahrungen mit Koch/Steinbrück und mit Subventionskürzungen. – Deshalb traue ich es uns zu, dass wir zu den jährlich 10 Milliarden € Subventionskürzungen, die wir im Gesetz beschlossen haben, zusätzlich eine Größenordnung von 20

Milliarden € jedes Jahr haben werden. Allerdings ist zur Erreichung der zusätzlichen 20 Milliarden € eine deutliche Senkung der Steuersätze erforderlich, weil wir im Wesentlichen steuerliche Tatbestände kürzen. Die Eigenheimzulage ist schon um 33 % gekürzt worden.

Ich werde immer dagegen kämpfen, dass wir die Eigenheimzulage abschaffen, weil ich das für gesellschaftspolitisch falsch hielte. Aber sie wird in ihren Möglichkeiten weiter konzentriert werden müssen. Das sagen wir übrigens seit Jahren. Ich habe mit Peer Steinbrück nächtelang über die Eigenheimzulage verhandelt. Die Sozialdemokraten haben immer gesagt: Wir stimmen weiteren strukturellen Verringerungen nicht zu – nicht einer Absenkung um 33 %, sondern einer Konzentration auf bestimmte Familien- und Einkommenssituationen –, weil wir damit unser Ziel aufgeben, sie ganz abzuschaffen. – Ich habe für die CDU-Seite immer erklärt, wir werden sie nicht ganz abschaffen, aber wir sind durchaus bereit, jenseits des Rasenmähers und jenseits der 33 % über eine Konzentration zu reden. Deshalb werden wir nach der Bundestagswahl über diese Frage reden, immer unter der Prämisse: Auch eine junge Familie mit Kindern soll möglichst eine Chance haben, ein eigenes Heim zu beziehen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das kann man wirtschaftlicher machen. Deshalb werden wir bei einer weiteren Subventionskürzung um 20 Milliarden €, die ich anpeile, über die Frage reden. Ich halte es für ausgeschlossen, die Frage, dass einer in Limburg wohnt und in Frankfurt arbeitet, ganz zu ignorieren. Ich halte es aber sehr wohl für möglich, durch Absenkung von Steuersätzen und durch höhere Steuerfreibeträge dafür zu sorgen, dass diese Last in der Gesamtbelaistung erträglicher wird. Das hängt miteinander zusammen. Wir brauchen deshalb eine Steuerreform, die vereinfacht mittelfristig eine Nettoentlastung bringt, und wir brauchen kurzfristig den Einstieg in die Einfachheit. Wir werden dafür mehr an Subventionsabbau zusammenkratzen müssen, als wir noch vor zwei Jahren gedacht und vor der Erfahrung von Steinbrück auch für möglich gehalten haben.

Deshalb bitte ich Sie sehr um Verständnis dafür, dass ich durchaus einräume, dass das Konzept zwei Jahre alt ist und dass es sehr unklug ist, viele Jahre vor einer Wahl – jetzt haben wir schon die richtige Zeit – alles detailliert festzulegen; aber das, was wir dort beschlossen haben, kann ich nach wie vor vertreten. Ich mühe mich derzeit in der öffentlichen Diskussion, das möglich zu machen, was wir dort beschlossen haben, und zwar rechnerisch möglich zu machen unter sehr viel erschwerteren wirtschaftlichen Bedingungen, als wir vor zwei Jahren bei der Diskussion auf dem Leipziger Parteitag gehabt haben. Deshalb glaube ich, dass wir ruhig auch getrennt abstimmen können, ohne dass Sie, jedenfalls nach meiner Erklärung, damit irgendwelche besonderen Probleme haben müssen, und wir schon gar nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, damit gibt es keine Wortmeldungen mehr zu den verschiedenen Anträgen zur Steuer- und Finanzpolitik. Mir ist signalisiert worden, dass wir über alle Anträge abstimmen sollen.

Dann rufe ich zunächst den Antrag unter Tagesordnungspunkt 41 auf. Das ist der Antrag der Fraktion der SPD,

Drucks. 16/4068. Da gibt es, habe ich schon gehört, den Wunsch auf gesonderte Abstimmung über Punkt 5 dieses Antrags. Ich würde vorschlagen – ist das in Ordnung? –, zunächst über die Punkte 1 bis 4 abzustimmen, dann über Punkt 5 und schließlich über Punkt 6. Wer dem Antrag der SPD in den Punkten 1 bis 4 –

(Reinhard Kahl (SPD): Um Punkt 3 geht es!)

– Herr Hahn hat beantragt, über die Punkte 1 bis 4 abzustimmen und dann über Punkt 5 gesondert.

(Reinhard Kahl und Jürgen Walter (SPD): Über Punkt 3 extra!)

– Gut, dann stimmen wir erst über Punkt 1 und Punkt 2 ab. Wer ist bereit, den Punkten 1 und 2 des Antrags der Fraktion der SPD zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Dann sind diese Punkte mit der Mehrheitsfraktion gegen die drei anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe Punkt 3 des Antrags auf. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Punkt mit derselben Mehrheit abgelehnt.

Punkt 4 des Antrags muss ich jetzt auch noch aufrufen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Punkt 4 und Punkt 6 des Antrags zusammen!)

– Nein, dann machen wir schon Punkt 4 und Punkt 6 gesondert.

Wer stimmt Punkt 4 des Antrags zu? – Wer ist dagegen? – Mit der gleichen Mehrheit ist dieser Punkt abgelehnt.

Wer stimmt Punkt 5 des Antrags zu? – Das sind die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist Punkt 5 des Antrags abgelehnt.

Wer stimmt für Punkt 6 des Antrags? – Wer stimmt dagegen? – Dann ist dieser Punkt des Antrags mit den Stimmen der CDU abgelehnt.

Damit sind alle Punkte dieses Antrags mit unterschiedlichen Mehrheiten abgelehnt.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 12, Antrag Drucks. 16/3632: Antrag der Fraktion der SPD betreffend Umsteuern in der Finanzpolitik jetzt! Gibt es da gesonderte Abstimmungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, denn bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die FDP. Wer ist dagegen? – Die Mehrheitsfraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 14, Antrag Drucks. 16/3747: Antrag der Fraktion der FDP betreffend Strukturveränderungen im Haushalt jetzt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Der Rest, also die beiden großen Fraktionen. So ist das Leben. Damit hat die FDP verloren.

(Heiterkeit)

Der Antrag Drucks. 16/3747 ist abgelehnt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 29 zur Abstimmung auf. Wir wollen einmal sehen, wer da der Verlierer ist. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Hessische Landesregierung gibt rot-grüner Bundesregierung Nachhilfe in Finanzpolitik, Drucks. 16/3937. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen?

(Reinhard Kahl (SPD): Punkt 2 extra!)

– Meine Damen und Herren, Moment, wir wollen es richtig machen. Über Punkt 2 soll gesondert abgestimmt werden und dann über die anderen Punkte. – Dann rufe ich zunächst Punkt 1 des Antrags auf. Wer wünscht Punkt 1 seine Zustimmung zu geben? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe: Und SPD!)

– Und die SPD. – Damit ist Punkt 1 des Antrags mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Jetzt rufe ich Punkt 2 des Antrags auf. Wer ist für diesen Punkt? – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Punkt mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD angenommen.

Darf ich dann die Punkte 3 bis 10 des Antrags zusammen aufrufen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wer ist für die Annahme der Punkte 3 bis 10 des Antrags? – Das ist die Union. Wer ist dagegen? – Das sind die anderen Fraktionen.

Dann ist, wie nicht anders zu erwarten, dieser Antrag angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 45 zur Abstimmung auf. Das ist der Antrag der Fraktion der FDP betreffend Lage der Finanzen des Landes Hessen und Vorlage eines Nachtragshaushaltes 2005, Drucks. 16/4072. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen? – Das sind die Fraktionen von FDP – ein einzelner wichtiger Herr der CDU hat wieder zurückgezogen –, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – Die CDU mit Herrn Boddenberg. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Zurufe und Unruhe)

– Liebe Freunde, das ist alles völlig in Ordnung.

Antrag unter Tagesordnungspunkt 47: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend steuerpolitischen Tumult in der Union beenden, Drucks. 16/4074. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Norbert Schmitt (SPD): Die SPD ist für Tumult bei der CDU!)

Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich muss nun geschäftsleitend, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu Punkt 4, kommen, noch mitteilen – –

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): 6 : 0 gewonnen!)

– Ja, aber unterschiedlich.

(Heiterkeit – Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut! Das ist wie gestern Abend! Da haben wir auch besser gespielt und trotzdem nicht gewonnen!)

So viel Zeit muss für eine Liberale sein. So ist das Leben.

Meine Damen und Herren, eingegangen und an Sie verteilt – ich habe es gesehen – sind zu Tagesordnungspunkt 94 – das ist das Gesetz über die Errichtung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg – zwei weitere Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/4119 und Drucks. 16/4120.

Weitere Anträge liegen noch nicht vor, wenn ich das richtig sehe. Herr Gotthardt? – Okay. Das wird dann morgen zur dritten Lesung im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 94 aufgerufen.

Nun kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 4:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes – Drucks. 16/4066 –

Herr Staatsminister Rhiel hat das Wort zur Erläuterung. Redezeit sind zehn Minuten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Zur Einbringung, nicht zur Erläuterung!)

– Ja, zur Einbringung. Entschuldigung.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss Ihnen und uns sicherlich nicht begründen, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens derzeit das wichtigste Infrastrukturprojekt in Hessen ist. Viele Debatten hier im Hause in den vergangenen Monaten haben gezeigt, mit welcher Intensität um diese wichtige Maßnahme für eine verbesserte und zukunftsfähige Infrastruktur unseres Landes gerungen wurde, wird und sicherlich auch noch werden wird. Das Befassen mit diesem wichtigen Vorhaben wird intensiver werden, wenn sich nun wesentliche Ecksteine dieser Zukunftsinvestition planerisch und verfahrensmäßig einer Entscheidung nähern. Wie Sie wissen, ist mein Ministerium gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen mit der planerischen Realisierung dieses Vorhabens beschäftigt. Insbesondere gehört hierzu auch das mit Kabinettsbeschluss vom 23. Mai 2005 formell eingeleitete Verfahren zur Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000.

Meine Damen und Herren, im Rahmen dieser Änderung werden die raumordnerischen Voraussetzungen zur Realisierung des Flughafenausbau geschaffen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, einen Augenblick. – Meine Damen und Herren, ich bitte, die Gespräche nach draußen zu verlegen und dem Redner Gehör zu schenken.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Also, meine Damen und Herren, im Rahmen dieser Änderung des Landesentwicklungsplans werden die raumordnerischen Voraussetzungen zur Realisierung des Flughafenausbau geschaffen. Dies ist ein bedeutender erster Schritt, dem später die Schaffung des Planungsrechts mit der abschließenden Entscheidung im Planfeststellungsverfahren folgen wird.

Der Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans wird übrigens dem Landtag bereits in der nächsten Woche zur Kenntnisnahme zugeleitet. Außerdem wird bis Ende September die vorgeschriebene Anhörung der Träger öffentlicher Belange sowie die nunmehr im Bundesraumordnungsgesetz vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Nach Abschluss und Auswertung der Anhörung stellt die Landesregierung den Landesentwicklungsplan bzw. dessen Änderungen nach § 8 Abs. 4 Satz 1 des Hessischen Landesplanungsgesetzes durch Rechtsverordnung fest. An diesem Verfahren wollen wir grundsätzlich festhalten.

Allerdings – deswegen befassen wir uns heute mit diesem Thema – schlagen wir mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes vor, dass die Rechtsverordnung zur Feststellung des Landesentwicklungsplans künftig zusätzlich auch der Zustimmung des Landtags bedarf.

Diese Neuregelung soll bereits für das eingeleitete Änderungsverfahren zum Flughafenausbau gelten. Darüber hinaus – und das ist schlüssig – wollen wir natürlich auch in der Zukunft bei allen weiteren Neufassungen und Änderungen des Landesentwicklungsplanes Ihre, also die Zustimmung des Landesparlaments erbitten.

Der Vorschlag zur Änderung von § 8 Abs. 4 Satz 1 Landesplanungsgesetz folgt übrigens wortgleich einer Regelung, die sich in Bayern seit vielen Jahren in dieser Form bewährt hat. Der Landesentwicklungsplan regelt die grundlegenden Festlegungen der Raumordnungen für die großflächige Ordnung und Entwicklung des Landes und seiner Regionen und stellt die überregional bedeutsamen Planungen und Maßnahmen dar. Er, also der Landesentwicklungsplan, ist damit die wichtigste Vorgabe der Leitvorstellungen zur künftigen Entwicklung des Landes.

Die Landesregierung ist hier zu der Überzeugung gelangt, dass diese wichtige planerische Grundsatzentscheidung einer verbreiterten demokratischen Grundlage bedarf. Sie hat sich daher entschieden, dem Landtag deutlich erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Ich will aber nicht verschweigen, dass es auch Wunsch der Landesregierung ist, den Landtag hier verstärkt mit in die Verantwortung zu nehmen. Der Regierungsentwurf des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, den wir Ihnen heute vorlegen, ist auf den ersten Blick nur eine geringfügige redaktionelle Anpassung des Gesetzeswortlautes. Materiell bietet er aber dem Landtag erstmals die Chance, auch auf dem Gebiet der Raumordnung gestaltend an der künftigen Entwicklung des Landes mitzuwirken. Die vorgeschlagene Änderung des Gesetzes ist daher ein bedeutsamer Schritt zur Demokratisierung der Landesplanung. Ich bitte Sie daher, dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Der erste Redner der Fraktionen ist Herr Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister Rhiel hat gerade gesagt, vom Volumen her sei es nur eine geringfügige redaktionelle Änderung. Es gehe im Gesetzentwurf exakt um fünf Worte. Nur, meine Damen und Herren, für die Begründung wurden erheblich mehr Worte verwendet. Das zeigt richtigerweise, dass es materiell um wesentlich mehr als nur um diese fünf Worte geht.

Ich möchte mich zunächst einmal mit den fünf Wörtern befassen. Herr Staatsminister, Sie sagten eben, es sei wort-

gleich mit der Regelung in Bayern. Das stimmt natürlich nicht, denn im bayerischen Gesetz steht nichts vom Hessischen Landtag. Davon bin ich fest überzeugt.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Sie sagen, es sei nur eine Kleinigkeit: Die fünf Worte, die Sie einfügen wollen, sind ein Wort zu viel. Zu viel ist das Wort „Hessisch“. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir noch einen Änderungsantrag erhalten werden, um das herauszunehmen, weil die Gesetzesredaktion selbst für dieses winzige Gesetz schlampig war. Sie können nicht in demselben Paragraphen eines Gesetzes – z. B. in § 8 Abs. 3 – vom Landtag reden, aber in § 8 Abs. 4 vom Hessischen Landtag reden. Sie müssen im Gesetz eine einheitliche Terminologie durchhalten, sonst würde der Leser vermuten, es gehe um zwei verschiedene Dinge. Geht es aber nicht. Insofern heißt es bei uns im Gesetz immer nur „der Landtag“. Das wissen wir auch. Das wissen Sie auch, trotzdem schreiben Sie etwas anderes. Irgendjemandem ist das durchgerutscht, wahrscheinlich spätestens dem Justizministerium, das so etwas immer prüfen soll, bevor die Landesregierung es hier einbringt. – So weit zum Formalen.

(Zuruf)

– Das ist eine typische Geschäftsführerargumentation, Herr Kollege Gotthardt, aber auch darauf sei hingewiesen, denn die Art und Weise, wie Gesetze gemacht werden, insbesondere, wenn sie ein so gravierendes Gewicht wie dieses haben, sollte korrekt sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, worum geht es in der Sache? Der Herr Staatsminister hat es uns erklärt. Es geht um einen weiteren, geradezu von Verzweiflung getragenen Versuch, das Projekt des Flughafenausbau gegen alle Vernunft durchzudrücken. Wir haben es heute mit dem fünften Versuch zu tun. Bereits zweimal wurde das Hessische Naturschutzgesetz wegen des Flughafenausbau geändert. Zunächst wurden die Ausgleichsregelungen verwässert und dann weitgehend wirkungslos gemacht. Deswegen wurde einmal das Hessische Forstgesetz geändert, um den Bannwaldschutz abzuschaffen. Zweimal – mit dem heutigen Entwurf jetzt ein zweites Mal – soll das Landesplanungsgesetz geändert werden: beim ersten Mal, um nachträglich die Genehmigung für Raumordnungspläne mit Maßgabe zu ermöglichen, was Ihnen der Verwaltungsgerichtshof zwischenzeitlich um die Ohren gehauen hat, und jetzt beim zweiten Mal, um den Landtag einzubeziehen.

Herr Staatsminister, wenn Sie am Ende Ihrer Ausführungen so deutlich – ich will einmal sagen: großspurig – gesagt haben, es sei eine Steigerung der Demokratie, haben Sie den Mund, wie ich glaube, etwas voll genommen, denn wir werden nicht dazu gefragt, wie der Landesentwicklungsplan aussehen soll, sondern wir werden um eine Zustimmung durch das Gesetz gebeten. Können wir den Landesentwicklungsplan von uns aus ändern? Ich gebe mich keinen Illusionen hin, dass die Mehrheitsfraktion nicht – wie bisher immer in Flughafenangelegenheiten – Ja und Amen sagen wird, auch zu dem, was die Landesregierung liefert. Aber es geht in Zukunft, wie Herr Staatsminister Rhiel ausgeführt hat, auch um andere Fragen im Zusammenhang mit dem LEP. So, wie Sie es formulieren, kann der Landtag den Landesentwicklungsplan nicht ändern. Er kann nur die Zustimmung verweigern. Daraufhin

wäre die Landesregierung gehalten, einen anderen Entwurf vorzulegen, der möglicherweise Zustimmung findet. Aber das ist keine direkte Einwirkungsmöglichkeit des Landtags und insofern auch keine Demokratisierung des Planungsverfahrens, sondern das ist ein anderes Etikett. Deshalb komme ich auf die Frage zu sprechen, warum Sie den Landtag überhaupt einbeziehen wollen.

Herr Staatsminister Rhiel hat mit dankenswerter Offenheit darüber berichtet, dass die Änderung des Landesentwicklungsplans bereits auf dem Weg sei. Das Kabinett hat ihn verabschiedet. Wir bekommen ihn nächste Woche zu lesen. Wir haben ihn noch nicht gelesen, wir haben ihn noch nicht lesen können, aber wir haben immerhin schon die Pressemeldung über die Verabschiedung zur Kenntnis nehmen können. In der Pressemitteilung steht unter anderem, dass – ich sage es verkürzt mit meinen Worten – die Variante Nordwest diejenige sei, die in den Landesentwicklungsplan als Vorgabe hineingeschrieben werden solle – das überrascht niemanden, Herr Boddenberg, Sie nicht, mich nicht und selbst Herrn Koch nicht, der es damals vorgeschlagen hat und sich jetzt darüber wundern darf, dass sein Vorschlag sozusagen durchgetragen wird. Zusätzlich wird in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums ausgeführt, die Variante Nordwest führe zu keiner signifikanten Veränderung der Sicherheits- und Risikosituation. Der Risikozunahme für den Betriebsbereich Ticona bei der Nordwestvariante stehe eine stärkere Risikozunahme für die Wohnbevölkerung bei den Varianten Nordost und Süd gegenüber.

Meine Damen und Herren, wir wissen und Sie wissen auch, dass eine vollständige Risikobewertung in diesem – auch wenn es 1.000 Seiten in Sachen Ticona sind – Gutachten gar nicht stehen kann. Sie haben sich immer darauf verlassen. Die Frage des Absturzrisikos und die Frage danach, was passiert, wenn ein Flugzeug abstürzen sollte – was hoffentlich nie passieren wird –, haben wir oft diskutiert. Es gibt Risikobetrachtungen, und es gibt einen Streit darüber, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, aber das muss uns jetzt nicht interessieren. Darüber gibt es etwas. Ich habe nicht zum ersten Mal hier vom Pult aus und sonst wo die Gelegenheit und die Pflicht, darauf hinzuweisen: Es gibt keine nachvollziehbaren und begründeten Studien darüber, was passiert, wenn nichts passiert. Das heißt: Ist der normalbetriebliche Zustand des Flugbetriebes auf der einen Seite und des Chemiewerks auf der anderen Seite machbar? Der Landesregierung liegt ein Gutachten vor, das sie uns vor zwei Jahren zur Kenntnis gegeben hat, in dem der TÜV Pfalz deutlich sagt, genau dieser Punkt müsse nachdrücklich untersucht werden, und es müsse nachvollziehbar dargelegt werden, dass es überhaupt einen normalen ungestörten Parallelbetrieb geben könne.

Nun wissen wir, dass man so etwas gutachtlich nur nachweisen kann, wenn man sich den betrieblichen Zustand des Chemiewerks und des Flughafens intensiv anschaut, ihn bewertet und dann auf die einzelnen Probleme zu sprechen kommt und darstellt, wie man sie lösen kann. Das kann man aber nur, wenn man die Probleme tatsächlich untersucht hat. Nur weiß ich, dass Sie sie bislang nicht untersucht haben. Dazu gibt es kein Gutachten. Dazu gibt es bislang keine belastbare Aussage. Es gibt genau das alles nicht, was seinerzeit in dem von Ihnen selbst bestellten Gutachten gefordert wurde.

Also hat sich die Landesregierung auf eine Nordwestbahn festgelegt, ohne eine ganz wichtige Frage zu beantworten. Nun kann man sagen: Okay, das brauchen wir nicht zu wissen. Notfalls enteignen wir, wie der Ministerpräsident schon einmal angedeutet hat. – Nur ist das keine saubere

Abwägung in der Sache. Die Frage, ob man enteignen müsste oder nicht – ich denke nicht, dass wir jetzt über Kleinigkeiten streiten müssen –, also die Frage von Ja und Nein, ist eine Frage von mindestens mehreren Hundert Millionen Euro. Um wie viele Millionen Euro es sich genau handelt, darüber will ich mich gar nicht mit Ihnen streiten. Deshalb ist es eine entscheidungsrelevante Frage, zu welcher Variante man am Ende kommt. Dies ist hier nicht bewertet.

Deswegen trage ich es hier vor. Deswegen wundert es mich gar nicht, wenn Staatsminister Rhiel hier deutlich wird und sagt, er gebe zu, dass die Landesregierung die Verantwortung nicht allein tragen möchte, sondern dass sie sie dem Landtag mit übergeben wolle. Wir sollen sozusagen die Verantwortung für Sie mit übernehmen. Nur geht das unserer Meinung nach nicht in dieser Form. Sie müssten schon andere Regelungen anbieten. Natürlich kann keiner von sich aus sagen – vor allem nicht der Landtag –: Wir wollen nicht zu irgendetwas gefragt werden, wir verweigern uns, uns am Verfahren zu beteiligen, wenn es um den Landesentwicklungsplan geht. – Nur muss man sich entscheiden, was man auf der Planungsebene Land, beim Landesentwicklungsplan, wirklich will.

Ich will es jetzt hier im Detail nicht vortragen; das würde zu lange dauern. Aber es gibt eine sehr erhebliche wissenschaftliche Diskussion über die Frage, dass es sich zumindest ausschließt, einmal für die Landesebene eine klare Festlegung zu treffen, die landesweit gilt, und gleichzeitig eine parzellenscharfe Einzelentscheidung zu treffen. Wie immer man es drehen und wenden will: Die Frage, welche Variante für den Ausbau des Flughafens gewählt wird, ist letztlich eine parzellenscharfe Einzelentscheidung. Für das Schicksal der Landesentwicklung wäre es Wurscht, ob die Varianten Nordwest, Nordost oder Süd gewählt werden, wenn man es so betrachtet. Man kann nur sagen: Die Erweiterung des Flughafens ist eine Frage von Ja oder Nein, die ohne Zweifel wichtig ist. Das ist gar nicht streitig. Welche Variante aber gewählt werden soll, ist eine Frage der regionalen Wirkung. Wenn Sie in einem Landesentwicklungsplan eine regionale Frage – nämlich nicht nur des Ob, des Ausbaus, sondern auch des Wie der Variante, im Detail – entscheiden wollen, müssen Sie die entsprechenden Abwägungen im Detail mit all den Verfahren treffen, die dazu gehören. Das kann sinnvollerweise eine Landesebene überhaupt nicht leisten. Das Planungsrecht sieht es auch überhaupt nicht vor. Insofern ist das ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können auf der Ebene der Landesplanung vorschreiben, dass der Flughafen ausgebaut wird. Damit sind Sie beim ersten Mal gescheitert, das könnte man aber beim neuen Plan in der Tat machen. Sie wissen, wir sind anderer Meinung als Sie, aber das will ich heute gar nicht in den Vordergrund stellen. Sie können aber nicht einerseits sagen, der Landtag solle zustimmen – wer sollte sich da schon weigern –, andererseits aber die Zustimmung zu einem Verfahren erwarten, das eindeutig ein exekutives Verfahren auf regionaler Ebene sein muss und kein Verfahren auf Landesebene sein kann. Bei einem Verfahren auf Landesebene kann es nämlich nicht um grundstücksbegrenzende, parzellenscharfe Abgrenzungen gehen. Das muss aber geschehen, wenn das Verfahren weitergeht und wir uns tatsächlich auf die Nordwestbahn festlegen. Sie kennen die Vielfalt der Probleme, über die dann abwägend entschieden werden muss. Das kann aber nicht auf der Ebene des Landes und erst recht nicht vom Parlament geleistet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Denzin das Wort.

Michael Denzin (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vom Verfahren her muss ich zunächst einmal feststellen: Herr Minister, diese Gesetzesänderung hätten wir besser schon vor längerer Zeit vorgenommen. Es ist für manchen nicht ganz nachzuvollziehen, wie eine technisch so leichte Änderung – wie Sie ja selbst gesagt haben –, die allerdings schwere inhaltliche Konsequenzen hat, einen so langen Vorlauf brauchte.

Wir kommen jetzt in die Situation, dass ein Landesentwicklungsplan aufgestellt werden muss, eine Gesetzesänderung auf dem Wege ist und diese Gesetzesänderung im weiteren Verfahren durch gerichtliche Überprüfungen möglicherweise noch angehalten wird. Das kann man nicht ausschließen. Dann kommen wir zu der Frage: Was passiert mit einem auf der Grundlage eines rechtlich nicht abschließend abgesicherten Planverfahrens getroffenen Planfeststellungsbeschluss? Weil wir den Ausbau genauso absichern wollen wie Sie und ihn für das Nonplusultra der weiteren Landesentwicklung – nicht nur im Rhein-Main-Gebiet – halten, müssen wir das hier kritisch ansprechen und anmerken. Ich bin gespannt, wie das in den weiteren Beratungen von Ihnen dargelegt wird.

In der Antwort auf unsere Große Anfrage – die Antwort hat immerhin sieben Monate gebraucht – sind Sie in einigen Punkten speziell auf die Verfahrensabläufe eingegangen. Ich halte es im Ergebnis nicht nur für nicht befriedigend, sondern für kritikwürdig, dass es so lange gedauert hat, dass man die gesetzliche Voraussetzung nicht schon längst geschaffen hat. Das hätten Sie in der Tat machen können.

Herr Kaufmann, im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht der Meinung, dass es hier nur um eine Verantwortungsüberwälzung oder um die Einbeziehung des Landtags in die Verantwortung geht. Im Gegenteil, wir haben, wie ich mich erinnere, schon in der Opposition zu Rot-Grün sehr beklagt – ich habe das auch in anderen Konstellationen beklagt –, dass die wesentlichen Fragen und Zielsetzungen der Landesentwicklung nach dem gesetzlichen Ablaufschema völlig am Landtag vorbeigehen. Übrigens geht es dabei nicht um parzellenscharfe Abgrenzungen, die erfolgen bei der Aufstellung des Raumordnungsplans. Eine der wichtigsten Fragen, die wir im Lande Hessen haben, nämlich die Landesentwicklung, ging bisher völlig am Landtag vorbei. Sie kam dann in den Landtag, wenn eine Fraktion Einzelpunkte hereingeholt hat. Die haben wir dann ersetztweise behandelt. Am Verfahren konnten wir aber nicht originär mitwirken.

Das wird jetzt geändert. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn es so wäre, wie Sie es dargestellt haben, dass eine Mehrheit im Landtag einen solchen Plan zurückweist und er neu aufgestellt werden muss, dann hätten wir eine grundlegende Diskussion über die Zielsetzungen in diesem Land. Dahinter können nur größere Verwerfungen stehen, die es dann allerdings verdient hätten, im Plenum grundsätzlich diskutiert zu werden. Wir kennen die Diskussionsfreude dieses Parlaments. Die ist nicht auf Ihre kritische Position beschränkt, wenn es um die Landesentwicklung geht. Diese Aussprachen werden ein belebendes

Element werden, und ich denke, der Landtag bekommt hier eine Aufgabe, die ihm auch zusteht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der SPD hat der Kollege Riege das Wort.

Bernd Riege (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr spät, deshalb will ich mich sehr kurz fassen. Trotzdem sei mir eine Einstiegsbemerkung erlaubt.

Da die Landesregierung das Landesplanungsgesetz erneut auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt hat, bekommen wir Gelegenheit, das zu tun, was die Unionsfraktion gerne tut, nämlich einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Dabei stelle ich fest, dass sich die Regierung Koch in den jetzt sechs Jahren ihrer Amtszeit alles geleistet hat, was man an Landesplanung mäßig bis schlecht machen kann. Sie hat sich, um es volkstümlich zu formulieren, wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert,

(Beifall bei der SPD)

obwohl Herr Dr. Herr früher und der Herr Minister heute völlig überzeugend und mit uns übereinstimmend festgestellt haben, dass die Landesplanung das Wichtigste für ein Land überhaupt ist und dass davon die Zukunft eines Landes abhängt. Wenn das wirklich so ist, meine Damen und Herren von der Union, dann muss ich feststellen: Was Sie auf diesem Gebiet geleistet haben, ist nicht zukunfts-fähig, denn bis heute hat sich nichts Wesentliches an der Tatsache geändert, dass wir keinen Landesentwicklungs-plan haben. Das werden Sie wohl nicht bestreiten, unter anderem deshalb nicht, weil es Ihnen gelungen ist, „eine Niederlage zu erringen“, wie Kanzler Kohl einmal gesagt hat, nämlich eine Niederlage vor dem Verwaltungsge-richtshof, als Sie Ihren letzten Landesentwicklungsplan vorgelegt haben.

Der von Ihnen – also nicht von uns – verfasste Entwurf ei-nes Landesplanungsgesetzes ist noch gar nicht alt. Der Kollege Denzin hat darauf hingewiesen. Man hätte schon damals die Möglichkeit gehabt, das zu ändern, was bislang geltendes Recht ist, nämlich der Regierung Koch eindeutig die Aufgabe zuzuweisen, den LEP aufzustellen, Stel-lungnahmen dazu einzuholen und ihn dann durch Rechts-verordnung festzustellen.

Nach nunmehr drei Jahren ist das Verfahren jetzt in Gang gekommen. Wir bekommen, wie vorhin angekündigt, nächste Woche Einsicht in die Unterlagen. Als Landtags-abgeordnete könnten wir uns geschmeichelt fühlen, dass die Landesregierung uns „in die Entscheidung einbinden will“ – was immer Sie damit meinen. Hoffentlich erhellt die Debatte, insbesondere im Ausschuss, Ihre Beweg-gründe etwas besser, als es die schriftliche, mit dem Ge-setzesänderungsentwurf zugeleitete Begründung tut. Über der Begründung steht zwar „Begründung“, aber wer sie liest, wird feststellen, sie wiederholt die geplante Ge-setzesänderung und enthält keine einzige Begründung für Ihren Vorschlag.

Bisher hatte die Landesregierung die alleinige Verant-wortung dafür, was im LEP steht. Sie war deshalb auch al-leine dafür verantwortlich, dass der VGH den LEP für

nichtig erklärt hat – mit der Folge, dass wir zurzeit keinen gültigen Landesentwicklungsplan haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

Wenn die Landesregierung nun vorschlägt, dem Landtag einen Teil der Verantwortung abzugeben, dann ist das für uns ein Grund, darüber nachzudenken, warum sie das tut. Häufig kommt so etwas nämlich nicht vor. Bisher wissen wir nicht, warum die Landesregierung das tut. Die Ent-scheidung des Hessischen Landtags, so können wir aus Ih-rer Antwort auf die Große Anfrage lesen, verleihe dem LEP eine größere Bedeutung. In welcher Hinsicht verleiht sie ihm „größere Bedeutung“? Wird die rechtliche Verbindlichkeit des LEP dadurch verändert? Wird das Verfahren dadurch beschleunigt? Werden durch die Mit-wirkung des Landtags andere Rechtsmittel aktiviert? Er-langt diese Rechtsverordnung, wenn wir zugestimmt ha-ben, so etwas wie Gesetzeskraft? Welche einschlägigen Vorschriften – das ist uns besonders wichtig – des Bundes-raumordnungsrechts muss der Hessische Landtag einhal-ten, und wie hat die Auseinandersetzung des Hessischen Landtags mit der Rechtsverordnung der Landesregierung zu erfolgen? Wie wirkt sich eine konditionierte Zustim-mung aus? Wir haben gehört, Sie bieten uns Gestaltungs-möglichkeiten an. In Wirklichkeit sieht der Gesetzentwurf in der von Ihnen jetzt vorgeschlagenen Fassung aber nur eine Zustimmung oder Ablehnung vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir wissen, dass das Verfahren, das uns jetzt vorgeschlagen wird, in Bayern praktiziert wird. Es wäre für unsere Beratungen – damit meine ich auch die Beratungen im Wirtschaftsaus-schuss – sehr hilfreich, wenn uns brauchbare Erfahrungswerte darüber mitgeteilt werden könnten, wie die Ausein-andersetzung des Landtags mit dem Vorschlag der Lan-desregierung im Rahmen dieses Verfahrens zu erfolgen hat.

Für die SPD-Fraktion kann ich erklären, dass uns-re grundsätzliche Bereitschaft, Miterantwortung für die Landesentwicklung zu übernehmen, hier ausdrücklich be-tont wird. Wir haben aber noch Informationsbedarf und hoffen, dass die von mir angesprochenen Fragen zufrie-denstellend zu beantworten sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kaufmann das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Riege, ich habe mich gemeldet, obwohl ei-gentlich der Wirtschaftsminister, in dem Fall der Pla-nungsminister, etwas hätte sagen müssen. Wenn Sie so ar-gumentieren, sollten Sie keine Fehler machen. Die Aus-sage, wir hätten keinen Landesentwicklungsplan ist – aus grüner Sicht möglicherweise in Klammern gesetzt: leider – falsch. Wie wir wissen, hat die Landesregierung ihn, nachdem er vom VGH für nichtig erklärt worden war, er-neut in Kraft gesetzt – ohne die Maßgabe zu berücksichtigen, wie sie ihn ändern sollte. Insofern haben wir derzeit einen gültigen Landesentwicklungsplan. Das ist Fakt.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie wir ihn bewerten wollen, ist eine andere Frage. Ich bewerte ihn sehr viel positiver als das, was jetzt auf uns zurollt. Das wird Sie nicht verwundern.

Da ich gerade hier stehe, möchte ich eine zweite Bemerkung machen. Sie richtet sich an den Staatsminister und an die Mehrheit in diesem Haus. Vielleicht denken Sie einmal darüber nach, ob man nicht nur ein Zustimmungsverfahren zu einer Verordnung der Landesregierung, sondern am Ende sogar ein Beschlussverfahren im Landtag herbeiführen könnte. Dann hätten wir nämlich auch die Möglichkeit, etwas zu ändern, statt zu sagen: Wenn uns das nicht gefällt, müssen wir das Ganze ablehnen, und die Landesregierung muss sozusagen nachbessern. – Ein Verfahren, das uns die Möglichkeit gibt, tatsächlich einzuwirken, wäre wahrscheinlich geschickter. Das ist eine Frage, über die wir noch vertieft diskutieren können. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Als nächster Redner spricht Herr Boddenberg für die Union.

(Bernd Riege (SPD): Ich darf jetzt antworten, Frau Präsidentin!)

– Dann müssen Sie sich melden. Wir haben Sie nicht gesehen. Natürlich haben Sie das Recht. – Entschuldigung, Herr Boddenberg.

Bernd Riege (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, wenn Sie nicht hingucken, sehen Sie auch nicht, wenn ich mich melde.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Sie können das auch nicht sehen, Herr Hahn. Ich bin aufgestanden und habe mich gemeldet. Das können alle bezeugen, die noch hier sitzen. Aber man muss dann schon hinsehen. Entschuldigung, ich wollte das gar nicht so lange ausdehnen.

Es liegt mir sehr daran, mich bei Herrn Kaufmann dafür zu bedanken, dass er mich belehrt hat. Ich erkenne an, dass wir einen gültigen Landesentwicklungsplan haben. Aber ich behaupte nach wie vor, dass ein solch eingeschränkter Landesentwicklungsplan für die Zukunft des Landes Hessen nicht viel wert ist. Deswegen bleibe ich dabei: Es ist gerade so, als ob wir keinen Landesentwicklungsplan hätten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Boddenberg, jetzt haben Sie das Wort für die Union.

Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Riege, wenn Sie meinen, dass wir nur dann einen Landesentwicklungsplan haben, wenn in diesem auch noch die Farbe der letzten Bushaltestation in Mittelhessen beschrieben wird, gebe ich Ihnen Recht darin, dass wir keinen haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was haben Sie gegen Mittelhessen?)

– Ich hätte auch „Nordhessen“ oder „Frankfurt“ sagen können, lieber Herr Kollege. – So viel dazu.

Diesen Streit haben wir vor einigen Jahren ausführlich geführt. Ich denke, dass das, was wir jetzt auf dem Tisch haben, ein sehr gutes Instrument ist, um die Landesentwicklung zu gestalten und ihre Ziele klar zu beschreiben.

Herr Kaufmann, ich kann es sehr kurz machen. Sie haben uns wieder einmal vorgeworfen, dass wir das Ergebnis im Grunde genommen schon gefunden haben, bevor wir in die Beratungen einsteigen. Ich bringe das, was Sie gesagt haben, jetzt auf den Punkt. Ich habe das Gefühl, dass das bei Ihnen nicht viel anders ist. Ich habe nämlich noch nie gehört, dass Sie auch nur ansatzweise gesagt hätten, Sie wollten über Ihr Nein zum Flughafenausbau in irgendeiner Form diskutieren. Deswegen können wir uns dieses Spielchen sparen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jederzeit! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nennen Sie Ort und Zeit!)

Heute Morgen habe ich allerdings von Herrn Al-Wazir gehört – das könnte den einen oder anderen hoffnungsvoll stimmen –, dass die Frankfurter GRÜNEN mittlerweile sogar die Hochhausskyline dieser Stadt in ihr Logo aufgenommen haben. Ich habe dieses Logo noch gar nicht gesehen; aber jetzt, da Sie das gesagt haben, schaue ich nach, ob das so ist. Das macht uns Hoffnung, dass Sie eines Tages – allerdings vielleicht auch erst in 30 Jahren – erkennen, dass das Nein zum Ausbau des Frankfurter Flughafens eine fatale Entscheidung der GRÜNEN ist. Aber man darf die Hoffnung nie aufgeben. Nur, Herr Kaufmann, wir haben nicht so lange Zeit. Wir können keine 30 Jahre warten.

Herr Walter, Sie haben heute in diesem Zusammenhang wieder einmal eine falsche Aussage gemacht. Sie haben gesagt, dort laufe alles schief. Das ist ein grober Unfug, und es ist falsch, was Sie sagen. Sie wissen auch, dass es falsch ist. Sie müssen uns einen Vorgang in den letzten fünf oder sechs Jahren nennen, der bei diesem Projekt zu einer zeitlichen Verzögerung geführt hätte.

Wir sind der Meinung, dass die Debatte, die wir im Hessischen Landtag in den Ausschüssen führen werden, notwendig ist. Ich wundere mich etwas darüber, dass Herr Kaufmann, dem man es offensichtlich nie recht machen kann, am Ende auch dies offensichtlich anders sieht und den alten Weg für den besseren hält. Ich freue mich auf diese Debatten, Herr Kaufmann. Wir werden im Ausschuss mit der Mehrheit klar festlegen, wie tief diese Beratungen gehen, damit auch Sie in den Genuss kommen, sich mit den Fragen ausführlich zu beschäftigen, die Sie hier aufgeworfen haben und die allesamt zu einem großen Teil, anders als Sie behaupten, geklärt sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes, Drucks. 16/4066, in erster Lesung behandelt.

Der Gesetzentwurf wird gemäß der Übereinkunft zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Meldegesetzes – Drucks. 16/4067 –

(Frank Gotthardt (CDU): Entschuldigung, es ist fünf vor sechs!)

– Entschuldigung, Herr Gotthardt, ich bin vorhin gebeten worden, diesen Tagesordnungspunkt noch aufzurufen. Das hätten Sie mir vorher signalisieren müssen. Alle haben mir erklärt, dass sie die fünf Minuten Redezeit nicht ausnutzen wollen.

Zur Begründung hat Herr Innenminister Bouffier das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit will ich versuchen, den Gesetzentwurf in wenigen Worten vorzustellen. Die Drucksache liegt Ihnen vor.

Worum geht es im Kern? Im Kern geht zum Ersten darum, das Meldewesen mit der modernen Technik kompatibel zu machen. Zum Zweiten geht es darum, eine Reihe von bundesgesetzlichen Änderungen in Landesrecht umzusetzen. Es geht zum Dritten um eine Verbesserung der inneren Sicherheit, und zum Vierten geht es darum, einen verbesserten Bürgerservice einzuführen.

Das sind die Kernpunkte, die diese Novelle enthält. Das Ganze ist auf eine Initiative aufgesetzt, die die Innenminister bereits vor zwei Jahren in dem großen Konzert „Deutschland online“ beschlossen haben.

Worum geht es dabei? Im Kern geht es darum, dass wir die Rechtsgrundlagen harmonisieren

(Unruhe)

– ich versuche, es ganz schnell zu machen; aber für das Gesetzgebungsverfahren muss ich es wenigstens vortragen –, dass wir glauben, die Kosten durch Automatisierung senken zu können, dass wir die neuen technischen Standards einführen, dass wir eine gemeinsame Umsetzungsstrategie haben und, was mir besonders wichtig ist, dass wir ein System haben werden, das sowohl den Bürgern als auch den Kommunen wirklich weiterhilft.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir werden einen Datenpool in Hessen schaffen. Dieser Datenpool wird den Mitarbeitern aller Behörden, insbesondere der Sicherheitsbehörden, nach einem einheitlichen Standard zugänglich sein. Das ist heute noch nicht möglich. Erst durch das neue System wird das geschaffen. Sie kennen die Probleme, z. B. bei der Abfrage der Polizeidaten. Wir werden in Zukunft in der Lage sein, über diesen Datenpool – es geht sowohl um die Polizei als auch um die Justiz – zu verfügen. Ganz wichtig ist, dass das auch für die Meldebehörden der Kommunen gilt.

Wir haben von Anfang an größten Wert darauf gelegt, das zusammen mit den Kommunen zu machen. Deshalb soll Ekom²¹ die zentrale Einrichtung sein, also der kommunale Verband und Dienstleister für die modernen Technologien. Das ist so miteinander vereinbart.

Wir haben auch die Frage der Konnexität zu berücksichtigen. Sie ist berücksichtigt. Ich will im allgemeinen Interesse auf ein Beispiel hinweisen. Nach dem 01.01.2007 sind alle Bürgerinnen und Bürger nach wie vor verpflichtet, sich rückzumelden, nachdem sie umgezogen sind. Ab dem 1. Januar 2007 wird das nur noch online möglich sein. Anders geht es nicht mehr. Allein an diesem Beispiel kann man zeigen, dass das, was hier so technisch klingt, eine große praktische Bedeutung hat. Natürlich wollen wir das innerhalb Hessens einheitlich machen – weitgehend auch bundeseinheitlich. Selbstverständlich wollen wir das auch gemeinsam mit den Kommunen machen.

Das Gegenstück dazu wird sein, dass künftig jeder selbst über seinen Internetanschluss bei der Meldebehörde Daten abfragen kann. Das kann man heute noch nicht. Das ist eine deutliche Verbesserung des Bürgerservice.

Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir das zusammen mit den Kommunen entwickelt haben. Sie haben in dem von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf die Stellungnahme der Spartenverbände zur Kenntnis nehmen können. Die Spartenverbände haben dem zugestimmt. Ich bin zuversichtlich, dass der Gesetzentwurf auch in diesem Haus, bei aller Unterschiedlichkeit der grundsätzlichen Positionen, Zustimmung findet. Alle Einzelfragen können wir im Ausschuss beraten. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Frömmrich das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht geht es am Ende dieses Tages doch etwas versöhnlich zu. Die Gesetzesänderung, die der Herr Minister hier gerade vorgestellt hat, wird notwendig, weil das Melderechtsrahmengesetz des Bundes geändert worden ist. Im Großen und Ganzen vollzieht dieser Gesetzentwurf das nach, was im Bundesrechtsrahmengesetz geregelt ist. Wie der Herr Minister schon erläutert hat, wird es in der Tat eine Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger geben. Das gilt auch für die Verwaltung. Mit diesem Gesetz halten die elektronischen Medien auch in den Meldebehörden Einzug.

Die Erleichterung wird unter anderem darin bestehen, dass wir es überhaupt ermöglichen, sich elektronisch anzumelden. Den Betroffenen wird der Zugang zu ihren eigenen gespeicherten Daten ermöglicht. Auch das halten wir für richtig.

Die Frage der elektronischen Signatur und der Absicherung dieses Verfahrens ist wichtig. Wir werden uns in der Anhörung damit beschäftigen müssen, was der Datenschutzbeauftragte dazu sagt. Aber im Großen und Ganzen bedeutet das ein Mehr an Auskunftsrechten für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Gesetz ermöglicht die Übermittlung von Daten an andere Behörden. Die Abschaffung der Abmeldepflicht bei Inlandsumzügen wird mit diesem Gesetz rückgängig gemacht. Das ist sinnvoll. Auch der Verzicht auf die Mitwirkungspflichten der Wohnungsgeber wird erleichtert. Was die Statistik angeht, wird einiges abgeschafft. Damit

trägt dieses Gesetz ein Stück weit zur Entbürokratisierung bei.

Von daher denke ich, dass wir im Ausschuss mit einer schriftlichen Anhörung zurechtkommen werden. Im Großen und Ganzen kann man diesem Gesetz zustimmen.

Der Datenschutz muss geklärt werden. Wir werden uns die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten genau anschauen. Der Herr Minister hat zwar gerade gesagt, dass die Spitzenverbände dem zugestimmt hätten. Aber die Spitzenverbände haben doch schon nach der Konnektivität gefragt. Ehrlicherweise sollte man das erwähnen. Von daher muss auch noch einmal das Gespräch mit den Spitzenverbänden gesucht werden.

Wir vollziehen hier also etwas nach, was vom Bundesrecht vorgeschrieben worden ist. Im Großen und Ganzen kann man diesem Gesetz zustimmen.

Aber wie das bei vielen Gesetzen ist, die diese Landesregierung einbringt: Ich bitte Sie, auch im Gesetzgebungsverfahren eines „leicht“ zu entwerfenden Gesetzes, über das wir uns wahrscheinlich einigen werden, so sauber zu arbeiten, dass man das nachher nachvollziehen kann.

Herr Kollege Gotthardt, Sie haben den Gesetzentwurf ja nicht gelesen, aber lassen Sie es mich erklären.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

In den Begründungen, die Sie im Anhang dieses Gesetzentwurfs anführen, sind Sie so detailverliebt, dass Sie offensichtlich Begründungsbauusteine aus Ihrem Computer auf drei Seiten gleich mehrmals wiederholen. Beispielsweise geht es auf Seite 1 um Kommunikationstechnologie.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Weil Ihnen der Absatz so gut gefallen hat, wiederholen Sie ihn in gleicher Form auf Seite 3.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Da geht es um die Meldepflicht und die Selbstauskunft. Anscheinend hat Ihnen auch dieser Satz so gut gefallen, dass Sie ihn auf Seite 3 ebenfalls wiederholen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Durch die Wiederholung wird die Sache klar!)

– Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, was ich damit sagen will, ist: Auch bei einem Gesetz, dem wir im Grunde zustimmen können, kann man verlangen, dass die Landesregierung es sauber einbringt und bei den Begründungen darauf achtet, auf drei Seiten nicht mehrere Textbausteine zu wiederholen. Das wäre auch für das Gesetzgebungsverfahren sinnvoll. Aber im Grundsatz werden wir uns in der Anhörung mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Ja, das sollte bei der Meldung nicht passieren. – Sehr verehrter Herr Rudolph, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

(Minister Volker Bouffier: Wiederholung ist die Grundlage der Pädagogik! – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht im Gesetzgebungsverfahren!)

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nicht nur Lehrer, auch Juristen haben solche Neigungen.

(Zurufe von der CDU)

– Ich sehe ein, das war ein Fehler. Es sind zu viele von dieser Abteilung anwesend. Ich sehe es ein.

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, erste Bemerkung: Eilaufertigung. Sie brauchen schon ein bisschen lang, um ein eher einfaches Bundesrecht in Landesrecht umzusetzen. Deswegen haben wir jetzt diese Eile.

Zweite Bemerkung. In der Sache sind wir uns relativ einig.

Dritte Bemerkung. Die Kostenfrage hinsichtlich der kommunalen Ebene müssen wir ernst nehmen. Der Hinweis, Konnektivität des Bundes greift nicht auf das Land, mag vielleicht formalrechtlich ausreichen, aber im Ergebnis heißt das, die Kommunen müssen möglicherweise draufzahlen. Deswegen müssen wir das sicherlich in der Anhörung noch thematisieren.

Vierte Anmerkung. – Herr Gotthardt, noch sind Sie nicht in Berlin, noch sind Sie in Hessen. Hören Sie also hier zu.

(Frank Gotthardt (CDU): Sonst hätte ich den Satz so nicht gesagt!)

Vierte Bemerkung: interkommunale Zusammenarbeit. Wir müssen sehen, dass wir das ermöglichen. Das wird in Zukunft zunehmen. Deswegen muss es möglich sein, dass Kommunen Daten unter Beachtung datenrechtlicher Rahmenbedingungen austauschen können. Daher sind diese Fragen, die wir gemeinsam in der Anhörung erörtern können. Ich sehe das eher als unproblematisch an. Deswegen ist es umso unverständlich, dass die Landesregierung wieder unter Zeitdruck einen solchen Gesetzentwurf vorlegt.

Herr Minister, ich denke also, an dieser Stelle können Sie zukünftig daran arbeiten, dass wir ein ganz normales Gesetzgebungsverfahren haben. Dann fällt manches leichter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Beer das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP-Fraktion begrüßt grundsätzlich den vorgelegten Entwurf des Meldegesetzes. Er schafft die Voraussetzungen für eine effiziente Nutzung der modernen Kommunikations- und Informationstechnologien im Meldewesen – Stichwort: Internet – und bringt entsprechende Vereinfachungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Auch wir meinen, dass wahrscheinlich eine schriftliche Anhörung ausreichen sollte. Dabei muss insbesondere die Kostenfrage für die Hard- und Software mit den kommunalen Gebietskörperschaften erörtert werden. Das hat der Kollege Rudolph bereits angesprochen.

Uns als FDP-Fraktion interessiert dann insbesondere auch die Position des Hessischen Datenschutzbeauftragten. Er hat uns immer wieder sehr hilfreiche Hinweise ge-

geben, um unsere Gesetze auch in dieser Hinsicht wasserfest zu machen. – Herr Kollege Frömmrich, um auf Ihre Einlassung zu den handwerklichen Fehlern der Landesregierung bei diesem Gesetzentwurf kurz einzugehen, muss ich ganz ehrlich sagen: Wenn es nur die Verdoppelung von Textbausteinen wäre, was bei dieser Landesregierung falsch läuft, dann wäre mir das recht. Wie wir aber im Laufe dieses Tages und gestern bei dem Gesetzentwurf zu den Universitätsklinika gesehen haben, gibt es da noch sehr viel größere Klöpse.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ich glaube, da können wir über diese Verdoppelung der Textbausteine locker hinwegsehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Zeimetz-Lorz das Wort.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Gotthardt, ich kann versichern, ich werde mir Mühe geben, mich beliebt zu machen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, das nehme ich Ihnen wirklich übel, diese ständige Beschimpfung der Juristen in diesem Hause. Ich bin nicht mehr bereit, das auf die Dauer hinzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das Protokoll notiert: „Beifall bei den anwesenden Juristen“. – Herzlichen Dank, liebe Kollegen.

Ich höre mit Vergnügen, dass alle Oppositionsfaktionen diesen Gesetzentwurf gelobt haben. Wenn Herr Frömmrich die Wiederholungen in der Begründung eines Gesetzentwurfs beklagt, so denke ich, mit diesem Vorwurf werden wir leben können; damit werden wir gut leben können.

Herr Rudolph, Sie haben das Thema Konnexität angesprochen. Das ist richtig. Aber wenn Sie den Gesetzentwurf gelesen haben, werden Sie festgestellt haben, dass die Landesregierung diesen Punkt gesehen und natürlich auch beachtet hat.

Ansonsten freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss und auf eine interessante Anhörung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Frau Zeimetz-Lorz. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist dieser Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Meldegesetzes, Drucks. 16/4067, in erster Lesung behandelt und wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun noch **Tagesordnungspunkt 84** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/3979 –

Gibt es hier Ausnahmen? – Herr Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, wir bitten, die Petition 4532/15 aus den Beschlussempfehlungen herauszunehmen und dem Petitionsausschuss zurückzuüberweisen.

(Frank Gotthardt (CDU): In Ordnung!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Gibt es weitere Vorschläge? – Dann darf ich feststellen, dass die Fraktionen insgesamt einverstanden sind, dass diese Petition 4532/15 dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen wird.

Dann rufe ich die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse über die übrigen Petitionen auf. Wer ihnen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen aller Fraktionen. Meine Damen und Herren, damit sind diese Beschlussempfehlungen angenommen.

Ich bedanke mich herzlich, wünsche Ihnen einen vergnügten oder arbeitsreichen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

(Schluss: 18.07 Uhr)